Nadja Maurer,
Annabelle Möhnle,
Nils Zurawski (Hg.)

KRITISCHE POLIZEI-FORSCHUNG

Reflexionen, Dilemmata und Erfahrungen aus der Praxis

[transcript] Kulturen der Gesellschaft

Nadja Maurer, Annabelle Möhnle, Nils Zurawski (Hg.)
Kritische Polizeiforschung

Kulturen der Gesellschaft | Band 60

Nadja Maurer (Dr. phil.) ist Sozialanthropologin mit den Forschungsschwerpunkten neuere Gewaltforschung, Konfliktforschung, Prozesse des sozialen Wandels, Policing, (De-)Radikalisierung sowie soziale Bewegungen und Organisationssoziologie.
Annabelle Möhnle (MA), arbeitet für die Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung an der Akademie der Polizei Hamburg. Die Kriminologin forscht u.a. zu Führungsstrukturen innerhalb der Polizei Hamburg und zum Demonstrationsgeschehen bzw. dem Verhältnis zwischen Polizei und Protestierenden in der Hansestadt.
Nils Zurawski (Prof. Dr.) ist wissenschaftlicher Leiter der Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung an der Akademie der Polizei Hamburg. Die Arbeitsschwerpunkte des Sozialanthropologen und Kriminologen umfassen Überwachung, Konsum, Polizei, Gewalt, Ethnographie, Friedensbildung, Konflikt und Doping.

Nadja Maurer, Annabelle Möhnle, Nils Zurawski (Hg.)

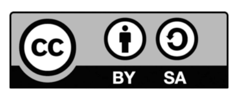
Kritische Polizeiforschung

Reflexionen, Dilemmata und Erfahrungen aus der Praxis

[transcript]

Diese Publikation ist im Rahmen der Arbeit der Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung an der Akademie der Polizei Hamburg entstanden und wurde aus ihren Mitteln finanziert.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.



Erschienen 2023 im transcript Verlag, Bielefeld

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
https://doi.org/10.14361/9783839465578
Print-ISBN: 978-3-8376-6557-4
PDF-ISBN: 978-3-8394-6557-8
Buchreihen-ISSN: 2703-0040
Buchreihen-eISSN: 2703-0059

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Inhalt

Ein einleitendes Vorwort

Nadja Maurer, Annabelle Möhnle, Wolfgang Weidemann, Nils Zurawski

Sozialwissenschaftliche Forschung in der Polizei wird gleichermaßen von Polizeibediensteten wie auch von polizeikritisch eingestellten Beobachter:innen oft misstrauisch beäugt; umso mehr, wenn es sich nicht um die Erhebung und Auswertung rein statistischer Daten handelt. Von Seiten vieler Polizist:innen, vor allem aber von den Berufsvertretungen, kann ein generalisiertes Misstrauen gegenüber den Forschungsambitionen der Sozialwissenschaft konstatiert werden. Auch »zu, in oder über die« Polizei forschende Wissenschaftler:innen vermitteln zuweilen den Eindruck, als ginge man nicht gänzlich vorbehaltlos und vorurteilsfrei ins Feld »Polizei«.

Die Polizeiforschung ist angesichts umfangreicher Herausforderungen an Polizei und Zivilgesellschaft ein Forschungsfeld, das an Relevanz gewinnen wird: Extremismus, Fremdenfeindlichkeit, offener Hass im Netz, die durch die Zeit der Coronamaßnahmen zumindest subjektiv festgestellte Entfremdung von staatlicher Autorität, zudem das verstärkt auftretende Infragestellen polizeilichen Handelns seitens der Bürgerinnen und Bürger, verlangt nicht nur von einzelnen Beamt:innen Selbstreflexion, sondern auch von Politik und Polizeiführungen Courage, Engagement und Vertrauen, sich auf unabhängige Wissenschaft in der Organisation einzulassen.

Obgleich das hohe öffentliche Interesse an Polizeiforschung auch Ausdruck der besonderen Bedeutung der Polizei – die ausführende Gewalt im Rechtsstaat – ist, sehen es Polizist:innen oftmals als Misstrauensvotum an, wenn Wissenschaffende Themen mit Polizeibezug zu untersuchen beabsichtigen. Angesichts ihrer zentralen Rolle zur Sicherung der Demokratie sollte die Polizei ein dringendes Eigeninteresse daran haben, dass Handlungsabläufe, Ausbildung, Verhalten in der Öffentlichkeit, aber auch verfassungsfeindliche politische Einstellungen einzelner untersucht werden. Die Quelle polizeilicher Legitimität ist das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, was an sich Grund genug ist, den Blick von außen zuzulassen, um Missstände zu erkennen,

zu benennen und Änderungen vornehmen zu können. Andererseits müssen Forschende, um einen Zugang in die Polizei und damit wirkliche Einblicke in diese zu erhalten, sich ebenfalls offen und vorbehaltlos (mit) den besonderen (psychischen, rechtlichen, organisationalen) Anforderungen an den Polizeiberuf aus(einander)setzen. Hapert es lediglich an mangelnder Dialogbereitschaft? Woher kommt die gegenseitige Reserviertheit? Wie verschieden sind die Erwartungen an Kooperation und konstruktive Kritik?

Um diese Fragen zu adressieren veranstaltete die Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung in Hamburg (FOSPOL) im Herbst 2021 eine Fachtagung mit Wissenschaftler:innen, die sich mit dem Thema Polizei beschäftigt hatten und haben sowie hochrangigen Vertretern der Hamburger Polizei. Die Mitkonzeption und Organisation übernahm neben Annabelle Möhnle auch Fanny Richter, bei der wir uns herzlich für ihr Engagement bedanken. Nach einigen Impulsvorträgen wurde in Arbeitsgruppen diskutiert. Am Ende der Tagung stellte man fest, dass man eigentlich gar nicht so weit auseinander lag und es einfach eines offeneren Dialogs bedarf, um konstruktiver miteinander umzugehen. Diesen Dialog vertieft der vorliegende Fachband.

Wir freuen uns daher, dass viele Polizeiforschende, die meisten von ihnen Teilnehmer:innen des Fachtags, der Bitte von FOSPOL nachgekommen sind, für den hier vorliegenden Fachband Artikel und Aufsätze zu schreiben.

Den Aufschlag macht Nils Zurawski, der eine Sozialfigur des Polizeiforschers skizziert. Er typisiert Interessierte, Engagierte und Distanzierte, die sich je unterschiedlich im Feld positionieren. Basierend auf eigenen Erfahrungen und Eindrücken aus seiner Forschung legt er Missverständnisse offen, die in der Feldforschung zutage treten.

Es folgt Detlef Nogala, der die Perspektive auf eine Mission ›Europäischer Polizeiwissenschaft‹ aufmacht. Darin zeichnet er die Entstehungsgeschichte der Polizeiwissenschaft nach. Er skizziert unterschiedliche historische Bedingtheiten, verschiedene Ebenen der Kooperation und Entwicklungen und stellt eine (wechselseitige) Skepsis zwischen verschiedenen Akteuren im Feld fest, Polizist:innen, Wissenschaftler:innen sowie Journalist:innen, denen man einen sich überdeckenden Willen zur Aufklärung der Wahrheit und professionelle Neugier als stimulierendes Handlungsmotiv unterstellen könne. Er führt aus, mit welchen unterschiedlichen Motiven, Interessenlagen und Zwecken die Polizeiforschung in Europa für unterschiedliche Abnehmergruppen betrieben wird.

Im Anschluss eröffnet Christiane Howe in ihrem Gespräch mit zwei Berliner Polizist:innen den Horizont der direkten Erfahrungen. Sie reflektiert die langjährige Zusammenarbeit, spricht über gemeinsame Projekte, die Herausforderungen von Forschung bei der Polizei sowie die institutionellen Grenzen von Kooperationen. Vor dem Hintergrund aktueller Debatten um unabhängige Forschung wird mit und über die Polizei reflektiert. Die Gesprächsführenden haben im Rahmen der so genannten Berliner Polizeistudie zusammengearbeitet.

Ihre Erfahrungen aus der Polizeistudie »INSIDER« für das Land Rheinland-Pfalz schildern Martin Endreß und Silke Müller, wenn sie von den »Ambivalenzen und Herausforderungen qualitativer Polizeiforschung unter aktuellen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen« sprechen. Sie erhellen, was es bedeutet »für« die Polizei in offiziellem Auftrag und dennoch unabhängig eine Studie zu fertigen. Für viele der hier präsentierten Beiträge wichtige Beobachtungen hinsichtlich der Präsenz im Feld werden von den beiden explizit gemacht. Dabei geht es um die ethnografische Methode der teilnehmenden Beobachtung, die in der Berufsgruppe der Polizist:innen andere, unvorhergesehene Assoziationen wecke, als anfangs von den Forscher:innen antizipiert wurde.

Die wechselseitige Bedingtheit von Methode, Datengewinnung, Forschungsethik und Erkenntnis beschreibt Nadja Maurer in dem mit Dirty Harrys Komplizen spielerisch betitelten Beitrag. Sie fokussiert u.a. auf die Verteidigung einer polizeilichen Autorität, was bisweilen die Preisgabe der Neutralität und Unparteilichkeit sowie der Verhältnismäßigkeit der Polizei bedeuten könne. Die Polizei muss immer wieder scheitern – Maurer spricht von einem Gefühl der Ohnmacht –, wenn es um den Wunsch einer »perfekten Ordnung« geht. Sie legt offen, wie die Polizei in der Interaktion mit dem »polizeilichen Gegenüber« diskussionswürdige Situationen in der Feldforschung hervorbringt.

Von seiner Feldforschung in einer aus europäischer Sicht heiklen bis gefährlichen Umgebung berichtet Dennis Pauschinger. Er forschte während der Fußball-WM 2014 und den Olympischen Spielen 2016 bei der Polizei in Rio de Janeiro. Obgleich die Polizei dort nicht als bürgerfreundlich gilt, war für ihn der Zugang ins Feld unkompliziert. Seine Schilderungen zeigen ein komplexes und vielschichtiges Bild zur Rolle von Polizei, die auch Gewalt ausübt. Dass bestimmte Phänomene über Kontinente und Kulturen hinweg ähnlich sind, betont die (vielen) Kontinuitäten von Polizeien in modernen Demokratien.

Von Missverständnissen und Irrungen im Feld berichtet Annelie Molapisi. Ihr Erfahrungsbericht beschreibt u.a., welche Abwehrmechanismen auf Seiten der Polizei wirksam werden, um sich Forschungen zu entziehen. So sei die Ansicht häufig, dass man von außen nicht verstehen könne, was in der Polizei los sei. Dass eine solche Innensicht Grundvoraussetzung für die »richtige« Analyse polizeilichen Arbeitens sein soll, stünde im Widerspruch zur wissenschaftlichen Herangehensweise, bei der es gerade um Distanzierung ginge.

Im nächsten Beitrag berichtet Kristin Weber von den Erfahrungen, die das Forschungsteam im Projekt ›ZuRecht‹ zu »Interkultureller Kompetenz in der Aus- und Fortbildung der Polizeien von Bund und Ländern« gemacht hat. Weber berichtet von den positiven Effekten der Kombination aus sogenannten ›langen und kurzen‹ Dienstwegen. Diese hätte sich günstig auf den Weg ins Feld und auf das Gewinnen von benötigten Forschungsinformationen ausgewirkt. Sie macht deutlich, dass der Beziehungsaufbau im Rahmen polizeilicher Forschung enorm wichtig ist.

Das zweite Gespräch führen Marion Näser-Lather und Nils Zurawski über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Forschungsfelder Militär und Polizei. Die beiden ergründen in einem Gedankenaustausch die Ursachen für Misstrauen, Skepsis und die von beiden häufig als abweisend wahrgenommene Haltungen. Dabei thematisieren sie, dass Forschende bisweilen die gleiche Skepsis ihrem eigenen Feld und den handelnden Personen gegenüber an den Tag legen, die Distanz mithin von beiden Parteien gleichsam mitgestaltet wird.

Abschließend stellen Esther Jarchow und Martin Kagel konkrete Ideen für ein gemeinsam von Polizei und Forschung genutztes und gestaltetes Forum für den Austausch von Ideen, Vorstellungen und Erwartungen dar. Sie präsentieren damit ein Fallbeispiel für Wissenschaftskommunikation im polizeilichen Kontext. Für die Praxis ließen sich Übersetzungsprozesse von Forschung und Wissenschaft in die Polizei und deren Erwartungen in die andere Richtung gestalten.

Wir danken den Teilnehmer:innen des Workshops für kontroverse und konstruktive Diskussionen. Unser Dank gebührt gleichauf den Autor:innen sowie unserer studentischen Hilfskraft Annika Heine für die Arbeit am Layout. Wir hoffen, mit dem vorliegenden Sammelband einen Einblick in die Forschungspraxis in der Polizei gewähren zu können und wünschen eine erkenntnisreiche Lektüre.

Das Team der FOSPOL

Unter Polizist:innen
Reflexionen über ein Forschungsfeld

Nils Zurawski

Jedes Forschungsfeld hat seine Eigenheiten, ist besonders und rechtfertigt eine Reflexion darüber. Angesichts des vorliegenden Sammelbandes nutze ich daher die Möglichkeit, um über das Forschungsfeld Polizei nachzudenken und einige der Beobachtungen zu teilen, die ich in diesem Zusammenhang für wichtig, für besonders, für typisch für das Feld halte. Forschung in (mit, über) der Polizei bedeutet auch immer eine Forschung zu einem Machtapparat. Und allein das unterscheidet das Feld von anderen, weshalb ich hier den Anspruch auf ein »besonderes« Feld erhebe, welches allerdings auch Eigenschaften mit anderen Bereichen teilt, in denen sich Wissenschaftler:innen umtreiben.

Mein Fokus liegt hier auf einer soziologisch-anthropologischen Forschung, die sich zumeist über die Methode der teilnehmenden Beobachtung und der Ethnografie einen Zugang und Überblick zur Polizei verschafft. Und gerade diese Art der Forschung verlangt von den Forscher:innen nicht selten Erklärungen oder gar die Aufforderung zu begründen, warum man sich für dieses Feld entschieden hat und was genau man dort forscht, in wessen Auftrag und mit welcher Agenda. Es geht also um Positionierungen im und gegenüber dem Feld. Die Aufforderungen dazu kommen sowohl von der Polizei sowie von Polizei-kritischen Akteur:innen. Man soll sich erklären – und nicht selten Stellung beziehen. Wobei es hier nicht allein um Theorien und methodische Ansätze geht, sondern auch um die Frage, wie man generell zu Polizei als Institution steht. Lehnt man sie ab oder stimmt ihrer Existenz in modernen Gesellschaften eher zu? Und, welchen Grad an kritischer, also reflektierender, sich seiner Position bewusster Haltung hat man als Forscher:in selbst, wenn man sich ins Feld begibt? Zugegeben, das ist eine vor allem unter kritischen Sozialwissenschaftler:innen bisweilen extreme Position, aber sie ist vorhanden und beeinflusst den Diskurs.

Schon der Umstand des »sich ins Feld begeben« kann als eine Beantwortung der Frage selbst gelesen werden. Die Nähe, welche es für die Methode der teilnehmenden Beobachtung bedarf, von Ethnografie, im besten Sinn, wie sie viele der hier im Band versammelten Beiträge darstellen, ist nicht so ohne weiteres herzustellen und nicht selten bedarf sie einer Verteidigung, einer Rechtfertigung, einer Abgrenzung, mehr als andere Ansätze der Polizeiforschung, die sich dem Feld mit quantitativen Methoden oder analytisch-kritischen Analysen nähern. Doch auch diese Wissenschaftler:innen müssen sich erklären. Diejenigen Akteure, die diese Erklärungen einfordern sind vielfältig. Das können die Polizei und ihre Gewerkschaftsvertreter:innen auf der einen Seite sein; aber eben auch kritische Aktivist:innen (Anti-Gewalt, Anti-Rassismus, Anti-Kontrolle) sowie die Wissenschafts-Community. In diesem Zusammenhang sprechen Beek et al. (2022, 2) von ethischen Herausforderungen bezüglich der epistemologischen Positionierung, die allerdings notwendig ist, um ein nuanciertes Verständnis der Polizei zu bekommen (vgl. auch Zurawski 2020). Seufzend möchte man sagen »Wie man's macht…«. Das ist aber nicht der Punkt. Der Punkt ist, eine Haltung zu entwickeln, mit der man in dem Feld bestehen und dabei über und zu und eventuell sogar mit der Polizei forschen kann, um letztlich zu guten Erkenntnissen zu gelangen.

Die Polizei ist bei weitem nicht das einzige Feld, in dem Erklärungen bezüglich einer vermeintlichen zu großen Nähe gefordert werden, oder eine vermeintlich zu voreingenommene Haltung dem Feld gegenüber kritisiert wird. Ich selbst konnte ähnliches beim Thema Doping und Dopingkontrollen erfahren (vgl. Zurawski & Scharf 2019), wo es den Vorwurf gab, sich mit mit einer Kritik von Dopingkontrollen gemein mit den Praktiken der unerlaubten Leistungssteigerung zu machen. Hier kam die Kritik vor allem aus anderen Disziplinen der Wissenschaft sowie von sportpolitischem Organisationen. Die Besonderheit im Feld Polizei ist jedoch, dass es sich hier um eine zentrale Institution des Staates handelt, ausgestattet mit einer Gewaltlegitimität, mit weitreichenden Eingriffsmöglichkeiten in die Leben der Bürger:innen, sehr eigenen organisationalen Strukturen, die deren Erforschung vor besondere Herausforderungen stellt – methodisch, theoretisch sowie hinsichtlich des Zugangs und der möglichen Nähe zu den Menschen darin. Es sind genau jene organisationalen Strukturen, die gleichzeitig eine Erforschung im Sinne einer Aufklärung für die Gesellschaft und als Reflexionswissen für die Institution Polizei selbst geradezu erzwingen.

1 Die Forscher:innen und ihre Positionierungen

Wenn die Positionierung im Feld also wichtig zu sein scheint, stellt sich mir die Frage, ob man so etwas wie eine Typologie von Polizeiforscher:innen skizzieren kann, mit der man sowohl das Nähe-Distanz-Verhältnis als auch die die jeweiligen Unterschiede deutlich machen kann? Angelehnt an eine Typologie von Ullrich (2019), die er für die Protestforschung entworfen hat, möchte ich hier ausführen wo die Probleme und möglichen Empfindlichkeiten eines schwierigen Feldes – in meinem Fall die Polizeiforschung – liegen können. Einige von Ullrichs Argumenten und Beobachtungen zur Protestforschung kann man sehr instruktiv auf das Feld Polizei und die sie Erforschenden anwenden. Er entwirft eine Typologie, welche die Protestforscher anhand der Positionierung zum Feld verortet. Jeder Typus zeichnet sich dabei sowohl durch ein Nähe-Distanz-Verhältnis zum Feld aus als auch durch die Bewertung des Gegenstandes, d.h. welcher Art die Forschung selbst ist – eher affirmativ oder kritisch. Der wesentliche Unterschied zu Ullrichs Typologie besteht hinsichtlich der Polizei darin, dass die Skepsis, die so manchen der Protest-Forscher:innen aus den Protestbewegungen entgegenschlägt, auch damit zu tun hat, dass diese polizeiliche/staatliche Repressionen fürchten oder abwehren wollen (oder damit konfrontiert wurden), während Polizei ein Teil dieses Repressionsapparates darstellt. Diese Skepsis hinsichtlich einer möglichen Unterwanderung besteht bei der Polizei so selbstverständlich nicht, dennoch möchte sie sich ungern in die »Karten schauen« lassen und verhält sich zögerlich, was die Beteiligung an Forschung angeht, die sie in ihrem Selbstverständnis als Organisation betrifft. Im Zusammenhang mit Forschung zu Protestbewegungen gibt es den geäußerten Vorwurf der »Gegnerkunde« (vgl. Ullrich 2019, 34), wenn also der Eindruck eines »Ausforschen« von Strukturen oder inneren Angelegenheiten besteht.

Eine Typologie der Polizeiforscher:in nach Ullrichs Vorbild muss allerdings berücksichtigen dass sich jene sowohl dem Feld gegenüber positionieren, als auch ihre Rolle und Position gegenüber einer kritischen Öffentlichkeit in Zivilgesellschaft und Wissenschaft gegenüber rechtfertigen müssten. Es ist in diesem Zusammenhang für eine (wenn auch unterschiedliche) Bewertung gleich welcher Seite von Bedeutung, ob man als Forscher:in

- von außen kommt;
- Teil der Polizei ist (z.B. als Wissenschaftler:in an einer der Polizeihochschulen o.ä.);
- eine Studie »für« die Polizei (oder eine Behörde) als Auftragsarbeit macht;

weiterhin:

- welcher Fragestellung man nachgeht;

und schließlich auch

- welche Methode man dabei anwendet und wie nah (im Sinne eines Vertrauensverhältnisses) man dabei der Polizei bzw. den Beamt:innen kommt.

Diese Unterteilung betrifft die Forschungsbedingungen insgesamt. Im Feld Polizei ist vor allem die Frage des Nutzens von Interesse, die Stellung zur Polizei und ob jemand in der Polizeiführung eine Forschung für gut befunden bzw. »genehmigt« hat. Einmal im Feld, so die persönliche Erfahrung, sind Zugänge einfach und die eigene Rolle nicht mehr zentral wichtig. Allerdings gibt es dann durchaus neue Herausforderungen, die Ähnlichkeiten zu der von Ullrich entworfenen Typologie zum Verhältnis von Forscher:in und Beforschten auch im Rahmen von Polizeiforschung aufweisen.

Elementar ist dabei die Frage nach dem Sinn oder konkret dem Nutzen der jeweiligen Forschung oder einer speziellen Fragestellung. Generell gilt für die Polizeiforschung was Ullrich für die Protestforschung benennt, nämlich dass es ein gesellschaftliches Interesse gibt, dem hiermit nachgekommen würde (vgl. ebd, 35). Auch wenn das für jegliche öffentlich finanzierte Forschung gelten mag, so ist der Hinweis hier wichtig, da insbesondere Polizei als öffentliche Einrichtung sich einer Erforschung nicht entziehen kann oder darf. Und seine Folgerung, dass

> »der Nutzen […] angesichts der generell geringen Prognosekraft sozialwissenschaftlicher Theorien eher seltener als Rezeptwissen für erfolgreichen Protest vor[liegt], auch wenn man einige der Ansätze mit ihrem rationalistischen Bias durchaus als ›Organisationsberatung‹ lesen kann […], sondern überwiegend als ›Reflexionswissen‹« (ebd., 35),

kann auch so für die Polizei übernommen werden.

Ullrich unterscheidet/identifiziert folgende Typen von Forschenden im Rahmen der Protestforschung: Die Interessierten, die Engagierten und die Distanzierten (vgl. ebd. 31ff.). Die Interessierten zeichnen sich durch den primären Bezug auf Wissenschaft als Feldstrategie aus. Ihr Verhältnis zum Feld sei geprägt durch eine Mischung aus inhaltlichem Interesse und instrumentellen Momenten u.a. in dem es sich für sie bei dem Feld um eines von vielen möglichen handelt. Die Engagierten hingegen seien als spezifisch Positionierte dadurch gekennzeichnet, dass Themeninteresse, Fragestellungen und Zugänge zur akademischen Protestforschung vornehmlich aus eigenem Engagement oder mindestens starken Affinitäten zu bestimmten Bewegungen resultieren. Eine Subgruppe hierzu würde durch die so genannten *activist researchers* oder *activist scholars* gebildet, also jenen Forscher:innen, die aus der Position der Bewegungsaktiven ihre Forschung betreiben. Die Distanzierten werden von Ullrich als die kritischsten beschrieben, einerseits ehemalige, möglicherweise enttäuschte Aktivist:innen oder nicht selten sehr junge, sehr kritische Autor:innen, deren Forschung stark mit den geschichtspolitischen Auseinandersetzungen in der deutschen Linken verbunden sei (vgl. ebd. S. 33). Diese Kategorisierung der Nähe-Distanz-Verhältnisse ist nachvollziehbar die Protestforschung. Könnte dieser Kategorisierungsmodus auch hilfreich für die Polizeiforschung sein? Das Nähe-Distanz-Verhältnis ist dabei sicherlich eine wichtige Komponente. Eine direkte Einteilung anhand der vergebenen Attribute interessiert, engagiert, distanziert lässt sich aber so einfach nicht umsetzen.

Auf einer Ebene ist die Nähe von Forschenden zu Polizei ein Gradmesser für die Bewertung der Forschung. So wird eine zu große Nähe zur Institution Polizei, z.B. durch die Beschäftigung an einer Hochschule der Polizei oder durch die Beauftragung von Polizei, von einer kritischen Öffentlichkeit oder bestimmten Aktivist:innen als negativ bewertet. Gleichzeitig ist mit einer solchen Verortung nicht garantiert, dass die Polizei diese Wissenschaftler:innen als solche »von ihnen« ansieht. Letztlich sind sie keine Polizist:innen – eine zentral wichtige Kategorie der Zugehörigkeit und Glaubwürdigkeit in der Bewertung von Definitionsmacht und Expertise. Für diese Wissenschaftler:innen ergibt sich also eine doppelt schwierige Situation mit Erklärungs- und Rechtfertigungsbedarf nach mindestens zwei Seiten. Diese Gruppe könnte der Rubrik der Interessierten bei Ullrich entsprechen. Ergänzt man sie um Wissenschaftler:innen, die nicht an Einrichtungen der Polizei lehren und forschen, dürfte sie den größten Anteil der gegenwärtigen Polizeiforscher:innen ausmachen. Die meisten von Ihnen stammen aus den empirischen

Sozialwissenschaften, der Kriminologie, der Pädagogik, der Anthropologie, manchmal auch der Psychologie und den Rechtswissenschaften, wenn diese ihre Forschung nicht allein auf eine Rechtsauslegung oder Kommentierung fokussieren. Die Haltungen dieser Gruppe insgesamt variieren, sie verorten sich in der Regel kritisch, wobei die maßgebliche Orientierung die Wissenschaft ist. Die Glaubwürdigkeit bei den jeweiligen Teilöffentlichkeiten – Polizei, kritische Aktivisten, eine mehr oder weniger kritische Allgemeinheit – kann von diesen sehr unterschiedlich bewertet werden. Nähe und Distanz, Nachvollziehbarkeit der Argumente und eine Passung in mögliche politische Opportunitäten spielen dabei eine wahrscheinlich entscheidende Rolle. Selbstverständlich ist auch die Polizei keine homogene Öffentlichkeit und Bewertungen fallen individuell durchaus unterschiedlich aus. Es lässt sich jedoch sehr wohl eine Tendenz erkennen und daher die Polizei als eine nach außen homogen agierende Teilöffentlichkeit benennen. Das Themenspektrum der Polizei-Interessierten ist sehr breit, nicht auf die aktuell intensiv diskutierten Themen wie z.B. Rassismus oder Gewalt begrenzt und daher oft, aber nicht notwendigerweise weniger aktuell politisch aufgeladen, im Sinne medialer Diskussionen und radikaler Forderungen.

Die bei Ullrich als Engagierte bezeichneten wären in der Polizeiforschung eben gerade nicht die aus der Polizei stammenden Forscher:innen, sondern hier wären eher die so genannten *activist researchers* (vgl. Ullrich 2019, 32, dort in Bezug zu Protestbewegungen) zu verorten, die der Institution skeptisch bis antagonistisch gegenüberstehen. Hier sind vor allem junge Autor:innen vertreten, häufig Student:innen, aber auch etabliertere Wissenschaftler:innen, die der Polizei dezidiert kritisch (hier im Sinne von kritisierend bis ablehnend) gegenüberstehen und eine mögliche Nähe im Sinne einer Forschung in der Polizei eher ablehnen. Es sind hier vielfach auch Forschende aus nicht -empirischen, eher rein theoretischen Disziplinen (Philosophie, theoretische Kulturwissenschaften) zu finden, die sich der Thematik annehmen, nicht immer ohne Reibung zu ihren Kolleg:innen, die gerade in der empirischen Forschung, dem Erheben von Daten und der Reflexion der methodisch gewonnen eigenen Erfahrungen das Besondere der Polizeiforschung, gleich ob qualitativ oder quantitativ orientiert, sehen. Die behandelten Themen sind solche wie Polizei-Gewalt, Rassismus in der Polizei, racial profiling, Polizei und Rechenschaftspflicht (*accountability*), Kennzeichnungspflicht, unabhängige Kontrolle der Polizei. Hierzu zähle ich sowohl Wissenschaftler:innen als auch andere Akteur:innen, die ihre Aufklärung und Recherchen im Sinne eines politischen Anliegens nutzen. Die in diesem Sinn Engagierten sind es auch,

die die Polizei-Interessierten am schärfsten kritisieren und eine Positionsbestimmung einfordern. Die Polizei selbst muss das nicht in gleichem Maße tun, da sie einen Zugang zu sich selbst als Feld einfach ablehnen kann – zumindest ist das bisher die gängige Praxis, wenn Forschungsthemen nicht als akzeptabel kategorisiert werden. Ob die bisher vielfach so gehandhabte Praxis rechtens und legitim ist, bezweifeln Praunsmändl et al. (2022) in einer rechtlichen Analyse der Verfahren und dem konkreten Umgang mit der eigenen Transparenz hinsichtlich Forschung auf Seiten der Polizeibehörden in Deutschland. Polizei-seitig wird diese Art von Forschung, wenn sie denn überhaupt bei den Adressaten wahrgenommen wird, in der Regel einfach abgelehnt, indem sie als »realitätsfern«, »ideologisch« oder »links-orientiert« gekennzeichnet wird. Eine Chance auf einen Dialog zwischen Polizei und den Polizei-engagierten Forscher:innen beurteile ich eher als gering. Für die innerwissenschaftliche Debatte sind auch die Beiträge mit einen politischen Anliegen wichtig, wobei die gelegentliche Empirieferne durchaus diskussionswürdig ist.

Die Polizei-Distanzierten sind analog zum gleichnamigen Typus bei Ullrich selten. Es wären dann ehemalige oder noch im Dienst befindliche Polizist:innen, die sich kritisch und reflexiv in der Öffentlichkeit mit der Polizei beschäftigen. Dass diese wenigen trotz ihrer Insider-Stellung auch in der Polizei selbst vielfach als Außenseiter dargestellt werden, ihre Motive angezweifelt werden (*»der will doch nur ins Fernsehen«)* sowie ihre Argumente delegitimiert werden, ist keine Überraschung. Ihr Anschluss an die anderen beiden Gruppen ist nicht zuletzt daher häufig gut und sie sind eine wichtige Stimme aus der Polizei, mit der Kritik auch legitimiert werden kann und wird. Oliver von Dobrowolski wäre hier prominent zu nennen, der mit seinem politischen Engagement durchaus Aufsehen erregt hat und sich auch publizistisch mit einer Kritik an der Polizei geäußert hat (2022). Als weitere wären u.a. zu nennen Thomas Müller, Rafael Behr, in der Vergangenheit auch Thomas Wüppesahl, sowie aktuell auch die Polizistinnen, die sich in der Gruppe Polizei.Grün engagieren.

Mit dieser Typologie, angelehnt an Ullrichs Sozialfigur des Protestforschers, wird schon einmal deutlich, dass es zwar Unterschiede in der Haltung der zu Polizei Forschenden gibt, die Typologien aber nur ein Anhaltspunkt für die Beziehung zum Feld geben können. Ebenso wichtig bzw. ein wesentlicher Teil davon ist, egal um welchen Forscher:innentyp es geht, das gewählte Thema. Und letztlich geht es auch um die Ausrichtung der Fragestellung selbst. Ist die im Sinne der Polizei als instrumentelles Handlungswissen konzipiert oder will sie vor allem die Verhältnisse rekonstruieren, kritisch diskutieren und grundlegende Erkenntnisse befördern, die im Alltag der Polizei keine Rolle

spielen – zumindest nicht aus Sicht der entsprechenden Verantwortlichen. Und dabei sind manche Themen gleich von Anfang an vermintes Gelände, z.B. Rassismus oder Gewalt von Polizeibeamt:innen und deren mögliche Ahndung – wie die Diskussionen über die großangelegte Studie MEGAVO gezeigt haben (die so genannte Seehofer-Studie) oder das Projekt KviAPol (vgl. Abdul-Rahman et al. 2023). Die Figur der Polizeiforscher:in und ihre Positionierung ist ein Teil der Forschung, welche nicht nur in der Beziehung zur Polizei selbst eine Rolle spielt.

2 Im Feld der Missverständnisse

Einmal im Feld allerdings, ist die dort hergestellte besondere Nähe zwischen Forscher:innen und Polist:innen von zentralem Interesse, und es scheinen viele der hier angesprochenen Vorbehalte keine oder zumindest keine große Rolle mehr zu spielen. So sind bei Feldaufenthalten vielfältige Einblicke in polizeiliche Arbeit möglich, bis hin zur Begleitung bei als durchaus privaten und für die betroffenen Bürger emotional heiklen Hausdurchsuchungen (vgl. Papathanasiou, 2022). Diese Erfahrung wird von vielen, auf jeden Fall von den hier in diesem Band versammelten Autor:innen geteilt – oder wie es eine der Autor:innen einmal salopp auf den Punkt brachte: Einmal im Feld, träfe man sehr viele, offene und interessierte Menschen, die vielen ihrer eigenen Vorurteile nicht entsprechen und ihren Beruf und die eigene Rolle kritisch betrachten könnten. Das bedeutet nicht, dass das Verhältnis damit auf jeden Fall spannungsfrei wäre oder alle Missverständnisse über die jeweilige Rolle der Forschenden beseitigt seien. Abgesehen von persönlichen Beziehungen zu Polizist:innen, die sich besonders stark in ethnografischen Forschungen ergeben und wahrscheinlich eine nicht zu verhindernde Entwicklung solcher Methoden sind, gibt es dennoch auch weiterhin Polizist:innen, die skeptisch auf die Wissenschaftler:innen schauen. Dabei ist das Verhältnis jenseits persönlicher Bekanntschaft und dem durchaus kooperativen Umgang mitunter von ein paar generellen (bis hin zu strukturellen) Missverständnissen geprägt, was denn Forschung überhaupt sei, was Wissenschaftler:innen generell so tun und was speziell im Rahmen von Polizeiforschung. In diesen Missverständnissen ist häufig auch das Verhältnis von Polizei und Froschenden berührt, also was die einen von den anderen wollen und was man von sich gegenseitig erwarten kann. Einige dieser Hinderungs- und Reibungspunkte lohnen angeschaut zu werden. Ich führe hier deshalb ein paar dieser (vielfach selbst erlebten bzw. mir geschilderten)

Missverständnisse auf, die auf Seiten der Polizei darüber bestehen, was Forschung und Forscher:innen tun und in welchem Kontext man das betrachten sollte. Die Aufzählung mag unvollständig sein oder im Detail weitere Aspekte haben, aus den Beiträgen des Bandes sowie eigener Erfahrungen jedoch halte ich die folgenden für die wichtigsten bzw. die auffälligsten Missverständnisse:

a) Forscher:innen möchten Fehler der Polizei nachweisen, bis hinunter auf die Ebene einzelner Beamt:innen. Damit wäre Forschung so etwas wie die Ermittlungstätigkeit der Polizei selbst, worin wahrscheinlich auch diese Fehlwahrnehmung begründet ist.
b) Das Wesen der Forschung selbst: Es herrscht (nicht ausschließlich, aber zum großen Teil) eine Vorstellung von Forschung vor, die eher beschreibend und quantifizierend ist. Das kann auch bedeuten, dass Statistiken bereits als Wissenschaft gesehen werden, eher nach Kausalzusammenhängen gefragt wird und rekonstruierende Forschung, die ein erweitertes Reflexionswissen bereitstellen kann, eher nicht für Wissenschaft gehalten werden bzw. der Sinn derer nicht erkannt wird. Forschung, so die Annahme, soll beweisen (siehe oben), allerdings keine Fehler, sondern Annahmen im Sinne der Polizei. Das mag auch für andere Felder zutreffen, hier aber ist es ein Aspekt, der wichtig ist genannt zu werden.
c) Forschung zu oder über die Polizei wird dann als positiv wahrgenommen, wenn diese für die polizeiliche Arbeit nutzbar ist – »was hat die Polizei davon?« wäre die Referenz für eine Polizei-seitige Relevanz, wobei vor allem praktisches Handlungswissen gemeint ist.
d) Auch wird Polizeiforschung häufig nicht als Beschreibung eines Forschungsgegenstandes im Sinne von Forschung über die Polizei verstanden, sondern als Wissenschaft im Dienste der Polizei. Dieses Missverständnis setzt ein Vertrauen in Wissenschaft voraus, welches aber, siehe c., eher instrumentell, als nützliches Wissen für die Arbeit erwartet wird. Bei diesem Punkt ist Polizei allerdings nicht allein, denn auch die Kritik an Polizeiforschung von Aktivist:innenseite missversteht Polizeiforschung als eine in deren Diensten stehende, weniger als eine, die sich wissenschaftlich-objektiv und methodisch geleitet mit Polizei auseinandersetzt. Das gilt insbesondere, wenn es sich um die Gruppe, der auch hier hauptsächlich vertretenden »interessierten« Forscher:innen handelt.
e) Es wird eine missverstandene Neutralität von Forschung erwartet. Forschung, wie auch die Presse oder eben die Polizei soll in ihrer Arbeit unvoreingenommen sein, »neutral«. Für die Polizei heißt das in ihrer Ar-

> beit, dass sie Beweise zur Be- und Entlastung suchen und würdigen muss. Die Erwartung, dass Wissenschaft immer »beide« Seiten hören müsste, liegt da nahe, muss aber enttäuscht werden. Eine Forschung zu Gewalt durch Polizei müsste entgegen einer solchen Logik eben nicht gleichzeitig Gewalt gegen Polizei mit erheben. Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun, außer die Fragestellung wäre entsprechend gewählt. Wissenschaft ist kein Schiedsrichter, sondern unvoreingenommen gegenüber möglichen Ergebnissen jeder Fragestellung, reflektiert ihre Ergebnisse, schaut aber nicht nach allen Seiten um ein ausgewogenes Bild und entsprechende Resultate zu generieren.

Diese Art der Missverständnisse mag auch auf andere Felder sozialwissenschaftlicher Forschung (im weitesten Sinn) zutreffen, insbesondere solche, in denen wissenschaftliche Forschung und ihre Bedeutung ebenfalls wenig bekannt sind und Feldbesuche auch als ein Eingriff in eine wie auch immer gestaltete private oder professionelle Sphäre angesehen werden könnten. Das könnte z.B. für weite Teile der Arbeitswelt gelten, für die öffentliche Verwaltung jenseits der Polizei, generell wahrscheinlich immer dort, wo es um Gruppen von Menschen, insbesondere, aber nicht nur, in Organisationen geht, die in größeren strukturellen Zusammenhängen verortet sind und wo Forschung genau diese Strukturen in den Blick nimmt. Die Polizei allerdings steht heraus. Sie ist integraler Bestandteil staatlicher Alltagspräsenz und als Instanz staatlicher Machtstrukturen in einem demokratischen System selbstverständlich das Subjekt der Wissenschaft. Ein mögliches Recht auf Nicht-Beobachten, auf ein Arbeiten im Verborgenen, ohne eine wissenschaftliche Begleitung und Analyse kann es hier nicht geben, auch wenn so manche Praktik der Verhinderung den Eindruck vermitteln könnte. Und von diesen Beobachtungen, den Missverständnissen, den sich etablierenden Beziehungen, gegenseitigen Erwartungen, der Skepsis und den daraus entstehenden Dynamiken, davon erzählen die Artikel, Berichte und Analysen in diesem Band. Auf eine Zuordnung der Autor:innen zu den hier skizzierten Typen verzichte ich, aber möglicherweise hilft diese Typologie doch einzelne Erzählungen besser zu verstehen und einordnen zu können.

Literatur

Abdul-Rahman, Laila, Hannah Espin Grau, Luise Klaus, Tobias Singelnstein. 2023. Gewalt im Amt. Übermäßige polizeiliche Gewaltanwendung und ihre Aufarbeitung. Frankfurt a.M.: Campus.

Beek, Jan, Thomas Bierschenk & Annalena Kolloch and Bernd Meyer (Hg.). 2022. Policing race, ethnicity and culture. Ethnographic perspectives across Europe.

Papathanasiou, Maria. 2022. »Aufmachen, hier ist die Polizei.« Untersuchung polizeilicher Kommunikation hinsichtlich ihrer Transparenz bei Hausdurchsuchungen. Unveröff. Masterarbeit, Universität Hamburg.

Praunsmändel, Sarah, Stephanie Schmidt & Roman Thurn. 2022. Zugang verweigert! Externe Polizeiforschung und Wissenschaftsfreiheit. Kritische Justiz, 55(3), 303–321. https://doi.org/10.5771/0023-4834-2022-3-303

Ullrich, Peter. 2019. Protestforschung zwischen allen Stühlen: Ein Versuch über die Sozialfigur des »Protestforschers«. Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 32(1), 29–40. https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0004

von Dobrowolski, Oliver. 2022. Ich kämpfe für eine bessere Polizei« – #Better Police. Frankfurt: S. Fischer.

Zurawski, Nils & Marcel Scharf. 2019. Kritik des Anti-Doping. Eine konstruktive Auseinandersetzung zu Methoden und Strategien im Kampf gegen Doping. Bielefeld: transcript.

Zurawski, Nils. 2020. Über die Polizei forschen oder mit Polizist*innen reden? Zwei Perspektiven der Polizeiforschung: Möglichkeiten und Konsequenzen. Karlhans Liebl & Eberhard Kühne (Hg.): *Polizeiwissenschaft Fiktion, Option oder Notwendigkeit?* Frankfurt a.M.

Mission ›Europäische Polizeiwissenschaft‹
Über Skepsis, offene Ohren und Scheuklappen

Detlef Nogala

> »Als allgegenwärtiges, in verschiedener Hinsicht umstrittenes Instrument der staatlichen Gewalt steht die Polizei immer wieder im Blickpunkt öffentlichen Interesses, besonders in Phasen gesellschaftlicher Krisen und Konflikte. So leicht sie affektgeladene Urteile und pauschale Bewertungen provoziert, so schwer erschließt sie sich einer realitätshaltigen und nüchternen Analyse« (Busch et al. 1985, Klappentext).

1 Guck mal – Polizei!?

Es wäre sehr verwunderlich, stünde die Polizei als integraler Bestandteil staatlicher Alltagspräsenz und Hauptzutat von Berichterstattung sowie inszenierter Unterhaltung *nicht* im Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit. Wen aber interessiert das Phänomen Polizei im eigentlichen und konkreten Sinn, jenseits medialer Fiktion und gelegentlicher Skandalisierung?

In diesem Beitrag werden zunächst einige konzeptionelle Überlegungen zu den Begriffen Forschung, Wissen und Erkenntnisinteresse angestellt, um das Thema ›Polizeiwissenschaft‹ zu umreißen. Daran schließt sich eine Beschreibung der Versuche an, einen polizeiwissenschaftlichen Ansatz auf europäischer Ebene in die Praxis umzusetzen. Abschließend werden die Perspektiven dieser kleinen, aber gesellschaftspolitisch hoch relevanten Wissensdisziplin mit ihrem enormen Zivilisierungspotential skizziert.

Ein zunächst unspezifisches Interesse an Polizei kann sich aus diversen Quellen und Perspektivlagen speisen: als von polizeilichen Maßnahmen Betroffener, als nach polizeilichem Schutz oder Dienstleistung Ersuchender, als polizeilicher Akteur selbst – um zunächst nur die unmittelbar handlungspraktisch verbundenen Beteiligten zu nennen. Weiterhin wenden sich

Politiker, Vertreter der Justiz und, wie erwähnt, die berichtenden Medien dem vielfältigen, mit Polizei verknüpften Geschehen routiniert und aus professionellen Gründen zu. In der späten zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts kam noch eine zunächst eher exklusive, in den letzten Jahren jedoch stetig wachsende (internationale) Schar jener hinzu, die sich aufgrund akademischer Neugier und Aufmerksamkeit mit der Polizei bzw. ihrem Tun und Lassen beschäftigen: die Polizeiforscher und -wissenschaftler. Diese Spezies findet man in universitären Zusammenhängen, aber auch an den höheren Bildungsstätten der Institution Polizei selbst. Der Ausstoß an veröffentlichten Einsichten und Beiträgen hat, insbesondere im internationalen Rahmen, unüberschaubare Dimensionen angenommen – und vielleicht deshalb erscheint das Forschungsfeld thematisch fragmentiert und nicht selten von wechselseitiger Ignoranz und Fraktionierung der Protagonisten durchzogen. Unter Mühen haben sich über die Zeit ideologische Blockaden gelockert und Kooperationen über alte Demarkationslinien hinweg entwickelt.

Schon ein kursorischer Blick auf das einschlägige Schrifttum in seiner ganzen Bandbreite lässt die tiefgründige Strittigkeit des Wissensfeldes ›Polizei‹ zu Tage treten, was nicht an sich verwunderlich ist, sind doch die jeweiligen Interessen, Handlungslogiken bzw. Erfahrungsperspektiven der in polizeilicher Aktion Involvierten ggf. sehr unterschiedlich, wenn nicht gar antagonistisch ausgerichtet. Wichtig an dieser Stelle ist, sich zu vergegenwärtigen, dass mit ›Wissensfeld‹ in diesem Zusammenhang das *verschriftlichte Wissen* verstanden wird – und für dessen Produktion sind im Wesentlichen drei Professionen zuständig: Polizeibedienstete, Journalisten und die erwähnten Wissenschaftler.

Gerade in demokratisch verfassten modernen Gesellschaften ist aber das Verhältnis zwischen Polizei, Journalismus und akademischer Forschung keineswegs immer frei von Spannungen, gegenseitigem Unverständnis oder stereotyper Missbilligung. Polizisten, Journalisten und Wissenschaftler reklamieren dann gegenseitig, in ihrer Arbeit nicht wahr- oder ernstgenommen, bestenfalls nicht richtig verstanden, u.U. gar verfälscht dargestellt zu werden. Derart professionelle Verstimmung hat einerseits einen längeren historischen Vorlauf, ist aber auch von Konjunktur und Verlauf sozialer Konflikte auf lokaler, regionaler, nationaler und letztlich internationaler Ebene abhängig[1].

---

1 Eine simple Internetrecherche ergibt mehr als 10.000 Treffer für die deutschsprachige Phrase »Polizei weist Anschuldigungen zurück«, und die Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei (CILIP) hat über Jahrzehnte immer wieder problematisches Agieren von Polizeien und Polizisten dokumentiert. Insbesondere wenn es um Gewalthandeln geht, sei es

Diese bei Gelegenheit offen zu Tage tretende (wechselseitige) Skepsis ist insofern bemerkenswert, als dass man diesen drei Berufsgruppen im Allgemeinen doch einen sich überdeckenden Willen zur Aufklärung der Wahrheit und eine jeweilige professionelle Neugier als stimulierendes Handlungsmotiv unterstellen kann[2]. Sowohl Polizisten, Journalisten als auch Wissenschaftler verbringen einen Großteil ihrer Arbeitszeit mit der Verarbeitung von Informationen und können damit der Gruppe der *Wissensarbeiter* zugeschlagen werden.[3] Wenn (faktische) Wahrheit, genauer, ihre Aufdeckung und Darstellung gegen Hindernisse und Widerstände, als handlungsleitender gemeinsamer Grundwert der drei hier angeführten Arbeitsfelder unterstellt werden kann, dann gäbe es immerhin einen gemeinsamen Nenner, auf dem sich ein kritisch-konstruktiver Dialog aufbauen ließe.[4]

---

im Zusammenhang mit Demonstrationen oder bei Verfolgungs- und Verhaftungsszenarien, werden solche Ereignisse im Zeitalter der vernetzten Virtualität zum Thema einer kritischen Öffentlichkeit. Die brutale Behandlung Rodney Kings durch vier Polizisten in Los Angeles 1991 war vermutlich das erste nachrichtlich global verbreitete Beispiel eines solches Vorfalls; seit 2013 hat die »Black Lives Matter« Bewegung immer wieder für weltweite Schlagzeilen gesorgt und Diskussionen angestoßen. Dieser kritische Diskurs ist auch hierzulande in den letzten Jahren auf die Agenda der Polizeiforschung gerückt; neben der Thematisierung von Gewalt stehen rassistische Diskriminierung und politisch rechtsorientierte Einstellungen im Mittelpunkt (vgl. Derin & Singelnstein 2022; Hunold & Singelnstein 2022). Im Gegenzug sind verschriftlichte Anklagen von Polizeipraktikern an die Polizeiwissenschaftler dagegen etwas rarer gesät – ein illustratives Beispiel wäre etwa Walter (2015).

2 Dieses Axiom geht auf die gedankliche Extrapolation einer Notiz des kanadischen Kriminologen und Polizeiforschers Jean-Paul Brodeur zurück, die er in seinem vielbeachteten Aufsatz »High Policing and Low Policing« (1983: 513) wiedergibt. Darin beschreibt ein hochrangiger Offizier des französischen *Renseignements Généraux* die Aktivität seines Nachrichtendienstes als »police journalism on behalf of the state«, wobei der Begriff ›Journalismus‹ in diesem Kontext als das professionelle legitime Interesse an allen denkbaren öffentlichkeitsrelevanten Lebensbereichen interpretiert wird.

3 Die Charakterisierung von Polizeiarbeit als Wissensarbeit wird im nächsten Schritt aufgegriffen (vgl. auch Brodeur & Dupont 2006).

4 Die Beobachtung, dass polizeiliches Tun im Kern auf Informationsverarbeitung beruht, ist einerseits trivial und schon älteren Datums (so etwa Herold 1977; Nogala 1989; Merbach & Seidensticker 2019), gewinnt aber im Zeitalter von *predictive policing*, *big data* und *artificial intelligence* entscheidend an Relevanz und theoretischer Bedeutung (vgl. Nogala 2021). Dies umso mehr, als dass wir uns auf der Skala der (politischen) Komplexität und Relevanz von Polizeiarbeit von ›low‹ auf ›high‹ zubewegen, um hier die vielzitierte Differenzierung von Brodeur (1983) noch einmal hervorzuheben.

2 Forschungsgegenstand ›Polizei‹ – ein Problem?

Polizei als Instanz staatlich organisierter Form von interventionsbewehrter Sozialkontrolle ist zu einer Selbstverständlichkeit moderner Gesellschaften des 21. Jahrhunderts geworden, ob diese nun demokratisch oder autoritär verfasst sind. Durch ihre vielfältige Gegenwart in alltäglichen wie außergewöhnlichen Lebens- und Krisensituationen ist jene Institution im Alltagsbewusstsein der Bürger verankert, nicht zuletzt auch wegen der routinemäßigen medialen Vermittlung ihrer Tätigkeit, auch zu Unterhaltungszwecken. Polizei ist, so lässt sich festhalten, Gegenstand des Alltagswissens eines mehr oder weniger gut informierten öffentlichen Publikums. Damit ist aber noch nichts über Breite, Tiefe und Qualität des Wissens über ›die Polizei‹ gesagt. Im Gegenteil, je komplexer die Lebenswirklichkeit sich in globalen Zusammenhängen darstellt, umso weniger stichhaltig wird ein naives bzw. überkommenes Bild von der Ausgestaltung der staatlichen Institution Polizei in fortgeschrittenen Gesellschaften – ich habe an anderer Stelle auf die zwingende Notwendigkeit eines zeitgemäß differenzierenden Polizeibegriffs hingewiesen (Nogala 2021).

Auch wenn dem sprachlichen Zeitgeist jede Mühsal oder Schwierigkeit nur noch als ›Herausforderung‹ erscheinen will, so soll für diesen Beitrag zunächst bewusst die Perspektive einer *vorliegenden Problematik* eingenommen werden. Damit ist gerade nicht eine womöglich ideologisch grundierte Vor-Verdächtigung der Polizei als Institution insinuiert – vielmehr geht es darum, den Blick für die Besonderheit des Forschungsgegenstandes, aus polizeiinterner und -externer Sicht, zu öffnen.

Es lässt sich nun leicht begründen, dass jeder Aktivität, die sich als Forschung begreift oder als solche wahrgenommen und anerkannt sein möchte, ein Forschungs*gegenstand* zugrunde liegt, der gewöhnlich in eine spezifische *Thematik* eingebettet und diese wiederum mit einer spezifischen *Problematik* verknüpft ist.

Im Falle des Gegenstandes ›Polizei‹ – und wir verharren an dieser Stelle zunächst bei der semantischen Ambiguität des Begriffs – entfaltet sich ein Spektrum von möglichen Problematiken, jeweils zu formulieren aus organisationsinternem bzw. -externem Blickwinkel, die sich – je nach Standpunkt – als *Polizeiproblem* respektive als *Polizei-als-Problem* darstellen lassen.

2.1 Polizeiproblem(e)

Polizeiprobleme sind solche Konstellationen, die einerseits *von außen* (Politik, Recht, Öffentlichkeit, Ökonomie etc.) im Allgemeinen in Gestalt von *Kriminalitätsphänomenen* an die Institution zwecks Normdurchsetzung herangetragen bzw. andererseits *intern* aus der Organisation selbst als Gegenstand und Ziel ihres Tätigwerdens formuliert werden[5]. In diesem Zusammenhang kann hier nur andeutungsweise auf die konstatierte auf Akteurs- und Instanzenebene etablierte Definitionsmacht bei der Beurteilung und Bewältigung von Konflikten im Sinne der klassischen Arbeit von Feest & Blankenburg (1972) hingewiesen werden.

2.2 Polizei als Problem

Im Kontrast hierzu stehen Thematiken, die polizeiliches Verhalten, polizeiliches Wirken oder gar ihre Funktion als Instanz der Sozialkontrolle in Gänze in den Mittelpunkt stellen und diese überwiegend kritisch betrachten. Diese Art der Problematisierung hat einen langen geschichtlichen Vorlauf, der von den Polizeistaaten des späten Absolutismus (Raeff 1985; Stolleis 1996) über die Ausformung nationaler Polizeiorganisationen im 19. Jahrhundert bis in die Moderne des 20. Jahrhunderts zurückreicht (Maier 1965; Knemeyer 1978) und in den letzten Jahren einem neuen Höhepunkt zustrebt(z.B. Vitale 2017; Loick 2018).

Aus belesener Distanz betrachtet ließen sich nahezu alle Beiträge aus beiden Perspektiven entlang lediglich dreier Hauptkategorien auffächern:

a) *Effizienz und Effektivität*:
Wie erfolgreich arbeitet/ist Polizei? – beurteilt nach Kriterien zugeschriebener Aufgabenstellung und instrumenteller Rationalität.
b) *Normkonformität*:
Wie normkonform verhält sich Polizei bzw. ihre Akteure? – beurteilt nach Kriterien geltender gesetzlicher und politischer Vorgaben, d.h. normativer Rationalität.

---

5 Im letzteren Fall kann noch eine Problemklasse lediglich zweiter Ordnung hinzutreten, nämlich solche der Institution ›an-und-für-sich‹, die sich um Fragen *interner* Organisation und Ressourcenallokation bzw. Stellung und Abgrenzung zu anderen staatlichen Einrichtungen und Funktionssystemen dreht.

c) *Funktion und System*:
Wie wirkt bzw. was bewirkt Polizei und ihr zugeordnete Akteure in sozialen Systemen auf diversen Komplexitätsniveaus, beurteilt nach Kriterien systemischer und reflexiver Rationalität?

Folgt man der hier vorgetragenen Perspektive, moderne Formen der Polizei im Kern *als einen vornehmlich staatlich verankerten organisatorischen Apparat zur intragesellschaftlichen Konfliktbearbeitung zu verstehen*, dann ergibt sich schon allein aus der Kategorie ›Konflikt‹, dass polizeiliches Sein und Tun unabdingbar mit gesellschaftlichen Problematiken sowie deren mehr oder weniger erfolgreichen und bestmöglich nachhaltigen Lösung verknüpft ist[6]. Darüber hinaus hat die seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts forcierte Entwicklungslogik postindustrieller Wissensgesellschaften dazu geführt, dass so gut wie keine Entität der Sozialsphäre vom Forschungsdrang und der Wissbegier der Experten verschont geblieben ist. Polizei als Gegenstand von (wissenschaftlich ambitionierter) Forschung hat sich über viele Jahrzehnte hinweg international etabliert und in gewissem Sinne normalisiert. Davon zeugt die kaum noch übersehbare Fülle der polizeirelevanten und polizeibezogenen Forschungsliteratur, insbesondere englischsprachiger Provenienz (dazu weiter unten mehr).

3 Forschung und Wissen

Allerdings scheint sich Forschung zum Gegenstand ›Polizei‹ gelegentlich aus verschiedenen Perspektiven als heikel herauszustellen, abhängig davon, ob die jeweilige Thematik bzw. die Forschenden innerhalb oder außerhalb der institutionellen Demarkationslinien verortet werden (vgl. Einleitung. i.d.B.) – und ob sich aus den jeweiligen Befunden eine Kritik bzw. Lösung ableiten ließe, die potentiell zu signifikanten Änderungen des Status quo führte (hierzu weiterführend u.a. Ohlemacher 2000; Feltes 2002; Behr 2015; Feltes & Reichertz 2019). Immerhin geht es ja um die *Gültigkeit von Wissen* und den damit verbundenen *Durchsetzungsanspruch* in gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen. Die stabilste Währung in diesem Spiel ist (auch in postfak-

6 Effizient wäre Polizei dann, wenn die ihr zugewiesenen Konflikte (Kriminalität, Störung von ›Ruhe und Ordnung‹) durch ihr Tun gelöst oder präventiv verhindert werden könnten.

tischen Zeiten) immer noch das wissenschaftliche Wissen. Zur Wissenschaft aber braucht es *Forschung*.

Was aber meint hier ›Forschung‹? Forschung kann als eine höher entwickelte und methodisch systematisierte Funktion von Neugier angesehen werden – und dem homo sapiens ist Neugier und Wissbegier nun einmal als anthropologische Konstante eigen. Jene humanoide Eigenschaft kann sich zwar unter Umständen als soziales Problem darstellen, hat in der Summe aber dazu geführt, dass das Erdenrund in weiten Teilen von einer technisch und sozial hochkomplexen Zivilisation bedeckt ist. Im positiven Sinne sprechen wir von epistemischer Neugier, wenn es um das Bemühen um Erkenntnis und Verstehen geht – in neuzeitlicher Form ist sie die Triebfeder des systematischen und gezielten Wissen-Schaffens, Forschen ihr institutionalisiertes Vehikel. Während sich kindliche Neugier überwiegend aus Staunen und Verblüffung speist, wird diese in späteren menschlichen Entwicklungsphasen zunehmend von Zweifel, Skepsis, wenn nicht gar Verdacht, angestoßen. Es gilt vielmehr, den Dingen auf den Grund zu gehen – ihr bloßer Anschein kann nicht ihr eigentliches Wesen bzw. die gänzliche Wahrheit erschließen: Aufklärung tut Not!

Vergegenwärtigen wir uns nun, dass im Bereich des Sozialen mindestens die Berufszweige ermittelnder Polizist, investigativer Journalist und zuletzt (sozialwissenschaftlicher) Forscher historisch aus dieser prinzipiellen Haltung zur Welt hervorgegangen sind, sind wir bei der Frage angekommen, wie sich Neugier in Erkenntnis wandelt und diese zu Wissen kristallisiert.

3.1 Wissen

Wenn ›die‹ Wissenschaft Wissen zur weiteren Verwendung beschafft, dann liefern ihre Produzenten dieses in einen gesellschaftlich-sozialen Kontext, in dem Wissen auch immer (potentiell) Macht, also Handlungs- und Durchsetzungsoption ist. Obwohl wir schon seit langem in einer Wissensgesellschaft leben (vgl. Böhme & Stehr 1986; Stehr 2001), in der jedem an das Internet angeschlossene Individuum ein nur noch in multiplen Terrabytes zu bemessendes Kenntniskontingent abrufbereit zur Verfügung steht, bleibt die Bestimmung von Wissen als mit *begründbarer Erklärung verbundener richtiger Erkenntnis* (Heidenreich 2003, 27) im Gegensatz zu bloßem Meinen, Vermuten oder Glauben, von höchster Relevanz.

> »Wissen unterscheidet sich von anderen kulturellen Schemata durch die Gewissheit, dass sich unsere Vorstellungen auf eine Wirklichkeit beziehen, die unabhängig von unserem Denken existiert [...]. Wissen ist immer mit überprüfbaren Wahrheitsansprüchen verbunden; unterstellt wird eine ›Wirklichkeit‹, über die intersubjektiv geteilte, überprüf- und falsifizierbare Aussagen getroffen werden können« (ebd.).

Jenseits postmoderner wissenssoziologischer Debatten über die Haltbarkeit eines »objektiv-repräsentationalen Wahrheitsbegriffs« (Gottschalk-Mazouz 2007, o.S.) und dem verbreiteten Irrsinn des allgemeinen Weltgeschehens hat ein mit anerkannten Methoden und in systematischer Weise generiertes Wissen in *rational geführten* Auseinandersetzungen immer noch die bessere Chance, sich durchzusetzen und handlungsleitend zu werden. Neben anderen auszeichnenden Merkmalen, wie etwa der inhärenten normativen Struktur oder der vernetzten Dynamik, zeichnet vor allem der bewährende Praxisbezug einen *als gültig anerkannten Wissensanspruch* aus, wie Gottschalk-Mazouz (ebd.) dargelegt hat.

Im Kontext von Institutionen wie der Polizei oder Universitäten ist ein weiterer Umstand von besonderer Bedeutung, nämlich dass »Wissen durch Institutionen formiert [wird] und in ihnen verkörpert [ist]. [...] Die Zuweisung von Wissenskompetenz an Institutionen und Organisationen spiegelt sich in der Autorität, die diesen beigemessen wird [...]« (ebd., o.S.).

Bis hierher war von der Kategorie Wissen nur in verallgemeinerter Form die Rede, und eine Differenzierung in individual-, kollektiv- und institutiongebundenes Wissen ist ebenso unterblieben wie die auf Polanyi (1985) zurückgehende übliche Unterscheidung von impliziten und expliziten Wissensbeständen. Auch die ansonsten epistemisch relevante Abstufung von Daten – Information – Faktum – Wissen – Weisheit kann hier zunächst beiseitegelassen werden.

Für das Spannungsfeld Polizei und Wissenschaft ist eher eine wissenstypologische Betrachtungsweise interessant. Schon in den Frühformen staatlich organisierter Polizeiformationen hat sich ein distinkter Typus von administrativer Informationsverarbeitung, Wissensorganisation und Interventionsorientierung herausgebildet, der bis in die Moderne hinein auf einer spezifischen Mischung von Wissensformen aufbaut. Jonas Grutzpalk (2016) hat dieses Wissensgemenge in einer empirischen Beobachtungsstudie sehr anschaulich herausgearbeitet. Demnach spielen in der polizeilichen Praxis zusammen:

1. Fachwissen (als Studien- und Buchwissen)
2. Zuverlässigkeitswissen
3. Improvisationswissen
4. Maschinell gespeichertes Wissen (in Form von internen und externen Datenbanken)
5. Körperwissen
6. Laiensoziologisches Formenwissen
7. Intuitives Wissen
8. ›gesunder Menschenverstand‹
9. Gefahrenwissen
10. Übersetzungswissen
11. Gesprächsführungswissen
12. Zuordnungswissen
13. Führungswissen

Ineinander verschränkt formen diese Elemente ein komplexes und dynamisches Wissensnetz, das wiederum mit anderen über- oder nebengeordneten Wissensnetzwerken in Verbindung und Austausch steht: »Angefangen bei der Schriftform bis hin zum Intranet spannt sich ein breiter Bogen von technischer Unterstützung des polizeilichen Wissensmanagements, das Fachqualifikationen und persönliche Erfahrungen einschließt« (ebd., 16). Bemerkenswert an diesen Beobachtungsbefunden ist in jedem Fall die Bedeutung des ›subjektiven Faktors‹, der in Form des individuellen ›Erfahrungswissens‹ einen nicht zu unterschätzenden Anteil an der Gesamtgleichung ›polizeiliches Wissen‹ hat und gelegentlich dem ›Buchwissen‹ antagonistisch gegenübergestellt wird.

3.2 Wissensbegierde

Wie in jedem anderen gesellschaftlichen Wissensfeld ankert der *Wille zum Verständnis und Erkennen* stets in zwei mächtigen Antrieben: der *Neugier* einerseits und der *Problembewältigung* andererseits. Die Neugier, allgemein verstanden als Triebkraft etwas erstmalig zu erleben oder zu erfahren, bzw. noch Unbekanntes zu entdecken, liegt gewöhnlich vor dem mit dem Schritt des Erkundens potentiell auslösbaren Konflikt mit dem zu Erkundendem. In jedem anderen Fall kommt die *Problembewältigung* als Wissenserzeugungsstrategie ins Spiel: Wie kann dem Gegenstand das Verständnis seiner Beschaffenheit und Komplexität auch gegen immanente Widerstände abgerungen werden? An diesem Punkt beginnt die Arbeit eines jeden Wissenschaftlers, gleichgültig

ob sein Streben das Verstehen der Natur oder des Sozialen ist. Für den hier zur Debatte stehenden Gegenstand, nämlich die Polizei, ist es auch zunächst einerlei, ob das Vorhaben des Wissen-Schaffens aus einer institutionell internen oder externen Position heraus betrieben wird. Essentiell ist vielmehr, dass Neugierde und die Trias von Problemwahrnehmung, -analyse und -bewältigung(sversuch) Anstoß für alle uns bekannten modernen Wissenschaften gewesen ist.

Aus einer institutionsexternen Position ergibt sich das philomathische Interesse an Polizei nicht selten aus einer Problemwahrnehmung im sozialen individuellen Erfahrungskontext. So auch für den Autor dieses Beitrags, der nach ca. 40-jähriger Beschäftigung *mit* und ca. 20-jähriger Arbeit *für* die Polizei in der Rückschau die eigene Forschungsneugier auf drei Schlüsselerlebnisse der Adoleszenz zurückführt:

- Als Schüler an einem Abend in der Dunkelheit auf dem Mofa von einem Volkshochschulkurs nach Hause strebend, springt plötzlich auf schlecht beleuchteter Straße ein in Zivil gekleideter Mann in den Weg, zum Anhalten auffordernd. Einen in der Industriestadt nicht unwahrscheinlichen Überfall vermutend, wird das Gefährt gewendet und zur Flucht in die entgegengesetzte Richtung gesteuert – der ominöse Mann versucht sich im Fahren auf den Gepäckträger zu wuchten und den Fahrer vom Sitz zu reißen. Dieses Vorhaben scheitert. Nach ca. 200 m der Flucht wird eine gut beleuchtete Hauptstraße erreicht, gleichzeitig schießt ein Auto heran und kommt mit quietschenden Reifen neben dem Verfolgten zu stehen. Dessen laute Rufe »Hilfe, Polizei, Hilfe!« werden von Anwohnern wahrgenommen – im nächsten Moment geben sich die Verfolger als Polizeibeamte in Zivil zu erkennen. Der Vorfall kommt mit Ermahnungen zu einem undramatischen Abschluss, verweist aber exemplarisch auf die potentiell sehr gefährliche, missverständliche Gefahrenwahrnehmung zu Zeiten des ›Deutschen Herbst‹ 1977, in der die Zivilpolizisten einen flüchtenden Verdächtigen und der Schüler ein ihn verfolgendes Straßenräuberduo vor sich zu haben glaubten.
- Wenige Jahre später, Demonstration am Hauptsitz eines marktbeherrschenden Zeitungskonzerns in einer bekannten Großstadt. Wasserwerfer fahren auf, die Demonstration wird aufgelöst, behelmte Polizisten in Gruppen fordern sehr nachdrücklich zum beschleunigten Verlassen des Ortes auf. Dieser Aufforderung raschen Fußes folgsam nachkommend, wird ein neben dem Autor sich eilig entfernender Protestierer beim Abzie-

hen hinterrücks von einer an der Leine geführten Polizeihund (aus eigener Wahrnehmung) anlasslos in die Wade gebissen. Aufnahme aller Personalien in einer offenen Gaststätte, keine weiteren Konsequenzen, es blieb ein Fall unverständlicher Anwendung von Polizeigewalt in Erinnerung.

- Große Anti-Atom-Demonstration an der Unterelbe – ein Baumoratorium wurde aufgehoben. Die Demonstration wird gerichtlich untersagt, dann erlaubt, dann wieder verboten. Die Polizei soll das Verbot durchsetzen, viele Zehntausende Protestierer lassen sich davon nicht abhalten, wie auch ganze Studienfachschaften, die sich (unbewaffnet) auf den Weg machen. Mit Krawall nichts am Hut habend, versetzen doch die einfliegenden BGS-Hubschrauber, die in naher Wurfweite landen und in unsere Richtung losstürmende Angreifer in voller Kampfmontur entladen, einen nachhaltigen Schrecken, der sich mit der nachträglichen Unzulässigkeitserklärung des Demonstrationsverbots durch das Bundesverfassungsgericht im Mai 1985 in eine entschiedene Neugier, was es mit diesem Apparat auf sich hat, transformiert.

Diese drei situativen persönlichen Erfahrungen waren weit prägender für die Ausformung meines wissenschaftlichen Interesses an dem Gegenstand ›Polizei‹ als die ergebnislos verlaufende Inanspruchnahme von Dienstleistungen der örtlichen Wache in der Rolle als Opfer von Fahrrad- und Brieftaschendiebstählen. Mit der Entscheidung, sich im Rahmen der universitären Kriminologie wissenschaftlich-seriös mit den Eigenheiten der Institution Polizei näher auseinanderzusetzen, war dann der spätere Verlauf einer beruflichen Karriere keineswegs schon vorgezeichnet. Der akademische Stand der Polizeiforschung war Mitte der 80er Jahre im Wesentlichen von Arbeiten aus dem angloamerikanischen Bereich geprägt; im deutschsprachigen Raum war gerade der von H. Busch, A. Funk, U. Kauß, W.-D. Narr und F. Werkentin (1985) herausgegebene 500-seitige Wälzer über »Die Polizei in der Bundesrepublik« als maßgebliche Studienquelle polizeiexterner Forschung erschienen. Die Schar der akademisch an der Polizei und ihren Tätigkeiten Interessierten war in der BRD zu diesem Zeitpunkt noch überschaubar. In Anlehnung an die kritische universitäre Polizeiforschung der damaligen Periode, die von Soziologen, Politologen und Kriminologen betrieben wurde, hatte ich mich dann zuerst im Rahmen einer Diplomarbeit und im Weiteren dann als Promotionsprojekt mit empirischem Eifer den Macht- und Herrschaftsaspekten polizeilicher Tätigkeit im Lichte ihrer technologischen Aufrüstung gewidmet (vgl. Nogala 1989; Nogala 1998).

Schon Hospitationen und Feldforschungen im Rahmen dieser Qualifikationsarbeiten haben mich dann unumgänglich mit institutionellen Binnenperspektiven der Institution und ihrer Akteure konfrontiert, die eher selten kongruent zu Positionen und Einschätzungen der kritischen Kriminologie verliefen, der ich disziplinär zuzurechnen war. Gleichwohl war es die zunächst unerwartete Offenheit auf Seiten der beforschten Polizei bzw. ihrer individuellen Vertreter gegenüber meiner kritisch-theorielastigen Forschungsfragestellung, die mich anfänglich verblüfft und im Nachgang beeindruckt hat. Bedienstete der Wache am Hamburger Hauptbahnhof erwiesen sich ebenso diskussions- und auskunftsfreudig wie Abteilungsleiter beim Bundeskriminalamt oder Liaison-Offiziere im Washingtoner Büro. Selbst Horst Herold, ehemaliger Präsident des BKA und prominenter Protagonist eines technologisch modernisierten und hochgerüsteten Polizeiapparates, gab während eines persönlichen Interviews zu erkennen, dass er meine seiner vertretenen Philosophie gegenüber sehr kritisch argumentierenden Monographie gelesen und »abzüglich der üblichen linken Übertreibungen und Verdrehungen« für diskussionswürdig hielt.

Die Quintessenz aus all diesen Feldbegegnungen war, dass es jenseits von Straßenbarrikaden, Bauplatzzäunen und stereotypischer Feindbilder in der Gesamtinstitution Polizei durchaus Offenheit und Bereitschaft für Diskussion und kritisches wissenschaftliches Interesse gibt.

Am MPI für ausländisches und internationales Strafrecht konnte ich dann noch vor der Jahrtausendwende meine Forschungstätigkeit mit Projekten u.a. zur grenzüberschreitenden Polizeikooperation, nicht-staatlicher Polizeiformationen, DNA-Analyse als investigativer Technik und Geiselnahmesituationen fortsetzen. Der internationale Blickwinkel wurde hier noch einmal erweitert und intensiviert – Polizeiforschung war inzwischen Gegenstand einer international eng verknüpften *scientific community* mit einer wachsenden europäischen Abteilung avanciert. Die nächste Phase einer bis dato unsicheren und ungesicherten Berufskarriere als Polizeiforscher bahnte sich derweil an.

4 CEPOL und das Projekt ›Europäische Polizeiwissenschaft‹

Im Zuge von übergreifenden Prozessen der Globalisierung und Europäisierung hatte die internationale polizeiliche Zusammenarbeit und das Vorhaben zur Schaffung einer »Europäischen Polizei zur Bekämpfung von grenzüber-

schreitender schwerer und organisierter Kriminalität sowie Terrorismus« einen längeren Anlauf genommen. Im Dezember 1991 wurde am EU-Gipfel in Maastricht im Vertrag über die Europäische Union die Errichtung von Europol als intergouvernementale Organisation beschlossen und im Januar 1994 wurde die Europol-Drogenstelle (EDS) in Den Haag als Vorläuferorganisation von Europol eingerichtet.[7] Europol war jedoch in der Perspektive der Polizei ein rein operativ ausgerichtetes Projekt. Parallel zu dieser Form der nationalgrenzüberschreitenden Kooperation hatte sich eine weitere kleine, aber weitsichtige Initiative etabliert, die im Kern aus einer kleinen Gruppe von Direktoren[8] der nationalen Polizeiakademien der damaligen 15 EU-Mitgliedsstaaten bestand. Ihre Kernidee: Grenzüberschreitende Polizeikooperation im europäischen Raum erfordert neue und zusätzliche Bildungsanstrengungen insbesondere hinsichtlich der leitenden Beamten – eine neu zu gründende Polizeiakademie auf europäischer Ebene sollte hier für Abhilfe sorgen.

Also vereinbarten die EU-Staats- und Regierungschefs im Rahmen des Sondertreffens vom 15. und 16. Oktober 1999 in Tampere, dass für die Schulung von hochrangigen Führungskräften der Polizeidienste eine Europäische Polizeiakademie eingerichtet werden sollte. Diese sollte als ein Netz der bestehenden nationalen Ausbildungseinrichtungen in Angriff genommen werden und auch den Behörden der beitrittswilligen Länder offenstehen. Auf der Grundlage eines Beschlusses des Rates der Europäischen Union unter französischer Präsidentschaft vom 22.12.2000 wurde mit 1. Januar 2001 die CEPOL – Abkürzung für »Collège Européen de Police« eingerichtet. Bis zur Überführung in eine EU-Agentur zu Beginn von 2006 war CEPOL als Gebilde auf intergouvernementaler Ebene etabliert[9].

Als Zweck des neuen Gebildes war vorgesehen, dass Beamte der höheren Dienststufen (›*senior officers*‹) sich angesichts neuer und gestiegener Anforde-

7 Europol hat erst im Juli 1999 seine Tätigkeit offiziell aufgenommen, nachdem im Juli 1995 die Europol-Konvention durch die damaligen 15 EU-Staaten unterzeichnet wurde und anschließend in diesen ratifiziert werden musste.

8 Führend waren dabei Vertreter aus Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Österreich und Schweden.

9 Während Europol von Beginn an unter verschärfter politischer wie akademischer Beobachtung stand, hat CEPOL eher ein kaum beachtetes Mauerblümchen-Dasein am Rande geführt. Nicht nur die im EU-Vergleich geradezu marginale Personalstärke und Budgetausstattung mag dazu beigetragen haben. Eine analytische Historie dieser nun zwanzigjährigen Einrichtung mit samt einer Einschätzung ihrer Wirkung im europäischen Polizeibildungswesen steht noch aus.

rungen auf der Höhe der Zeit weiterbilden sollten. Den führenden Initiatoren dieser Neugründung aus den nationalen Akademien der zu diesem Zeitpunkt 15 Mitgliedsstaaten war die Diskussion um die aufziehende ›Wissensgesellschaft‹ (vgl. Böhme & Stehr 1986) um die Jahrtausendwende nicht verborgen geblieben[10], und so wurde von Beginn an eine gewisse Betonung auf die Bedeutung und die Integration von wissenschaftlichem Wissen in Form von »Verbreitung von Forschungsergebnissen und guter Praxis« gelegt. Überhaupt gab es eine erste Renaissance der Idee einer Polizeiwissenschaft (unter kriminologischen) Vorzeichen vor allem in Deutschland (vgl. Schneider 2000; Stock 2001; Stock 2007), wo Vorbereitungen für die Überführung der Polizeiführungsakademie in Hiltrup (bei Münster) in eine »Deutsche Hochschule der Polizei« in Gang gesetzt waren und ab 2006, dem Gründungsjahr, realisiert waren (vgl. Jaschke & Neidhardt 2004; Neidhardt 2007). Aber auch aus anderen Ländern gab es entsprechende Impulse: So hatte etwa die spanische Regierung Anfang 2002 eine EU-Ratsinitiative zur Gründung eines »Europäischen Instituts für Polizeistudien« eingebracht, die aber im Zuge der sich vollziehenden Etablierung von CEPOL später wieder zurückgezogen wurde (Fehérváry 2007, 233).

Somit war die Konstellation, um wissenschaftliche Befunde in die Ausbildung der neuen Einrichtung systematisch zu integrieren, ausgesprochen günstig und es wurde intern ein »Komitee für Wissenschaft und Forschung« gebildet, das die »[...] Bereitstellung von neuem Wissen an die Polizeien in Europa zwecks Verbesserung der Polizeiarbeit sowie Steigerung der Effizienz und Kompetenz der Polizeien« sowie »[...] die Entwicklung eines europäischen Konzepts der Polizeiwissenschaft« (ebd., 232) als Zielvorstellung formulierte. Zur konkreten Umsetzung waren verschiedene forschungs- und wissenschaftsbezogene Aktivitäten vorgesehen, so etwa

---

10 Dieses Eintreten für die Nutzung wissenschaftlichen Wissens hat natürlich tiefe Wurzeln in der historischen Entwicklung von Polizeiorganisationen moderner Staaten, die schon im 19. Jahrhundert die Früchte zunächst der sich ausdifferenzierenden Natur- und Ingenieurswissenschaft in Form kriminaltechnischer Verfahren zu nutzen wussten (vgl. etwa Becker 2005; Cole 2002). Dieser Trend beschleunigte sich dann enorm vor allem in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, wobei die Verwertung psychologischer sowie sozialwissenschaftlicher Methoden und Erkenntnisse in nennenswertem Umfang erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung zu verzeichnen ist. Zum Prozess der Verwissenschaftlichung (im weitesten Sinne) der Polizei auch Herold (1976; 1977), Ericson & Shearing (1986) und Nogala (1992; 1995).

- die systematische Erfassung spezifischer Beiträge aus den einzelnen Mitgliedsländern,
- die Organisation einer jährlichen Polizeiforschungskonferenz,
- die Einrichtung einer Datenbank polizeilicher Forschungsarbeiten,
- die Initiierung gemeinsamer und komparativer Forschungsprojekte, sowie
- »die Einrichtung einer Expertengruppe für die Entwicklung, Implementierung und Evaluierung einer Polizeiwissenschaft« (ebd., 232, mit weiteren Einzelheiten)[11].

Mit diesem ambitionierten Programm war ein starker Akzent innerhalb der europäischen Fachöffentlichkeit zum Vorteil einer stärker wissenschaftlichen Orientierung der (höheren) Polizeiausbildung gesetzt. Die Suche nach geeignetem und qualifiziertem Personal zur Umsetzung dieser anspruchsvollen Vorhaben traf sich dann mit meinem eigenen professionellen Interesse an praktischer Anwendung akkumulierten Wissens, und so wurde ich zunächst als vom MPI delegierter »Research Advisor« und dann ab 2007 als »Research & Knowledge Management Officer« Mitarbeiter der Europäischen Polizeiakademie.

Die in dieser Position gesammelten Eindrücke und Erfahrungen über fast zwanzig Jahre lassen sich an dieser Stelle allenfalls kursorisch zusammenfassen. Zunächst einmal hieß es, immerhin langjährig in einer theorieaffinen Forschungskultur sozialisiert, sich auf die Erfordernisse und Perspektiven einer praxisorientierten Weiterbildung für aktive Polizisten im europäischen Kontext einzustellen. Dabei waren die in den Jahren in der Feldforschung erfolgten Begegnungen mit (oft) ›fortschrittlich denkenden‹ Protagonisten durchaus erhellend, zumal in anderen beteiligten EU-Ländern Kooperationen von ›progressiven‹ Polizeiforschern mit Polizeiorganisationen zu bestimmten Fragestellungen durchaus zur Normalität geworden waren. Über die Jahre gab es einige Kernprojekte, die meine Tätigkeit bei CEPOL bestimmten und mich in wechselhafter Weise beanspruchten:

11 Zur Stand der Entwicklung zum Zeitpunkt der Erweiterung des Mandats der Agentur in 2016 siehe auch Fehérváry (2016).

4.1 Wissenschaftliche Repositorien

Da wäre zunächst mal das Vorhaben, vorhandenes polizeiwissenschaftliches Wissen zu sammeln und interessierten, über das gesamte Gebiet der EU verstreuten Weiterbildungswilligen zugänglich zu machen. Der erste Ansatz dazu war CEPOL-eDoc, eine angepasste Variante der Wissensdatenbank, die die Max-Planck-Gesellschaft entwickelt hatte (vgl. Nogala 2006). Ernannte Vertreter der Mitgliedsstaaten sollten relevantes Material aus ihrem nationalen Kontext dort einspeisen und zum autorisierten Abruf bereitstellen. In der weiteren Entwicklung von CEPOL, einschließlich der Erweiterung auf neue EU-Mitgliedsländer, wurde diese dezidiert wissenschaftliche Sammlung dann später in eine allgemein »CEPOL-e-Library«, die auch nicht-wissenschaftliches Material bereithielt, überführt. Ursprünglich mit der Perspektive der Selbstorganisation eines Netzwerks von polizeiwissenschaftlich Aktiven und Interessierten aus den Mitgliedsländern konzipiert und betrieben, wurde das System wegen teils ausbleibender Zulieferung 2018 endgültig eingestellt, und durch die Subskription von relevanten elektronischen Zeitschriften und Büchern durch einen externen Betreiber ersetzt. Diese (weit überwiegend englisch-sprachigen) polizeiwissenschaftlichen Ressourcen stehen im Prinzip jedem in der EU- oder assoziierten Staaten tätigen Polizisten über das Internet kostenfrei zur Verfügung[12].

4.2 Wissenschaftliche Konferenzen

Die erste eigenständig von CEPOL organisierte Konferenz fand 2003 in Schweden statt und hat sich (mit Unterbrechungen) bis zuletzt in das Jahr 2022 fortgesetzt.[13] Anfänglich eine Veranstaltung ›*only by invitation*‹, wurden die Zusam-

12 Ejournals und Ebooks sind Bestandteil des ›LEEd‹ (Law Enforcement Education Platform) genannten Extranets der Agentur. Anmeldungen werden in dem jeglichen Mitgliedsstaat bearbeitet und können unter dieser Adresse erfolgen: https://www.cepol.europa.eu/training-education/leed.

13 Die »European Police Science and Research Conferences« wurden in folgenden Ländern durchgeführt: Schweden (2003), Tschechoslowakei (2004), Portugal (2005), Großbritannien (2006), Deutschland (2007), Österreich (2008), Niederlande (2009), Norwegen (2010), Spanien (2011), Frankreich (2012), Deutschland (2013), Portugal (2015), Budapest (2016, 2017), Internet (2021), Litauen (2022). Informationen zu den einzelnen Tagungen sind unter https://www.cepol.europa.eu/scientific-knowledge-research/cepol-research-science-conferences?pg=1 abrufbar.

menkünfte seit 2012 für polizeiexterne akademische Teilnehmer geöffnet und sind eine der wenigen regelmäßigen Gelegenheiten gewesen, polizeiwissenschaftlichen Austausch zwischen Praktikern, Wissenschaftlern und Lehrenden auf europäischer Ebene zu organisieren. Ausgewählte verschriftlichte Beiträge sind in den Konferenzsonderbänden des Bulletins (siehe im Folgenden) veröffentlicht worden.

4.3 Periodikum

Im Jahr 2009 erschien die erste Ausgabe des »European Police Research and Science Bulletin«. Die Mission lautete: mit dem Ziel

> »[…] to provide up-to-date scientific information to participants, trainers and course managers in CEPOL activities, particularly with a view to self-study and assignments. A second aim is to promote a European debate about the findings of police research and development« (Göransson 2009, 3).

Anfänglich als eine Art gehobenem Newsletter noch in ›Heimarbeit‹ produziert, bekam das Bulletin mit der Ausgabe Nr. 8 ein professionelles Format und wurde mit der Nr. 17, der Mandatserweiterung der Agentur folgend, im Erscheinungsjahr 2017 in »*European Law Enforcement Research Bulletin*« umbenannt. Unter diesem Titel sind auch die bisherigen Konferenzbände erschienen. Das Bulletin ist eine open-access Publikation von CEPOL und alle Ausgaben sind online unter https://bulletin.cepol.europa.eu zugänglich.

4.4 Forschungsprojekte

Entgegen vielerlei Bemühungen hat die EU-Agentur niemals ein eigenständiges Forschungsmandat mit dazugehörigem Budget zugestanden bekommen. Jedoch wurden in Kooperation mit den Mitgliedsstaaten mehrere europaweite Surveys zum jeweiligen Entwicklungsstand der nationalen Ausbildungssysteme durchgeführt. Dabei zeigte die Runde der Ausführung, dass sich ein Prozess der ›Bologna-Isierung‹ auf allen Dienststufen vollzogen hat, der mit einer fortschreitenden Akademisierung der Polizeiausbildung auf allen Stufen einhergeht (vgl. Konze & Nogala 2018). Die althergebrachte Lehrkraft-Weisheit ›Polizisten lesen nicht!‹, jedenfalls nichts Akademisches, verliert zunehmend an Überzeugungskraft. Auch kam die Idee, europaweite polizeiwissenschaftliche Forschungsprojekte anzustossen, nicht über allgemeine Ermunterungen

und fördernde Netzwerke allzuweit hinaus. Eine gelungene Ausnahme stellt hier das von Schweden geleitete »GODIAC-Projekt« dar, das von der Europäischen Polizeiakademie initiiert (Hilton 2011) und zum erfolgreichen Abschluss gebracht wurde (Polisen 2013). CEPOL beteiligte sich in den letzten Jahren in beratender Rolle dann aber an einigen Projekten, die im Rahmen des EU-Horizon 2020 Forschungsprogramms gefördert wurden.

4.5 Expertengruppe »European Police Science«

Wie erwähnt, war den maßgeblichen Akteuren der Anfangsjahre daran gelegen, nicht allein vorliegende polizeiwissenschaftliche Befunde aus den europäischen Mitgliedsstaaten zu verteilen, sondern darüber hinaus einen Impuls zur Entwicklung einer dezidiert europäischen Version von Polizeiwissenschaft zu setzen. Dazu wurde 2005 eine sechsköpfige Expertengruppe gebildet, die sowohl polizeipraktische Erfahrung wie auch akademische Expertise zusammenbrachte und renommierte Vertreter aus Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden, Norwegen, Slowenien und Spanien an einen Tisch brachte. Der Auftrag lautete zusammengefasst, die Gruppe solle sich einen Überblick über die verschiedenen nationalen bzw. regionalen Ansätze einer Polizeiwissenschaft verschaffen und untersuchen, ob und unter welchen Bedingungen sich daraus der Kern einer genuin den europäischen Verhältnissen angepasste Variante als Startpunkt einer umfassenderen Debatte ableiten ließe. Zwei Jahre später lag der Report vor, der auf der CEPOL-Konferenz 2007 in Münster vorgestellt und diskutiert wurde und 2009 erweitert mit Kommentaren u.a. von Jean-Paul Brodeur (Kanada) und Christian Mouhanna (Frankreich) im Verlag für Polizeiwissenschaft publiziert wurde (del Barrio et al. 2009). Die Diskussionen der Expertengruppe verliefen stellenweise durchaus kontrovers, waren doch verschiedene Denk-, Forschungs- und Wissenschaftstraditionen repräsentiert. Doch im Ergebnis wurden Einsichten zusammengetragen und Vorschläge zur Europäisierung einer Wissenschaft zur und über Polizei gemacht, die nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben und noch der Fortschreibung an geeigneter Stelle harren[14].

14 Der Bericht wurde im Netzwerk der Mitgliedsstaaten verteilt und mit Interesse aufgenommen. Es gibt auch Hinweise darauf, dass er eine nachhaltige Wirkung in den östlichen und südlichen Ländern der EU entfaltet hat. Allerdings fiel das Echo auf die Initiative in den etablierten akademischen polizeiwissenschaftlichen Zirkeln außerhalb des CEPOL-Milieus eher bescheiden aus. Abgesehen von ein paar kursorischen Referenzierungen und eines kritischen Monierens an der von der Gruppe gewählten

Die Gründer und Verantwortlichen der Europäischen Polizeiakademie (bzw. in Nachfolge seit 2016 der »Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung«) hatten sich im Zuge einer Renaissance der Diskussion um Polizeiwissenschaft schon in den Anfängen dem Konzept einer profunden ›Verwissenschaftlichung‹ der (höheren) Polizeiweiterbildung im europäischen Kontext verschrieben, wenn auch zuvorderst unter Effektivierungsgesichtspunkten. Mit dem Vehikel ›Wissenschaft‹ wurde neben einer Stärkung der instrumentellen auch der reflektiv-kritischen Vernunft ein Tor eröffnet. Insofern stellte (und stellt) diese Einrichtung eine vielleicht einzigartige Gelegenheit dar, verschiedene nationale und professionelle Wissensdiskurse zu, für und über Polizei zu verbinden und insbesondere komparative Perspektiven zu befördern.

Auch wenn die ambitionierten Ziele des frühen »Komitee für Wissenschaft und Forschung« nicht zuletzt wegen unzureichender personeller und finanzieller Ausstattung über zwei Dekaden nur in Ansätzen erreicht bzw. verwirklicht werden konnten, so ist zumindest das Volumen der Polizeiwissenschaft heute ein entschieden anderes als vor 20 Jahren. Davon zeugt allein die Varianz der publizierten polizeiwissenschaftlichen Journale, die abgesehen von den dezidiert europäischen Titeln des »European Law Enforcement Research Bulletin« und des »European Journal of Police Studies« in Europa herausgegeben werden[15]. Viel eher könnte davon die Rede sein, dass die europäische (und internationale) Polizeiwissenschaft inzwischen mit einer kaum noch überschau- geschweige denn insgesamt mental verarbeitbarer Flut aufwartet, führt man sich die Produktionsmenge einmal vor Augen: jedes Jahr erscheinen allein international mehr als einhundert englischsprachige Buch- und Sammelbände, von der Akkumulation der einschlägigen Zeitschriftenbeiträge ganz zu schweigen.[16]

Allerdings ist das Anliegen, polizeipraktische und universitär-theoretische Perspektiven zusammenzuführen ein sehr spezifisches, auf einen überschaubaren Interessentenkreis begrenztes Unterfangen. Zugleich muss es sich an

Arbeitsdefinition (vgl. Möllers & Ooyen 2012, 300; sowie Ooyen 2019, 27) mangelte es im universitär-akademischen Feld an ernsthafter Auseinandersetzung bzw. an einer Weiterführung dieses Ansatzes.

15 Solche eigenständigen Periodika erscheinen auch in kleineren Staaten wie Estland, Österreich, Slowenien und der Schweiz. Für eine nicht unbedingt vollständige Übersicht: https://www.cepol.europa.eu/publications/more-police-science-journals.

16 So jedenfalls mein Eindruck bei der jährlichen Neu-Bestückung der CEPOL-ebook Sammlung mit Neuerscheinungen.

drei Fronten behaupten und durchzusetzen versuchen: gegen a) traditionsverhaftete Praktiker, die Polizei ausschließlich als dem gesunden Menschenverstand verpflichtetes Handwerk verstanden wissen und kritikfrei stellen wollen, b) gegen in postmodernen Höhenflügen gefangene universitäre Theoretiker, die Polizei und ihre Probleme nur aus der Distanz des feinakademischen Elfenbeinturms zu betrachten gewillt sind, sowie c) gegen politische Aktivisten, die Polizei und Polizisten als zentralen Bestandteil eines unreformierbaren Unterdrückungssystems, das abgeschafft gehört, betrachten.

5 Über offene Ohren und Silos

Ginge man allein von der produzierten Menge des publizierten Schrifttums aus, dann könnte sich der Eindruck aufdrängen, Polizeiforschung habe sich in Europa zu einem aufstrebenden Nebenzweig des öffentlichen *Wissenshandels* entwickelt. Dieses Geschäft wird allerdings aus unterscheidbaren Motiven, Interessenlagen und Zwecken betrieben und zielt mit dem breiten Themenspektrum seiner Produktion auf unterschiedliche und abgrenzbare Abnehmergruppen. Neben der althergebrachten Kategorisierung von Forschungsarbeit *für* und *über* Polizei drängt sich zunehmend eine Differenzierung auf, die nach *intern*, *mit* und *gegen* sortiert, je nachdem ob Polizeiwissen in intraorganisatorischen, kooperativen bzw. antagonistischen Formaten generiert wird. Wie weiter oben schon angedeutet, kann es daher erhellend sein, zwischen der Perspektive von *Polizeiproblemen* (also solchen, die die Polizei als Institution wahrnimmt, hat oder angibt zu haben) und der *Polizei-als-Problem* (also der Untersuchung und kritischen Infragestellung polizeilichen (Nicht-)Handelns oder Wirkens – zu trennen.

5.1 Forschungstyp: Polizeiprobleme

Seit der Erfindung der modernen Polizei – und über lange Zeit hinweg – haben Polizeiorganisationen vornehmlich in Technik und Verfahren gegossenes naturwissenschaftliches Wissen *absorbiert* und für die eigenen Handlungszwecke nutzbar gemacht: zuerst in der Forensik, dann für Transport-, Kommunikations- und Informationsverarbeitungszwecke. Das Wissen über Management und Organisation trat historisch hinzu, bevor dann die Sozial- und Humanwissenschaften ihren Einzug in das allgemeine Polizeiwissen hielten. Eigene Kapazitäten zur Generierung neuen Wissens waren sehr rar

gesät – eine wesentliche Veränderung dieser eher passiven Haltung zu aktiver Forschung setzte erst mit der Morgenröte der Wissensgesellschaft im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts ein und ließe sich beispielhaft an der Entwicklung zentraler Organisationen wie dem FBI, dem (britischen) Home Office oder dem Bundeskriminalamt aufzeigen. Inzwischen sind eigene kriminologische Forschungsabteilungen auch in weniger bekannten Organisationen keine Seltenheit mehr: Hier wird mit *interner Kapazität autonom* über typische *Polizeiprobleme* geforscht und nachgedacht. Hinzu kommt, dass neben ›eingekauften‹ genuinen Wissenschaftlern auch wissenschaftlich ausgebildete Polizisten zum Zuge kommen und in zunehmendem Maß in polizeiwissenschaftlichen Publikationen hervortreten[17]. Diese Beiträge arbeiten sich für gewöhnlich an drei Aspekten ab:

a) der Beschreibung von (neuen) Kriminalitätsphänomenen,
b) der Thematisierung innerorganisatorischer bzw. kooperativer Effizienzdefizite bzw. -strategien, sowie
c) der Erfordernis kriminalpolitischer und legislativer Veränderungen.

Ähnlich gelagert, aber keineswegs identisch und mit anderer Akzentuierung verhält es sich bei Forschungs*projekten*, in den Polizeiinstitutionen mit polizeiexternen Einrichtungen kooperieren oder sich deren Dienste bedienen. Die relevante Differenz läge hier jeweils bei dem Gewicht des ›*für* die Polizei‹ gegenüber dem ›*mit* der Polizei‹: Während im ersten Fall die Polizeihierarchie Erkenntnisinteresse, Forschungsfrage und Verwertungsoption determiniert, wird sie sich im anderen gegenüber den intrinsischen Perspektiven und Absichten der oft universitär verankerten Kooperationspartner öffnen müssen. Ein illustratives Beispiel dafür sind die vielfältigen Projekte, die im Rahmen des FP7- bzw. des Horizon 2020 Programms von der EU aufgelegt und gefördert worden sind.[18] Daneben spielen natürlich die großen internationalen Beratungsfirmen und Think Tanks (wie Deloitte oder RAND) eine tragende und einflussreiche Rolle.

---

17 Für diesen Typus stehen im deutschsprachigen Bereich Journale wie »Die Polizei«, »Kriminalistik« oder die vom Bundeskriminalamt, von der DHPol, der österreichischen Sicherheitsakademie und anderen polizeilichen Hochschulen und Instituten herausgegebenen Schriftenreihen und Veröffentlichungen (vgl. dazu auch van Ooyen 2021).

18 Dies ist übrigens ein Feld europäischer Polizeiwissenschaft, der bislang analytisch weitgehend ignoriert wurde und daher grob unterbelichtet ist.

5.2 Forschungstyp: Polizei-als-Problem

Die Polizeiforschung im modernen akademischen Sinne ist historisch aus der soziologisch verorteten Wahrnehmung von gewaltaffinen Polizeihandeln in Großstädten der westlichen Hemisphäre hervorgegangen – um genau zu sein, den Zuständen in den USA der 60er Jahre. Beeinflusst von kriminologischen Fallstudien der frühen Pioniere der Polizeiforschung (z.B. D. Bailey, E. Bittner, A.J. Reiss, J.H. Skolnick, W.A. Westley) und auf dem Hintergrund von *›race riots‹* hatte die sogenannte »Katzenbach Commission« einen vielbeachteten Bericht vorgelegt, der in der Folge in den USA die Grundlage für eine auch universitäre Infrastruktur für Polizeiforschung gelegt hat.[19] Im Zuge der sozialen Konflikte und Revolten der auslaufenden 60er und beginnenden 70er Jahre wurde das Thema Polizei dann auch in Deutschland zum Gegenstand sozialwissenschaftlich orientierter Forschung und die Institution sowie das Verhalten ihrer Akteure problematisiert und unter die kritische Lupe genommen – das Genre der *akademischen Polizeikritik* war geboren (siehe Feest & Lautmann 1971; Feest & Blankenburg 1972).[20] Diese Linie einer akademisch verankerten kritischen Forschung *gegen* eine wie auch immer

19 »There is no activity, technique, program, or administrative structure in the criminal justice system that is so perfect it does not need to be systematically scrutinized, evaluated, and experimented with. Police patrol and police investigation, personnel structures, communication systems and information systems, community relations programs and internal investigation programs; [...] Operating agencies should obviously concern themselves with this kind of research. But it is clear that the criminal justice system does not have the means to conduct research entirely on its own. Few people working in any part of the system at the present time have the scholarly training to use the sophisticated methods of gathering and analyzing facts, inventing experiments, and using controls that research requires. The system's administrators must call upon the universities, foundations, social service agencies, and industrial corporations for help – must open their doors and reveal their secrets« (The President's Commission, 1967, 274).

20 Insbesondere der Beitrag von Lautmann (1971) kann in der Rückschau geradezu als Blaupause zeitgenössischer kritischer Polizeiliteratur gelesen werden (vgl. etwa Cremer-Schäfer 2014; Loick 2018; Derin & Singelnstein 2022 – dort allerdings ohne referierten Bezug auf diese Anfänge). Zugleich sind diese frühen soziologisch-kriminologischen Forschungsansätze als Ursache für ein lange angespanntes gruppendynamisches Verhältnis zwischen Polizeivertretern und universitären Forschern ausgemacht worden (so etwa Ohlemacher 2000). Zum frühen Stand der deutschsprachigen universitären Polizeiforschung siehe auch Kreissl (1991) und Lehne (1993).

definierte historisch-situative Konfiguration von Polizei im Kontext innergesellschaftlicher Konflikte zieht sich in den großen westlichen Ländern (USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland) bis in die jüngere Gegenwart (vgl. Vitale 2017; Loick 2018; Heitmeyer 2022), wobei diese Ansätze in Stufen überleiten in die allgemeinere externe Forschungsgattung *über* Polizei, die sich eher einer betont konstruktiven Kritikhaltung verschrieben hat (exemplarisch hierzu Fyfe 2017; Punch 2010).

5.3 ›Open minds‹ und die Scheuklappen

Um noch einmal an den Ursprung der (eigenen) Wissbegierde und ihre nachfolgende Einlösung im weiten Feld der europäischen Wissenschaft zur Polizei zurückzukommen: Es ist erstaunlich, wenn nicht gar überwältigend, welche Menge an Wissen zu diesem Thema im Laufe der Zeit (grob geschätzt ein Dreivierteljahrhundert) produziert und, mit der notwendigen Reserviertheit gesagt, auch produktiv verarbeitet wurde. Die Polizeien und Polizisten von damals unterscheiden sich fundamental von den heutigen, wenn auch ihr staatlich-gesellschaftlich verankerter Grundzweck und ihr Tätigkeitsprofil grundsätzlich gleichgeblieben sind. Während (methodisch-systematische) Forschung als Mittel zur Generierung von Wissen über und für Polizei inzwischen von allen betroffenen Parteien prinzipiell weitgehend anerkannt wird, ist dieser Wissensfundus in sich fragmentiert und noch (zu) wenig integriert. Diese Einschätzung lässt sich sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene treffen, von der internationalen und globalen ganz zu schweigen.

Nach meiner Einschätzung legen folgende Faktoren einer integrativen ›*mission European police science*‹ erhebliche Hindernisse in den Weg:

- Gewisse Bereiche internen Polizeiwissens sind dem der Transparenz und Öffentlichkeit verpflichteten akademischen Diskurs aus nachvollziehbaren Gründen entzogen. Bestimmt durch ihren Charakter als Konfliktbearbeitungsagentur ist Polizei auf Informations- und Wissensvorsprünge sowie -exklusivität angewiesen, soll sie ihre Effizienz und Problembewältigungskapazität gegenüber antagonistischen Akteuren nicht verlieren. Damit verbleibt, auch in demokratisch legitimierten Konfigurationen ein Rest an notwendiger Intransparenz, die wiederum den Verdacht eines illegitimen Herrschaftsanspruchs der Institution nährt.
- Die verfügbaren Wissensbestände an Polizeiforschung und Polizeiwissenschaft sind weitgehend sprachenzentriert – und damit zu häufig auf

die jeweiligen lokalen oder nationalen Polizeikulturen und -gepflogenheiten beschränkend fokussiert. Da durch die historische Entwicklung, wie beschrieben, Englisch sich als die lingua franca der internationalen Polizeiwissenschaft herausgebildet hat, fallen anglo-amerikanische Erfahrungen, Konzepte und Perspektiven überproportional ins Gewicht. Nicht-englischsprachige Beiträge, etwa aus den europäischen Ländern, werden in der führenden Literatur daher, wenn überhaupt, nur ausnahmsweise zur Kenntnis genommen und durch Zitation oder Referenz gewürdigt.

- Dieses Ungleichgewicht rührt aber auch aus der sehr unterschiedlichen Produktivität an veröffentlichtem Polizeiwissen in den verschiedenen Ländern her. Zum einen liegt das an der jeweiligen Größenordnung der schieren Anzahl potentieller Autoren im Verhältnis zur Einwohnerzahl, zum anderen aber auch an dem sehr ungleichen historischen Zeitpunkt, zu dem Polizei und Polizeitätigkeit zum Gegenstand akademischer Infragestellung und Kritik gemacht werden konnte. Die westlichen und nördlichen Länder in Europa haben hier zweifellos ebenso einen Entwicklungsvorsprung wie die bevölkerungsreichen gegenüber den kleineren Nationen[21].
- Während die Scheu vor dem forschenden Blick über die Grenzen der eigenen sprachlichen, nationalen und kulturellen Grenzen noch nachvollziehbar ist, fällt auf, dass sich innerhalb der scientific community in der Polizeistudienliteratur nicht selten Zitiergemeinschaften herausbilden, die sich bevorzugt in den eigenen und bekannten intellektuellen Dunstkreisen bewegen und die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit konträren Ideen und Perspektiven tendenziell scheuen. Dabei entsteht neues und nachhaltiges Wissen oft erst in der vermittelten Konfrontation vermeintlich gegensätzlicher Positionen und Erfahrungen.

Jenseits aller historischen Kontroversen, gegenseitiger Stereotypisierung und dem Eindruck, man wandle gelegentlich in unterschiedlichen Realitäten (siehe Bradley & Nixon 2009; Mouhanna 2017), haben Polizeipraktiker und Wissenschaftler im kritischen Dialog[22] einen unschätzbar wertvollen und

21 Hier sei aber mit Estland, Portugal, Österreich und Slowenien auf notable Ausnahmen verwiesen.

22 Zur Relevanz der Perspektivenverschränkung siehe auch die Überlegungen von Zurawski (2021).

praxisgeeigneten Wissensfundus aufgebaut, der sich hier im Sinne Ulrich Becks als Ausfluss eines *Prozesses reflexiver Modernisierung* klassifizieren lässt. Dabei darf die Bedeutung des Anteils auf Seiten der Polizei nicht unterschätzt werden – genauer müsste hier von der gewichtigen Rolle der, einer wissenschaftlichen Reflexion und Kritik gegenüber aufgeschlossenen, Polizeireformer und -praktiker diverser Hierarchiestufen die Rede sein, denen ich im Laufe meines Werdegangs immer wieder begegnet bin.[23] Nicht zuletzt geht die Möglichkeit des Projekts »European Police Science« im Rahmen der Europäischen Polizeiakademie ohne Zweifel auf wissenschaftsaffine Polizeipraktiker wie beispielsweise Janos Fehérváry (Österreich) und Klaus Neidhardt (Deutschland) zurück. Um noch einmal den Begriff der *reflexiven Modernisierung* zu bemühen: In den mannigfachen Polizeibehörden der europäischen Länder setzt sich immer wieder mal – oft personengebunden – die Einsicht durch, dass die Leistungsfähigkeit und Akzeptanz von moderner Polizeiarbeit nicht ohne die Integration externen, auch polizeikritischen Wissens den zunehmenden Erfordernissen einer komplex strukturierten sozialen Umwelt gerecht werden kann (illustrativ dazu Welten 2010).

Grundlegende Bedingung für einen konstruktiven Austausch ist allerdings gegenseitiges Vertrauen in die jeweilige professionelle Integrität. Noch grundsätzlicher als Kritikoffenheit und Vertrauen ist eine andere allgemeine Bedingung des Florierens von Polizeiforschung und Polizeiwissenschaft im europäischen Raum: Dieser Wissenskorpus ist fundamental sowohl auf die Bedingung freiheitlich-demokratischer Schaffensverhältnisse und gleichzeitig auf deren Stärkung im Sinne einer fortschreitenden Aufklärung gerichtet – Konzepte wie *community policing* oder *problem-oriented policing* entspringen nicht von ungefähr den oben beschriebenen Auseinandersetzungen in liberal-demokratischen Zusammenhängen (vgl. Manning 2010). Letztlich geht es dabei um die Rolle und den Beitrag der Institution Polizei als Konfliktregulierungsmechanismus in und zu einem fortlaufenden Prozess der »*Zivilisierung von Innerer Sicherheit*« (Loader & Walker 2007).

23 Diese Erfahrung habe ich bei Praktika, Feldstudien und offiziellen Begegnungen immer wieder gemacht, wobei ich nicht verschweigen will, dass es auch den Typus »Brauchen wir nicht, was soll der Sch…?!« gab. In diesem Zusammenhang ist für in der Kriminologie Bewanderte daran zu erinnern, dass der damalige Präsident des Bundeskriminalamts, Horst Herold, und der (damals) prominenteste Vertreter einer kritischen Kriminologie, Fritz Sack, in regem wissenschaftlichem Dialog miteinander standen.

Hinzu kommt die unbedingte Beachtung einer grundsätzlich angelegten Diskrepanz, auf die Ulrich Beck und Wolfgang Bonß (1989) im übergreifenden Kontext warnend hingewiesen haben, und an die abschließend noch einmal zu erinnern wäre: Zwischen der Problemwahrnehmung von Praktikern und Wissenschaftlern können Brüche liegen, die nicht immer überwunden oder dialektisch aufgehoben werden können (S. 7); darüber hinaus sollte bedacht werden, dass *wissenschaftliches Wissen* nicht immer per se und umstandslos anderen Wissenstypen überlegen ist (S. 9); Praktiker hingegen hätten sich von der Vorstellung und dem Anspruch zu lösen, dass Sozialwissenschaft quasi auf Rezept anwendungsfertiges Lösungswissen ihrer Probleme zu liefern habe (S. 10–11):

> »Die Art der Verwendung […] vollzieht sich nicht maschinell-technisch, sondern immer und notwendig in Form von langen, meist örtlich, zeitlich und sozial versetzten Interpretationsprozessen, im Wechsel zwischen Sprachformen, in einer aktiven, die Ergebnisse im Horizont praktischer Erwartungen und Erfahrungen über viele Instanzen und längere Zeiträume neu deutenden und nach eigenen Regeln herstellenden ›Umgangsform‹« (ebd., 11).

Besser ließe sich die Entwicklungsbahn der Mission einer europäischen Polizeiwissenschaft in einem komplexen und konfliktaffinen gesellschaftlichen Kontext nicht prognostizieren. Der deutschsprachigen polizeiwissenschaftlichen Debatte würde eine stärkere Rückkoppelung mit genuin kontinental-europäischer Forschungsbefunden gewißlich neue Impulse und zusätzliche Dynamik verleihen.

Literatur

del Barrio Romero, F. del B., Björgo, T., Jaschke, H.-G., Kwanten, C., Mawby, R. I. & Pagon, M. (2009). *Police Science Perspectives: Towards a European Approach: Extended Expert Report*. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Beck, U. & Bonß, W. (1989). Verwissenschaftlichung ohne Aufklärung? Zum Strukturwandel von Sozialwissenschaft und Praxis. In U. Beck & W. Bonß (Hg.), *Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens* (S. 7–45). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Becker, P. (2005). *Dem Täter auf der Spur. Eine Geschichte der Kriminalistik*. Darmstadt: Primus in Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Behr, R. (2015). Polizeiwissenschaft in Deutschland – eine persönliche Zustandsbeschreibung. *Polizei & Wissenschaft*, (1), 33–41.

Böhme, G. & Stehr, N. (Hg.). (1986). *The Knowledge Society*. Dordrecht: Springer Netherlands. https://doi.org/10.1007/978-94-009-4724-5

Bradley, D. & Nixon, C. (2009). Ending the ›dialogue of the deaf‹: evidence and policing policies and practices. An Australian case study. *Police Practice and Research*, *10*(5–6), 423–435. Routledge. https://doi.org/10.1080/15614260903378384

Brodeur, J.-P. (1983). High Policing and Low Policing: Remarks About the Policing of Political Activities. *Social Problems*, *30*(5), 507–520. Oxford Academic. https://doi.org/10.2307/800268

Brodeur, J.-P. & Dupont, B. (2006). Knowledge Workers or »Knowledge« Workers? *Policing and Society*, *16*(1), 7–26. https://doi.org/10.1080/10439460500399304

Busch, H., Funk, A., Krauß, U., Narr, W.-D. N. & Werkentin, F. (1985). *Die Polizei in der Bundesrepublik*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Cole, S. A. (2002). *Suspect Identities: A History of Fingerprinting and Criminal Identification* (Revised Edition.). Cambridge, MA: Harvard University Press.

Cremer-Schäfer, H. (2014). Zur Aktualität der Etikettierungsperspektive als Ideologiekritik. Ein Beitrag zur Debatte um kritische Polizeiforschung. *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, *2*(2), 65–70. https://doi.org/10.36900/suburban.v2i2.136

Derin, B. & Singelnstein, T. (n. d.). *Die Polizei – Helfer, Gegner, Staatsgewalt. Inspektion einer mächtigen Organisation*. Berlin: Econ.

Ericson, R. V. & Shearing, C. D. (1986). The Scientification of Police Work (Sociology of the Sciences). In G. Böhme & N. Stehr (Hg.), *The Knowledge Society: The Growing Impact of Scientific Knowledge on Social Relations* (S. 129–159). Dordrecht: Springer Netherlands. https://doi.org/10.1007/978-94-009-4724-5_9

Feest, J. & Blankenburg, E. (1972). Die Definitionsmacht der Polizei – Strategien der Strafverfolgung und soziale Selektion. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.

Fehérváry, J. (2007). Polizeiwissenschaft im Cepol-Netzwerk. Polizeiwissenschaft an der Polizeiführungsakademie und der Deutschen Hochschule der Polizei – Eine Zwischenbilanz (Band Sonderheft, S. 230–256). Deutsche Hochschule der Polizei.

Fehérváry, J. (2016). Wissenschaft und Forschung in der CEPOL. Neue Rechtsgrundlage. SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, (2), 4–14. https://doi.org/10.7396/2016_2_A

Feltes, T. (2002). Scientia Ante Portas. Flüchten oder Standhalten? Zur Perspektive einer Polizeiwissenschaft in Deutschland. Die Polizei, (9), 245–250.

Feltes, T. & Reichertz, J. (2019). Polizieren. Versuch einer Definition. In A. Klukkert, J. Reichertz & T. Feltes (Hg.), Torn between Two Targets. Polizeiforschung zwischen Theorie und Praxis. Zu Gedenken an Thomas Ohlemacher (S. 9–20). Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft. Verfügbar unter: https://thomasfeltes.de/pdf/veroeffentlichungen/2019_Feltes_Reichertz_Polizieren.pdf

Fyfe, N. R. (2017). Outlook: paradoxes, paradigms and pluralism – reflections on the future challenges for police science in Europe. European Law Enforcement Research Bulletin, (2), 309–316.

Göransson, U. (2009). Editorial. European Law Enforcement Research Bulletin, (1), 3–4.

Gottschalk-Mazouz, N. (2007). Was ist Wissen? Überlegungen zu einem Komplexbegriff an der Schnittstelle von Philosophie und Sozialwissenschaften. In S. Ammon, C. Heinecke & K. Selbmann (Hg.), Wissen in Bewegung – Vielfalt und Hegemonie in der Wissensgesellschaft (S. 21–40). Weilerswist-Metternich: Velbrück Wissenschaft. Verfügbar unter: https://blog.zeit.de/schueler/files/2011/01/wissen-phil-soz.pdf

Grutzpalk, J. (Hg.). (2016). Die Erforschung des Wissensmanagement in Sicherheitsbehörden mit Hilfe der Akteurs-Netzwerk-Theorie. Polizeiliches Wissen: Formen, Austausch, Hierarchien (S. 15-). Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Heidenreich, M. (2003). Die Debatte um die Wissensgesellschaft. In S. Böschen & I. Schulz-Schaeffer (Hg.), *Wissenschaft in der Wissensgesellschaft* (S. 25–51). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. https://doi.org/10.1007/978-3-663-07783-1_2

Heitmeyer, W. (2022). Polizei als uneinsichtige Institution. In D. Hunold & T. Singelnstein (Hg.), *Rassismus in der Polizei: Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme* (S. 561–577). Wiesbaden: Springer Fachmedien. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37133-3_26

Herold, H. (1976). Rationalisierung und Automation in der Verbrechensbekämpfung. *Universitas*, *31*(1), 63–74.

Herold, H. (1977). Polizeiliche Informationsverarbeitung Als Basis der Prävention (Tagungsband). *Prävention und Strafrecht* (Band 67, S. 23–35). Heidelberg: Kriminalistik.

Hilton, M. (2011). The GODIAC Project. *European Law Enforcement Research Bulletin*, (6), 19–21.

Hunold, D. & Singelnstein, T. (Hg.). (2022). *Rassismus in der Polizei: Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37133-3

Jaschke, H.-G. & Neidhardt, K. (2004). Moderne Polizeiwissenschaft als Integrationswissenschaft. Ein Beitrag zur Grundlagendiskussion. *Polizei und Wissenschaft*, *5*(4), 14–24.

Knemeyer, F.-L. (1978). Polizei. In O. Brunner, W. Conze & R. Kosseleck (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch- sozialen Sprache in Deutschland, (S. 875–897). Stuttgart.

Konze, A. & Nogala, D. (2018). Higher Police Education in Europe: Surveying Recent Developments. In C. Rogers & B. Frevel (Hg.), *Higher Education and Police – An International View* (S. 155–177). Palgrave Macmillan.

Kreissl, R. (1991). Polizeiforschung. In U. Flick, E. von Kardoff, H. Keupp, L. von Rosenstiel & S. Wolff (Hg.), Handbuch qualitative Sozialforschung: Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen (S. 375–378). München: Beltz – Psychologie Verl. Union.

Lautmann, R. (1971). Politische Herrschaft und polizeilicher Zwang. In J. Feest & R. Lautmann (Hg.), *Die Polizei – Soziologische Studien und Forschungsberichte* (S. 11–30). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Lehne, W. (1993). Polizeiforschung. In G. Kaiser, H.-J. Kerner, F. Sack & H. Schellhoss (Hg.), *Kleines kriminologisches Wörterbuch* (3. Auflage., S. 392–401). Heidelberg: UTB.

Loader, I. & Walker, N. (2007). *Civilizing Security* (Illustrated Edition.). Cambridge: Cambridge University Press.

Loick, D. (Hg.). (2018). *Kritik der Polizei*. Frankfurt a.M.: Campus. Verfügbar unter: https://www.campus.de/e-books/wissenschaft/politikwissenschaft/kritik_der_polizei-15425.html

Maier, H. (1965). *Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre*. München: C.H. Beck.

Manning, P. K. (2010). *Democratic Policing in a Changing World*. London and New York: Routledge.

Merbach, L. & Seidensticker, K. (2019). Bitship Troopers – Big Data und informationsgeleitete Polizeiarbeit in Deutschland (Rothenburger Beiträge

Polizeiwissenschaftliche Schriftenreihe). In E. Kühne (Hg.), *Die Zukunft der Polizeiarbeit – die Polizeiarbeit der Zukunft. Festschrift aus Anlass des 25. Jahrestages der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH)* (Band II, S. 143–156). Rothenburg/OL.: Hochschule der Sächsischen Polizei (FH). https://doi.org/10.13140/RG.2.2.30640.00003

Mokros, R. (2008). Polizeiwissenschaft in der Ausbildung des gehobenen Polizeivollzugsdienstes – Stand und Perspektiven am Beispiel der FHöV NRW. *Die Polizei*, (12), 340–345.

Möllers, M. H. W. & von Ooyen, R. C. (2010). Auf der Suche nach den Polizeiwissenschaften. In M.H. Möllers & R.C. von Ooyen (Hg.), *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2012/2013* (Band 2012). Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Mouhanna, C. (2017). Colliding views of police reality – science vs. politics of policing. *European Law Enforcement Research Bulletin*, Special Conference Edition Nr.2, S. 27–34.

Neidhardt, K. (2007). Polizeiwissenschaft. *Polizeiwissenschaft an der Polizeiführungsakademie und der Deutschen Hochschule der Polizei – Eine Zwischenbilanz* (Band Sonderheft, S. 5–25). Deutsche Hochschule der Polizei.

Nogala, D. (1989). *Polizei, avancierte Technik und soziale Kontrolle. Funktion und Ideologie technikbesetzter Kontrollstrategien im Prozeß der Rationalisierung von Herrschaft — Mit einem Vorwort von Fritz Sack* (Hamburger Studien zur Kriminologie). Pfaffenweiler: Centaurus Verlagsgesellschaft.

Nogala, D. (1992). Technisierung der Polizei als Motor im Wandel sozialer Kontrolle: der Einzug von High-Tech in die Polizeiarbeit (Kriminologisches Journal). In M. Brusten (Hg.), *Polizei-Politik: Streitfragen, kritische Analysen und Zukunftsperspektiven* (S. 46–59). Weinheim: Juventa.

Nogala, D. (1995). The future role of technology in policing. In J.-P. Brodeur (Hg.), *Comparison in policing: an international perspective* (S. 191–210). Avebury.

Nogala, D. (1998). *Social Control Technologies. Verwendungsgrammatiken, Systematisierung und Problemfelder technisierter sozialer Kontrollarrangements*. Doctoral Thesis. Berlin: Freie Universität Berlin.

Nogala, D. (2006). Surfing the crime net: the European Police Research & Science Database (CEPOL-eDOC) as a new source for police research and police science in Europe. *Crime Prevention and Community Safety*, *8*(4), 260–270. https://doi.org/10.1057/palgrave.cpcs.8150030

Nogala, D. (2021). Von der Policey zur PolizAI – Vorüberlegungen zur weiteren Aufklärung eines zukunftsfesten Polizeibegriffs. In R. Haverkamp, M.

Kilchling, J. Kinzig, D. Oberwittler & G. Wößner (Hg.), *Unterwegs in Kriminologie und Strafrecht – Exploring the World of Crime and Criminology. Festschrift für Hans-Jörg Albrecht zum 70. Geburtstag* (S. 391–412). Berlin: Duncker & Humblot.

Ohlemacher, T. (2000a). Die Polizei in schwierigem Gelände: Ein Plädoyer für eine veränderte Perspektive und neue empirische Projekte. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, *83*(1), 1–10. https://doi.org/10.1515/mks-2000-0003

Ooyen, I. van (2019). *Polizeiwissenschaft in Deutschland*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Polanyi, M. (1985). *Implizites Wissen* (1. Auflage). Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.

Polisen (n. d.). *The Anthology – GODIAC – Good practice for dialogue and communication as strategic principles for policing political manifestations in Europe*. Stockholm: Rikspolisstyrelsen. Verfügbar unter: https://www.recercat.cat/bitstream/handle/2072/220958/GODIAC_Anthology_2013.pdf?sequence=1

Punch, M. (2010). Policing and police research in the age of the smart cop. *Police Practice and Research*, *11*(2), 155–159. Routledge. https://doi.org/10.1080/15614261003593302

Raeff, M. (1985). Der wohlgeordnete Polizeistaat und die Entwicklung der Moderne im Europa des 17. und 18. Jahrhunderts. In E. Hinrichs (Hg.), *Absolutismus* (2. Auflage, S. 310–343). Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag.

Schneider, H.-J. (2000). Police Science, Police Theory, Police Research – Internationale Ansätze zu einer modernen Polizei-Wissenschaft. *Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie*, *1*(2), 133–171.

Stehr, N. (2001). Moderne Wissensgesellschaften. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, *Band 36*, 7–14.

Stock, J. (2000). Selbstverständnis, Inhalte und Methoden einer Polizeiwissenschaft. *Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie*, *1*(2), 101–122.

Stock, J. (2007). Zum Stand der Polizeiwissenschaft. *Polizeiwissenschaft an der Polizeiführungsakademie und der Deutschen Hochschule der Polizei – Eine Zwischenbilanz* (Band Sonderheft, S. 26–45). Deutsche Hochschule der Polizei.

Stolleis, M. (Hg.). (1996). Policey im Europa der frühen Neuzeit (Ius Commune) (Band Sonderheft 83). Frankfurt a.M.: Vittorio Klostermann.

The President's Commission on Law Enforcement and Administration of Justice, J. D. (1967). The Challenge of Crime in a Free Society: A Report. American Sociological Review, 32(4), 664. https://doi.org/10.2307/2091056

Vitale, A. S. (2017). *The end of policing*. London: Verso Books.

Walter, B. (2015). Der pragmatische Weg: Verwissenschaftlichung der Polizeiausbildung statt Warten auf eine Polizeiwissenschaft. *Die Polizei,* (8), 213–221.

Welten, B. (2010). A Brave Police Force Deserves Courageous Scientists. *European Law Enforcement Research Bulletin,* (3), 12–15.

Zurawski, N. (2021). Über die Polizei forschen oder mit Polizist*innen reden? Zwei Perspektiven der Polizeiforschung: Möglichkeiten und Konsequenzen. In E. Kühne & Karlhans Liebl (Hg.), *Polizeiwissenschaft: Fiktion, Option oder Notwendigkeit?* (S. 107–127). Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Forschen zur, über, in oder (gar) mit, für »die« Polizei?

Bericht einer Annäherung

Christiane Howe im Gespräch mit Wolfram Pemp und Andrea Horn

1 Vorbemerkung

Die Institution Polizei wird häufig als eine beschrieben, die es Wissenschaftler:innen schwer macht. Die Zugänge wären schwierig, so heißt es allenthalben, Methoden würden skeptisch beäugt und Ergebnisse selten konstruktiv diskutiert. Auf der anderen Seite wird Forscher:innen, denen es gelingt, von außen empirisch in der Behörde oder intern gar als ihr Teil wissenschaftlich zu arbeiten, schnell eine zu große, unreflektierbare und damit unkritische Nähe vorgeworfen. Insbesondere von jenen, die unter kritisch eine größtmögliche Distanz zu den Forschungsgegenständen verstehen, die sie als gesellschaftlich machtvoll begreifen.

Für mich als ethnografisch forschende Wissenschaftlerin einer Universität sind Eintauchen bis Untergehen im jeweiligen Forschungsfeld zentrale Bestandteile der gewählten empirischen Methode, somit ist bereits unzweifelhaft eine Nähe gegeben, die kaum von anderen empirischen Ansätzen zu überbieten ist. Zugleich kennzeichnet die Methode den immer wieder kehrenden Wechsel von Nähe und Distanz und ihre fortlaufende Reflexion. Im Forschungsfeld Polizei vollzogen sich bemerkenswerter Weise mindestens die Übergänge von der (zivilen) Außenwelt in die/aus der polizeiliche Behördenwelt durch die klaren räumlichen Markierungen immer bewusst. Dieser trennscharfe Übergang gestaltete sich ganz offensichtlich für alle Beteiligte ähnlich, so auch für Polizeibeamt*innen, insbesondere für jene, die ihre Kleidung wechselten und dann Uniform trugen. Dieser Übergang war jedoch für sie alle spätestens mit dem Anlegen der Waffe vollzogen.

»Ich stemme die dunkelbraune, schwere und hohe Holztür auf und betrete das in den 1930er Jahren erbaute Polizeipräsidium wie fast jeden Morgen, grüße die beiden älteren Polizistinnen am Eingangsbereich und zeige meine grüne, inzwischen etwas abgenutzte Karte im Vorbeigehen. Sehr wahrscheinlich müsste ich das längst nicht mehr, seit Wochen komme und gehe ich hier nahezu täglich ein und aus. Man kennt sich vom Sehen. Ich wende mich nach rechts. Der LKA Leiter kommt mir, wie so oft zu dieser Zeit entgegen, schlaksig, eilig, um draußen in einer Nische rechts neben dem Haupteingang seine morgendliche Zigarette zu rauchen. Auch wir (er)kennen uns, grüßen nickend.

Und dennoch will sich bei mir kein Gewöhnungseffekt einstellen. Zu sehr ist mir immer wieder bewusst welches Gebäude, welche Institution ich betrete. Staatsmacht, exekutive Behörde mit Gewaltmonopol und zahlreichen Eingriffsbefugnissen, die Recht und Gesetz durchzusetzen und Gefahren abzuwehren hat. Jeden Morgen muss dieser mentale Wechsel von der zivilen Fahrradfahrerin draußen zur Polizeiforscherin drinnen vollzogen werden. Im Gebäude verliert sich dieser Übergang, geschieht schnell, fast unmerklich. In den Büros läuft der übliche Alltag an, Emails werden abgerufen, es wird getippt, telefoniert, gelacht, erzählt, diskutiert. Mittagspausen. Ein mir durchaus vertrauter Büroalltag. Seltsam irritierend.« (Feldnotiz Howe)

Ich fragte mich unwillkürlich was meine Vorstellungen, Bilder, Überzeugungen sind und wie die Begegnungen mit Polizei vorher waren? Was unterstelle ich? Wie kann ich mich dieser Institution überhaupt verstehend, im tätigen (Nach)Vollzug und zugleich »machtkritisch« nähern? Wie wird mich das verändern?

Welche Fragen sind im Kontext der Forschung wichtig? Wie machen Polizist:innen ihre Arbeit? Welche Varianten von Polizeiarbeit finden sich? Welche Anforderungen stellt diese? Was für Handlungslogiken und Zugzwänge bestehen? Wie begegnen sie diesen und wo läuft es aus dem Ruder?

Deutlich wird im Zuge dieser ethnografisch ausgerichteten Forschungen auch, dass sehr unterschiedliche Arbeitsbereiche innerhalb der Polizei bestehen, so z.B. verschiedene Stellen innerhalb der Schutz- und Kriminalpolizei, manche eher intern an Schreibtischen tätig, andere eher im operativen Bereich mit viel Bürger:innenkontakt oder gar spezielle Einheiten, wie das SEK. Die Arbeitsstrukturen kennzeichnen jeweils unterschiedliche »Stile«, »Kulturen«, auf die je nach Bedarf, auch innerhalb von Dienststellen, zurückgegriffen wird/werden kann. So finden sie sich in nahezu jedem Bereich, je

nach anfallender Arbeit oder Diensteinheiten. Dabei besteht, wenn man es analytisch pointiert oder etwas holzschnitthaft zweiteilen möchte, eine gewisse Doppelstruktur, die offenbar wenig wahrgenommen oder thematisiert wird[1]:

Informell, mündlich	Formell, schriftlich
Fließend, prozesshaft	Strukturierte Vorgaben, Dokumentenraster
Abhängig von der Persönlichkeit	personenunabhängig
Persönliche Kompetenzen und Erfahrungen	klare Hierarchien
Kontakt-bezogen	Formalitäten-bezogen
Kommunikativ	nur das Nötigste wird gesagt, es wird verwiesen
Erfahren, reflektierte Erfahrungen	Gesetze, gesetzter, fester Rahmen
Vertrauensbildend	Rückgriff auf Formalitäten

Insofern gibt es nicht »die« Polizei und somit auch nicht den »einen« Zugang zu »der« Polizei, demzufolge gestalten sich auch die Erfahrungen seitens der Forschenden unterschiedlich aus.

Dennoch ist es eine Behörde mit einer gewissen, auch verwaltenden Grundstruktur, die sich allerorts wieder findet. So steht auch das im Nachfolgenden fast zweistündige Gespräch, der Austausch mit zwei Mitarbeitenden des Berliner Landeskriminalamtes, stellvertretend für viele(s). Es fand statt mit Wolfram Pemp und Andrea Horn und wurde von Christiane Howe durchgeführt.

Wolfram Pemp (W.P.) ist Kriminaldirektor, seit 1990 bei der Berliner Polizei und war dort von 2016 bis 2022 Leiter der Zentralstelle Prävention und Antisemitismusbeauftragter im Nebenamt. Er hat insbesondere in dieser Zeit mehrere Studien begleitet u.a. zur Städtebauliche Kriminalprävention, zum Schutz von öffentlichen Räumen (u.a. als Konsequenz aus dem Anschlag am Breitscheidplatz) und vor Gewalt in der Pflege sowie ein Projekt zum Thema häusliche Gewalt und zu Diskriminierung in/seitens der Berliner Polizei.

1 Siehe auch Scheffer et al. (2017): Polizeilicher Kommunitarismus. Praxisformen kriminalpräventiver Polizeiarbeit, Frankfurt am Main: Campus.

Andrea Horn (A.H.) ist Polizeihauptkommissarin, ebenfalls seit 1993 bei der Berliner Polizei und Mitarbeiterin der Zentralstelle für Prävention, Ansprechperson für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, insbesondere für antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus und Grundsatzfragen. Sie hat die Forschung zur polizeilichen Prävention und zu Diskriminierung in/seitens der Berliner Polizei begleitet und andere Studien am Rande mitbekommen, weil es ihre Dienststelle betroffen hat. Beide haben sowohl aus dem Kontakt mit und der Begleitung durch Forschung entsprechende Erfahrungen.

Christiane Howe (C.H.) ist Soziologin und seit 2000 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in verschiedenen Forschungsprojekten (DFG, BMBF) an unterschiedlichen Universitäten/Hochschulen tätig, die sie in unterschiedliche Funktionen durchführte. Seit Juni 2021 leitet sie stellvertretend den Forschungsbereich Sicherheit – Risiko – Kriminologie am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin. Sie verantwortet dort den Schwerpunkt Migrations-, Raum- und Sicherheitsforschung und hatte die Studienleitung der »Berliner Polizeistudie – eine diskriminierungskritische, qualitative Untersuchung ausgewählter Dienstbereiche« inne.[2]

Das Gespräch entstand, weil wir uns bereits über zwei ethnografische Forschungsprojekte kannten. Es wurde aufgenommen, verschriftet, in Teilen zusammengefasst, bearbeitet und hinsichtlich der Lesbarkeit geglättet. Darin geht es sowohl um die Zugänge als auch die Herausforderungen während der Begleitung und Durchführung von Forschungen seitens der Polizei, auch um Reflexionen über Erfahrungen und um positive wie negative Kritikpunkte.

2 Entstehungsgeschichten – kritische Abwägungen

Zu Beginn des Gespräches wurde aus polizeilicher Sicht beschrieben, wie sich die Entstehung und Beteiligung an einem Forschungsprojekt oder einer Studie vollzieht, drei Formen wurden dabei benannt: (1) Zum einen gäbe es Forschungsprojekte, die innerhalb der Polizei entstehen, weil sie selbst etwas zu einem Thema machen wollten, z.B. in der Städtebauliche Kriminalprävention, (2) es gäbe aber auch Projekte, die durch politische Vorgaben entstehen, denen

2 Nähere Information zum Projekt sowie der Bericht und eine Zusammenfassung sind abrufbar unter: https://www.tu-berlin.de/ztg/menue/projekte_und_kompetenzen/projekte_laufend/berliner_polizeistudie/parameter/de/.

insofern keine intrinsische Motivation zugrunde läge. Hier rückten dann Fragen nach dem Verhältnis von Aufwand, d.h. Ressourcen, die dafür aufgewendet werden müssen und dem Endergebnis stärker in den Fokus. Da hier ausdrücklich der politische Wille dazu führe, dass solche Projekte gemacht werden, bestünden diesbezüglich häufiger Zweifel. (3) Meist sei es jedoch so, dass sie als Polizei angefragt werden, entweder durch andere Polizeien, andere Institutionen oder Universitäten, die noch Partner suchen. Hier würde meist eine kurz umrissene Projektidee vorgelegt, auf der in ein paar Seiten beschrieben wird, was und wie man forschen möchte. Sie prüfen dann eine Beteiligung und schreiben im Falle einer Zusage den entsprechenden *Letter of Intent*, d.h. sagen, sie würden es unterstützen und mitarbeiten, auch damit die Projektbewerbung entsprechend unterfüttert ist. In diesen Fällen wird zugesagt, wenn es für sie inhaltlich spannend ist und sie auch die Ressourcen vorhalten können. Zwei Punkte sind auch bei diesen Überlegungen leitend, erstens was hat ein solches Projekt erwartbar am Ende für einen Nutzen für die polizeiliche Arbeit und zweitens wie sind der zu betreibende Aufwand und die dafür notwendigen Ressourcen einzuschätzen. Beide Punkte führen dazu, so W.P. »dass man bestimmte Dinge macht und andere eben nicht«. So sei grundsätzlich die Frage nach dem Praxisbezug für Polizist:innen zentral,

> »also was können wir praktisch daraus ziehen? Ändert es etwas für uns, für unsere Arbeitsweise? Können wir da Dinge herausziehen, die uns als Organisation weiterbringen? Das sind, glaube ich, für uns die zentraleren Fragen, als manche von denjenigen, die die Forschung betreiben, insbesondere von Wissenschaftler:innen von Universitäten, deren Herangehensweise ist manchmal eine etwas andere.« (Ebd.)

Natürlich sei es auch eine Form der Prognose, die vorgenommen wird. Oft wisse man ja vorher nicht so genau was bei der Forschung am Ende auch wirklich herauskommt, ob es am Ende auch in der Praxis einen Nutzen hat und ob die Ergebnisse, so W.P.

> »wirklich helfen, uns weiterbringen und nützlich für uns als Behörde sind. Und da würde ich sagen, da gibt es manches, da liegt es nahe, dass das uns wirklich weiterbringt, dann gibt es vielleicht welche, wo wir es auch nicht so genau wissen, wo wir sagen vielleicht (lacht) und dann gibt es welche, wo man es für eher unwahrscheinlich hält. Ich würde sagen, bei Kategorie zwei und drei folgt dann eben eine kritische Abwägung, ob man das machen will und was für Ressourcen vorhanden sind. Letzteres ist halt mitbestimmend.

> Es macht zum Beispiel einen Unterschied, ob ich eine einzige hauptamtliche Mitarbeiterin, z.B. im Bereich Städtebauliche Kriminalprävention, habe, die das ganze Themenfeld bearbeiten muss und ihr jetzt sage: ›Oh, wir haben hier noch ein spannendes Forschungsprojekt, da beteiligen Sie sich auch noch zu fünfzig Prozent mit Ihrer Arbeitszeit‹, oder ob ich vier Mitarbeiter:innen habe, von denen eine:r sich mit der halben Arbeitskraft beteiligt. Da habe ich immer noch dreieinhalb andere Mitarbeitende, die alles andere machen können. Insofern umfasst die Frage nach den Ressourcen auch ein Stück weit eine Abwägung all der anderen Dinge, die bearbeitet und gemacht werden müssen. Es ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt in der Frage, will ich das machen oder nicht.«

A.H.: »Forschung innerhalb der Behörde wird auch oft und immer wieder als Belastung wahrgenommen, für viele Kolleg:innen ist es eine Belastung. Sie haben schon Schülerpraktikant:innen, Hospitant:innen, Menschen aus der polizeilichen Ausbildung, die ihr Schnupperpraktikum machen, Staatsanwält:innen und dann noch Forscher:innen und manchmal Presservertreter:innen. Alle möglichen Leute kommen und der erste Reflex ist, insbesondere bei Forschung und Presse, dass es eine Belastung ist, weil es nicht vorgesehen und zusätzliche Arbeit ist. Es wird erstmal so empfunden, auch wenn sie sich dann vielleicht mit den Forscher:innen gut verstehen oder auch gute Interviews mit der Presse haben. Forschung gehört für viele nicht zum polizeilichen Alltag. Also ich weiß auch nicht, ob die Behörde sich dazu irgendwie mal aufstellt oder ob so eine offizielle Forschungsabteilung da was ändern würde, ob man das braucht…«

W.P.: »Auch manche Kolleg:innen vor Ort fragen sich das, was habe ich denn für einen Nutzen davon. Es ist auch hier eine Kosten-Nutzen Abwägungen, für sie ist das eher ein Jetzt-muss-ich-die-hier-auch-noch-mitnehmen. Sie fragen sich, was habe ich in meiner Arbeit eigentlich davon und sehen nicht die Behörde. Auch Kolleg:innen, die teilweise auf einem hohen Abstraktionsniveau auf mögliche Ergebnisse, die die Organisation weiter bringen können, verweisen, helfen da nicht weiter. Manche Kolleg:innen sehen das, aber eben auch nicht alle und auch nicht laufend.«

Zudem sei es auch stark abhängig von den Mitarbeitenden, laut W.P. seien manche aufgeschlossen und interessiert, fänden es gut und spannend.

W.P.: »Meine Herangehensweise als Leiter ist es dann – wenn nicht völlig klar ist, dass es nicht geht, weil es einfach ressourcenmäßig nicht leistbar ist – ihnen zu sagen, das sie das ein Stück weit selbst einschätzen und wissen müssen, denn es kommt zu dem hinzu, was sie machen müssen. Denn es gibt bestimmte Dinge, die ihre Aufgaben sind und bleiben, die ihnen keiner abnimmt. Und wenn sie sagen, dass sie das zusätzlich dazu machen wollen und das leisten können, weil sie es spannend finden, dann würde ich das als Vorgesetzter an der Stelle auch unterstützen, aber auch nochmal sagen: ›Bitte sagt mir dann nicht in einem halben Jahr, wo sind die drei zusätzlichen Mitarbeitenden, weil ich das alles gar nicht schaffe‹.«

Manchmal können über solche Forschungsprojekte weitere Ressourcen generiert, z.B. zusätzliche Stellen geschaffen und Mitarbeitende eingestellt werden. Aber auch dies sei zwiespältig, der Weg bis dahin steinig, denn es müsse auch hier erst mal »investiert« werden. Es läge eine Menge an organisatorisch, administrativer Arbeit im Vorfeld an, bevor jemand in einem solchen Projekt arbeiten könne. Zudem seien neue, temporäre Mitarbeitende für alle Beteiligten auch erstmal eine Zusatzbelastung, bevor möglicherweise irgendwann später eine Entlastung stattfinden könne. Da diese Mitarbeitende aber zeitlich meist nur befristet, d.h. im Durchschnitt zwei Jahre, in einem solchen Forschungsprojekt arbeiten, ist auch das begrenzt.

W.P.: »Wenn sie von außen kommen, müssen sie eingearbeitet werden, da sie die polizeiliche Behörde nicht kennen. Sie bringen zwar ihre wissenschaftliche Expertise in ihren Themenfeldern mit, aber sie brauchen jemanden, der sie ein Stück weit an die Hand nimmt und durch diese Behörde begleitet. Das ist nicht nur am Anfang so, die erste Woche braucht es einen Dienstausweis und einen Schlüssel und keinen Ahnung was alles, aber sie müssen ja viele Gepflogenheiten lernen, sie brauchen eine:n Ansprechpartner:in, damit sie wissen, was sie hier wie in der Behörde machen können und was eben auch nicht. Damit nicht am Ende alle verwirrt sind und keiner weiß, was gerade passiert. Das bindet natürlich auch wieder zusätzliche Ressourcen. Insofern ist auch hier kritisch zu hinterfragen, wie viel jetzt durch so eine zusätzliche Kraft in einem Projekt wirklich gewonnen ist. Das muss man doppelt überlegen.«

Rückblickend aus der Perspektive auch einer beforschten Mitarbeiterin, so A.H., sei es bei der hierarchisch organisierten Behörde Polizei eher nicht so,

> »dass ich mir das ausgesucht habe oder Mitspracherecht hatte oder ähnliches. Da wurde gesagt, da kommt eine Wissenschaftlerin, die wird dich jetzt Monate begleiten und beobachten. Man hat nicht wirklich ein Mitspracherecht und im glücklichsten Fall ist man selbst Feuer und Flamme, findet das ganz spannend und interessant. Oder man sagt, ist mir eigentlich völlig egal, soll sie machen. Als ich die Betroffene der Forschung war, habe ich aus Sicht der Beforschten so meine Erfahrungen gemacht, aber jetzt begleite ich Studien und da merkt man ganz besonders, dass zwei Welten aufeinandertreffen. Also, dass ich meine Regularien, meine Vorgaben, meine Formalien, meine Schreibtische habe, über die ich bestimmte Dinge bringen muss und die Wissenschaftler:innen zurecht Ansprüche, Fragen haben oder Dinge schwer überblicken können, dass hier Personalvertretungen und Chefs eine Rolle spielen, dass jeder einen anderen Blick auf die Dinge hat oder manche gut involviert sind und manche nicht so gut und trotzdem Entscheidungen auf den unterschiedlichsten Ebenen getroffen werden müssen – und dann noch, wie z.B. bei der Berliner Polizeistudie, von der Senatsinnenverwaltung nicht gefragt, eher angewiesen werden. Das Ganze ist dann total abhängig davon, ob man auch wirklich Feuer und Flamme ist. Es hängt schon immer sehr vom Engagement der Polizeibeamt:innen ab, die das immer als Zusatzaufgabe machen, so auch ich. Es ist mit viel Arbeit verbunden. Man könnte sich auch sagen, ich mache hier Dienst nach Vorschrift, mache nur das Nötigste. Man verdient ja trotzdem auch so sein Geld. Vor allem, weil wir ja keine Forschungsstelle in dem Sinne in der Behörde haben, die alle Forscher:innen begleitet, sondern die jeweiligen Dienststellen bekommen das on top zu den täglichen Aufgaben hinzu. Und dann brauche ich natürlich auch einen Chef, der sagt: ich gebe dir die Dienstzeit dafür, der weiß, dass ich zu fünfzig Prozent damit beschäftigt bin und die anderen Aufgaben nicht mehr machen kann und sie vielleicht an den nächsten weitergebe und so weiter und so fort. Es ist immer sehr von den Menschen abhängig, von ihrer Einstellung zum Beruf oder zur Forschung.«

Es hänge aber auch von der Forschung ab, bei mancher Forschung gäbe es die Entscheidung an anderer Stelle, z.B. der Politik, da würde dann gesagt: ›Liebe Polizei, das machen wir jetzt‹ und dann muss die Behörde darüber nachdenken, wie man es jetzt macht und wer das umsetzt und betreut und dann würde nach möglichst geeigneten Dienstbereichen gefahndet. Manche würden sich auch freiwillig melden, weil sie es spannend finden, so auch bei der Berliner Polizeistudie.

W.P.: »Das heißt bestenfalls findet die Behörde Dienstbereiche, die sagen, das machen wir, weil wir eine gewisse Zuständigkeit, eine gewisse Nähe erkennen und es auch vom Grundsatz richtig und wichtig finden. Das ist die eine Facette, die andere ist, wenn es genau umgekehrt passiert. Da ist ein Sachbearbeiter, der das zu untersuchende Thema betreut und sagt, er möchte das gerne und auch auf nahezu inquisitorische Nachfragen des Chefs und Hinweise auf die deutliche Mehrbelastung sagt, er möchte das, weil er es wichtig findet. Es gibt eben beides.

Ich denke, die Gelingensbedingungen sind für Projekte besser, wenn Menschen von sich aus erklären, dass sie es gut finden, dahinterstehen und einen gewissen Sinn darin sehen und das gerne machen. Wenn es nur aufoktroyiert wird und man dann möglicherweise auf eher unwillige Menschen trifft, die das eigentlich gar nicht wollen, dann ist natürlich fraglich, ob es am Ende gut wird. Wobei man auch sagen muss, dass sich in diesen Fällen die Polizei auch sagt, wenn wir schon müssen, dann machen wir das auch vernünftig.«

A.H.: »Dann soll das hier auch irgendwie Hand und Fuß haben.«

W.P.: In einer Behörde hat man diese Freiheiten oft nicht, etwas zu entscheiden und da braucht man einfach Menschen, die das freiwillig mitmachen. Wenn diese nicht da sind oder der Sinn der Sache nicht gleich erkannt wird, könnte es eher heißen: ›Mensch, was soll das denn jetzt, ich habe hier genug zu tun und hier ständig irgendwie jemanden zu haben, ich kann das nicht leisten. Ich möchte jetzt niemanden, der mich drei Monate lang im Feld beobachtet.‹ Das ist halt auch wirklich schwierig, das in den Alltag zu integrieren.«

3 Vorarbeiten – Vernetzungen, Übersetzungen und Vermittlungen

Auch weil sie eine Sicherheitsbehörde ohne eine eigene große Forschungsabteilung seien, würde sich W.P., wenn er jetzt ein spannendes Thema hätte, an ihm bekannte Wissenschaftler:innen wenden:

> »Mensch, horch dich doch mal um, gibt es da nicht jemanden oder ich würde vielleicht meine Idee in deren Kopf pflanzen. Damit kommt letztendlich die Idee aber nicht von der Polizei. Ich wüsste jetzt nicht, wie ich Forschung initiiere, an wen ich mich in dieser Behörde wende, so dass wir das ausschreiben. Forschung, nein, das passiert nicht so herum.«

A.H.: »Also in der Behörde, das denke ich auch, passiert so etwas tatsächlich eher nicht. Wenn Menschen etwas für sie spannendes beforschen und bewegen möchten, kennen sie ja meist in dem Themenfeld andere und sprechen sie an. Das hängt natürlich stark davon ab, wie gut der- oder diejenige, die für dieses bestimmte Thema zuständig ist und etwas initiieren will, vernetzt ist, denn umso eher wird es dann natürlich gelingen andere mit ins Boot zu holen.

So z.B. auch die Sicherheitsbehörden untereinander, also wenn wir dann mal gesagt haben, wir beteiligen uns, z.B. an einem schottischen Projekt der Polizei Edinburgh und suchen Partner:innen, dann können wir natürlich eher auf die anderen zugehen und sie fragen, ob sie nicht Lust haben sich zu beteiligen. Also auch da gibt es im besten Fall gewisse Netzwerke bzw. bestehen entsprechende Netzwerke. Auch würden andere Sicherheitsbehörden, dann ihre Verteiler wiederum bedienen.«

C.H.: »Auf Seiten der Wissenschaft ist es ähnlich, man bearbeitet thematisch, methodisch oder theoretisch bestimmte Sachen und wenn man eine Idee hat, nimmt man im Vorfeld schon Kontakt auf und hat auch seine Netzwerke. Das Problem bei jeder Behörde, so auch der Polizei, ist allerdings, dass man – wenn man nicht schon Kontakte hat – in jedem Fall erstmal mit seiner Anfrage über die allgemeine, zentrale Stelle gehen muss und auch nicht im Vorfeld weiß, was die Behörde thematisch gerade umtreibt. Und diese allgemeine Stelle lenkt das dann intern weiter, dorthin, wo man das Projekt vielleicht andocken könnte. Dafür braucht man aber mindestens bereits ein Grobkonzept. Im Wissenschaftsbereich ist es natürlich häufig so, dass bereits ein Konzept vorliegt und Polizei damit zum Gegenstand der Forschung wird.

Aber überlegenswert, im Sinne dessen, was ihr jetzt so sagt, wäre ja, dass man sich stärker im Vorfeld zusammenfindet, um dann Forschungen aufzustellen. Das man sich erst mal trifft, Ideen und Konzepte austauscht, überlegt und dann vielleicht auch gemeinsam weiterschaut, es also ein bisschen auf Augenhöhe gestaltet?«

W.P.: »Auf jeden Fall, es ist ja auch die Frage, was erfolgversprechend ist. Nehmen wir mal an, z.B. beim Thema häusliche Gewalt, irgendjemand von irgendeiner Uni oder von irgendeinem Verein schickt irgendwas an die Polizei Berlin, dann wird man das hier intern weitergeben, an diejenigen, die für den Bereich häusliche Gewalt zuständig sind. Wenn die nun sagen, dass sie weder den Antragstellenden noch den Verein noch die Uni kennen, die sich da beteiligen, dann ist die Wahrscheinlichkeit einer Zusage deutlich geringer, als wenn der

sagt: ›Ach Mensch, Herr Meyer, aus dem Netzwerk so und so, den rufe ich mal gleich an, weil so ganz verstehe ich seine Forschungsskizze noch nicht‹, auch damit ich für mich überlegen kann, ob das gut hinzukriegen ist, unter Umständen bis hin zu der Frage, ob es noch möglich ist, auch weitere Schwerpunkte aufzunehmen über die man bestenfalls schon mal diskutiert hat. Das macht natürlich einen großen Unterschied, ob man sich schon aus beruflichen Zusammenhängen kennt, ob man entsprechend vernetzt ist oder ob eher anonym eine Skizze hereinschneit anhand derer es allein zu überprüfen gilt, da ist die Erfolgswahrscheinlichkeit einfach deutlich geringer.«

C.H.: »Ja, wir hatten auch so ein BMBF Verbundprojekt von der Uni aus bei dem sich die Forscher:innen erst dann mit Vertreter:innen der Polizeibehörde zusammengesetzt haben als das ganze Projekt eineinhalb Jahre später nach Antragstellung und dem Letter of Intent bewilligt wurde. Nur um dann festzustellen, dass das komplette Studiendesign umgestellt werden musste. Es sollte die polizeiliche Präventionsarbeit beforscht werden und im Antragskonzept war sie unsinniger Weise nach Delikten aufgeteilt. Wie sich dann herausstellte, war der Präventionsbereich jedoch vollkommen anders aufgebaut. Man hätte sich vielleicht mal vorher zusammensetzen können/sollen. Andererseits wäre es vielleicht dann aufgrund der Förderlogik seitens des BMBF und fehlender, zentraler Delikte nicht in die engere Auswahl gekommen. Da steckt man dann auch nicht drin und hat dann wieder andere Vorgaben.«

A.H.: »Wobei es ja häufig so ist, wie Du es beschreibst, auch wenn ich jetzt an die Berliner Polizeistudie denke. Ich kann mich genau entsinnen, es war super, dass das gemacht werden sollte, noch schöner wäre gewesen, wenn man die Polizei Berlin, als die, die beforscht werden sollte, frühzeitig in die Planung mit eingebunden hätte. Natürlich nicht in dem Sinne: ›wie hättet ihr es denn gerne‹. Das liegt ja auf der Hand, dass das keinen Sinn hat. Aber es frühzeitig mit denen, die in der Behörde als Ansprechpartner:innen für die Forschung zuständig sind, abzusprechen, d.h. mit denen, die diese Forschung unterstützen, intern begleiten und auch beforscht werden. Auch mal zu fragen, was ergibt aus deren Sicht Sinn oder nicht. Das wäre gut und würde bestenfalls das Projekt unterstützen. Das kann man natürlich sehen wie man will. Aber es wäre gut, hier die Ideen und Vorstellungen wenigstens zur Kenntnis zu nehmen. Das heißt ja nicht, dass Forschende alles so aufnehmen oder so machen müssen. Aber das mit einzubeziehen, glaube ich, ist grundsätzlich sinnvoll. Es könnten dafür aus meiner Sicht zwei Elemente beitragen. Das eine ist, dass

das, was dabei herauskommen kann, für alle Beteiligten besser wird und das andere, dass die Akzeptanz, zumindest in der Behörde, ein Stück weit größer wird. Denn wenn ich gar nicht gefragt und nicht mit einbezogen werde und es einfach ein fertiges Design gibt, ist es halt schwieriger.

Es prallen ja auch zwei Welten aufeinander, Wissenschaft und Praxis. Ich bezeichne uns mal als die Praktiker:innen, weil wir in der beruflichen Praxis häufig schnell und sofort lösungsorientiert handeln (müssen). Also steht Praxis im Vordergrund, nicht tausend Arbeitsgruppen. Zwar machen wir das inzwischen auch, wir haben uns gewandelt, auch ein Stück weit geöffnet für Wissenschaft und stellen auch Wissenschaftler:innen ein. Aber wir hinken trotzdem im Umgang mit ihnen noch hinterher. Als Wissenschaftler:in kann ich z.B. gar nicht wissen, dass wenn ich mit der Senatsinnenverwaltung oder dem Polizeipräsidium irgendwelche Dinge vereinbare, das noch lange nicht heißt, dass der Rest der ganzen Behörde informiert ist. Als Wissenschaftler:in muss ich theoretisch keine Rücksicht darauf nehmen, aber mir sollte klar sein, dass ich in eine Behörde, in eine Institution komme, wo es unterschiedliche Ebenen, Dienstgruppen und Hierarchien gibt. Im Grunde genommen, wissen häufig die Dienststellen, die dann wirklich beforscht werden sollen, auch von nichts, da es an anderer Stelle besprochen und vereinbart wurde. Das sollte Wissenschaftler:innen, die zum Themenfeld Polizei (nicht nur empirisch) arbeiten, bewusst sein. Vielleicht wäre es hilfreich, wenn sie gleich zum Einstieg fragen, ob es möglich ist, frühzeitig mit den von der Forschung Betroffenen ins Gespräch zu kommen und sie dadurch mit einbeziehen.«

W.P.: »Und umgekehrt kann ich als Behörde natürlich auch Wissenschaftler:innen nicht den Vorwurf machen, ›na, Sie hätten ja mal früher zu mir kommen können‹. Ich denke, ein ganz wichtiger Faktor ist die behördliche Übersetzung – egal, ob ich von außen beforsche, also wie bei der Polizeistudie oder ob ich Forscher:innen einstelle, die in der Behörde ein Forschungsprojekt machen und eigentlich auch egal zu welchem Thema. Ich brauche immer welche, die übersetzen, vermitteln, zusammenführen. Auch die eingestellten Forscher:innen brauchen es, ich hätte jetzt beinahe Betreuer:in gesagt, der/die ihnen erklärt, was hier wie abläuft, wer eingebunden werden muss, wo sie etwas hinschreiben oder hinschicken müssen, einfach wie sie etwas machen müssen. All diese behördlichen, verwaltungstechnischen Dinge, sonst würde es nicht funktionieren. Und so jemanden brauchen wir genauso auch bei externen Forschungsprojekten, jemand, der/die in beide Richtungen arbeitet, was wir ja machen und versuchen. Das heißt, ohne dass man die

(Forschungs-)Projekte irgendwo federführend in der Behörde vernünftig andockt und betreuen lässt, ohne zuständige Personen, die erklären, vermitteln und umsetzen, geht es nicht, auch wenn sich alle Beteiligten viel Mühe geben und ihr Bestes geben.«

C.H.: »Auch ich habe auf Seiten der Wissenschaft mit der Federführung im gewissen Sinne eine Übersetzungsrolle, zum einen zur Polizei hin, dann aber auch zur Universität, zur Geschäftsführung des Zentrums und zu Mitarbeitenden. Es ist eine gewisse Übersetzungsposition, in der ich auch auf die Behördenstruktur, soweit ich sie kenne und einschätzen kann, hinweise, z.B. dass man nicht so einfach bei einer ganz anderen Dienststelle vorbei gehen oder sagen kann, ich will da mal jemanden befragen. Wenn Wissenschaftler:innen sich noch nie so richtig mit größeren Organisationen, Verwaltungen und behördlichen Strukturen auseinander gesetzt haben und hier insbesondere der Polizeibehörde, diese nicht kennen und auch keine Idee davon haben oder entwickeln (wollen), ist es wirklich herausfordernd und kaum zu stemmen.«

4 Politische Dimensionen

W.P.: »Ich denke inzwischen, dass man in Forschungsprojekten auch immer überlegen muss, was für eine politische Dimension sie haben. So bergen solche wie z.B. die Polizeistudie auch für mich neue Einsichten. Klar, lerne ich jeden Tag was dazu, auch hier habe ich dazu gelernt. Aber ich habe, obwohl ich denke, dass ich nicht blauäugig bin und Erfahrung habe, vielleicht die Dimension unterschätzt. Zum Beispiel in Hamburg, da machen sie zwar keine qualitative, sondern eine quantitative Forschung, aber es wurde ja ganz gestoppt, weil die Beschäftigtenvertretung und die Gewerkschaften das so torpediert haben, dass man es erst mal angehalten hat. Diese Dimension habe ich mir so nicht vorgestellt, das muss ich ganz ehrlich sagen. Man hätte es sich in diesem ganzen Kontext Polizeistudie und Seehofer- Studie vielleicht denken können, denn es wurde wenig sachlich, sondern sehr politisiert diskutiert und hat der Sache in der Art und Weise jetzt nicht gedient. Es war nicht hilfreich. Vor diesem Hintergrund hätte man das wahrscheinlich erahnen können, dass man hier sagt: ›Oh, das wird hier auch ein heißes Eisen‹ und deswegen muss man auch wirklich alles ganz genau überlegen und sehr, sehr transparent sein.«

A.H.: »In so einer großen Organisation wird alles besprochen, manchmal gibt es Einvernehmen über die Frage, wie und ob wir was machen oder nicht, manchmal aber auch nicht. Zum Beispiel haben wir gesagt, lasst uns zu dem Projekt ›Berliner Polizeistudie‹ eine Mitarbeiter:innen-Info machen, andere Stellen waren eher dagegen. Dann entscheiden in so einer hierarchischen Behörde nachdem alle Argumente gehört und ausgetauscht wurden, letztlich diejenigen das Ganze, die weiter oben stehen und sagen: ›Gut, wir laufen links herum‹ und manchmal stellt sich dann eben trotzdem heraus, dass rechts herum besser gewesen wäre, aber das liegt eben in der ›Natur‹ der Sache.«

C.H.: »Es ist auch mein Eindruck, meine Erfahrung, dass es auch an den Themen liegt, wenn ich so von Wissenschaftsseite in Bezug auf die bisherigen Projekte überlege, wenn die Themen (gesellschafts) politisch sehr aufgeladen sind, reagiert auch die Behörde anders, müssen mehr Stellen gefragt und einbezogen werden, ist es irgendwie umfangreicher.

Dass das Thema der Polizeistudie brisant ist, haben auch wir aus der wissenschaftlich-zivilgesellschaftlichen Perspektive schon gedacht und deswegen die Konzeption so aufgebaut, dass wir möglichst alle Perspektiven mitnehmen. Ich würde jetzt im Nachgang vielleicht den Begriff Diskriminierung stärker machen und nochmal besser auffächern, auch weil meine Erfahrung im Feld war, dass damit ganz viele etwas anfangen konnten. Ich würde dann erst zum Rassismus überleiten.«

A.H.: »Ja, da machen viele zu…, da gehen die Schotten runter.«

C.H.: »Was ja auch schon ein Ergebnis ist. Z.B. wie man Rassismus definiert, wenn man diesen als Alltagsrassismus fasst, das ist wirklich eine unglaubliche Herausforderung, v.a. im politischen Raum. Es wird zu einfach ausschließlich auf Rechtsextremismus bzw. Nationalsozialismus bezogen. Die Reaktionen sind dann häufig hochneurotisch. Wir haben schon gedacht, dass es brisant ist, aber nicht, dass es v.a. politisch, medial so eingeschränkt betrachtet wird, was eben auch Auswirkungen hat. Man hätte es sich aber natürlich wegen der Seehofer-Debatte eigentlich denken können. Das war einfach eine Steilvorlage. Vielleicht wäre es gut gewesen, sich im Vorfeld seitens der direkt Zuständigen bei der Polizei und den verantwortlich Durchführenden der Forschung gemeinsam nochmal Gedanken darüber zu machen, wie man es gut aufsetzen kann, dass es eben auch innerhalb der Polizei gut angenommen werden kann. Und trotzdem kann es dann, wie Du schon sagtest, vielleicht links

herum sein, wo es dann rechts herum doch besser gewesen wäre (lacht). Das weiß man halt nie so genau.

Die Frage ist, wie man das dann gestaltet, auch von den wissenschaftlichen (Antrags-)Vorgängen her. Manchmal muss es halt schnell gehen, manchmal ist es auch nur ein kurzer erster Antrag, eine Forschungsskizze und man weiß gar nicht, ob was dabei herumkommt und er bewilligt wird. Dann will man auch erstmal nicht so viel Unruhe und Arbeit bei den Beteiligten erzeugen oder in Anspruch nehmen, weil man nicht weiß, ob man überhaupt finanziert wird. Aber im Prinzip wäre es eigentlich besser, so wie Ihr das beschreibt, bereits früh zu den Fachdienststellen Kontakt aufzunehmen, die man aber erstmal von außen nicht kennt, die müsste man ja recherchieren.«

A.H.: »Da sind wir wieder bei den entsprechenden Netzwerkverbindungen. Wenn ich in einem bestimmten Themenfeld unterwegs bin, dann habe ich sie ja meist schon – wenn nicht dann wird es schwieriger. Es macht die Dinge in jedem Fall einfacher, wenn ich vorher diese Verbindung knüpfe. Denn eine gute Vorbereitung ist alles. Gerade wenn ich etwas mehr Projektzeit habe, z.B., wenn ein Forschungsprojekt über drei Jahre geht, kann ich mir als zuständige Polizeibeamtin genug Zeit nehmen, diese Riesen-Behörde zu bewegen, Wege zu ebnen, Türen aufzumachen und so weiter. Die Zeit habe ich dann. Mir wurde intern ganz oft die Frage gestellt, an welcher Stelle man noch transparenter, noch schneller die entsprechenden Dienststellen mit einbeziehen hätte können. Ich habe dann mal geschaut, ab wann sie wussten, wer überhaupt beteiligt ist, welcher Abschnitt, das war zu einem utopisch späten Zeitpunkt. Aber ich habe wirklich zu jedem Zeitpunkt geguckt, wann hätten wir denn schon früher bestimmte Infos weitergeben können? Wir haben selbst so spät erst gewusst, wer überhaupt beteiligt ist. Trotzdem kann man etwas daraus lernen und sagen, dass solche Hau-Ruck-Aktionen wirklich schwierig sind in so einem Riesen-Apparat wie der Institution Polizei. Wenn wir dich nicht aus dem früheren Forschungsprojekt gekannt hätten, wäre das noch schwieriger gewesen. So konnten wir deutlich machen, dass wir Erfahrungswerte haben, eine verstetigte Zusammenarbeit besteht, wir die Arbeit kennen. Alles andere hätte es noch schwieriger gemacht, weil dein Sprachrohr in die Behörde wäre dann auch ein anderes gewesen, denn das Sprachrohr für Wissenschaftler:innen in die Behörde ist die jeweilige zuständige (Fach)Dienststelle. Deswegen sind Vernetzung, gute Vorbereitung und Transparenz, eben auch viele Gespräche, so unglaublich wichtig, v.a. wenn man Wissenschaftler:innen mit der Praxis zusammen bringen will. Um ein Projekt gut an den Start zu bringen und

gut durchzuführen, v.a. umso sensibler das Thema ist, umso länger und umso wichtiger ist die Vorbereitung.

Das heißt zum Beispiel, wenn bei einem so sensiblen Thema wie: ›wir beforschen mal die Polizei zu Rassismus und Diskriminierung‹, jemand kommt, den/die ich in seiner:ihrer Arbeit, von der Profession und als Person nicht kenne, wird es schwieriger. Es braucht eine Menge Vorarbeit, auch wenn es ums Klinkenputzen, Türen öffnen und Sich-Bekannt-Machen geht, das ist schon wichtig. Denn am Ende muss es auch intern in die Behörde transportiert und die anderen, die Kolleg:innen überzeugt werden. Das kann ich aber auch nur dann gut, wenn ich selber inhaltlich und personell überzeugt bin. Es muss nicht grundsätzlich eine Vernetzung oder ein Kennen vorher da sein, aber dies muss im Vorfeld eines Projektes stattfinden. Wegen alldem sollten sich Wissenschaftler:innen nicht so vor den Kopf gestoßen fühlen, wenn bestimmte Projekte oder Dinge von Behörden auch mal abgelehnt werden. Es sind nicht grundsätzlich die Institutionen, die sich der Forschung verschließen.«

W.P.: »Zudem gibt es von Polizeiseite auch Erfahrungen, die keine so ›unendlichen Erfolgsgeschichten‹ sind: Beispielsweise wurde Geld ausgegeben, damit bestimmte Veranstaltungen evaluiert werden. Als die Ergebnisse vorlagen, wurden die damit beauftragten Forscher:innen gebeten, ob sie diese nicht in eine verbesserte Veranstaltungskonzeption, wo die Evaluationsergebnisse berücksichtigt werden, einbauen könnten. Das haben sie, ebenfalls von Polizeiseite bezahlt, auch gemacht. Die Forscher:innen haben darüber dann ein Buch veröffentlicht und gesagt, im Übrigen liegen die Rechte bei uns und wenn ihr dieses Buch haben wollt, könnt ihr es gerne kaufen. Also wir haben deren Arbeit bezahlt, aber die Früchte dieser Arbeit konnten wir leider nicht nutzen, sondern mussten sie dann nochmal bezahlen. Offensichtlich ist es sehr wichtig, Dinge, die im weitesten Sinne produziert werden, auch vertraglich vernünftig abzusichern, d.h. wer darf wie damit umgehen und was damit machen. Aber auch die Behörde muss sich hier selbstkritisch an die Nase fassen bezüglich der Verträge und sich fragen, wer setzt diese wie auf und hat Ahnung im Vertragsrecht. Aber, das wird wohl ihr letzter Auftrag gewesen sein.«

5 Zeitdimensionen – Perspektiven, Logiken

C.H.: »Von Seiten der Wissenschaft gibt es noch einen anderen Punkt: Forschung ist viel langsamer, Polizei hätte gerne für ihre Arbeit schnelle, praktische Lösungen. Je nach Forschung braucht es aber halt eine andere Zeit und das läuft oft gegeneinander, so ist mein Eindruck. «

W.P.: »Ja, auch die Blickwinkel sind anders, egal bei welchem Thema, es geht ja bei Forschungen oft um Menschen, wie sie sie miteinander umgehen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass ein Polizist, der tagtäglich mit Menschen zu tun hat, sagt: ›Liebe Forschung, ich kann dir erklären wie das da draußen funktioniert, ich erlebe es ja jeden Tag. Ich kann es nicht so wissenschaftlich ausdrücken, wie du, der sich damit auseinandersetzt und es von allen Seiten betrachtet‹. Ein Polizist wird dastehen und sagen, warum das so ist, ist mir völlig egal, ich erkläre dir mal wie es ist, wie ich es erlebe und was aus meiner Sicht die Gründe dafür sind. Dieses polizeiliche Darauf-Schauen ist oft so: da ist ein Problem und ich muss es jetzt lösen, d.h. ich habe jetzt(!) ein Problem, und ich brauche jetzt(!) eine Lösung. Da kann ich mal eine kurze, knappe Analyse machen, es mal schnell von allen Ecken ein bisschen anschauen und dann überlegen, wie lösen wir das. D.h. dann, zu diesem Zeitpunkt müssen wir auch sagen, wie wir es machen wollen, wie wir das Problem lösen wollen und nicht erst drei Jahre später. Schlechtestenfalls habe ich dann zwar super Ansatzpunkte, sich aber u.U. das Problem inzwischen verlagert. Will sagen, jetzt habe ich zwar das Problem nicht mehr, dafür habe ich Jahre später eine gute Idee und einen fundierten Ansatz, wie man zukünftig mit dem Problem umgehen könnte, wenn es mal wieder auftaucht. Da unterscheidet sich natürlich die polizeiliche Herangehensweise auch sehr von der wissenschaftlichen.«

A.H.: »Ich finde uns ja schon fortschrittlich, dass wir das zumindest erkannt haben, dass Wissenschaft eine Rolle in unseren Lösungsfindungen spielt, wir stellen deshalb ja auch viele Wissenschaftler:innen ein. Sie müssen sich wahrscheinlich in ihren Analysen auch an ein anderes Tempo gewöhnen, dass sie wahrscheinlich so aus ihren wissenschaftlichen Bereichen nicht kennen. In einer Dienststelle ist der Chef immer ganz erstaunt, mit was für Themen sie sich auseinandersetzten und wie sie da lang und breit analysieren. Er steht da und sagt: ›Ja, also ich als Polizist würde jetzt folgende drei Sachen dazu sagen‹, aber sie beleuchten es anders. Ich persönlich finde diesen wissenschaftlichen oder

auch psychologischen Blick gut. Wir lassen die Wissenschaft insgesamt auch nicht außen vor und haben durchaus erkannt, dass es wichtig ist.

Aber wir können nicht drei Jahre warten bis Wissenschaftler:innen aus allen Richtungen und Perspektiven etwas analysiert haben, um dann irgendwann mal Maßnahmen einzuleiten, die uns in zehn Jahren besser machen. Ich glaube, diese Zeit gibt uns auch die Politik als Sicherheitsbehörde nicht. Sie picken ja immer in die Runde und sagen z.B., bei euch besteht ein Rassismusproblem, ihr habt das Problem – macht was. Und das ist natürlich immer schwierig, so etwas erst drei Jahre lang mit einer Forschungsgruppe zu analysieren.«

W.P.: »Die Mechanismen sind ja leider auch nicht so, dass Politik jetzt sagt: ›Na Mensch, also ob das bei der Polizei alles so gut ist, vielleicht gibt es da ja doch mehr Diskriminierung als vermutet, das werden wird mal drei Jahre beforschen lassen und dann gucken wir uns mal in Ruhe die Ergebnisse an und dann überlegen wir was wir machen‹. Die Forschung hier ist ja bereits ein Teil des Elf-Punkte-Plans[3], das heißt, man hat schon mal elf Punkte aufgeschrieben, die man alle machen will und von denen ein Punkt Forschung ist. Also, das ist ja nicht so, dass man jetzt die Forschung abwartet, sondern die anderen zehn Punkte hat man ja schon alle festgelegt ohne ein Forschungsergebnis abzuwarten, weil man eben nicht erst in drei Jahren präsentieren will. Da ist man politisch, medial getrieben. Je politischer die Dinge sind, umso mehr.«

C.H.: »Es gibt ja durchaus unterschiedliche Abstufungen von Forschung, Grundlagenforschung, anwendungsorientierte Forschung oder Evaluationen. Bei letzterem schaut man, wie angesichts eines Ziels, einer Norm etc. die Umsetzung erfolgt, man hinterfragt diese nicht, sondern untersucht, was gemacht wird und wie weit es an das Ziel heranreicht oder nicht. Das geht verhältnismäßig schnell, weil man gesetzte Ziele hat. Man kann natürlich forschend hinterfragen, was sind denn das überhaupt für Ziele, sind diese überhaupt zielführend, dann geht man einen Schritt weiter bis hin zu Grundlagenforschung, desto mehr Zeit braucht es. Das hängt auch mit verschiedenen Methoden und/oder Theorien zusammen, auch damit für was man prioritär forscht. Es gibt natürlich auch noch den Kontext im Wissenschaftsbereich, das Wissenschaftsfeld, wo man veröffentlicht. Da steckt dann

3 Siehe: https://www.berlin.de/sen/inneres/presse/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.970011.php

für Polizei nicht mehr so viel drin, sondern das ist dann eher der anderen Community gewidmet. Das ist auch hier ein Spannungsfeld, wie Forschung aufgestellt ist und je nach dem, was Forscher:innen oder Wissenschaftler:innen machen wollen. Das ist auch sehr unterschiedlich angelegt. Evaluationen können auch in einem halben Jahr gehen.«

A.H.: Die Berliner Polizei Studie ist für mich schon sehr praxisnah. Sie innerhalb eines Jahres fertig zu stellen, das finde ich schon sehr sportlich, denn es muss ja auch irgendwie ausgewertet und aufgeschrieben werden und das alles in einem Jahr.«

C.H.: »Letztendlich wäre die Erwartung dann, wenn man schon so eine längere Forschung aufstellt, zwischendrin Formen der Rückkoppelung, Treffen oder sogenannte Lenkungsrunden mitzudenken, auch jeweils und je nach Projekt mit den Auftraggebern zu klären, wie am Ende die Ergebnisse präsentiert werden. Oder?«

W.P.: »Die Frage von Rückbindung hängt natürlich vom Forschungsprojekt ab. Je nach dem, wenn es ein Projekt ist, was wir gemeinsam machen, würde ich sagen, dann ist es ganz wichtig, wie man das organisiert. Es wäre Teil dieser Forschungsarbeit. Aber am Ende will/soll der, der forscht, auch ein Stück weit neutral sein, d.h. wie sehr kann und will der jetzt den, den er beforscht, mit einbinden und ihm schon mal folgende drei Zwischenergebnisse sagen. Diese Erwartungshaltung hätte ich an der Stelle jetzt nicht. Bei der Organisation wäre eine Rückkopplung wichtig, klappen Dinge, klappen sie nicht. Beim Ergebnis brauche ich nur eine Rückmeldung, dann wenn es fertig ist. Wir sind hier ja nicht die Auftraggeber, sondern diejenigen, die es organisieren wollen und sollen und deswegen ist für uns eine Absprache in der Umsetzung wichtig. Bei den inhaltlichen Sachen ist es eine reine Neugierde, das hat nicht wirklich einen sachlichen Grund.«

A.H.: »Aber man muss auch unterscheiden. Wir mit unserer Fachdienststelle sind diejenigen, die manche Projekte federführend begleiten, d.h. diejenigen, die diese und sich in alle Richtungen rechtfertigen müssen und darin für alles die Verantwortung tragen, also für alles geradestehen, in Richtung Politik oder auch der beteiligten Polizeiabschnitte und Gliederungseinheiten und dem LKA. Das ist nochmal eine andere Ebene oder Sicht, ein anderer Blickwinkel. Wenn ich selbst die Beforschte bin und du mich die ganze Zeit beob-

achtest, dabei Feldnotizen machst, dann ist das im Erleben sicherlich nochmal etwas anderes.«

C.H.: »Zwischenergebnisse kann man z.B. dann diskutieren, um nochmal unterschiedliche Perspektiven darauf zu legen oder z.B. um entwickelte Handlungsempfehlungen mit den Praktiker:innen zu diskutieren.«

W.P.: »Über entwickelte Handlungsempfehlungen mal zu sprechen und unsere Sicht hier dazu einzuholen, fände ich sinnvoll. Am Ende haben das letzte Wort die Forscher und Forscherinnen. Wenn Forscher:innen sagen, Sie wollen sich eine polizeiliche Meinung, eine Sicht oder eine Bewertung dazu holen, dann werden wir uns nicht dagegen wehren. Aber es ist uns wichtig, dass auch deutlich zu machen und zu trennen. Nicht, dass es dahin rutscht und im Nachgang behauptet wird, die Polizei hätte es schön schreiben lassen.

Bezüglich der Handlungsempfehlungen, wenn da erstens, zweitens, drittens, viertens, fünftens, sechstens steht – wollen wir eine Wette machen, das ist fast so sicher wie das Amen in der Kirche – kommen in einem zeitlichen Versatz die Nachfragen. Was wurde wie damit umgesetzt? Man kann irgendwann die Uhr danach stellen, dass die ersten Parlamentarier:innen dazu anfragen. Dann fangen wir natürlich an aufzuschreiben, was hier wie alles schon gemacht wurde.«

C.H.: »Im Grundzug, so überlege ich gerade, wäre es für Wissenschaft hilfreich, stärker diese Behördenstruktur zu kennen. Dass bei großen Behörden sehr viele Menschen sind, verschiedene Abteilungen, unterschiedliche Zuständigkeiten, dass viel besprochen wird und werden muss, manchmal die rechte Hand nicht weiß was die linke macht. Einfach so eine Grundinformation, ohne dass man jetzt ins Detail gehen muss, aber es reicht nicht das bloße Organigramm. Das wäre wahrscheinlich bei Wissenschaftler:innen auch hilfreich.«

A.H.: »Also ein Teil der Kolleg:innen versetzt sich nicht in die Lage derjenigen, mit denen sie zu tun haben und weil sie seit dreißig Jahren in der Behörde sind, ist für sie alles selbstverständlich. Ihnen ist nicht so klar, dass sie mit jemandem, der eben nicht dreißig Jahre in der Behörde ist, nicht so sprechen können. Das ist das eine. Das andere, was ich auch immer wieder feststelle, es gibt nicht wenige Kolleg:innen, die glauben, eigentlich ist alles geheim, bloß nichts verraten. Ich denke, wir brauchen uns nicht zu verstecken und die allermeisten Dinge sind offen und die können wir auch offen sagen – bis auf sehr

wenige Dinge, die wir jetzt wirklich aus taktisch oder sonstigen Gründen geheim halten wollen. Und ein dritter Grund ist aus meiner Sicht manchmal auch ein taktischer, wenn es z.B. um Bürger:innen geht, da kann und will ich vielleicht Dinge auch manchmal nicht so gerne erklären, weil manchmal auch ein Grund vorgeschoben ist. D.h. ich kann meine Maßnahme vielleicht gar nicht total transparent machen, weil ich jetzt bestimmte Dinge zwar zum Anlass nehme etwas zu tun, der Grund aber ein ganz anderer ist, den ich zu dem Zeitpunkt nicht offenlegen möchte. Das hat dann tatsächlich taktische Gründe. Also insofern gibt es, glaube ich, unterschiedliche Dinge, die dazu führen, dass Dinge nicht so transparent gemacht werden und sofort verständlich gemacht werden, wie es eigentlich wünschenswert wäre.

In Kombination kann das, die fehlende Kommunikation in der internen Arbeit und im Kontakt mit den Bürger:innen auch zu Unverständnis und dann Abwehrhaltungen führen. Also ich will mal nur ein Beispiel aus der Praxis nennen. Wir hatten mal ein Möbelgeschäft, es war nicht so übel hochpreisig, sondern noch relativ normal, aber die linke Szene hat den Besitzer für den gemeinsten Kapitalisten Berlins gehalten und hat ihm deswegen mehrfach sein ganzes Geschäft entglast. Dann kommt möglicherweise der Kontaktbereichsbeamte in der Nähe vorbei, quatscht den voll und hat ein paar gute Tipps oder auch ein paar Fragen, dann kommt die Fachdienststelle dahin und hat noch ein paar Fragen zum Ermittlungsvorgang und dann kommt eine Phänomenstreife nochmal vorbei und hat jetzt auch nochmal ein paar Fragen und Tipps. Und die wissen nicht alles zwangsläufig voneinander.

C.H.: »Das entspricht auch teilweise unserer Erfahrung. Es sind unterschiedliche Stellen und die wissen nicht unbedingt zwangsläufig alle voneinander und das erklärt man aber auch, glaube ich, zum Teil nicht so gerne gegenüber den Bürger:innen, weil Polizei auch nicht so wirken möchte. Auch kommen sie lieber aus dem Nichts und pflegen das Image: Polizei weiß doch alles.«

A.H.: »Ja, sie sind ja auch überrascht, dass man sich nicht kennt. Wenn man dann ›sagt, wie viele Polizisten es in Berlin gibt, sagen sie häufig erstaunt: ›ach so‹.«

W.P.: »Nur grundsätzlich habe ich nicht die Erwartung an Externe, egal ob sie aus der Wissenschaft, aus anderen Behörden oder aus privaten Haushalten kommen, dass sie wissen, an wen sie sich hier zu wenden haben. Aus meiner Sicht liegt da die Verantwortung ganz klar bei den Kolleg:innen.«

A.H.: »Ich glaube schon, dass zu einer guten Kommunikation auch dazu gehört, dass man die Dinge auch mal erklärt, z.B. das ist hier eine Riesen-Behörde, mit total vielen Mitarbeitenden und mit total vielen unterschiedlichen Zuständigkeiten und Aufgaben und hier weiß nicht immer die Linke in Gänze was die Rechte tut«.

C.H.: »Ich denke es gibt viele Leute von außen, die sich die Behörde ausschließlich hierarchisch vorstellen, dass nur von oben angewiesen wird und dann alles läuft und alle Bescheid wissen.«

A.H.: »Wichtige Forschungsanfragen bekommt ein:e Polizeipräsidenti:n schon persönlich vorgelegt. Die Anfrage wird ja dann an vielen Stellen in der Behörde bearbeitet und geht auch herum, das wird nicht totgeschwiegen. Am Ende landet es an einer Fachdienststelle, die nach dem inhaltlichen Bezug schaut und intern antwortet und im Zweifelsfall dem/der Präsident:in einen Antwortentwurf formuliert. Wenn derjenige mit zig guten Gründen aufschreibt, warum er es nicht möchte, ist es in den allermeisten Fällen zum Scheitern verurteilt. Also das heißt, wenn Wissenschaftler:innen ihre Projekte wirklich umsetzen und forschen möchten, sollten sie vorher mal schauen und ihre Fühler ausstrecken, wer denn möglicherweise die entsprechenden Ansprechpartner:innen wären und zu denen vorher mal Kontakt aufnehmen. Da sind wir wieder bei einer der zentralen Gelingensbedingungen.«

C.H.: »Ganz herzlichen Dank fürs Gespräch!«

Ambivalenzen und Herausforderungen qualitativer Polizeiforschung

Erfahrungen aus der Polizeistudie »INSIDER« für das Land Rheinland-Pfalz

Martin Endreß, Silke Müller

1 Einleitung

Der Beitrag reflektiert forschungsmethodische Erfahrungen, die Autorin und Autor im Rahmen der Feldforschung zur Erarbeitung der seit 2021 und noch bis 2024 laufenden Polizeistudie für das Bundesland Rheinland-Pfalz mit dem Titel »Innere Sicherheit und Demokratische Resilienz. Bedingungen und Wechselwirkungen polizeilichen Handelns in der pluralen Gesellschaft« (Akronym: »INSIDER«) gesammelt haben. Diese Polizeistudie wurde vom Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz Ende 2020 offen ausgeschrieben, anschließend im Zuge eines zweistufigen Auswahlverfahrens unter der Federführung der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz an drei Professoren von zwei rheinland-pfälzischen Universitäten vergeben und wird von diesem zu überwiegenden Teilen finanziert. Darin besteht eine besondere Ausgangs- und Rahmenbedingung. Dieses Format stellt für eine Polizeistudie gewissermaßen einen eigenen Typus dar, insofern es sich weder um eine klassische Auftragsforschung handelt und diese Studie auch nicht von einer polizeilichen Behörde (wie dies bspw. in Niedersachsen der Fall ist) durchgeführt wird. Die Ausgangsbedingungen der INSIDER-Studie sind also am ehesten mit denjenigen der Polizeistudie für Berlin vergleichbar (vgl. Howe et al. 2022). Diese Rahmenbedingungen eröffnen einerseits Chancen u.a. auf eine erhöhte politische und öffentliche Aufmerksamkeit auf die Forschungsarbeit und – damit verbunden – auf Möglichkeiten zur verstärkten Etablierung und Profilierung von Polizeiforschung sowie auf eine forcierte Öffnung der Polizei, die es Forschenden ermöglicht, in bisher wenig erforsch-

te Bereiche der Polizeiarbeit vorzudringen und für quantitative Forschung hohe Fallzahlen zu generieren. Andererseits ergeben sich auch spezifische und erhebliche Herausforderungen, die sich unter den Begriffen (tatsächliche) Offenheit, (unsicheres) Vertrauen und (verstärkte Anforderungen an) Reflexivität als Problemsignaturen zusammenbringen lassen. Auf Basis der konkreten Erfahrungen des soziologischen Teilprojekts von INSIDER stehen diese Herausforderungen im Mittelpunkt des Beitrags.

Die INSIDER-Studie wird in drei Teilprojekten umgesetzt, die jeweils andere Zielsetzungen verfolgen und entsprechend mit unterschiedlichen konzeptionellen und methodischen Ansätzen und Verfahren arbeiten. Das erste Teilprojekt »Resilienzfördernde Arbeitsbedingungen, Bewältigungsprozesse und -strukturen« untersucht aus psychologischer Perspektive und mittels standardisierter Erhebungen die spezifischen Belastungen des Polizeiberufs auf der Ebene einzelner Polizist:innen sowie deren Bewältigungsstrategien nicht zuletzt in Teamprozessen innerhalb der Polizei. Den quantitativen methodischen Ansatz teilt dieses Teilprojekt mit dem zweiten, politikwissenschaftlichen Teilprojekt von INSIDER. Unter dem Titel »Unterstützung für demokratische Werte, Prozesse und Institutionen in der Polizei und in der Bevölkerung« hat sich dieses Teilprojekt zum Ziel gesetzt, Einstellungen von Polizist:innen mittels standardisierter Befragungen zu erheben und diese mit Einstellungen der Bevölkerung auf der Grundlage von Daten des »ALLBUS«, der allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (vgl. GESIS 2022) zu vergleichen. Im vorliegenden Beitrag werden jedoch ausschließlich Forschungserfahrungen aus dem dritten, soziologischen Teilprojekt der INSIDER-Studie mit dem Titel »Gesellschaftliche und polizeiliche Erwartungen im Rahmen wechselseitiger Erfahrungen – Leitende (Be-)Wertungen und Handlungen« dokumentiert. Dieses Teilprojekt macht sich die aufeinander bezogenen Erfahrungen von Polizist:innen und Bürger:innen zum Forschungsgegenstand. Dabei geht es im Kern um die Analyse der aus den jeweiligen Erfahrungen resultierenden, Erwartungen, Deutungsmuster, (Be-)Wertungsprozesse und Handlungsweisen in polizeilichen Interaktionskonstellationen. Das Teilprojekt ist als qualitative Studie angelegt und arbeitet mit einem multimethodischen Design. Die Datengrundlage bilden neben Einzel- und Gruppeninterviews (mit Polizist:innen und Bürger:innen) insbesondere Protokolle teilnehmender Beobachtungen, Dokumente aus dem Feld sowie Protokolle der medialen Berichterstattung von, zu und über Polizei und Polizeiarbeit.

Der Beitrag beginnt mit der Darstellung der unterschiedlichen Rahmungen, die im Feld sowie für die Beforschung des Feldes bedeutsam und zu unterscheiden sind. Es folgen Einblicke in bisherige Felderfahrungen, die aufzeigen, welche Haltungen gegenüber Forschung dort begegneten. Dabei scheinen vornehmlich Ambivalenzen auf, die das Forschungsfeld und damit auch die Forschungsinteraktionen charakterisieren. Diese betreffen u.a. typische Haltungen von Polizist:innen gegenüber Forschung und sie stellen Forschende vor typische Herausforderungen. Ausgehend von den Erfahrungen, Herausforderungen und Ambivalenzen werden Erfordernisse soziologisch-qualitativ angelegter Forschung mit, bei und über Polizei und Polizeiarbeit formuliert.[1]

Wenn man als Forschende:r über die eigenen Erfahrungen aus dem Feld sprechen möchte, darüber, wie sich die Verhältnisse zu den beforschten Polizist:innen gestalten, dann ist es hilfreich, das Forschungsfeld zu differenzieren und sich den vielschichtigen Kontext der Forschungsinteraktionen zu vergegenwärtigen. Es lässt sich zwischen den Ebenen gesellschaftlicher Diskussionen um und der politischen Steuerung von Polizei und Polizeiarbeit unterscheiden. Ebenso sind wissenschaftliche Diskurse über Polizei und Polizeiarbeit als Kontext der Forschungsinteraktionen zu reflektieren, wie die komplexe Organisation Polizei mit ihren Hierarchien, Abläufen sowie den Zuständigkeitsbereichen und Zugangsbeschränkungen bedacht werden muss. Schließlich halten die einzelnen Polizist:innen, die in der Organisation arbeiten und mit ihr verbunden sind, sowohl biographische als auch für ihren jeweiligen Bereich spezifische eigene Erfahrungen und Erwartungen vor. Auf all diesen Ebenen sind die Forschungsinteraktionen in spezifischer Art und Weise gerahmt. Diese basalen Unterscheidungen betreffen zunächst konkrete Bereiche innerhalb des Forschungsfeldes und sie formulieren zugleich Anforderungen an die methodische Güte der Analysen sowie an die Reflexivität der Forschenden. Darüber hinaus betrifft sie aber auch die ›Rahmung‹ jedweder Situationen und Interaktionen, in die Forschende im empirischen Feld geraten: Einzelne Polizist:innen sind immer auch zugleich Gegenstand und Subjekte der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskussion über und der politischen Steuerung von Polizei und Polizeiarbeit wie auch Teil der Organisation Polizei.

1 Auszüge aus dem empirischen Material werden nachfolgend ohne Quellenverweise wiedergegeben, da im vorliegenden Zusammenhang keine Dokumentation des Datenkorpus im Zentrum steht und aufgrund des Zuschnitts dieses Beitrages empirische Daten lediglich zu illustrativen Zwecken herangezogen werden.

2 Zwischen Radikalisierungsdebatten, Pandemiekonstellationen und Polarisierungsszenarios: Rahmenbedingungen polizeilichen Handelns und der Erforschung von Polizei

Aktuelle Forschung zur Polizei hat sich nicht nur in besonderem Maße die Rahmenbedingungen und thematischen Schwerpunkte der erneut intensivierten und forcierten öffentlichen und wissenschaftlichen Diskussionen im Allgemeinen zu vergegenwärtigen. Auch die jeweiligen sozio-historischen Kontexte einer entsprechenden Forschung über die Polizei, im vorliegenden Fall also des Bundeslandes Rheinland-Pfalz im Besonderen, gilt es zu reflektieren.

Zu den allgemeinen Rahmenbedingungen zählen wesentlich die sich an den ›Fall George Floyd‹ anschließende internationale und sich auch in Deutschland etablierende Diskussion zu Rassismus in der und illegitimer Gewaltausübungen seitens der Polizei wie auch die durch die Corona-Pandemie ab Frühjahr 2020 erheblich veränderten Arbeits- und gesellschaftlichen Kontextbedingungen, die die besondere Einsatzdichte anlässlich von Versammlungen, Demonstrationen und sogenannten ›Spaziergängen‹ einschließen. Vor allem sind hier aber auch landesspezifische Rahmenbedingungen anzuführen, die auf die polizeiliche Arbeit und deren gesellschaftliche Wahrnehmung nachhaltigen Einfluss haben. Dies sind u.a. die Eskalation vor einer Diskothek in Trier im Februar 2023, die Identifizierung einer Chat-Gruppe mit rechtsextremen und diskriminierenden Kommunikationen in Koblenz im November 2022, die Tötung eines Polizeioberkommissars und einer Polizeikommissaranwärterin in Kusel Ende Januar 2022, der Tankstellenmord in Idar-Oberstein im September 2021, die Flutkatastrophe im Ahrtal im Juli 2021, die Amokfahrt in der Trierer Innenstadt Anfang Dezember 2020 sowie die Diskussion um den Polizei-Einsatz an einer Bahnhofsunterführung in Ingelheim im Rahmen einer »Demonstration gegen Rechts« im August 2020.

In den Gesamtbetrachtungsrahmen gehören für Rheinland-Pfalz darüber hinaus auch die Folgen nicht zuletzt der Pariser Anschläge aus dem Jahr 2015, die in diesem Bundesland nicht nur zur Entwicklung und Etablierung des sog. LebEl-Konzepts (eine Einsatzkonzeption für »Lebensbedrohliche Einsatzlagen«) geführt, sondern auch die Einrichtung des »Polizeipräsidiums Einsatz, Logistik und Technik« (PP ELT) im Jahr 2017 angestoßen bzw. mit beeinflusst haben. Die damit verbundene Auf- bzw. Umrüstung der Polizei in Rheinland-Pfalz verdeutlicht, dass sich die gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen bezüglich der Wahrnehmungen wachsender Spannungen in

der Gesellschaft bis hin zu Polarisierungsszenarios dynamisch entwickeln. Für die Polizeiarbeit ergeben sich dabei teilweise ebenso neue wie herausfordernde Interaktionskonstellationen und Konfliktlinien mit entsprechenden Gefahrenszenarien, auf die hin sich die Polizei in Organisationsstruktur, Ausstattung, Wissensarbeit und Einsatzpraxis ausrichtet, wie umgekehrt ebenso für Bürgerinnen und Bürger im Rahmen von Interaktionen mit Polizei.

2.1 Öffentlichkeit als Rahmen von Forschung mit, bei und über Polizei

Polizei(arbeit) ist Gegenstand medialer Berichterstattung und wird öffentlich beobachtet sowie – in unterschiedlichen Facetten – kritisch kommentiert. Die Etablierung und Verbreitung von Smartphones und Digitalen Medien dynamisiert diesen Umstand, indem diese es möglich machen, dass Passant:innen Polizei und Polizeiarbeit jederzeit aufzeichnen und diese Aufnahmen online einem potenziell großen Zuschauer:innenkreis unmittelbar zugänglich machen bzw. entsprechend verfügbar gemachte Daten jederzeit rezipieren und weiterverbreiten können. In der Polizei ist man sich dieser jederzeit möglichen ›Fremdbeobachtung‹ durch eine potenziell große Öffentlichkeit bewusst. Dieses Bewusstsein zeigt sich im Arbeitsalltag auch in Formen der »Eindrucksmanipulation« (des »*impression management*«, vgl. Goffman 1983: 189ff./1959: 208ff.), der Selbstbeobachtung und einem hohen Sendungsbewusstsein; beispielsweise in Bemühungen, keine ›schlechten‹ Bilder zu produzieren. Dies verdeutlicht die folgende, in einer Feldnotiz festgehaltene Begebenheit: Während eines größeren Einsatzes wird ein bekannter Politiker im Einsatzgebiet gesichtet. Es sind viele Polizist:innen in diesem Bereich unterwegs. Über Funk wird an alle durchgegeben, dass der Politiker in dem Gebiet unterwegs ist, um sodann die Anweisung zu erteilen: »Auf adäquates Auftreten achten«. Hier zeigt sich exemplarisch, dass Polizei sensibel für die mögliche Beobachtung durch Politik und Gesellschaft ist und dass antizipierte Fremdbeobachtung polizeiliche Selbstbeobachtung steuert.

Neben dieser, für eine hierarchisch strukturierte Organisation typischen Sensibilität für statusspezifische Beobachtungs-, Entscheidungs- und Urteilsperspektiven, die polizeiliches Handeln mitstrukturieren, sind es auch die im öffentlichen Raum verhandelten Themen und gesellschaftspolitischen Problemlagen und Relevanzen, die in die Polizei hineinwirken und sich auf polizeiliche Arbeitsweisen, Artikulationsformen und Aufmerksamkeiten auswirken. Diesen Umstand illustriert der folgende Ausschnitt aus einer Feldnotiz, in dem ein/e Polizist:in seinen/ihren Kolleg:innen im Rahmen einer

Besprechung aufzählt, in welchen Fällen sie »sofort reagieren« müssten: »alles mit politischer Relevanz: AfA [Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende], Rechts, Synagoge«.

Angesichts der politischen und gesellschaftlichen – teils erhebliche Anklagen gegen polizeiliches Handeln erhebenden – Diskussionen über Polizei(arbeit) und der auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Extremismus, auf Radikalisierungsprozesse sowie diskriminierende polizeiliche Praktiken wie ›Racial Profiling‹ hinweisenden Kritik liegt ein erheblicher Legitimationsdruck auf der Polizei. Diesen realisieren auch die einzelnen Polizist:innen. Die gesellschaftlichen und politischen Diskurse über Polizei und Polizeiarbeit werden in der Polizei auf allen Ebenen – in zu differenzierender Weise und Intensität – wahrgenommen. Sie sind Gegenstand von Tischgesprächen in den Sozialräumen der Dienstgruppen der Schutzpolizei im Wechselschichtdienst ebenso wie im Kontext von Einsätzen der Bereitschaftspolizei. Sie beschäftigen die verschiedenen Führungsebenen der Polizei und werden auch von den Polizeigewerkschaften aufgegriffen, verhandelt und mitunter kommentiert.

Dabei zieht sich ein Wahrnehmungsmuster durch die verschiedenen polizeilichen Bereiche, aber auch durch die öffentliche Diskussion: Vorwürfe von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus sowie Radikalisierung werden oftmals wenig differenziert vorgetragen und wahrgenommen. Sie werden vielfach zusammengenommen auf den einen Nenner ›rechtsextreme Umtriebe‹ gebracht. Die daraus regelmäßig resultierende und solchermaßen im Kern diffus bleibende Unterstellung lautet dann, Polizist:innen seien (alle) rechtsradikal. Und die entsprechende Wahrnehmung spiegelt sich ebenso auf Seiten der Polizei in der – auch öffentlich artikulierten – Klage, man werde pauschal des Rechtsradikalismus beschuldigt oder zumindest verdächtigt, also angegriffen und solchermaßen unter Generalverdacht gestellt.

2.2 Politik, Polizei und Gewerkschaften als Rahmen von Forschung mit, bei und über Polizei

Politik forciert im Anschluss an die skizzierten gesellschaftlichen und politischen Debatten und in Reaktion auf die öffentliche Debatte um Polizei die Beforschung der Polizei. In diesem Kontext kamen auch einige der gegenwärtig durchgeführten Polizeistudien zustande.[2] Forschung wird dabei von

2 Zu nennen ist in diesem Zusammenhang zunächst die seit März 2021 und noch bis Februar 2024 laufende sogenannte Bundesstudie »Motivation, Einstellung und Gewalt

Seiten der Politik die Funktion eines ›Blicks von außen‹ zugeschrieben. Sie wird folglich auch im Sinne einer Überprüfungslogik angestoßen und ihr insofern zumindest potenziell die Rolle einer Instanz der Fremdbeobachtung oder gar Kontrolle zugeschrieben.[3] Für die politischen Entscheidungsträger:innen stellt Forschung angesichts der Debatten um Polizei und die damit einhergehende Frage, ›wie groß‹ mögliche Probleme in bzw. mit der Polizei denn seien, auch eine Lösungsstrategie dar: eine Option, im Rahmen der Möglichkeiten und Nöte des politischen Feldes dokumentieren zu können, ›etwas zu tun‹. Forschung ist in solchen Fällen somit auch ein Instrument der Politik und wird innerhalb der Polizei regelmäßig als ein solches wahrgenommen.

Mit der Durchführung entsprechend angelegter Polizeistudien gehen Forschung und Politik eine Verbindung ein: Solche Polizeistudien sind als anwendungsbezogene Forschung zwar unter Umständen an Universitäten angesiedelt und insofern mit Blick auf den unmittelbaren institutionellen Rahmen unabhängig von Politik und Polizei, aber eben vielfach auch durch Akteur:innen des (wissenschafts- und polizei-)politischen Feldes angestoßen und beob-

---

im Alltag von Polizeivollzugsbeamten« (MEGAVO), die im Vorfeld viel öffentliche Beachtung erfahren und Diskussionen bedingt hatte, vor deren Hintergrund im polizeiwissenschaftlichen Feld Stimmen laut wurden, die »für eine Vielfalt von Studien plädieren, die jeweils unterschiedliche Beiträge zu einem oder mehreren komplexen Phänomenen leisten, die dann im Gesamtzusammenhang diskutiert sowie gesellschaftlich, politisch und polizeilich bewertet werden können« (Bergmann & Jacobsen 2022, S. 53). Inzwischen wurde ein Zwischenbericht der Studie auf der Basis der durchgeführten Online-Befragung veröffentlicht (DHPol 2023). Zu den auf diesem Weg angestoßenen Studien gehört ebenso die an der Technischen Universität Berlin zwischen Juni 2021 und Mai 2022 durchgeführte Berliner Polizeistudie, deren Abschlussbericht (Howe et al. 2022) im Oktober 2022 vorgelegt wurde.

3 In diesem Sinne positionieren sich bspw. auch Derin und Singelnstein selbst – wenn auch nicht explizit oder reflektiert – in der Rolle einer normativen Kontrollinstanz, ohne dass sie als solche beauftragt worden wären: »Mangels neuerer Forschung ist der Kenntnisstand zu Einstellungen von Polizist:innen ziemlich lückenhaft – ein Versäumnis, das in den jüngsten Debatten um rechtsextreme Umtriebe in den Sicherheitsbehörden deutlich zutage getreten ist und zur Forderung nach diesbezüglichen Studien geführt hat. Diese Diskussion ist nicht neu. Bereits in den 1990er-Jahren häuften sich Skandale um Gewalt, Rassismus und Rechtsextremismus bei der Polizei, die eine erste Welle von Forschung zu solchen Einstellungen nach sich zogen. Diese war einerseits getragen von der gesellschaftlichen Debatte, die wissen wollte, wie groß das Problem innerhalb der Polizei wirklich ist. Andererseits war sie gehemmt von Politik und Polizei, die den Finger nicht allzu tief in die Wunde gelegt sehen wollten, woran sich bis heute nur wenig geändert hat« (Derin & Singelnstein 2022, S. 106).

achtet. Die Projektgeber wählen in diesem Kontext zunächst aus, was in ihren Augen attraktive und relevante Forschungsideen und -projektkonstellationen sind, und fördern entsprechende Projekte. Damit geht eine zumindest prinzipielle und strukturelle, zugleich aber auch kontextspezifische Angewiesenheit auf den Projektgeber einher, was die Finanzierung aktueller Forschung, aber auch mögliche zukünftige Forschungsfinanzierungen betrifft. Eine Angewiesenheit, die sich aber in der konkreten Projektumsetzung – sowohl bzgl. der Forschungspraxis als auch der potenziellen Forschungsergebnisse – nicht widerspiegeln darf: Der diesbezüglich sensible mikropolitische kommunikative Umgang mit den ›Auftraggeber:innen‹ und weiteren relevanten Akteur:innen – zu denken wäre hier an Führungskräfte innerhalb der Polizei, an die Gewerkschaften, aber auch an Politiker:innen, die nicht unmittelbar am Zustandekommen der Polizeistudie beteiligt waren – mit jeweils eigenen und teilweise unterschiedlichen bis hin zu konträren Interessen und Empfindlichkeiten, ist insofern ein konstitutiver Bestandteil gelingender Forschung in diesem Kontext. Diesen zu erlernen und sodann aktiv zu gestalten, bedarf zeitaufwändiger Aufenthalte im (forschungs- und polizei-)politischen Feld zum Erwerb entsprechenden Wissens und einer ›sprechfähigen‹, aber vor allem auch ›hörfähigen‹ Position im Feld. Diese Arbeiten müssen vorab und über den gesamten Forschungsprozess parallel zu der ›eigentlichen‹ Forschung unter Polizist:innen mitlaufen. Gelingende, d.h. nicht von der Sache der ›Auftraggeber:innen‹ vereinnahmte oder auf diese beschränkte und insofern eben offene, explorative sowie ihrem Gegenstand angemessene Forschung, muss sich selbst Freiräume eröffnen, zunutze machen und erhalten, also immer wieder die eigene Position reflektieren und ggf. Selbstabgrenzungen vornehmen, damit Polizeistudien in diesen Kontexten dann nicht zu – den im Feld aufscheinenden Befürchtungen insbesondere der beforschten Polizist:innen der Basis entsprechend – einer nicht mehr ergebnisoffenen und selbstbestimmten ›Auftragsforschung‹ werden.

Für Politiker:innen, aber auch für das gesamte Feld – die Polizei und ihre Polizist:innen – geht mit dem Anstoß von Forschung auch ein gegenüber den Forschenden zu erbringender Vertrauensvorschuss und eine Unsicherheit bezüglich der Frage einher, was die Forschungsergebnisse sein werden. Forschende finden sich in solchen Konstellationen außerdem in der herausfordernden Lage, nicht nur oder primär für das wissenschaftliche Feld Ergebnisse zu produzieren, sondern auch praxisrelevante Erkenntnisse zu generieren, diese in die Politik und die Polizei zu kommunizieren und insbesondere Handlungsempfehlungen adäquat zu formulieren, was umfassendster Feld-

kenntnisse zur Abschätzung möglicher Folgen bedarf, die sie zeitigen könnten. Gleichzeitig ist dies nie abschließend leistbar.

Forschung zur und über die Polizei, die aus jeweiligen Landesmitteln finanziert wird, geschieht somit in einem Kontext, in dem Politik, Polizei und Gewerkschaften über die Auswahl von Forschenden, ihre Fragestellungen, den Zugang zum Feld, den Umgang mit den Ergebnissen, aber auch über eine mögliche Verstetigung der Forschungsarbeiten (mit)entscheiden. Daraus folgt, dass Forschende diesen Umstand immer mitreflektieren und insbesondere einen produktiven Umgang mit allen Aspekten finden müssen, die mit diesen Rahmenkonstellationen einhergehen. Das bedeutet insbesondere, sich nicht für die Sache der Politik oder Polizei vereinnahmen und somit instrumentalisieren zu lassen, aber Vertrauen auch nicht leichtfertig zu verspielen, sondern mit Forschungsergebnissen reflektiert und sensibel, vor allem mit Blick auf Fragen möglicher Schädigungen umzugehen.

3 Ambivalenzen und Herausforderungen von Forschung mit, bei und über Polizei: Erfahrungen aus dem Feld

Forschungspraktisch sind es primär einzelne Polizist:innen oder kleinere Gruppen von Polizist:innen verschiedener Ebenen und Bereiche der Schutz-, Kriminal- und Bereitschaftspolizei – Dienstgruppen, Streifenpartner:innen, (Halb-)Gruppen und Züge –, mit denen die Forschenden im Zuge der Feldforschung in Kontakt kommen: im Rahmen teilnehmender Beobachtungen im behördlichen Berufsalltag innerhalb der Polizei wie ›auf der Straße‹ in Interaktionen mit der Bevölkerung, aber auch im Rahmen der Erhebung von Einzel- und Gruppeninterviews. Im Kontakt mit Polizist:innen ließen sich bisher verschiedene Haltungen ausmachen: Forschung gegenüber aufgeschlossene wie auch forschungsskeptische Haltungen. Typisch sind aber vor allem Mischformen, die sich auf die Formel einer nicht vorbehaltslosen, aber ermöglichenden Haltung gegenüber Forschung bringen lassen. Das Verhältnis von Polizist:innen zu Forschung und Forschenden ist somit im Kern insbesondere von Ambivalenzen geprägt.

Die folgenden Darlegungen zu diesen Ambivalenzen und den damit verbundenen Herausforderungen von Forschung mit, bei und über Polizei beziehen sich vornehmlich auf die Mikro-Ebene der einzelnen Polizist:innen verschiedener Stufen in der hierarchischen Organisation und sie stehen in Bezug zur rahmenden Bedeutung von Politik und Gesellschaft, aber auch von For-

schung. Im Fokus stehen dabei – dem gegenwärtigen Stand der Erhebungen und Auswertungen im Rahmen des soziologischen Teilprojekts von INSIDER entsprechend – vornehmlich die Schutzpolizei und die Bereitschaftspolizei.

3.1 Antizipierte (Ir)Relevanz und Vorverurteilung – die kritische Wahrnehmung von Polizeiforschung innerhalb der Polizei

Der bisherigen Felderfahrung zufolge hegen Polizist:innen der Basis und der ersten Führungsebene (z.B. Dienstgruppenleiter:innen oder Gruppenführer:innen) häufig geringe Erwartungen an Forschung und ihre Ergebnisse. Diese Erwartungshaltung ergibt sich vor dem Hintergrund einer auf beiden Ebenen antizipierten (Ir)Relevanz der Forschung(sergebnisse) für die Polizeiführung auf der einen und die Politik auf der anderen Seite bzw. die ihrer Einschätzung nach nicht erfolgende Umsetzung wissenschaftlicher Empfehlungen von beiden Ebenen. Sie vermuten bzw. befürchten letztlich, kritische Forschungsergebnisse und mit ihnen verbundene Handlungsempfehlungen würden durch die Polizeiführung und die Politik nicht umgesetzt. Sie begründen diese Haltung teilweise mit Vergeblichkeitserfahrungen. So berichten sie von Erlebnissen, dass Forschungsergebnisse in der Vergangenheit missachtet worden seien bzw. Reformen geradezu wider des teilweise auf Forschung basierten besseren Wissens durchgeführt wurden. Als ein Beispiel dafür wird die Einführung des aktuell praktizierten Schichtmodells »Gesünderes Arbeiten in der Polizei« (GAP) angeführt. Die Einführung dieses Schichtmodells umfasste eine Phase der Erprobung auf verschiedenen Dienststellen. Diese Phase wie auch die gesamte Einführung des Schichtmodells wurden zudem von unabhängiger Stelle begleitet und evaluiert (vgl. Ministerium des Inneren und für Sport Rheinland-Pfalz 2018). Der folgende Ausschnitt aus dem Protokoll eines Feldgesprächs mit einer/m Polizistin/en im Wechselschichtdienst verdeutlicht diesbezüglich typische kritische Einstellungen und polizeiinterne Diskussionen, deren Ursprung und Faktenverankerung nicht immer zu klären sind. Die Person erläutert,

> »[m]an habe die Fehler, die im Anschluss an […] eine Probephase in der Polizei deutlich wurden, nicht sehen wollen und GAP trotzdem eingeführt. […] Es wurden teilweise Unterschriften gegen das neue Modell gesammelt, alles habe aber nichts gebracht, weil das Ergebnis ja schon festgestanden habe und das Modell eingeführt werden sollte. ›Man will Schwachstellen nicht ausmerzen‹.«

So lassen sich im Feld verbreitete führungskritische Positionen und Vorstellungen von einer polizeilichen und politischen Selektion sowie Instrumentalisierung von Forschungsergebnissen identifizieren. Damit verbinden sich Zweifel an der tatsächlichen (Ergebnis-)Offenheit und Unabhängigkeit von Forschung wie auch Vermutungen einer Steuerung der Ergebnisse. Vor dem Hintergrund solcher, verbreiteter Vorbehalte gegenüber Polizeiführungen und Politik lässt sich auch eine im Feld öfter wahrgenommene Lust der beforschten Polizist:innen daran deuten, Forschenden vorzuführen, was in der Polizei alles nicht gut läuft.[4] Dies geschieht potenziell auch in der Hoffnung, dass ihre Beschwerden gewissermaßen durch Forschung ratifiziert und ›geadelt‹ dann doch durchdringen könnten. Skepsis gegenüber und Hoffnung auf Forschung stehen dann gerne auch unvermittelt nebeneinander.

Zu den bisherigen Felderfahrungen gehört es auch, dass die deutschsprachige Polizeiforschung – internationale Forschungsergebnisse und -diskurse scheinen im empirischen Feld kaum eine Rolle zu spielen – einen wirkmächtigen Rahmen der Interaktionen mit Polizist:innen darstellt. Diese Beobachtung wirft zunächst die Frage auf, in welchem Umfang und an welcher Stelle wissenschaftliche Arbeiten und Forschungsergebnisse zu Polizei und Polizeiarbeit innerhalb der Polizei überhaupt rezipiert werden. Dem bisherigen Eindruck zufolge werden Forschungsberichte und sonstige wissenschaftliche Veröffentlichungen von Polizist:innen der Basis und der unteren Führungsebenen letztlich nicht rezipiert. Sie wissen häufig eher aus Gesprächen mit Kolleg:innen, aus der Presse oder vermittelt durch die Gewerkschaften, wer, wie und in welcher Hinsicht zu Polizei forscht, welche Veröffentlichungen es zu einem Thema gibt und was ggf. die konkreten Forschungsergebnisse sind. Dies gilt insbesondere dann, wenn über entsprechende Forschungen im Rahmen interner Mitteilungsblätter oder auch Organe der Polizeigewerkschaften berichtet bzw. diese – sehr gelegentlich – kommentiert werden. Die Wahrnehmung von Forschung zu Polizei ist dann bezogen auf die Basis und die unteren Führungsebenen der Schutz- und Bereitschaftspolizei oftmals von Vorbehalten bis hin zu Ablehnung geprägt. Studien und einschlägige Forschungsergebnisse würden, so erklärte ein/e Polizist:in im Rahmen eines Interviews, von vornherein abgelehnt, denn man ›habe etwas‹ gegen die Autor:innen deren Forschung sei

4 Vgl. dazu die Unterscheidung von »Cop Culture« und »Polizeikultur« im Anschluss an Behr (2008). Es scheint hier eine spezifische Haltung der Cop Culture gegenüber Forschung durch.

irrelevant oder diese vorverurteile ihren Gegenstand und daher müssten deren Arbeiten von Polizist:innen auch nicht rezipiert werden.

Diese forschungskritischen Haltungen lassen sich auf den Nenner bringen, Forschende wären voreingenommen und seien grundsätzlich (unbegründet) kritisch gegenüber der Polizei eingestellt. Das folgende Zitat aus einem Interview dokumentiert eine solche Einstellung exemplarisch: »Also ich hab (.) zwei: Lieblings-Polizei-Wissenschaftler wo ich jedes Ma: (.) mich drüber aufreg, […] Dann denk ich mir immer […] die kommentieren alles und jedes, un grundsätzlich hat die Polizei irgendwas falsch gemacht.« Diese Haltung ist teilweise von Gewerkschaften mitgetragen, wie die folgende Äußerung des amtierenden Vorsitzenden der DPolG zeigt: »Fragt man sich fast, wozu es noch ›Rassismusstudien‹ braucht, wenn der Herr Professor das alles schon weiß« (Wendt 2022, S. 3).[5]

3.2 Geschickt oder gemieden? Herausforderungen der Einbindung von Polizist:innen in Forschung

Polizist:innen bewegen sich in ihrem beruflichen Alltag meist in Hierarchien: Sie haben Vorgesetzte, die ihnen ›vorgesetzt‹ worden sind, es gibt Dienstanweisungen und es gibt Befehle. Sie sind weisungsgebunden und können von Vorgesetzten abgeordnet und zu Veranstaltungen ›geschickt‹ werden. Es gibt festgeschriebene ›Dienstwege‹, die vorgeben, wie der Kontakt in dienstlichen Angelegenheiten über die Hierarchieebenen hinweg zu gestalten ist. Derin und Singelnstein betonen einerseits, diese Hierarchien schafften »eine starke Abhängigkeit von den unmittelbaren Dienstvorgesetzten«, sie machten andererseits aber auch eine Zunahme kooperativer Führungsstile aus (vgl. Derin & Singelnstein 2022, S. 113). In der praktischen Gestaltung der Dienstwege über Hierarchien hinweg, aber auch bei der Anwendung bzw. Umsetzung von

5 Rainer Wendt kommentiert in dieser Weise im *Polizeispiegel* eine Äußerung des Kriminologen Tobias Singelnstein. Dieser hatte in einem Interview mit der Zeitschrift *Stern* gesagt, dass es »in der Polizei auch Strukturen, Vorgehensweisen und Praxen [gibt], die man als rassistisch bezeichnen kann« (Wüstenberg 2019). In dem von Wendt verfassten Leitartikel der betreffenden Ausgabe des *Polizeispiegels* findet sich auch eine Stellungnahme zu den gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die wie beschrieben eine Rahmenbedingung von Forschung bilden. Wendt schreibt in diesem Zusammenhang von »›Rassismusstudien‹ … bei denen die Beleidigung schon in der Überschrift steht« (Wendt 2022, S. 3).

Gesetzen und Dienstanweisungen, ergeben sich für Polizist:innen charakteristische Spielräume: Sie stehen in ihrer beruflichen Praxis alltäglich vor der Anforderung einer hohen Autonomie in der situativen Umsetzung des in der hierarchisch strukturierten Organisation, in Gesetzen und Dienstvorschriften verbürgten formalen Handlungsregelwerkes. Es ergibt sich insofern ein »Spannungsverhältnis zwischen der formalen, funktionalen, hierarchischen und rationalen Ausgestaltung der bürokratischen Organisation und der gleichzeitigen Autonomie der Tätigkeit sowie der Orientierung an Informalität und Kollegialität im professionellen Handeln« (Wilz 2012, S. 124). Dieses Spannungsverhältnis zeigte sich im Rahmen der Feldforschungen des soziologischen Projekts der INSIDER-Studie beispielsweise in Bezug auf Dienstwege, wenn sich innerhalb des Spannungsverhältnisses Spielräume auftaten und sich für Polizist:innen Möglichkeiten ergaben, dem Dienstweg nicht zu entsprechen, sondern anderweitig zu handeln. Entsprechende Möglichkeiten sind dann jeweils an weitere Ressourcen dieser Beamt:innen und deren ›Standing‹ innerhalb der Organisation gebunden und insofern dauerhaft und strukturell riskant.[6] Insofern ist auch hier eine Ambivalenz zu notieren: die Beamt:innen bewegen sich zwischen strikter Hierarchie und weitreichenden eigenen Gestaltungsmöglichkeiten polizeilicher Praxis.

Für Forschende spielen die Hierarchien und Dienstwege innerhalb der Polizei eine erhebliche Rolle, wenn es um die Rekrutierung von Interviewpartner:innen oder um die Verabredung von Feldaufenthalten geht. Für die Rekrutierung von Forschungsteilnehmer:innen ist INSIDER teilweise auf die Vorauswahl von Interviewpartner:innen oder auch Dienstgruppen für teilnehmende Beobachtungen durch die Forschungsstelle an der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz angewiesen. Dabei melden Teilnehmer:innen öfters zurück, sie seien »geschickt« worden oder sie seien zwar gefragt worden,

6 Derin und Singelnstein pointieren dieses Risiko auch in Bezug auf den herausfordernden Umgang von Untergebenen mit Fehlverhalten von Vorgesetzten innerhalb der Polizei, wenn Fehlverhalten der nächsthöheren Stelle vorliegt, die selbst gewissermaßen auf dem Dienstweg liegt: Missachten Polizist:innen in solch einem Fall »den Dienstweg oder wenden sie sich an Verantwortliche außerhalb der eigenen Dienststelle« werde, so ihre starke und empirisch nicht belegte These, »nicht unbedingt zugunsten der meldenden Person eingegriffen, sondern es kann ihr schnell auf die Füße fallen, wenn die Meldung bekannt wird« (Derin & Singelnstein 2022, S. 114). Gleichwohl gilt es u.E. für die Forschung, eine entsprechende Einschätzung als eine nicht zu vernachlässigende Erwartungshaltung im polizeilichen Feld mitzuführen und deren potentielle Folgen für das Meldeverhalten mit zu reflektieren.

hätten aber »eigentlich nicht nein sagen« können. Forschungsteilnehmer:innen wurden also teilweise von ihren Vorgesetzten in die Pflicht genommen. Als (weisungsgebundene/r) Polizist:in an Forschung teilzunehmen, ist dann mithin nicht so freiwillig, wie forschungsethische Satzungen das eigentlich vorsehen würden. So heißt es im Ethik-Kodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und des Berufsverbandes Deutscher Soziologinnen und Soziologen (DGS & BDS 2017, § 2 Abs. 3):

> »Generell gilt für die Beteiligung an sozialwissenschaftlichen Untersuchungen, dass diese freiwillig ist und auf der Grundlage einer möglichst ausführlichen Information über Ziele und Methoden des entsprechenden Forschungsvorhabens erfolgt. Nicht immer kann das Prinzip der informierten Einwilligung in die Praxis umgesetzt werden, z.B. wenn durch eine umfassende Vorabinformation die Forschungsergebnisse in nicht vertretbarer Weise verzerrt würden. In solchen Fällen muss versucht werden, andere Möglichkeiten der informierten Einwilligung zu nutzen.«

Angesichts der beschriebenen feldspezifischen Herausforderungen, den Ansprüchen an Freiwilligkeit und informierte Einwilligung gerecht zu werden, gilt es, pragmatische Vorgehensweisen zu finden. Darin besteht eine nicht zu unterschätzende Herausforderung: So ist es bemerkenswert, dass sich auf die im Rahmen der INSIDER-Studie auf mehreren Kanälen und in multimedialer Form kommunizierten ausführlichen Informationen zur Studie und die Möglichkeit und Bitte hin, sich bei Interesse an und der Bereitschaft für ein Interview auch direkt an die Forschenden wenden zu können (sowohl die E-Mail-Adressen als auch die privaten Mobiltelefonnummern wurden kommuniziert), bisher keinerlei Meldungen eingingen. Hinsichtlich der Freiwilligkeit sind also Abstriche zu machen, wobei es dann umso mehr gilt, diesen Mangel an anderer Stelle einzufangen, indem Freiwilligkeit und informierte Einwilligung über den gesamten Forschungsprozess mitbedacht und insbesondere mit den Forschungsteilnehmer:innen im persönlichen Kontakt (immer wieder) verhandelt werden: Informationen zur Studie sind im persönlichen Gespräch kommunikativ zu vermitteln und dass Forschung stattfindet, muss auch dann kommunikativ präsent gemacht werden, wenn eine Gewöhnung an die teilnehmende Beobachtung stattgefunden hat und Forschende ganz selbstverständlich und insofern ›unbemerkt‹ im Arbeitsalltag mitlaufen. Freiwilligkeit und insbesondere die Möglichkeit, an der Studie nicht mitzuwirken oder zu einem späteren Zeitpunkt die Einwilligung zu widerrufen, muss im direkten Kontakt mit den

Polizist:innen eingelöst werden. Dabei muss vor allem auch deutlich gemacht werden, dass Nicht-teilnehmen folgenlos bleibt und Hinweise darauf insbesondere auch nicht an Vorgesetzte und Kolleg:innen weitergegeben werden.

Mit der Erfahrung, dass Polizist:innen von ihren Kolleg:innen und Vorgesetzten zur Teilnahme an Forschung in die Pflicht genommen werden, verbindet sich zudem die weitere Frage nach denjenigen Polizist:innen, die nicht kommen, nicht sprechen, sich nicht beobachten lassen; also all denjenigen, die weder geschickt noch gefragt werden, die sich nicht haben schicken lassen oder die »nein« sagen (können bzw. konnten), oder die während Phasen teilnehmender Beobachtung die Forschenden schlicht meiden, also ihnen ›aus dem Weg gehen‹. Die Gründe für eine Auswahl bestimmter Personen und eine Zurückhaltung gegenüber Forschenden können vielfältig sein und sollten nach Möglichkeit in Erfahrung gebracht werden. Vorbehalte können nach gelingendem Erstkontakt oft auch abgebaut werden. Ein Mangel an Wissen über Forschungsziele und ein fehlendes Vertrauen gegenüber Forschenden kann ebenso über längere Phasen der Feldforschung hinweg ausgeglichen werden. Werden Forschende aber in bestimmten Situationen oder über einen längeren Zeitraum hinweg systematisch gemieden oder ausgeschlossen, ist zu überlegen, welche Hintergründe sich für eine solche Praxis identifizieren lassen. Gerade die sensible Beobachtung von Praxen des Ein- und Ausschließens und der Dynamiken von Nähe und Distanz sind oft bedeutungsvolle Zeugnisse der für Forschende erst zu rekonstruierenden Charakteristika der Polizei und ihrer unterschiedlichen Bereiche und Ebenen in Forschungssettings.

Für wissenschaftliche Studien ergeben sich somit polizeispezifische Ambivalenzen und Herausforderungen der Rekrutierung von Forschungsteilnehmer:innen. Es gilt insbesondere im Rahmen der Feldforschung, Polizeibeamt:innen direkt anzusprechen, für Interviews sozusagen anzuwerben, Kontaktdaten auszutauschen und auf direkten Kommunikationskanälen Termine zu vereinbaren. Und ein wesentlicher Lösungsansatz besteht schlicht in alltäglichen Kontaktregeln: Zeit investieren, Präsenz zeigen, an Personen dranbleiben, direkte Kontakte aufbauen und Gespräche suchen.

3.3 Zwischen Homogenität und Heterogenität

Polizist:innen verbringen ihre Arbeitszeit auch – und in der Regel vornehmlich – mit den Kolleg:innen, die im Verhältnis zu ihnen keine Vorgesetzten sind bzw. deren Vorgesetzte sie nicht sind, zu denen sie sich aber doch in (Dienst-)Alter, Besoldungsstufe, Dienstgrad, Geschlecht, Biografie usw. un-

terscheiden. Das spezifische mehrschichtige Erfahrungswissen und die damit verbundenen Interpretationen von Situationen und Interaktionen mit anderen Personen – auch den Forschenden – sind auch über den Dienstgrad und die Funktion sowie den damit verbundenen Status innerhalb der polizeilichen Hierarchie hinaus jeweils positionsabhängig. Wissen, Deuten und Handeln hängt von den Positionen ab, die Polizist:innen innerhalb der Polizei und im Berufsalltag ›drinnen‹ wie ›draußen‹ aufgrund ihrer weiteren intersektionalen Identitäten – beispielsweise als Vater, Witwe, Homosexueller, Christin, Person mit Migrationserfahrung, *Person of Color* oder auch hinsichtlich der eigenen Lage im Generationenzusammenhang – einnehmen und einnehmen können. Das heißt für Forschende, dass sie es grundsätzlich mit einer heterogenen Gruppe zu tun haben, die sich zwar erfahrungsmäßig ›als Polizist:in‹ und insofern als miteinander verbunden begreift, ggf. aber nicht im Hinblick auf alle bzw. weitere bedeutsame Erfahrungen und Selbstdefinitionen homogen ist. Forschung, die auch auf der Mikro-Ebene einzelner Polizist:innen ansetzt und sich für deren Erfahrungen, Deutungen und Handlungen interessiert, muss also grundsätzlich eine intersektionale wie positionssensitive Perspektive einnehmen.

Diese diversen Konstellationen von Selbst- und Fremdbeschreibungen wie auch ihres Verhältnisses zueinander reflektieren sich im Rahmen des wissenschaftlichen Diskurses inzwischen regelmäßig in die Erwartung oder auch Forderung, dass Forschungsteams möglichst divers aufgestellt sein sollten. D.h. jenseits der für jede qualitativ-empirische Forschung ohnehin selbstverständlichen Reflexion der jeweils eigenen Identitäten (Erfahrungen und Geschichten) vor dem Hintergrund der Frage nach Interaktionen ermöglichenden wie verstellenden Aspekten wird die personelle Konfiguration von Teams zum Thema. Diesbezüglich ist allerdings zu betonen, dass dieser Erwartung zunächst schlicht auch strukturelle Grenzen gesetzt sind: die Forschungsarbeit muss organisiert und koordiniert werden und sie ist typischerweise erheblichen finanziellen Restriktionen unterworfen. Darüber hinaus erweist es sich aber ebenso als Utopie, die komplexe Heterogenität des Feldes adäquat auf der Ebene eines zwei, drei, vier oder auch fünf Personen umfassenden Teams zu repräsentieren. Hilfreich können hier im Falle qualitativer Datenauswertungen bspw. personelle Zusammensetzungen für Gruppeninterpretationsverfahren sein. Der Anspruch, eine explorative und offene Forschung zu realisieren, besteht selbstredend für jede qualitativ-empirische Studie, jedoch ist er mit Blick auf die Polizei noch einmal gesondert zu unterstreichen, denn gerade dieser Gegenstand lädt wohl mehr als

andere zu einer zu homogenisierenden Wahrnehmung ein – nicht zuletzt angesichts von Uniformen, einer nach außen hin oft als einheitlich propagierten Polizei und der Tatsache, dass einzelne Polizist:innen immer auch für die Organisation als Ganze stehen.

3.4 »Super Organisation« oder »Laden Polizei«? – Forschung und das Verhältnis der beforschten Polizist:innen zur eigenen Organisation

Die Polizei ist eine Organisation, die in ausgeprägtem Maß Bindungskräfte entfaltet. Eine hohe Identifikation mit sowie eine positive Einstellung gegenüber der eigenen Organisation können prinzipiell eine für Forschung aufgeschlossene Haltung bedingen. Allerdings werden bestehende Probleme den Forschenden von diesen Polizist:innen eher nicht vorgetragen, weil diese sie typischerweise nicht wahrnehmen und/oder thematisieren. Solche Kontakte ins Feld sind – ungeachtet der damit verbundenen Herausforderungen – dennoch sehr wertvoll für den Forschungsprozess, weil sie es erlauben, die sozialen Dynamiken der Organisation und insbesondere die Bindungskräfte zu untersuchen, die die Polizei für ihre Polizist:innen oft entfaltet. Außerdem kommt solchen Kontakten eine öffnende Funktion mit Blick auf das Feld zu, wenn sie Kontakt zu anderen Polizist:innen ermöglichen, indem sie eine grundsätzliche Offenheit dafür zeigen, Forschende mitzunehmen und ihnen ihre Arbeitswelt zu zeigen. Dies illustriert das folgende Beispiel einer/s Polizistin/en der Schutzpolizei. Diese/r erklärt im Rahmen eines Kennenlerngesprächs zu Beginn einer teilnehmenden Beobachtung, sie/er finde, die Polizei sei eine »super Organisation«. Sie/Er habe Lust auf die Forschung und habe sich daher auf einen internen Aufruf hin zur Teilnahme an INSIDER gemeldet. Es geht einigen Polizeibeamt:innen auch darum, an Forschung mitzuwirken, auch weil diese es ermögliche, das (kritische) öffentliche Bild der Polizei mitzugestalten und zu zeigen, wie »super« die öffentlich in Frage gestellte Polizei tatsächlich ist. Vor diesem Hintergrund stellt der Wunsch, für die eigene Organisation an Forschung mitzuwirken und das öffentliche Bild der Polizei zu verbessern bzw. aus einer ›Überprüfung‹ gestärkt hervorzugehen, eine Motivation für eine aufgeschlossene Haltung gegenüber Forschung und der damit verbundenen Öffnung der Organisation dar. Solche Polizist:innen weisen typischerweise auf kleinere Probleme hin: Der bisherigen Projekterfahrung nach handelt es sich dabei tendenziell eher um sowohl für die Polizei als auch für die Forschungsperspektive des soziologischen

Teilprojekts von INSIDER weniger relevante oder relativ leicht veränderbare Probleme. Charakteristisch für diese Haltung ist auch der Glaube daran, dass Probleme innerhalb der Organisation angegangen und Fehler aufgearbeitet werden können.

Im Gegensatz zu dieser Haltung bildet Forschung für manche Polizist:innen aber auch eine Gelegenheit, sich dezidiert über den eigenen Arbeitsalltag und die Polizei ›auszulassen‹. Mit viel Engagement und geradezu Freude an der Beschwerde wird dann mitunter vorgetragen, welche gravierenden Probleme bei der Polizei bestünden. Der folgende Ausschnitt aus der Feldnotiz verdeutlicht, wie scharf und intensiv diese Kritik ausfallen kann. In dem Beispiel aus dem Rahmen einer teilnehmenden Beobachtung stehen Polizist:innen der Bereitschaftspolizei am Rande eines Einsatzes zusammen und die/der dabeistehende Forscher/in wird direkt angesprochen:

> »Ein:e Polizist:in [fortan: P:in] […] kommt an mir vorbei und fragt mit einem Grinsen […], ›na, wie ist jetzt dein Bild von der Polizei?‹ Jemand anderes aus […] [der] Gruppe sagt irgendetwas von ›Steuergeldern‹ und P:in fügt hinzu ›wegen der [paar] Hansel‹. […] P:in findet, die »Polizei macht sich lächerlich« und P:in fragt mich, ›beschämend, ne?‹ und meint dann, wir hätten den ›richtigen Einsatz ausgesucht‹.«

Polizist:innen bringen gelegentlich gar zum Ausdruck – so das folgende Beispiel einer/s Polizistin/en der Schutzpolizei – sie könnten nicht verstehen, dass sich ein/e junge/r Polizist:in

> »das hier antut; (.) Laden Polizei Rheinland-Pfalz muss mer ja auch ehrlich dazu sagen wer sich das mittlerweile antut; Hut ab; Respekt«.

In der Regel äußern auch diese Polizist:innen dann aber ebenso, sie würden den Beruf – trotz aller Kritik – wieder ergreifen.

Für Forschende geht mit einer sehr positiven Einstellung von Polizist:innen gegenüber der eigenen Organisation wie auch mit einer polizeilichen Beschwerdelust somit die Herausforderung einher, Lob wie auch Kritik nicht fraglos zu übernehmen, sondern jeweils zu hinterfragen, in Reaktion worauf diese/s hervorgebracht wird und welche Bedeutung und Funktion diesem/dieser entsprechend jeweils zukommt. In diesem Zusammenhang ist folglich eine durch teilnehmende Beobachtung und deren Protokollierung erworbene tiefergehende – beispielweise auch die körperlichen ›Einschleifun-

gen‹ des Berufsalltags umfassende – Feldkenntnis sowie ein rekonstruktives Vorgehen bei der Interpretation der Beobachtungsprotokolle notwendig, das es erlaubt, im Feld Erlebtes und Protokolliertes vor dem Hintergrund der Frage: ›Was ist es, worauf die Akteur:innen im Feld mit ihrem Handeln reagieren?‹ zu deuten und zu verstehen. Diesem methodischen Erfordernis entspricht das soziologische Teilprojekt von INSIDER mit der Entscheidung für eine spezifische fallrekonstruktive Forschungslogik. Diese identifiziert auf dem Weg methodisch kontrollierter Sinnrekonstruktion das Allgemeine im Einzelnen, indem Fallstrukturen feinanalytisch herausarbeitet und auf dieser Grundlage Typen gebildet werden (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021, S. 311–348, Oevermann 2000).

3.5 Zwischen ›Action‹ und Langeweile – die Aufrechterhaltung des schutzpolizeilichen Selbstbildes vor Forschenden

Insbesondere bei der Schutzpolizei begegnen im Rahmen der Projektarbeit immer wieder Polizist:innen, die den Wunsch haben, den Forschenden ›etwas zu bieten‹, also einen spannenden – oder auch skurrilen – Berufsalltag zu zeigen, um die Forschenden nicht zu langweilen. Der folgende Ausschnitt aus einer Feldnotiz ist ein entsprechendes Beispiel:

> »Auf der Polizeiinspektion spricht mich P:in an ›haben sie dir was geboten?‹ Ich berichte knapp. P:in meint daraufhin ›wärst du besser bei uns mitgefahren. Wir hatten einen übelriechenden Mann.‹ Dabei rümpft P:in die Nase. Dann kommt P:in mit dem Kopf näher zu mir heran, kichert leise. ›Wir haben den durchsucht und der hatte Damenunterwäsche an!‹«

Vornehmlich dann, wenn Polizist:innen zum ersten Mal begleitet werden oder man sie noch nicht lange in ihrem beruflichen Alltag begleitet, sind sie oft bestrebt, von besonders kuriosen, interessanten oder action-reichen Einsätzen oder Fällen ihres Berufsalltags zu berichten oder die Forschenden solche möglichst miterleben zu lassen. So sagt etwa ein/e Polizist:in, der/die zum ersten Mal eine/n Forschende/n mitnimmt, zur/m Kollegin/en auf der Wache, die während der Fahrt im Streifenwagen zu Einsätzen schicken wird, sie solle sie/ihn (mit der/dem Forschenden) schicken, »wenn was Interessantes ist«.[7]

---

7 Ein anderes Beispiel ist das eines/r Polizisten/in, der einem Mitglied des Forschungsteams, als es nichts zu tun gibt, Videos vergangener actionreicher Einsätze am Computer zeigt: »Nach dem Einsatz hat P:in Leerlauf und zeigt mir verschiedene Aufnahmen

Das Bestreben, Forschenden ›etwas zu bieten‹, lässt sich vor dem Hintergrund eines polizeilichen Selbstbildes deuten und verstehen, welches beinhaltet, dass der Beruf nicht langweilig ist und etwa nur ›langweilige‹ Routinen bereithält, sondern vielmehr (gefahrvolle) Ausnahmesituationen. Diese Distanzierung von der Langeweile bildet ein zentrales Element des Selbstbildes von Polizist:innen und fällt zusammen mit einem Strukturmerkmal der Organisation Polizei. Deren grundsätzliche Verankerung im staatlichen Gewaltmonopol bedeutet u.a. »ein besonderes Spannungsverhältnis in der alltäglichen Amtsausübung und im Arbeitshandeln, das einerseits in ›normalem‹ Verwaltungshandeln und ›normaler‹ Sachbearbeitung und andererseits im Umgang mit existenzieller Bedrohung besteht« (Wilz 2012, S. 113). Bezogen auf die polizeiliche Praxis spricht Miriam Schäfer diesbzgl. von einem »Wechsel zwischen Routine- und Ausnahmesituationen« (Schäfer 2020, S. 3), den sie als ein konstitutives Merkmal schutzpolizeilicher Arbeit ausmacht: »Die Beamt*innen arbeiten in einem Feld, in dem ständig etwas passieren kann. Dieses ›passieren‹ ist damit Teil der Routinen ihres polizeilichen Arbeitsalltags. Außerdem kann jede Situation, die zunächst routinemäßig verläuft, sich auch zu einer Ausnahmesituation entwickeln« (Schäfer 2020, S. 3).

Diese Beobachtung betrifft nicht nur die Struktur der schutzpolizeilichen Arbeit. Sie hat auch Eingang in das schutzpolizeiliche Selbstbild gefunden. Es sind insbesondere die (gefahrvollen) Ausnahmesituationen, die Polizist:innen bemerkenswert erscheinen und über die sie ihr berufliches Selbstbild definieren[8]; nicht aber die vielen Stunden, die sie vor ihren Computern mit der Sach-

auf dem Computer: Die Aufnahme einer Überwachungskamera von einer Schlägerei. Die Polizei ist gar nicht zu sehen. Die Aufnahmen zeigen, was vor dem Polizeieinsatz passierte. Ich spreche das an und meine, ›hier seht ihr das, was ihr nicht wisst, wenn ihr bei einem Einsatzort ankommt?‹ Das bejaht P:in, die Überlegungen zum Status des Videomaterials stoßen aber ansonsten nicht weiter auf Interesse. P:in erklärt mir stattdessen, was die Gefilmten tun: ›Der deponiert da jetzt eine Flasche Pfefferspray‹ ›dahinten passiert irgendwas‹, ›das ist wieder der, der angefangen hat‹, ›jetzt laufen die …‹«.

8 Vgl. dazu auch die folgende Felderfahrung: Während einer (ereignislosen) Fahrt im Streifenwagen fragt eine:r der beiden Polizist:innen »nach Fällen, die mir bisher untergekommen sind. Ich erzähle ein wenig und meine ›ich hatte noch nichts mit Toten‹. Da kommt Leben in die beiden. Sie erinnern sich an einen vergangenen Fall. P:in sagt, ›ich glaub, ich habe noch Bilder‹. P:in hat das Diensthandy gezückt und durchsucht es nach Fotos. Schnell hat P:in die gesuchten gefunden und ist dabei mir das Handy unter die Nase zu halten. P:in hält kurz inne. ›Willst du das überhaupt sehen?‹ Ich sage, ›na zeig halt‹. Dann zeigt P:in mir drei Bilder einer übel aussehenden Leiche. […] P:in berichtet

bearbeitung zubringen und ebensowenig die viele Zeit, die sie abwartend und in der Regel plaudernd oder essend in der Wache oder im Aufenthaltsraum der Dienstgruppen verbringen. Und es ist auch nicht – im Fall der Bereitschaftspolizei – die Zeit, die wartend im Wagen am Rande von Großeinsätzen zugebracht wird. Dieses besondere, enge, quasi-familiäre und kollegiale Miteinander in Zeiten des Leerlaufs – das sei hier der Vollständigkeit halber angemerkt – prägt gleichwohl als ein zentraler Bestandteil das polizeiliche Selbstbild. In solchen Phasen von gelebter polizeilicher Langeweile kommt es regelmäßig vor, dass Polizist:innen sich die Zeit nehmen, Forschenden zu erklären, sie seien nicht entspannt, denn sie hörten mit einem Ohr immerzu den Funk mit, falls etwas ›passieren‹ sollte und sie schnell losmüssten. An manchen Tagen sei so viel los, sie fänden dann nicht mal Zeit zum Essen. Didier Fassin beschreibt ausgehend von ethnografischen Feldforschungen in der französischen Polizei, dass Langeweile eine zentrale, aber nicht als solche hervorgestellte Erfahrung des polizeilichen Arbeitsalltags ist. Die Langeweile der Polizist:innen deutet er als im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung von Polizei und den Selbstbildern von Polizist:innen stehend: »Yet this ambiguous situation, which makes them appear to be what they are not, contributes to the discomfort of many« (Fassin 2017, S. 284). Er kommt zu folgendem Schluss: »Boredom, simultaneously lived and denied, is at the heart of police disenchantment« (Fassin 2017, S. 284).[9]

›Action‹ und Langeweile stehen in Bezug auf das polizeiliche Selbstbild also in einem Spannungsverhältnis und schnöde Routinearbeiten sind für Polizist:innen entsprechend ambivalente Alltagserfahrungen, die ihr Selbstbild herausfordern können. Der Umstand, dass Polizist:innen dieses Selbstbild gegenüber den Forschenden zunächst darstellen und sodann aufrechterhalten müssen, kann eine Öffnung gegenüber Forschung und das Gewähren von entsprechenden spezifischen Einblicken in vergangene (action-reiche) Arbeitssi-

---

von einem schlimmen Geruch. P:in habe sich beinahe übergeben. Der/die andere P:in sagt, es sei fürchterlich gewesen. Selbst Lüften habe nichts geholfen. Normalerweise machten Tote ihnen nichts aus, aber dieser sei schlimm gewesen. Sie erzählen kurz, wie die Person zu Tode gekommen war«.

9 Dem Umstand kann, wie Fassin erläutert, auch eine polizeipolitische Bedeutung zukommen: »Because this reality is ignored by the population and disavowed by the agents, the illusion can be maintained, serving to justify the need for more forces and more repression. It can even be obscured by politics of quota artificially exaggerating statistics and deceptively feigning action. It then becomes an instrument of power« (Fassin 2017, S. 287).

tuationen nach sich ziehen. Für Forschende geht damit die Herausforderung einher, diese Arbeit am Selbstbild aufzunehmen, aber nicht zu übernehmen und die forscherischen Aufmerksamkeiten nicht entsprechend vornehmlich auf die action-reichen Momente des polizeilichen Alltags einengen bzw. lenken zu lassen. Denn dann könnte übersehen werden, dass der Alltag auch maßgeblich von vermeintlich ›langweiligen‹ Arbeiten in den Bereichen Sachbearbeitung und Verwaltung gekennzeichnet ist. Es bedarf folglich längerer Phasen der Feldforschung, um polizeiliches Arbeiten in seiner Alltäglichkeit kennenzulernen und als fortlaufenden Verstehenshintergrund kennengelernt zu haben. Die beschriebenen ›Performances‹ von Polizist:innen sind dabei vornehmlich Phänomene der Anfangsphase von Forschung, der Kennenlernphase von Polizist:innen und Forschenden. Sie spielen aber auch im weiteren Verlauf von Feldforschungen immer wieder eine Rolle, beispielsweise, wenn es um die Verabredung von Terminen für teilnehmende Beobachtungen geht und Polizist:innen im Hinblick auf ›Action‹ und Langeweile die Aufenthalte der Forschenden vorstrukturieren könnten, indem sie empfehlen, eher zu bestimmten Zeiten zu kommen als zu anderen, weil dann ›etwas los‹ sei, also weniger Leerlauf zu erwarten ist.

3.6 Zwischen Nähe und Distanz – Öffnung gegenüber Nicht-Polizist:innen

Für Polizist:innen ist die Teilnahme an Forschung immer auch eine Möglichkeit, ›Uneingeweihten‹ Einblicke in ihren ansonsten für Nicht-Polizist:innen unzugänglichen Arbeitsalltag und den damit verbundenen Erfahrungsschatz zu geben. Forschung ist insofern eine Gelegenheit, nach außen zu kommunizieren, mit welchen Menschen in Ausnahmesituationen oder auch menschlichen Abgründen sie als Polizist:innen zu tun haben.[10] Natürlich lassen sich

10 Der folgende Ausschnitt aus einem Beobachtungsprotokoll enthält eine solche Szene des ›Zeigens‹ der schwierigen menschlichen Schicksale, die Polizist:innen kennen. Hier: Ein Mitglied des Forschungsteams ist mit zwei Polizist:innen der Schutzpolizei im Streifenwagen unterwegs: »Dann kommen sie auf eine Person zu sprechen, mit der sie zu tun haben. Sie wollen die Person nun aufsuchen. Sie haben ein Formular für sie. Dieses zu überbringen wäre eigentlich nicht dringend, aber sie möchten mir die Person wohl auch gern zeigen. Sie […] habe ›komplett den Lebensfaden verloren‹ […]. Sie kennen ihre Geschichte und erzählen mir diese kurz. Dann machen sie sich auf den Weg zu ihrer Wohnung. ›Das wäre optimal für dich‹, meint P:in zu mir. ›Da braucht man viel Geduld.‹ P:in spielt eine wirre Voicemail von der Person laut im Streifenwagen ab,

auch diese Darstellungen des Arbeitsalltags im Hinblick auf das zuvor diskutierte polizeiliche Selbstbild deuten. Darüber hinaus jedoch bildet die Feldforschung gewissermaßen auch eine ›Brücke in die Gesellschaft‹. Sie entfaltet öffnende und potenziell entlastende Funktionen. Auch dieses Phänomen ist eines der Anfangsphasen der Feldforschung. Je länger diese andauert, umso ›eingeweihter‹ sind die Forschenden bzw. als umso ›eingeweihter‹ werden sie wahrgenommen. Für die Anfangsphase sind Momente großer Offenheit für Forschende gute Gelegenheiten, sich Vertrauen zu erarbeiten und Polizist:innen zu zeigen, dass sie wirklich offen sein können – dass Forschende Erlebtes aushalten können. Für Forschende geht mit diesem Umstand die Herausforderung einher, angesichts dessen, was sie ggf. zu hören und zu sehen bekommen, nicht mitzuleiden, die Feldforschung also auszuhalten und zu verarbeiten. In diesem Zusammenhang besteht für Forschende ebenso die Herausforderung, ihr Bild von Polizist:innen zu reflektieren und ggf. zu dekonstruieren, um prinzipiell zu realisieren, dass auch Polizist:innen nicht ›alles aushalten‹ können bzw. müssen und um als Forschende in entsprechenden Situationen ggf. Hilfsangebote bereitzuhalten.

Für jede (feldforschende) qualitative Forschung sind Verhandlungen um empathische Nähe und beobachtende Distanz elementare Herausforderungen (vgl. Przyborski & Wohlrab-Sahr 2021, S. 63ff.). So gibt es der Erfahrung nach einerseits polizeispezifische ›Zugzwänge‹ der Organisation bzw. charakteristische Momente des Zulassens bis hin zum Einfordern großer Nähe durch die Polizei. Andererseits kommt es auch zur Herstellung von für Forschende unüberwindbarer Distanz. Ein Beispiel dafür ist auf der einen Seite

---

um mir zu zeigen, wie die Person ist. […] [Die Person aufzufinden dauert längere Zeit. Schließlich treffen sie sie zufällig auf der Straße an.] Während die Person wirr und ausführlich erzählt, schaut P:in immer wieder zu mir herüber und grinst. P:in scheint froh, mir die Person nun doch noch präsentieren zu können. […] P:in kommt zu mir herüber und fragt mich leise ›hast du ihr Bein gesehen?‹ Ich habe das Bein noch nicht gesehen und trete nun hinter dem Streifenwagen hervor, um es mir anzuschauen. Das Bein sieht entzündet und angeschwollen aus. P:in beobachtet meine Reaktion. Zu P:in gewandt lege ich einen Schmerz anzeigenden Gesichtsausdruck auf. P:in spiegelt diesen zurück und sagt leise ›völlig abgeschmiert‹. Nach einer Weile spricht P:in die Person auf ihr Bein an und redet ihr ins Gewissen, ›gehen Sie zum Arzt‹. […] Die Polizist:innen steigen ins Auto, nachdem sie sich mit ›einen guten Tag Ihnen noch‹ verabschiedet haben. […] Sie problematisieren, dass die Person eigentlich gar nicht zurechnungsfähig sei und dass sie lieber mit ihrem Betreuer sprechen sollten, der aber nie zu erreichen sei«.

die immense Offenheit der Organisation für den Einbezug wissenschaftlicher Expertise beispielweise im Rahmen der polizeilichen Organisationsarbeit in Arbeitsgemeinschaften. Auf der anderen Seite haben sich die Forschenden auch immer wieder – ernüchternden – bedeutungsvollen und polizeitypischen Momenten des Ausschlusses gegenübergesehen. Es gilt für Forschende, sich Dynamiken von Nähe und Distanz im Feld – wann wird Nähe von wem und in welchen Kontexten eingefordert und zugelassen, wann und wie unterbunden – bewusst und diese zum Gegenstand der Analysen zu machen.

3.7 Beobachtet-werden – Ambivalenzen des Aufbaus einer Forschungsbeziehung

Oft nehmen sich Polizist:innen viel Zeit für Gespräche mit Forschenden, um diesen ihre Arbeitswelt zu zeigen. Manchmal erkundigen sie sich nach dem Eindruck von konkreten Situationen oder danach, wie der Eindruck der Forschenden sich über den Zeitverlauf gewandelt hat und zu welchen Ergebnissen sie gekommen sind. Einerseits zeugt dies von einem erwartbaren Interesse an der Arbeit der Forschenden, die – wie bereits erwähnt – Einblicke in eine normalerweise für Nicht-Polizist:innen unzugängliche Arbeitswelt – und zwar auf der »Vorderbühne« (Goffman 1983, S. 100) wie auch auf der »Hinterbühne« (Goffman 1983, S. 104) – erhalten. Andererseits zeugt dies aber auch von Ambivalenzen: von unsicherem, tastendem Vertrauen gegenüber den Forschenden und von einem Vertrauensvorschuss im Kontext von Unsicherheiten über die zu erwartenden Forschungsergebnisse. Vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, durch die Polizei aktuell erheblich unter Druck steht, ergibt sich für Forschende die Herausforderung, das – zwar für jede qualitative Forschung, aber für das Feld Polizei in besonderem Maße – nötige Vertrauen zu gewinnen und aufrecht zu erhalten, es auch auch dauerhaft durch eine offene Forschungsperspektive einzulösen. Das Thema begleitet – gerade auch hinsichtlich der forschungsethischen Anforderungen an die Anonymisierung und Pseudonymisierung des empirischen Materials – den gesamten Forschungsprozess.

Wie eingangs dargelegt, wurde auch die INSIDER-Studie im Kontext kritischer und teilweise vorwurfsvoller gesellschaftlicher und politischer Diskurse über Polizei und Polizeiarbeit auf den Weg gebracht. Forschung kann in solchen Kontexten sowie auch von Seiten der Politik – wie beschrieben – die Funktion eines Kontrollinstrumentes zugesprochen bzw. angetragen werden. Entsprechend kann Forschung von polizeilicher Seite als eine Form der Über-

prüfung auch dann wahrgenommen werden, wenn Grenzziehungen gegenüber der Politik vorgenommen und Vereinnahmungsversuche von Seiten der Forschenden unterbunden werden. Für die beforschten Polizist:innen können sich im Kontakt zu den Forschenden vor diesem Hintergrund erhebliche Ambivalenzen ergeben. Der folgende Ausschnitt aus einer Feldnotiz veranschaulicht dies. Während eines Kennenlerngesprächs mit einem Mitglied des Forschungsteams mit anderen Polizist:innen erklärt ein/e Polizist:in, ohne dass dies in Frage gestellt worden wäre, »›wir sind offen‹ und ›wir verstellen uns nicht‹«. Für Forschende geht mit diesen Rahmenbedingungen und den Selbsterklärungen, Einschätzungen und Befürchtungen aus dem Feld die Herausforderung einher, sich Vertrauen sozusagen erarbeiten zu müssen und entsprechend als vertrauenswürdig – und d.h. auch nicht als Kontrolleur:innen – wahrgenommen zu werden und diesbezüglich für Entspannung zu sorgen. Dies ist nicht immer eine leichte Aufgabe, da die öffentlichen Debatten um Polizei(arbeit), um Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Extremismus, um Radikalisierung sowie Diskriminierung einen besonders wirkmächtigen Rahmen für die Forschungsarbeiten auch innerhalb des polizeilichen Feldes für INSIDER bilden.

Es ist vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatten darüber hinaus für die Polizeiführung und die Politik eine schwierige Situation, nicht zu wissen, welche konkreten Forschungsergebnisse sich ergeben werden. Ein/e Polizist:in kommentiert die entsprechende implizite Sorge bzw. das entsprechende Interesse der Polizeiführung folgendermaßen: »Die da oben juckt das richtig«. Entsprechende, durchaus mit (An-)Spannung erwartete Forschungsergebnisse zum Radikalisierungs-, Extremismus- und Diskriminierungskomplex könnten politische Relevanz erlangen und ggf. Politiker:innen unter Druck setzen oder dem Ansehen der Polizei – außen wie innen – oder auch einzelner Bereiche oder Dienststellen schaden, so eine im Hintergrund aufscheinende Befürchtung.[11]

---

11 Hier zeichnet sich eine weitere forschungsethische Herausforderung ab: Das Prinzip der Nichtschädigung durch die Mitwirkung an Forschung ist in dem spezifischen Feld oft nicht über einzelne Individuen hinausgehend eingelöst, wenn Forschung mit dem Ziel antritt, konkrete und praxisrelevante Handlungsempfehlungen zu formulieren, die mittelbar Folgen für die Beforschten zeitigen können. Ob solche Folgen tatsächlich eintreten, liegt dabei nicht in der Hand der Forschenden, sondern es hängt von der Politik und den Entscheidungsträger:innen in der Polizei ab. Vgl. dazu auch den Ethik-Kodex der DGS: »In ihrer Rolle als Forschende, Lehrende und in der Praxis Tätige tragen Soziologinnen und Soziologen soziale Verantwortung. Ihre Empfehlungen,

Polizist:innen, die im Rahmen offener teilnehmender Beobachtung begleitet werden, finden sich zu Beginn der Forschung zunächst in einer für sie neuen und besonderen, d.h. nicht alltäglichen Situation. Im Verlauf teilnehmender Beobachtungen muss diese außeralltägliche Situation zu einer alltäglichen werden, in der die Forschenden solcherart in eine Beobachter:innenrolle finden, dass sie idealerweise Teil des Alltags geworden sind und somit kaum noch beachtet werden. Dann ›stören‹ oder ›behindern‹ sie Abläufe oder Gespräche der Polizist:innen untereinander nicht mehr oder werden sogar in diese eingebunden. Im Feld – so eine Erfahrung, die sich vor allem in der jeweiligen Anfangsphase der Begleitung einstellt – gibt es Befürchtungen darüber oder zumindest ein geschärftes Bewusstsein dafür, dass jemand mithört, der oder die von der alltäglichen Art und Weise des Sprechens und Verhaltens der Polizist:innen befremdet sein könnte. Exemplarisch für das Bewusstsein, eventuell irritierend sein zu können, ist die folgende als Teil einer Feldnotiz protokollierte Äußerung: »›Du fährst heute bei uns mit‹, sagt ein/e Polizist:in. Ein/e weitere/r Polizist:in sagt daraufhin lachend: ›Dann müssen wir uns wie normale Menschen verhalten‹«. Den Hintergrund solcher Äußerungen bildet durchaus auch die Sorge, dass die Forschenden schlecht über die Polizist:innen denken und diese daran anschließend möglicherweise entsprechendes Wissen über oder entsprechende Erfahrungen mit den Polizist:innen in die Organisation hinein oder nach außen kommunizieren könnten.

Dieser Umstand scheint auf, wenn Polizist:innen gelegentlich scherzhaft die Praxis der Forschenden, das zu notieren, was gerade vor sich geht, kommentieren. Die folgenden Notizen verdeutlichen dies: »Während die Gruppe [von Bereitschaftspolizist:innen] […] im Wagen wartet und sich unterhält, zücke ich mein Notizbuch, um etwas zu notieren. Eine/r der Polizist:innen kom-

Entscheidungen und Aussagen können das Leben ihrer Mitmenschen beeinflussen. Sie sollen sich der Situation und immanenten Zwänge bewusst sein, die zu einem Missbrauch ihres Einflusses führen könnten. Soziologinnen und Soziologen sollen geeignete Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass ein solcher Missbrauch und daraus resultierend nachteilige Auswirkungen auf Auftraggeberinnen und Auftraggeber, Forschungsteilnehmerinnen und Forschungsteilnehmer, Kolleginnen und Kollegen, Studierende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vermieden werden« (DGS & BDS 2017, §1 Abs. 7). Jedoch können manifeste Wissensbestände der Polizist:innen oder auch der politischen Entscheidungsträger:innen hinzugezogen werden und im Austausch mit ihnen Bedeutungen und mögliche Folgen der Handlungsempfehlungen auf verschiedenen Ebenen der hierarchischen Organisation diskutiert und abgeschätzt werden.

mentiert das sinngemäß mit: ›Vorsicht, es wird alles mitgeschrieben‹. Ein anderes Mal, als jemand etwas Lustiges, aber auch Anstößiges äußert, macht eine/r der Polizist:innen mit Blick auf mich den Witz, das würde nun direkt notiert«. Diese Ambivalenzen im Umgang mit beobachtenden Forschenden sind ebenfalls eher ein Phänomen der Anfangsphase von Feldforschung. Nach dem Kennenlernen und einem gewissen Zeitraum der Begleitung und insbesondere Gesprächen über INSIDER und die Forschungsarbeiten stellen sich meist Entspannung und mit der Zeit auch ein vertrauensmäßiger Umgang ein. Forschende müssen angesichts dieser Erfahrung jedoch grundsätzlich darüber nachdenken, wie sie die notwendige Praxis der Anfertigung von Notizen in den jeweiligen Situationen im Feld gestalten können.[12]

Mit Blick auf die Sorge, Forschung sei eine Überprüfung, spielt noch ein anderes Phänomen eine Rolle: Polizist:innen sind sich in der Regel ihrer spezifischen Polizeisprache bewusst und verbinden damit gegenüber den Forschenden die Sorge, nicht richtig verstanden zu werden. Den Hintergrund dieser Erwartung von ›Verständigungsproblemen‹ und ggf. Missverständnissen bildet die Alltagserfahrung von Polizist:innen, der zufolge sie von Familie, Freunden und Bekannten, die nicht bei der Polizei sind, häufig nicht verstanden oder – ihrer Einschätzung zufolge – missverstanden werden, wenn sie sich in Abkürzungen, mittels polizeispezifischer Begriffe oder unter Verwendung polizeilichen Jargons ausdrücken. In diesem Zusammenhang werden Wünsche geäußert, weitergehende Gespräche zu führen, um ggf. offene Fragen zu beantworten sowie teilnehmende Beobachtungen genau zu planen oder sich im Anschluss an teilnehmende Beobachtungen zusammenzusetzen, »damit das Ergebnis dann stimmt«.

12 Eine Möglichkeit besteht ggf. darin, das Notieren ganz oder teilweise in das Nachhinein eines Feldaufenthaltes zu verlegen. Je nach Fokus der teilnehmenden Beobachtung, aber auch je nach Bereich innerhalb der Polizei, in dem teilnehmend beobachtet wird, kann dies eine gute Lösung darstellen. Bezogen auf die Schutzpolizei im Streifendienst ist dies zumeist jedoch die schlechtere Option, denn es erweist sich als nur schwer umsetzbar, angesichts der in der Praxis der Polizei oft in besonderem Maße dichten und hochfrequenten Eindrücke, die auf Forschende einströmen, das Protokollieren nicht direkt vor Ort oder im Anschluss an Situationen und Einsätze, aber noch im Feld zu erledigen. Dies liegt mitunter daran, dass es innerhalb des Feldes kaum Rückzugsmöglichkeiten gibt, die zur genauen ersten Protokollierung des gerade Erlebten genutzt werden könnten. Oft sind es dann die teilweise unter Nutzung des Sonderwegerechts rasanten An- bzw. Abfahrten zu bzw. von Einsätzen, während derer auf der Rückbank des Streifenwagens in Eile notiert werden kann.

Grundsätzlich müssen Forschende vor diesem Hintergrund wohl abwägen, ob sie im Feld den Begriff der (teilnehmenden) Beobachtung nutzen sollten. Es erscheint demgegenüber ratsam, niedrigschwelliger von Mitgehen oder Begleiten zu sprechen, insofern Polizist:innen mit dem Begriff der Beobachtung stärker als andere nicht durch ein spezifisches berufliches Tätigkeitsprofil ›vorbelastete‹ Gruppen Formen der Observation und Überprüfung verbinden.

3.8 Bahnungseffekte – von der Herausforderung, (nicht) zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Extremismen, Radikalisierung und Diskriminierung zu forschen

Im Anschluss an die bereits diskutierte, kritische öffentliche Debatte um Polizei und Polizeiarbeit, besteht für viele Polizist:innen – so eine weitere Erfahrung aus dem Feld – die Erwartung, Forschenden ginge es ausschließlich, hauptsächlich oder ›eigentlich‹ um die Erforschung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Extremismus oder Radikalisierung sowie Diskriminierung in der bzw. durch die Polizei. Es wird also oftmals angenommen, es ginge dem soziologischen Teilprojekt der INSIDER-Studie nur vordergründig um einen weiter gefassten Phänomenbereich, das eigentliche Erkenntnisinteresse liege doch auch hier letztlich auf einem Rechtsradikalismus-Komplex. Diese Erwartung scheint vor allem dann auf, wenn die entsprechenden Themen von Polizist:innen im Feld vor Forschenden selbst angesprochen und/oder praxisrelevant gemacht werden. Im Feld treten diese Themen dauernd auf und werden entsprechend auch dann forschungsrelevant, wenn das Erkenntnisinteresse der Forschenden tatsächlich weiter gefasst ist. Das Forschungsfeld Polizei ist durch die gesellschaftlichen und politischen Debatten, aber auch durch Diskurse der kritischen Polizeiwissenschaft bzw. deren Wahrnehmung innerhalb der Polizei schlicht erheblich vorstrukturiert. Dies zeigt sich nicht zuletzt am zuvor angesprochenen Beispiel des Leitartikels in der Gewerkschaftszeitung *Polizeispiegel*. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Extremismus, Radikalisierung und Diskriminierung sind kritische Themen für die Polizei angesichts der gegenwärtigen Diskurse und der möglicherweise angenommenen Folgenhaftigkeit von Forschung für die Polizei und einzelne Polizist:innen.

Dabei rechnen Polizist:innen in Forschungskontexten das Interesse der Forschenden an diesen kritischen Themen regelmäßig zunächst der Ebene individuellen Fehlverhaltens zu (›Einzelfälle‹, ›schwarze Schafe‹). Es müsse

den Forschenden doch um die Untersuchung entsprechender persönlicher Einstellungen oder konkreter beobachtbarer Situationen und Praktiken gehen, so die Annahme.[13] Erfahrungsgemäß denken Polizist:innen also weniger bis kaum an die Ebene entsprechender organisationaler Strukturen oder gesamtgesellschaftlich verankerter ›alltäglicher‹ Diskriminierungen und/oder Rassismen. Von einer solchen Erfahrung berichtet auch das Team der Berliner Polizeistudie (vgl. Howe et al. 2022, S. 23). Auch vor dem Hintergrund dieser feld- und kontextspezifischen Erwartungen an Forschung, lässt sich typischerweise eine reflexhafte Haltung der Beforschten ausmachen: Abwehr und damit verbunden das Bestreben, aus der ›Überprüfung‹ ›sauber‹ hervorzugehen und zu zeigen, dass an den Vorwürfen nichts dran sei.[14]

Erwähnungen von Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Radikalisierung, Extremismus und Diskriminierung kamen im Rahmen der soziologischen Forschung von INSIDER als manifeste Themen bislang vor allem in Form von Kommentierungen auf, also als von Polizist:innen in dieser Weise wahrgenommene, gegenüber Polizist:innen fälschlich und absichtsvoll hervorgebrachte Beschuldigungen. Hier besteht die Herausforderung für Forschende darin, angesichts der Vorstrukturierung des Feldes und der entsprechenden Erwartungen (›eigentliches‹ Erkenntnisinteresse, Überprüfungsfunktion der Studie), diese Phänomenbereiche nicht nur zu beachten und rekonstruktiv zu erheben, sondern insbesondere auch zu verstehen, welche Funktion die Abwehr jeweils erfüllt. Eine Erfahrung aus dem Feld

13 Vgl. zu den verschiedenen möglichen Ebenen, auf denen eine Erforschung von Rassismus und Diskriminierung im Bericht der Polizei ansetzen könnte, den umfassend differenzierenden Beitrag von Jens Bergmann & Astrid Jacobsen (2021).

14 Eine solche vorwegnehmende Abwehr zeigt sich in dem folgenden Ausschnitt aus einer Feldnotiz: »P:in nimmt mich zur Seite; d.h. unternimmt eine Fahrt mit mir allein, um mir dann im Auto zu erklären, wie es sei mit Rassismus, Radikalisierung etc. Das Thema wird mir gegenüber von selbst angesprochen, so als gehe P:in davon aus, dass ich mich dafür interessieren würde. P:in sagt, er/sie habe kaum eigene Erfahrungen mit Rassismusvorwürfen, gegen sich selbst als P:in, spricht aber trotzdem davon, dass diese eine Manipulationsstrategie gegen die Polizei seien; beispielsweise, wenn Bürger in einer Verkehrskontrolle meinten, sie würden nur aufgrund ihrer Hautfarbe kontrolliert, mit dem Ziel dann weniger genau kontrolliert zu werden o. ä.«. Es wird hier eine Opfer-Täter-Verkehrung angedeutet, indem der Person, die einen Rassismusvorwurf erhebt, unhinterfragt unrechtmäßiges, manipulatives und absichtsvolles Handeln unterstellt wird, so als könne es eine durch rassistische Motive motivierte Polizeikontrolle gar nicht geben.

ist es, dass im Kontext von Erhebungen und vor dem Hintergrund der vertrauensbildenden Forschungsarbeit im Feld, die Themen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Extremismus, Radikalisierung sowie diskriminierende polizeiliche Praktiken wie ›Racial Profiling‹ von Forschenden oft nur nach vorsichtigster Einleitung angesprochen werden können oder zunächst ganz unter den Tisch fallen. Geschieht das, gilt es als Forschende zu diskutieren, wie es dazu kam und ob – und wenn ja inwiefern und aus welchem Grund – Beforschte ›geschont‹ wurden (vgl. Hermanns 2008, S. 365). Der Erfahrung nach bildet den Hintergrund der Aussparung dieser Themen häufig, dass eine Thematisierung zu einer Schließung der Forschungssituationen geführt hätte. Diese Themen lassen sich deshalb in Feldgesprächen oder in Interviews erst nach einiger Zeit des Kennenlernens und der Vertrauensbildung adäquat und in hinreichender Differenziertheit angehen; häufig sogar erst im Rahmen von zweiten oder dritten Gesprächen und Interviews.

Eine Schlüsselrolle spielen insofern auch in dieser Hinsicht jeweils die Themen Offenheit, Reflexivität und Vertrauen. Als Problemsignaturen sollen sie abschließend noch einmal knapp aufgegriffen und vor ihrem Hintergrund erste Überlegungen zu Lösungsstrategien vorgetragen werden.

3.9 Problemsignaturen und pragmatische Lösungsstrategien

Offenheit: Die Polizei als eine gegenwärtig subjektiv wie objektiv unter kritischer Beobachtung stehende und mitunter auch angegriffene Organisation, stellt Forschende wie kaum eine andere vor die Herausforderung, ihre Unvoreingenommenheit und ihr offenes wie explorierendes Vorgehen einerseits überzeugend vorzutragen und über den gesamten Forschungsprozess immer wieder unter Beweis zu stellen. Aufgrund der zahlreichen im Feld aufzufindenden Momente einer möglichen Vorstrukturierung oder Selbstselektion (Auswahl bestimmter Personen, Bereiche und Zeiträume, die vornehmlich für Forschung ausgewählt bzw. angeboten werden, während andere nicht ›von selbst‹ hervortreten) stellt andererseits die Einlösung der für qualitative Forschung zentralen Offenheit und explorativen Forschungslogik in diesem Fall eine im Gegensatz zu anderen Feldern besondere Herausforderung dar.

Reflexivität: Ein Schlüssel, diesen Anforderungen dennoch gerecht zu werden, liegt in einem reflexiven sowie multimethodischen und rekonstruktiven Forschungsdesign. Der Reflexivitäts-Imperativ bezieht sich einerseits auf die Subjektivität der Forschenden zur Vermeidung von Vorstrukturierungen oder vermeidbaren Limitationen. Andererseits ist damit eine im Feld fortwährend

zu leistende Reflexion über Hintergründe von Handlungen, Deutungen, Situationen, Interaktionen und Dynamiken angesprochen, nicht zuletzt mit Bezug auf Nähe-Distanz-Verhältnisse. Erforderlich ist also ein reflexiver und rekonstruktiver Ansatz, der es erlaubt, ›hinter‹ den jeweils gemeinten Sinn zu blicken, um Strukturen dessen identifizieren und verstehen zu können, ›was vor sich geht‹. Um auf diese Frage eine Antwort erarbeiten zu können, sind alle möglichen und nötigen Daten heranzuziehen (vgl. Glaser 2007, S. 115). Das heißt, dass Protokolle ›natürlicher Interaktionen‹, d.h. nicht-standardisiertes Gesprächsmaterial als komplementäre empirische Daten zu den seitens der Polizei selbst produzierten ›natürlichen‹, also nicht zu Forschungszwecken erstellten Daten (bspw. in Medien, Leitbild etc.) und den durch Forschende erstellten (Beobachtungsprotokolle) sowie in Forschungssettings erhobenen Daten (Interviewprotokolle) hinzugezogen werden müssen.

Vertrauen: Qualitative Sozialforschung als Feldforschung basiert auf Vertrauen. Eine zentrale Herausforderung qualitativer Forschung bei der Polizei ist es vor diesem Hintergrund, im Rahmen kurzer Projektlaufzeiten, mit wenig Personal und entsprechend knappen Ressourcen dennoch die nötige Zeit aufzubringen, um das für ein Gelingen der Forschung nötige Vertrauen zu erarbeiten. Auch vor diesem Hintergrund lässt sich ein Plädoyer für multimethodische qualitative Forschung als Feldforschung formulieren; mit besonderem Fokus auf das nötige Vertrauen für gelingende Forschungsbeziehungen und damit auch gelingende, d.h. die Phänomene tatsächlich anpackende Forschung, die nicht an der Oberfläche verbleibt.

4 Resümee

Das soziologische Teilprojekt der INSIDER-Studie in Bezug auf das Bundesland Rheinland-Pfalz, das nicht nur die Polizei, sondern gesellschaftliche und polizeiliche Erwartungen im Rahmen wechselseitiger Erfahrungen sowie die dieses Verhältnis kennzeichnenden, leitenden (Be-)Wertungen und Handlungen erforscht, bilanzierte auf den vorangegangenen Seiten einige seiner bisherigen Erfahrungen aus den Feldforschungen bei der Polizei Rheinland-Pfalz. Die Themen, die dabei immer wieder aufscheinen – u.a. Offenheit, Reflexion und Vertrauen –, sind für qualitative Forschung generell relevant. Die Polizei stellt hier keinen Sonderfall dar. Jedoch nehmen diese Themen im Feld der Polizei aufgrund institutioneller Strukturen und gesellschaftspolitischer Rahmen-

bedingungen eine spezifische Gestalt an und stellen Forschende vor entsprechende spezifische Herausforderungen.

Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen qualitativer Polizeiforschung im Rahmen von Polizeistudien lassen sich aktuell unter den Schlagworten Radikalisierungsdebatten, Pandemiekonstellationen und Polarisierungsszenarios zusammenfassen. Diese bilden zunächst den Kontext des Zustandekommens von Polizeistudien wie INSIDER und sie rahmen sodann wider Willen jedwede Interaktionen zwischen Forschenden und beforschten Polizist:innen innerhalb des Feldes. Entsprechend ist es notwendig, sich den weiteren Kontext von Forschungsarbeiten mit, bei und über Polizei in allen Phasen des Forschungsprozesses reflexiv zu vergegenwärtigen und Forschungsstrategien entsprechend der aufscheinenden Ambivalenzen und Herausforderungen auszurichten.

Resümierend ergeben sich zunächst Ambivalenzen in Bezug auf die Wahrnehmung von Polizeiforschung innerhalb der Polizei. Forschende treffen dabei innerhalb der Polizei durchaus auf explizit forschungskritische Haltungen. Daneben, aber auch damit verbunden, finden sich führungs- und politikkritische Stimmen, die von einer Irrelevanz von Forschungsergebnissen bzw. deren politischer Steuerung und ggf. Instrumentalisierung ausgehen. Entsprechend müssen Forschende ihre Offenheit und Unvoreingenommenheit immer wieder in Gesprächen erklären und mit ihrer konkreten Forschungsarbeit unter Beweis stellen. Es wurde zudem deutlich, dass die Polizei – als hierarchisch strukturierte Organisation, in der jedoch gleichzeitig Handlungsspielräume in der konkreten Ausgestaltung von Abläufen und des Arbeitsalltags bestehen – Forschende vor spezifische Herausforderungen bei der Gewinnung von Forschungsteilnehmer:innen stellt und insbesondere eine intensive Reflexion über die Forschungsbeziehungen und -kontakte sowie ihr Zustandekommen notwendig macht.

Daneben gilt es – angesichts der oftmals unterstellten vermeintlichen Homogenität ›einer Polizei‹ – den Facettenreichtum, die Differenziertheit und Komplexität der Organisation und ihrer Teile, aber auch den einzelnen Menschen mit ihren vielfältigen Erfahrungen, gerecht zu werden, also intersektionale Ansätze forschungsorientierend mitzuführen. Forschende müssen sensibel sein für die Art und Weise, wie Polizist:innen ihren Arbeitsalltag zeigen, denn dies hängt auch von ihren Einstellungen gegenüber selbigem ab. In ähnlicher Hinsicht sollten Forschende sich weitere, das Forschungsfeld ggf. mitstrukturierende Spezifika des polizeilichen Selbstbildes bewusstmachen. Dynamiken von Nähe und Distanz spielen im Forschungsfeld eine besondere Rol-

le, auch vor dem Hintergrund der hierarchischen Organisation mit ihren Entscheidungswegen. Angesichts der gesellschaftlichen und politischen Debatten um die Polizei ist es für Polizist:innen eine ambivalente Situation, im polizeilichen Arbeitsalltags, Forschende als teilnehmend Beobachtende im Rahmen ihrer beruflichen Praxis dabeizuhaben. Damit gehen feldspezifische Herausforderungen der Kommunikation und Realisierung von Forschungstätigkeit einher.

Im Hinblick darauf ist abschließend nochmals darauf hinzuweisen, dass die für diesen Beitrag herangezogenen Daten nur einen kleinen Teil des gesamten Datenkorpus umfassen. Entsprechend bilden sie auch nur einen bestimmten Aspekt der in der Polizei Rheinland-Pfalz zu beobachtenden Reflexionskultur ab.

Die gesellschaftlichen und politischen Debatten um Polizei und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Extremismen, Radikalisierung und Diskriminierung – häufig unter dem Sammelbegriff ›Rechtsextremismus‹ verhandelt – sind so wirkmächtig, dass sich von Bahnungseffekten bis hin zu einer Vorstrukturierung des Feldes sprechen lässt, mit der Forschende praktisch umgehen müssen. Darüber hinaus ergeben sich für das Feld spezifische forschungsethische Herausforderungen. Insbesondere die basalen Erfordernisse von Freiwilligkeit, informierter Einwilligung und Nichtschädigung treten für Forschende unter Polizist:innen in spezifischer Weise hervor. Die genannten Herausforderungen betreffen jeweils den gesamten Forschungsprozess oder sie werden (immer wieder) an verschiedenen Stellen des Forschungsprozesses relevant. Daraus folgt, dass alle Herausforderungen über größere und kleinere Zeiträume hinweg im gesamten Prozess zu bearbeiten sind. Mit all diesen möglichen und von Ambivalenzen gezeichneten Konstellationen, Dynamiken und Gegebenheiten müssen Forschende umgehen, wenn sie mit, bei und über Polizei forschen wollen.

Von den Erfahrungen aus Rheinland-Pfalz ausgehend, lässt sich abschließend festhalten, dass zukünftige qualitativ angelegte Polizeistudien angesichts der feldspezifischen Herausforderungen und Erfordernisse möglichst als Langzeitstudien anzulegen sind. Erst im Rahmen einer solchen verstetigten Anlage wäre es zukünftig möglich, sich typischerweise über längere Zeiträume hinweg vollziehende Prozesse der Wissensformierung und der Ausprägung von Handlungsmustern und Bewertungsschemata innerhalb der Polizei und damit verbundene, weitergefasste, die Organisation und Interaktionen mit der Bevölkerung strukturierende Effekte ebenso adäquat wie

systematisch und hinsichtlich ihrer Veränderungsdynamik sensibel in den Blick zu nehmen.

Literatur

Behr, Rafael (2008). Cop culture – der Alltag des Gewaltmonopols: Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei (2. Aufl.). Wiesbaden: VS.

Bergmann, Jens & Jacobsen, Astrid (2021). Diskriminierung und Rassismus der Polizei als Forschungsfeld. Eine problemorientierte Bestandaufnahme. In: SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis, 4, 45–57.

Derin, Benjamin & Singelnstein, Tobias (2022). Die Polizei: Helfer, Gegner, Staatsgewalt: Inspektion einer mächtigen Organisation. Berlin: Econ.

DGS & BDS (2017). Ethik-Kodex der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) und des Berufsverbandes Deutscher Soziologinnen und Soziologen (BDS). https://soziologie.de/dgs/ethik/ethik-kodex

DHPol – Deutsche Hochschule der Polizei (2023). Projekt MEGAVO. Zwischenbericht 2023. https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2023/megavo-zwischenbericht.pdf;jsessionid=95CFEAB17B53CAFFC8B26AB745A3F982.1_cid295?__blob=publicationFile&v=3

Fassin, Didier (2017). Boredom: Accounting for the Ordinary in the Work of Policing (France). In: Didier Fassin (Hg.), Writing the world of policing: The difference ethnography makes (S. 271–292). Chicago: The University of Chicago Press.

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2022). Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2021. GESIS, Köln. ZA5280 Datenfile Version 2.0.0, https://doi.org/10.4232/1.14002

Glaser, Barney Galland (2007). Naturalist Inquiry and Grounded Theory. In Günter Mey & Katja Mruck (Hg.), Grounded Theory Reader (S. 114–132). Köln: Zentrum für Historische Sozialforschung.

Goffman, Erving (1983). Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag. München: Piper & Co. (Orig. Engl. 1959 u. d. T.: »The Presentation of Self in Everyday Life«).

Hermanns, Harry (2008). Interviewen als Tätigkeit. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff & Ines Steinke (Hg.), Qualitative Forschung: Ein Handbuch (S. 360–368). Reinbek: Rowohlt.

Howe, Christiane; Decker, Christine; Knobloch, Lan; Can, Halil & Bosch, Alexander (2022). Bericht zur Berliner Polizeistudie. Eine diskriminierungskritische, qualitative Untersuchung ausgewählter Dienstbereiche der Polizei Berlin. Berlin: ZTG (Zentrum Technik und Gesellschaft) der Technischen Universität Berlin.

Ministerium des Inneren und für Sport Rheinland-Pfalz (2018). Sitzung des Innenausschusses am 1.Februar 2018. Top 8: Gesünderes Arbeiten in der Polizei (GAP) – Änderung der Arbeitszeitverordnung. https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/2768-V-17.pdf

Oevermann, Ulrich (2000) Die Methode der Fallrekonstruktion in der Grundlagenforschung sowie der klinischen und pädagogischen Praxis. In: Klaus Kraimer (Hg.), Die Fallrekonstruktion (S. 58–153). Frankfurt a.M.: Suhrkamp.

Przyborski, Aglaja & Wohlrab-Sahr, Monika (2021). Qualitative Sozialforschung: Ein Arbeitsbuch (5. überarb. u. erw. Aufl.). Berlin/Boston: de Gruyter/Oldenbourg

Schäfer, Miriam (2020). Polizeiliches Handeln im Spannungsfeld von Institution und Biographie. Beitrag zur Veranstaltung »Professionelles Handeln im öffentlichen Auftrag« der Sektion Professionssoziologie. In: Birgit Blättel-Mink (Hg.), Gesellschaft unter Spannungen. Verhandlungen des 40. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2020. https://publikationen.soziologie.de/index.php/kongressband_2020/article/view/1319

Wendt, Rainer (2022). Freiheit im Rechtsstaat – Das gilt auch für Gewerkschaftler. In: Polizeispiegel, 4, 3. https://dpolg-sachsen.de/wp-content/uploads/2022/04/Polizeispiegel-April-2022.pdf

Wilz, Sylvia Marlene (2012). Die Polizei als Organisation. In: Maja Apelt & Veronika Tacke (Hg.), Handbuch Organisationstypen (S. 113–131). Wiesbaden: Springer VS.

Wüstenberg, Daniel (2019, 6. Juli). »Gerichte glauben eher Polizisten« – Experte spricht über Polizeigewalt in Deutschland. In: Stern. https://www.stern.de/kultur/polizeigewalt---gerichte-glauben-eher-polizisten---sagt-experte-singelnstein-8779642.html

Dirty Harrys Komplizen
Zur Epistemologie und Ethik ethnografischer Polizeiforschung

Nadja Maurer

Die »Anweisung eines Polizisten ist eine, und das ist sozusagen ins Reflexsystem jedes Bürgers eingegangen, die im Zweifelsfall mit Gewalt durchgesetzt werden kann« (Reemtsma 2003: 16). Nun muss man ergänzen, dass selbigen Imperativ auch Polizisten verinnerlicht haben. Jeder Polizist sei ein »potentieller Ort der Transformation staatlich durch Gewaltlizenz delegierter Macht durch private Willkür [...] einfach deshalb, weil die Ausübung von Gewalt zur Begrenzung von Gewalt immer wieder Fälle produziert, wo die Urteilskraft in besonderer Weise gefordert ist« (ebda). Bei dem Bürger erwächst daraus als Konsequenz eine Ambivalenz gegenüber der Polizei: entweder er entwickelt Vertrauen oder den Wunsch nach Kontrolle.[1] Weil der Bürger der Polizei vertrauen können will und weil sich die Polizei das Vertrauen der Bürger wünscht, kann es nur im allseitigen Interesse liegen, Vertrauen zerstörendes Verhalten von Polizeibediensteten zu verstehen.

Basierend auf ethnografischer Forschung an der Hamburger Davidwache plädiert dieser Aufsatz in einem ersten Teil für einen deskriptiven, von konkreten Interaktionen ausgehenden Ansatz für das Verstehen polizeilichen Fehlverhaltens. Was geschieht genau in einer Situation, die verstörend und kritikwürdig ist und in der das Verhalten der Polizisten angreifbar ist? Die Analyse von Situationen und Interaktionen der beteiligten Akteure ist, das wird im ersten Teil dieses Beitrags anhand von Befunden der neueren Gewaltforschung dargelegt, hinsichtlich ihres Erklärungswertes gehaltvoller als die ver-

1 Dem Lesefluss, der Stringenz und der grammatikalischen Richtigkeit geschuldet wird das generische Maskulinum verwendet, dessen Funktion darin besteht, eben nicht auf das Geschlecht einer lebenden Entität zu verweisen. Gemeint sind natürlich alle Geschlechtsidentitäten.

meintlichen Ursachen »Struktur«, »Kultur« und »Motiv«. Der zweite Teil ist der genaueren Betrachtung einer exemplarischen »ausgehakten«, aber alltäglichen Situation zwischen Polizei und Bürger gewidmet. Im Kern geht es um die Frage, was genau in Situationen geschieht, die (für Außenstehende völlig unnötig) eskalieren. Als Gründe diskutiert werden »Rahmenbrüche«, konfligierende Motive und Wissenslücken. Versucht wird eine emische Einordnung aus Sicht der Forschungspartner, der Polizisten. Diese Situation gibt auch Anlass, einige der hartnäckigeren Probleme der Polizeiethnografie zu durchdenken. Eine der Gemeinsamkeiten polizeilicher und ethnografischer Arbeit ist die Ko-Konfiguration von Wissensproduktion und Ethik bzw. Moral. Der dritte Teil setzt sich deshalb schließlich mit Forschungsethik und der Frage auseinander, wie Epistemologie und Moral ethnografisches Forschen in der Polizei konditionieren. In der Zusammenarbeit entsteht eine produktive, aber auch zu problematisierende Komplizenschaft zwischen Forschern und Polizisten. Diese zweite (ethische) Ebene ist untrennbar mit der ersten (epistemologischen) verbunden.

Gehen wir ins Feld: Die Balduintreppe am Hafenrand St. Pauli-Süd gilt in der Hamburger Polizei als unbeliebter Einsatzort. Gründe, wegen derer sich die Rekrutierung von Nachwuchs für die Dienstgruppe Betäubungsmittel (BtM), besser bekannt als *Task Force Droge*, schwierig gestaltet, sind über Jahrzehnte tradierte Polizeifeindlichkeit und Racial Profiling Vorwürfe seitens linksaktivistischer Anwohner sowie die einseitige Aufgabe der Task Force – die Strafverfolgung von BtM-Straßenhändlern, die fast ausschließlich subsaharischer Herkunft sind. Die Dienstgruppe ist sehr jung an Dienstjahren, die repressive und präventive Polizeiarbeit ist ressourcenintensiv, polizeiliche Instrumente werden ausgereizt, das Einsatzgebiet ist verstetigt seit 20 Jahren als »Gefährlicher Ort BtM« klassifiziert. Polizeiliche Aktionen werden von der teils hoch sensibilisierten Nachbarschaft sehr genau wahrgenommen und jede Veränderung (seien es Einsatzzeiten oder Kleidung) seismografisch registriert. Die Polizei verzeichnet um die Balduintreppe relativ viele Festnahmen und Zuführungen, aber auch vergleichsweise viele Widerstände und Körperverletzungen von Polizisten wie auch ihrer Gegenüber. Viele Anwohner kritisieren das Auftreten der Polizisten scharf (Maurer 2021).

Die weitaus meisten Interaktionen der Polizei mit Bürgern finden unterhalb der Schwelle angewendeten physischen Zwangs statt. Nun sind Fälle eindeutiger, rechtswidriger Polizeigewalt in der Bundesrepublik sehr sehr selten – gemessen an der Anzahl von Begegnungen mit Bürgern jeden Tag. Weniger selten hingegen sind Klagen von Anwohnern, die das Auftreten von

Polizisten als »überzogen«, »doof«, oder »autoritär« beschreiben. In den (sozialen) Medien und auch in der Polizeiforschung sind drastische Fälle von (rechtswidriger) Polizeigewalt ein viel beachtetes Phänomen, wohingegen dem alltäglicher auftretenden Phänomen »aus dem Rahmen fallender Interaktionen«, gemeint ist erratisches und unverhältnismäßiges Verhalten von Polizisten, kaum Aufmerksamkeit zuteil wird.

1 Die Fußstreife: Schnittstelle von Gewaltmonopol und Straße

Polizeiarbeit beinhaltet ein breites Spektrum komplexer Themenbereiche. Dabei überschneiden sich polizeiliche Aufgaben oft mit den Verantwortlichkeiten zahlreicher anderer Akteure wie etwa Eltern, Sicherheitsdiensten oder Sozialarbeitern. Was die Polizei im Kern von anderen sozialen Akteuren, Verbänden oder Organisationen unterscheidet, ist ihre Autorisierung zur Anwendung unmittelbaren Zwangs und regulierender Gewalt, die vollzogen wird im Namen »des Gesetzes«, im Namen von »Sicherheit und Ordnung«, von Demokratie und Rechtsstaat und sogar im Namen von Zivilisation oder generelleren Vorstellungen vom Allgemeinwohl (Muir 1977). Gesellschaftlich wird polizeiliche Gewalt in Form physischen Zwangs, wenn in Gewaltsituationen adäquat angewendet, also manchmal als notwendige und legitime Technik zur Bewahrung idealisierter Ziele wie Frieden, Prosperität und Fortschritt erachtet. Während tatsächliche Gewaltanwendung nur bei sehr wenigen Tätigkeiten wahrscheinlich ist – Festnahme, Inhaftierung, Verhör und bei der Kontrolle von Menschenmengen wie etwa Demonstrationen oder Sportgroßveranstaltungen (Bayley 1996: 273ff) – ist für ihre soziale Rolle die Autorisierung zur Gewalt in jeder Interaktion mit Bürgern immanent, vom Streifendienst bis zum Verfassen von Berichten, Ermittlungen, Organisationskultur, bis hin zu Kontakten mit Kollegen außerhalb der Arbeit (Silver 2005). Dies bedeutet freilich nicht, dass sich Polizisten im Alltag permanent mit der Möglichkeit zur Ausübung physischen Zwangs beschäftigen; auch ist die Mobilisierung von Gewalt als Mittel nicht stets im Bewusstsein.

Konstitutiv sind Autorität, Zwang, Gewalt und Willkür situative Interaktionsgeschehen – sie ereignen sich einzig und ausschließlich in der Begegnung mit Bürgern; der Verlauf von Situationen hängt dabei stark, aber nicht nur, von der Situationsdeutung der Polizisten ab. Folglich kann polizeiliches Verhalten auch als solches – als situative Interaktion – adäquat untersucht werden. Eine normative Einordnung, wie etwa die Unterteilung in rechtswidriges und lega-

les Verhalten, verstellt dabei den Blick auf das Geschehen an sich mehr als dass sie erkenntnisbringend wäre.

Treten wir zwei Schritte zurück, um die normative Schlagseite der Polizeiforschung zu beleuchten. Eine vermeintliche Wahrheit zieht sich relativ unwidersprochen durch die einschlägige Literatur: »Polizistinnen und Polizisten vollziehen das innerstaatliche Gewaltmonopol« (Behr 2019: 1). Dafür gibt es empirisch wenig Anhaltspunkte: der Staat hat ebenso wenig ein Monopol auf Gewalt wie die Polizei eines auf gesellschaftlich sanktionierte Zwangsmittel hat.[2] Das innerstaatliche Gewaltmonopol ist zunächst ein *normativer Anspruch*; er ist von Max Weber idealtypisch formuliert worden (Weber 1921). Zutreffend konstatiert Reemtsma: »Das staatliche Gewaltmonopol ist, wo immer wir es antreffen, kein fixer Zustand, sondern eine Momentaufnahme im Prozess der Monopolisierung der Gewalt durch den Staat« (2013: 168). In der Tat sind Verbote der Prügelstrafe in Schulen und häuslicher Gewalt, Bandenbekämpfung, Kampfhundeverordnungen oder Waffenverbotszonen Delegitimierungen von Gewalt zwischen Bürgern und Bemühungen des Staates, sein Gewaltmonopol zu sichern. Salopp ausgedrückt: Das polizeiliche Gewaltmonopol ist ein askriptives; hätte der Staat das Monopol auf Gewalt tatsächlich inne, dann bräuchte es gar keine Gewalt, um selbiges durchzusetzen. Der öffentlich sichtbare Schauplatz der Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopolanspruchs ist die Straße, seine Protagonisten die Polizei.

Walter Benjamin, dessen »Kritik der Gewalt« als einer der zentralen theoretischen Texte zum Verhältnis von Recht und Gewalt gilt[3], beschreibt die

---

2 Dass ein Staat ein Monopol auf Gewalt innehat, ist historisch und geografisch tatsächlich nicht die Regel, sondern die absolute Ausnahme. Seit jeher wurde und wird, auch in Kontexten moderner Staatlichkeit das proklamierte Gewaltmonopol des Staates herausgefordert, nicht anerkannt, oder schlicht für nicht effektiv genug befunden. Überdies arbeitet die Polizei oft mit anderen Vollstreckern (nicht-staatlichen oder behördlichen) zusammen, konkurriert oder gerät in Konflikt mit ihnen (Sluka 1999; Das, Poole 2004, Maurer 2016). Davon unbenommen ist, dass die Polizei zu den sichtbarsten Akteuren des Staates gehört, nicht nur aufgrund der Uniform, sondern auch ihrer prominenten Präsenz in Nachrichten und Unterhaltungsmedien.

3 Die vier theoretischen Gravitationspunkte der sich als kritisch verstehenden Polizeiwissenschaft sind (nach meiner Lektürekenntnis ausnahmslos) mehr oder weniger implizit Marx, Foucault, Benjamin und Weber. Kabbeleien, ob der Zweck und die Aufgabe der Polizei das Schützen von Eigentums- und Kapitalinteressen gegen andere Klassen (Marx), eine gouvernementale Ordnungs- und Regierungspraxis (Foucault), ob sie (im Zweifel gewaltsames) Durchsetzungsorgan von Recht und Gerechtigkeit ist (Ben-

Institution der Polizei als inhärent ›schmachvoll‹, weil ihre Ermessensbefugnisse es ihr erlaubten, ad-hoc »Recht zu setzen«, anstatt das Recht nurmehr zu bewahren oder durchzusetzen (2019 [1965]: 29–65; s.a. Derrida 1991). Diesen Gedanken fortsetzend, folgern Das und Poole: »*[Police] by definition continually transfer across, and sometimes even transmute, the boundaries of the legality, legitimacy, and morality of violence*« (2004: 14). Polizeiliche Interaktionen mit Bürgern konstituieren genau diese Grauzone, in der Grenzen von Legalität, Legitimität und Moral vermessen und ausgehandelt werden. Dabei ist polizeiliche Gewalt stark verregelt. Weite Teile des Polizeirechts befassen sich mit der Rechtmäßigkeit, Befugnissen, Ge- und Verboten zur Anwendung von Gewalt. Dennoch sind zur Untersuchung von Fehlverhalten Befunde aus der interdisziplinären Gewaltforschung wegweisend, deren Vertreter sich ab den 1990er Jahren phänomenologischen Ansätzen widmeten. Plädiert wurde für eine dichte Beschreibung von Gewalthandlungen und den Emotionen aller Beteiligten; gefragt wurde danach, wie Gewalt konkret ausgeübt wird (früher: Katz 1988; Popitz 1992: 43ff; von Trotha 1997; Nedelmann 1995).[4] Die kontextsensible Untersuchung der Mikroebene, die ausschließlich Situationen und Interaktionen in den Blick nimmt[5], ist längst zur dominierenden Zentralperspektive in der

---

jamin) oder ihre Legitimität aus der Herrschaft des Staates (Weber) bezieht – werden im Feld zwischen diesen Sozialphilosophien ausgetragen.

4 Argumentiert wurde, dass sich die meisten so genannten Gewaltforschungen bis dahin nicht mit der Gewalt an sich, sondern nur mit ihren *Ursachen* befassten. Strukturelle Bedingungen wie Armut, sozioökonomische Ungleichheit, Machokultur, Rassismus usw. haben kaum einen Erklärungswert und stehen in keinem kausalen Zusammenhang mit Gewaltphänomenen (von Trotha 1997: 18–20; Schinkel 2004: 13–4; Collins 2008: 1–24). Dabei blieben kriminologische Ansätze, Polizeigewalt zu untersuchen, großenteils erfolglos (Alpert, Dunham 2004: 122; Worden 1996). Umso mehr erstaunt, dass ein seit Jahrzehnten ausgefochtener elaborierter Streit um die Theorieperspektive mit dem höchsten Erklärungswert offenbar gar nicht zur Kenntnis genommen wird, wie ein aktuelles Beispiel zeigt: Als Faktoren für Polizeigewalt nennen Derin und Singelnstein: »Übermüdung, Feindbilder, Spaß an Gewalt, Selbstjustiz, Verselbstständigung« (2022: 162f.). Dazu gebe es »eine Bandbreite ganz unterschiedlicher Konstellationen; Stress und Überlastungen […], Persönlichkeit, Vorurteile, einsatzbezogene Vorgaben, ein falsches Berufsverständnis, mangelnde Erfahrung oder die Kultur in der jeweiligen Dienstgruppe« (ebda: 163).

5 Pioniere der phänomenologischen Sozialforschung, die Interaktionen als Teil sozialer Ontologie betrachteten, waren Goffman, Strauss, Becker, Garfinkel oder Hughes (Maurer 2019). Die atemporalen und räumlich indifferenten Erkenntnisse die diese Analysten von Situationen und Interaktionen vorlegten, machen es zudem relativ unnötig, Daten zu sammeln, anhand derer Personen identifiziert werden können.

Gewaltforschung avanciert (Hoebel, Knöbl 2019: 17; Kühl 2021). Dessen ungeachtet finden sich in aktuellen polizeiwissenschaftlichen Abhandlungen noch immer drei Erklärungsansätze, die sich längst als explanatorische Sackgassen erwiesen haben: Strukturen, Kultur[6] und: Motive.

Nun greift die alleinige Fokussierung auf Situation und Emotion zu kurz, weil Motive für Handlungen nicht ausgeschlossen werden können (Elwert 1997; maßgeblich Kalyvas 2006; Holzinger 2015). Gewaltsames Handeln hat immer auch eine instrumentell-rationale Dimension; es ist »eine alltägliche Möglichkeit der Durchsetzung des Willens« (Elwert et al., 1999: 9).[7]

Und doch macht man es sich zu einfach, wenn man davon ausgeht, dass aus Einstellungen Intentionen geformt würden, die bloß noch exekutiert werden bräuchten, ohne von kontextspezifischen Erfahrungen, neu auftauchenden (multilateralen, denn Akteure beeinflussen sich dabei gegenseitig) Deutungen und situativen Handlungsproblemen tangiert zu werden. Fassen wir zusammen: Soziale Sachverhalte konstituieren sich nicht ohne die sinnhafte Bezugnahme von Akteuren auf Handlungen. Um polizeiliches (Fehl-)Verhalten

---

6 Nicht wenige Polizeiforscher behaupten, dass exzessive Gewalt durch eine spezifische »Polizeikultur« und deren informelle Regeln begründet, gefördert und geschützt würde (Behr 2000: 79; Belur 2010: 331; Chan 1997; Cockcroft 2013; Skolnick, Fyfe 1993: 89; Feest, Blankenburg 1972: 26). Der Begriff »Kultur« wurde in der Anthropologie (und nicht nur dort) jahrzehntelang kritisch diskutiert (Abu-Lughod 1991; Lentz 2009) und scheint viel zu unkonkret, um die Komplexität der Polizeiarbeit zu erfassen (Sklansky 2007: 21) – und eignet sich erst recht nicht, um nicht-alltägliches, deviantes Verhalten zu erklären. Interne Diskurse bilden die tatsächliche Praxis der Organisationsmitglieder nicht ab und geben auch keine Richtlinien vor. Die Kantine bzw. der Gruppenraum ist von der Straße unabhängig. »Polizeikultur« beschreibt in Wirklichkeit »Kantinenkultur« (Waddington 1999) und ist eher als interner öffentlicher Raum für Diskussionen über berufsbezogene Fragen zu verstehen (Monjardet 1994: 408f.; Beek, Göpfert 2013: 479); man ärgert sich gemeinsam über schlechte Ausstattung, informiert sich bei Kollegen oder bespricht private Themen.

7 Die Erforschung von Handlungsmotiven steht vor mindestens drei Problemen: Erstens müssen Motivlagen jenseits des instrumentellen »Mittel-zum-Zweck« herausgearbeitet werden. Die NS-Täterforschung vermochte nachzuweisen, dass die Motive von Tätern in Organisationen »gerade nicht *formal* »generalisiert« waren. Sie genossen situativ ganz erhebliche Freiheiten und Handlungsspielräume. [...] [A]ufgrund der gesellschaftlich vermittelten Sinnstiftungen und Deutungsmuster sahen sich die Täter befähigt (Holzinger 2015). Zweitens neigen Menschen dazu, ihr (Gewalt-)Handeln retrospektiv zu rationalisieren. Drittens *erklären* Motivationszuschreibungen noch keine Motive.

zu verstehen, muss die Situation als Explanans und auch als Explanandum gebührend Berücksichtigung finden und danach gefragt werden, wie (kulturelle) Deutungsmuster und sozialstrukturelle Bedingungen situativ handlungsrelevant werden. Man muss dabei das soziale Handeln des Deutens, Zurechnens sowie Verarbeitens analysieren: »Allgemein erklären wir Handlungen, gelungene wie fehlgeschlagene, über die Angaben des erstrebten Ziels, nicht über die des erreichten Ziels […]« (Keil 2000: 460).

2 Eine aus dem Rahmen fallende Situation

Die nachfolgend beschriebene Situation einer »ausgehakten« Interaktion der Polizisten auf der Straße muss – und das ist wichtig – im Kontext zahlreicher »gelungener« Begegnungen betrachtet werden, um sinnvoll analysiert werden zu können: *»[D]as Aushaken einiger [ist] kein Zeichen für die Desorganisation der anderen, sondern ungewolltes Nebenereignis eines wirksamen Arrangements«* (Goffman 1974: 411). Während nur einer Schicht mit der Fußstreife gibt es viel Bemerkenswertes: Zunächst die Nähe und Nahbarkeit der Polizisten zu ihrer extrem marginalisierten Klientel, neben des BtM-Handels Verdächtigten sind das Schwerstabhängige, sowie ihre Kenntnis über einzelne Menschen und deren oft herzzerreißende Lebensgeschichten. Auch die Anliegen polizeilicher Adressaten sind bemerkenswert: Nicht selten wird die Polizei damit beauftragt, *»etwas zu unternehmen«* gegen jemand anderen, mit dem einer einen Konflikt hat, durch den einer viktimisiert wird, oder dem einer eins auswischen will. Als kleiner Ausschnitt von Interaktionen sind u.a. zu nennen: die routiniert-sachliche Kontrolle von als BtM-Händlern Verdächtigten oder deren Kunden; der distanzierte Umgang mit dem misstrauischen Bürger, dessen grimmige Miene Missfallen über die Anwesenheit der Polizei kundtun soll; das unwirsche Abweisen unerbetener Wegbeschreibungen von Passanten; oder das geduldige Zuhören eines migrantischen, obdachlosen Schwerstkonsumenten – obgleich die Drogenfahnder in zivil nicht als Polizei erkennbar sein sollen, interagieren sie in der Rolle von Polizisten in einer Schicht mit sehr vielen Bürgern. Die Situationskontexte und -dynamiken wandeln sich häufig, eigentlich mit jedem Anliegen und jeder Person. Jede Begegnung evoziert auch irgendeine Emotion: Ohnmacht und Betroffenheit angesichts von Not und Elend, Resignation, Abgrenzung und Distanzierung, Ratlosigkeit (mal rechtlich und mal operativ), Routiniertheit, Frustration, Mitgefühl oder Über-

legenheit. Unter der Vielzahl von Situationen ereignen sich auch erratische, wie diese:

> »Am frühen Abend, es ist bereits dunkel, mit drei Zivilfahndern im Auto südlich der Reeperbahn. Der Wagen fährt langsam durch das Wohnviertel. Ein dumpfes Geräusch auf dem Heck. Im Rückspiegel sehe ich zwei Jungen, etwa neun Jahre alt, die zwischen den parkenden Autos über die Straße gehen. – ›Was war das?‹, fragt der Fahrer und bremst abrupt. Alle drei Polizisten reißen die Türen auf, rennen auf die Kinder zu und umstellen sie. Ich gehe hinter den anderen her. Zwei Uniformierte aus der LBP auf Fußstreife kommen von der anderen Straßenseite angelaufen und stellen sich mit verschränkten Armen dazu. Nur zwei von ›uns‹ sind als Polizei zu erkennen. Eines der Kinder ist entwischt, wohl auf den Spielplatz nebenan. Das andere steht nun umringt von sechs Erwachsenen. ›GEHT'S NOCH?!!‹ brüllt ein:e Polizist:in aus Leibeskräften. Einer der Uniformierten stellt das Kind lautstark zur Rede. Das Kind steht still da, guckt erschreckt und sagt nichts. Mir tut der Junge leid. Um ihm die Angst zu nehmen, wende ich mich an ihn und sage: ›Die regen sich so auf, weil dir was hätte passieren können, nicht wegen dem Auto.‹ Der Kreis löst sich auf; einer der Beamten lässt einen anerkennenden Kommentar über die Autorität des anderen fallen, sie lachen. Dann ist die Situation für die Polizisten erledigt. Es geht weiter.«

Mein Eingreifen in die Situation war keinesfalls eine Sternstunde souveränen Verhaltens als Ethnografin, schließlich wollte ich nur beobachten. Das eben Geschehene war irritierend und verstörend: Das war doch ganz eindeutig eine präpubertäre Bravade und nichts weiter? Wie würden Polizisten es finden, wenn sechs Erwachsene ein (oder gar ihr eigenes) Kind umstellen, anschreien und maßregeln, nur weil es mit der flachen Hand auf das Heck eines Autos schlägt? Wahrscheinlich vollkommen überzogen, aber auch bedrohlich.

Wie kommt es, dass sympathische Zeitgenossen, die erstens komplexere und schwierige Situationen souverän und routiniert meistern und die zweitens ganz unterschiedliche Überzeugungen, Einstellungen und Werte reflektieren und vertreten – individuelle Dispositionen scheiden also als Ursache aus –, in einer Situation Vertrauen verdienend agieren und in der nächsten nach Kontrolle verlangend?

Auf der Straße können und sollen Polizeibeamte, im Rahmen der Regeln versteht sich, nach ihrem Ermessen handeln. Als häufigster Trigger für polizeiliche Gewalt gilt in westlichen Gesellschaften die Herausforderung der polizeilichen Autorität durch Bürger, indem Beamten kein angemessener

Respekt entgegengebracht wird (Feest, Blankenburg 1972: 70; Muir 1977; van Maanen 1978: 230–2). Die Verteidigung der polizeilichen Autorität bedeutet meist die Preisgabe des an das Gesetzlichkeitsprinzip gebundenen Wertes der Neutralität und Unparteilichkeit sowie der Verhältnismäßigkeit.[8] »Willkür« und die »Durchsetzung von Autorität« sind Begründungsfolien, die auf die kognitiv bewusste und intentionale Dimension von Handeln hindeuten, die aber situative Aspekte, Interpretationsschemata und die emotionale Aufladung solcher Situationen zu wenig berücksichtigen. Interaktionen vollziehen sich nicht »einfach so«, sondern innerhalb bestimmter Sinn- und Relevanzstrukturen. Latente Denk- und Wahrnehmungsschemata, aber auch korrelierte moralische Zurechnungssysteme veranlassen Menschen, sich exzessiv oder erratisch (fehl-)zu verhalten. Die geschilderte Situation eignet sich deshalb für eine Analyse, weil sie sehr übersichtlich ist. Strukturvoraussetzungen und Motive, das liegt auf der Hand, können vernachlässigt werden (es sei denn, man unterstellt den Polizisten, sie würden absichtlich kleine Kinder erschrecken). Auch die Akteurskonstellation (s. Staudigl 2007: 248) ist simpel: keine Unterstützer (für die eine oder die andere beteiligte Partei) im unmittelbaren Umfeld, keine *Agents Provocateurs*, weder applaudierende Zuschauer noch Passanten. Für die Analyse der Situation müssen die ineinandergreifenden Elemente Ausgangssituation, die sich entwickelnde Situationsdeutung der Akteure und die sich interaktiv aufbauende Eskalationsdynamik zerlegt und Wendepunkte identifiziert werden.[9] Ein mögliches vorbereitendes Deutungsmuster ist, dass wir uns im »Gefährlichen Ort« bewegen; »Gefährliche Orte« werden von Polizisten verstärkt als Orte der Kriminalität eingeschätzt.[10]

---

8 Aus zwei zentralen (Rechts-)Grundsätzen leitet Weber staatliche Legitimität ab: Der erste ist, dass es kein Verbrechen und keine Strafe ohne Gesetz geben kann (*nullum crimen sine lege, nulla poene sine lege*). Das bedeutet, dass die Polizei nur gegen Handlungen und Verhaltensweisen einschreiten darf, die nach dem Gesetz verboten sind. Der zweite ist das Gebot der Unparteilichkeit und der Gleichbehandlung aller Bürger (*sine ira ac studio*) – ohne Zorn oder Eifer, d.h. neutral. Nach Weber bildet neben dem Recht nicht zuletzt die *Art und Weise, wie* Regeln und Vorschriften von staatlichen Beamten umgesetzt werden die eigentliche Grundlage für die Legitimität des Staates (Fekjær et al. 2014: 748).

9 Aus der empirischen Forschung, besonders in der Tradition um Randall Collins, wissen wir, welche Bedeutung Zufällen, Kipppunkten und Selbstverstärkungen bei der Erklärung von Gewaltereignissen zukommt.

10 Der Einsatz des Instruments »Gefährlicher Ort« ist riskant: nicht nur wird mit dieser Sicherheitsstrategie das Vertrauen in die Ordnungskräfte und in den Rechtsstaat zersetzt. Berichte über polizeiliche Willkür kann diese nur schwerlich kontern. Die Iro-

Zudem gilt die Gegend (nicht nur) bei der Polizei als polizeifeindlich. Nicht zuletzt werden Ordnungsvorstellungen von Polizisten in der Hafenstraße herausgefordert. Als legitimatorischer Kontext reicht der »gefährliche Ort« für die beschriebene Situation nicht her; auch eine Erklärung à la »Polizist-sein-ist-Gelegenheitsstrukur-für Raufbolde« ergibt keinen Sinn; es hätte während der Schicht mehr als genug Gelegenheiten gegeben, Autorität und Ermächtigung zu inszenieren. Naheliegend ist, dass die Polizisten ein unvorhergesehenes Vorkommnis als Gefahr deuteten, und als sich die Situation bereits entwickelt hatte, eine Dynamik eingesetzt hatte, die (leider!) erst von mir selbst als Akteurin gewendet wurde – ein forschungshandwerklicher Fehler. Auch im Bereich rechtlich abgesicherter Entscheidungen muss jeder Polizist in jeder Situation binnen kurzer Zeit eine Vielzahl von Einschätzungen vornehmen. Die offensichtlichen, naheliegenden sind neben der Abwägung zwischen »legal/rechtswidrig« die Verhältnismäßigkeit des eigenen Handelns, also das Taxieren des »zuviel/zuwenig«. Qualitativ bewegen sich polizeiliche Interaktionen mit Bürgern dabei auf einem Kontinuum zwischen legalistischen bis autonomen Verhalten (Fekjær et al. 2014).[11] Diese Einschätzungen werden gespeist aus vielfältigen Motivationen – Pflichterfüllung, Erfolg, Sinnstiftung, Eigensicherung und Sicherung der Kollegen, um nur wenige zu nennen –, Erfahrungen (Das 2004), lückenhaftem Wissen und unbestimmten Emotionen, die simultan bewusst und unbewusst verhandelt werden und sich auch nicht gegenseitig ausschließen – nicht bei einem Individuum und schon gar nicht innerhalb einer Gruppe.

Als Rahmungen beschreibt Erving Goffman (1974) Interpretationsschemata zur Organisation von Alltagserfahrungen, die es dem Einzelnen ermögli-

---

nie ist, dass von den »Vorteilen«, die herabgesetzte Schwelle für polizeiliche Überprüfungen und Kontrollen ohne konkreten Verdacht, in St. Pauli kaum Gebrauch gemacht wird: Um Racial Profiling Vorwürfe präventiv zu entkräften und um polizeiliches Verhalten gerichtsfest abzusichern, muss ein Verdachtsmoment laut Dienstanweisung dergestalt begründet werden können, dass im Prinzip dem üblichen Gefahrenabwehrrecht Genüge getan wird.

11 Der autonom handelnde Beamte betrachtet demokratische Gesetze als »ermöglichende Regeln«, während dieselben Gesetze – aus einer legalistischen Perspektive – dazu dienen, das Verhalten der Polizei begrenzen (Fekjær, Petersson 2019: 939). Die Frage, ob es an Richtlinien mangelt, durch die ein »policy vacuum« (Goldsmith 2000: 112) kreiert wird, ist nicht leicht beantwortbar. Die Autonomie von Beamten einzuschränken birgt das Risiko eines festgezurrten legalistischen Korsetts mit verfahrensmäßiger Rigidität und dem Ausbleiben jeglicher Kontextsensibilität.

chen, soziale Situationen, Vorkommnisse und Ereignisse zu kategorisieren und zu deuten. Je nach dem Rahmen, in den ein Ereignis eingestellt wird, erhält es eine andere Bedeutung.[12] Polizeiliche Interaktionen mit Bürgern sind (für beide Parteien!) oft hochgradig inkonsistent gerahmt: Ein und dieselbe Handlung kann in einer Situation als legal, notwendig und moralisch geboten angesehen werden und in der nächsten als brutal und exzessiv. Nicht nur Legalität und Legitimität können widersprüchliche normative Muster sein (Luhmann, 2000: 192). Aufgrund der mehrfachen möglichen Lesarten kann eine Handlung gemäß moralischen, populären, organisationalen und rechtlichen Diskursen potenziell Quelle von Legitimität sein, aber ebenso delegitimierende Auswirkungen haben. Was moralisch legitim erscheinen mag, kann rechtlich illegitim oder übertrieben sein. Handlungen werden dann als exzessiv bezeichnet, wenn sie nicht mit diesen Diskursen übereinstimmen. Erst durch Deutungsmuster oder Interpretationsschemata werden ansonsten sinnlose Aspekte einer Szene zu etwas Sinnvollem.

Während der beschriebenen »ausgehakten« Interaktion waren alle Beteiligten mit einer prekären Situation konfrontiert. Goffman beschreibt das Schlingern der Situationsdeutung sehr schön: »Ihm [steht] jetzt kein bestimmter Rahmen unmittelbar zur Verfügung, oder der Rahmen, den er für anwendbar gehalten hatte, scheint es nicht mehr zu sein, oder er kann in dem Rahmen, der zu gelten scheint, selber nicht Fuß fassen. Er kann keine brauchbare Reaktion mehr zustandebringen. Er kommt ins Schwimmen. Die Erfahrung – die Verschmelzung dessen, was die augenblickliche Szene an ihn heranträgt und was er in sie einbringt –, die schon von Anfang an eine bestimmte Form annehmen sollte, findet keine und ist deshalb gar keine Erfahrung. Die Wirklichkeit oszilliert anomisch. Er hat *eine »negative Erfahrung« – negativ in dem Sinne, daß sie sich dadurch bestimmt, was sie nicht ist: eine organisierte und organisatorisch bestätigte Reaktion*« (1974: 409f., Hervorh. NM) Für gelungene Interaktionen bedarf es einer oder mehrerer vereinbarer kohärenter Rahmungen, eines legitimatorischen Kontexts (z.B. Eigensicherung bei Gefahr, Autorität als Ordnungshüter), die es den Polizisten gestattet, ihr Handeln als angemessen und richtig zu definieren. Es bedarf weiterhin der Neutralisierung und Annullierung moralischer Abwertungen (Vorwürfe des

12 »[E]ine bestimmte Erscheinung [kann] bei verschiedenen Gelegenheiten verschiedene Bedeutungen haben […]. Wer seinen Teller leer ißt, kann als ausgehungert, höflich, gefräßig oder sparsam erscheinen. Doch gewöhnlich schließt der Kontext, wie man sagt, falsche Deutungen aus und bringt die richtige zur Geltung« (Goffman 1974: 472).

»Racial Profiling«) seitens der kritischen Anwohnerschaft. Als Stützpfeiler und Verstärker der eigenen Moral dient hier das Legalitätsprinzip. Und nicht zuletzt müssen die möglichen Konsequenzen »ausgehakter« Interaktionen ausgeblendet werden.

> »Bei Rahmenbrüchen hat man also typischerweise ein unmittelbares Gegenüber von Menschen vor sich – die Bedingung für negative Erfahrung. […] Wenn jemand aushakt, […] schützt [er] sich davor, klären und anerkennen zu müssen, was eigentlich geschehen ist« (Goffman 1974: 410f.).

Fehlverhalten ist also nicht (nur) auf die oft beklagte Unerfahrenheit junger Beamter zurückzuführen, sondern auf *Nicht*-Erfahrungen.

3 Dirty Harry: Rahmenbrüche und Wissenslücken?!

Eine vielleicht hilfreiche Heuristik ist das in der Kriminologie bekannte »Dirty-Harry-Problem«, das immerhin zwei konfligierende Interpretationsschemata, namentlich Moral und Recht, illustriert. Carl Klockars (1980) beschreibt ein zwangsläufiges und unlösbares moralisches Dilemma, dass nämlich Polizisten ständig ›schlechte Mittel‹ für ›gute Zwecke‹ einsetzen müssen, und dadurch zu Subjekten werden, die immer »befleckt« sind (ebda: 33).[13]

In der Schlüsselszene im Film Dirty Harry (1971) quält der Antiheld Polizist Harry Callahan, gespielt von Clint Eastwood, den Serienmörder Scorpio, um ein Geständnis von ihm zu erpressen. Harry steht unter Zeitdruck: Er muss den Verbleib eines vom Erzschurken entführten Mädchens erfahren, von dem er nicht weiß, ob es noch lebt. Der psychopathische Killer beruft sich auf seine Rechte. Die Szene suggeriert, dass die Gewalt des Polizisten zwar ein schmutziges, aber auch das einzige Mittel zu einem gerechten Zweck verkörpert. Die naheliegende Schlussfolgerung, dass Gewalt immer moralisch falsch ist, steht jedoch im Widerspruch zu der Tatsache, dass Gewalt gesellschaftlich häufig sowohl moralisch wie auch rechtlich legitimiert ist und zuweilen sogar gefordert wird. Offenbart wird das ethisch bedenkliche Verhältnis von Mittel und

13 Das »Dirty Harry Dilemma« ist in der politischen Philosophie als »Dirty Hands Problem« altbekannt (Blattberg 2015); dieselbe ethische Figur wie im Film »Dirty Harry« findet sich auch im »Ticking Time Bomb«-Szenario (Holmes 2007).

Zweck, indem Harry illegal Gewalt gegen einen zweifellos schuldigen Täter anwendet, um ein zweifellos unschuldiges Opfer zu retten.

In Klockars idealtypischer Analyse geht es nicht um *a priori* Einstellungen, (Vor-)Urteile und Stereotype. Es geht vielmehr um das unvollständige verfügbare Wissen, das dem Handeln des Polizisten zugrunde liegt (Callahan weiß nicht, ob er das Mädchen noch retten kann), die Wahrscheinlichkeit bestimmter Annahmen (dass das Mädchen noch lebt) und der Leidenschaft des Polizisten für Gerechtigkeit, die durch das Recht konterkariert wird.

Von Interesse an der Figur Dirty Harry ist die »Schmutzigkeit«, die sie verkörpert – denn was nach Exzess aussieht, markiert tatsächlich eine Grenze dessen, was »gerechtfertigt« oder »legitimierbar« ist. Die Trennlinien zwischen illegal und legal, und zu ächtender und legitimer Gewalt sind nicht nur sozial und kulturell konstruiert und bedingt,[14] sondern auch situationsabhängig und beeinflussbar. Es gibt mithin keinen vollständig konsensfähigen normativen Rahmen für die Anwendung von Gewalt durch die Polizei – die Rechtmäßigkeit und Legitimität von Gewalt kann immer angefochten werden. Dieser Punkt, die Unbestimmtheit und Unbestimmbarkeit der Legitimation und gleichzeitigen Delegitimation von Gewalthandeln, ist von entscheidender Bedeutung, um Interaktionen in der polizeilichen Praxis zu theoretisieren. Die Frage, wann, wie und für wen Verhalten unverhältnismäßig bzw. Gewalthandeln »legitim« oder gar »notwendig« ist, ist untrennbar mit der Frage verknüpft, ab wann und für wen polizeiliches Verhalten missbräuchlich, exzessiv oder unzulässig wird.

4 Emische Sicht: Ordner und Opfer

Polizisten selbst schätzen vielfach die zentrale Bedeutung von Gewalt für ihre berufliche Praxis und für ihr Selbstverständnis im Kontakt mit Bürgern als

14 Aufgrund unterschiedlicher politischer Gepflogenheiten, historischer Verläufe, spezifischer Organisationsformen sowie zeitgenössischer ökonomischer und politischer Strukturen ziehen unterschiedliche Gesellschaften und Polizeien die Linie zwischen legitimer und illegitimer Gewalt sehr unterschiedlich: Während die irische Garda Síochána eine unbewaffnete Kraft ist (Maurer 2016), macht die Polizei im indischen Uttar Pradesh großzügig Gebrauch von baseballähnlichen Schlagknüppeln (Jauregui 2013). In Westafrika schlagen Polizisten gelegentlich Zivilisten, um ihre Autorität zu behaupten und stellen gefangene »Gangster« mitsamt Blessuren und Namen öffentlich zur Schau (Beek, Göpfert 2013).

gering ein. Zwang sei entweder ein letztes Mittel, das gelegentlich eingesetzt werden müsse oder aber eine mögliche Handlungsoption, die instrumentelle Vorteile bietet. Die weitaus meisten Polizeibeamten sind in der Lage und bemüht, Gewalt zu vermeiden und auf andere Mittel zurückzugreifen, wie etwa das (öfter als vorgesehene) wiederholte Erklären der Maßnahme und die Aufforderung des Gegenübers zur Kooperation. Polizeigewalt stellt eine Ausnahme bei polizeilichen Interaktionen dar, auch weil sie Schutzpolizisten in grundlegende Unsicherheit stürzt (Bittner 1978: 36; Alpert, Dunham 2004: 2; Beek, Göpfert 2013: 478). Während die effiziente Anwendung von Gewalt respektiert wird (s.a. Collins, 2008: 376), wird die Fähigkeit, sie zu vermeiden und zu umgehen, höher geschätzt.[15] Polizisten sprechen offen und unemotional über rechtmäßige und notwendige Gewalt, während ein ›strukturelles‹ Problem mit exzessivem Verhalten abgestritten wird. Dagegen ist Fehlverhalten deshalb so schwierig zu benennen, abzugrenzen und zu analysieren, weil es sich, wie oben ausgeführt, um Nicht-Erfahrungen handelt.

In Gesprächen mit den Polizisten, die über spezifisches Wissen über die lokalen Szenen in ihrem Zuständigkeitsbereich verfügen, äußerten sie vielfältige Beweggründe für ihre Handlungen. Besonders auffällig waren zwei Topoi: Zunächst die Überzeugung, als Ordnungsstifter zu fungieren und eine Verschlimmerung der Zustände zu verhindern. Auf der Straße sahen sie sich in den Rollen Sozialarbeiter, Seelsorger, Fußabtreter und Helfer. Ob als Zivilfahnder, Verkehrsdirigenten, Kontrolleure von Menschenmengen, Vernehmer, Ersthelfer – in all diesen Rollen schwingt für die Polizisten generell ein »ordnendes« Element mit. Ihrem Selbstverständnis nach sind sie diejenigen, die Chaos beseitigen und aufräumen, und damit das Leben für alle sicherer, das heißt verlässlicher und vorhersehbarer machen.

Der zweite wiederkehrende Topos ist Eigensicherung. Polizisten nehmen die Welt außerhalb der Wache als gefährlich wahr – und zwar signifikant mehr als man als Zivilist vermutet (vgl. Staller, Koerner 2022). Insbesondere Situationen, in die mehrere Menschen involviert sind, und unvorhergesehene Ereignisse sind stark mit Unsicherheitsgefühlen besetzt. Am Hafenrand ist die Möglichkeit einer Eskalation durch Bystander stets im Bewusstsein. Die gefürchtete Gefahr durch die ›Welt da draußen‹ stärkt die Solidarität und Einheit untereinander. Neben Eigensicherung und Sicherung der Kollegen, die das

15 Collins (2009: 63ff.) zeigt auf, die schwer es ist, gewalttätiges Handeln tatsächlich zu vollziehen. Den Grund dafür sieht er in der mit Angst behafteten »Konfrontationsanspannung«, der Menschen in aller Regel aus dem Weg gehen wollen.

kleine Einmaleins der Einsatzlehre sind, wird an das Erfordernis permanenter Wachsamkeit auch seitens Vorgesetzter immer wieder erinnert, weil Unaufmerksamkeit »richtig gefährlich werden kann«. Gefahrenwahrnehmung ist omnipräsent bei Polizisten; insbesondere im Hinblick auf Situationen, in denen sie zahlenmäßig unterliegen und – bewaffnet oder nicht – vulnerabel gegenüber Verletzungen und Schlimmerem sind. Angst ist ein integraler Bestandteil dessen, was Klockars als »Ökologie der Schuld« (1980: 39) bezeichnet – Polizisten arbeiten auf der Basis der operativen Annahme, dass die meisten Menschen, die sie zu Adressaten ihrer Maßnahmen machen, nicht nur schuldig bis zum Beweis des Gegenteils sind, sondern auch als potenziell gefährlich einzustufen sind. Im Einsatz changieren sie folglich stets zwischen der Möglichkeit, Opfer oder Täter zu werden. Dominanz und Unterlegenheit werden in jeder Interaktion ständig verhandelt.

Ein weiterer Aspekt, der konträr zu Einschätzungen von »Verselbstständigung« und ungebändigter polizeilicher Autorität steht, ist die emische Wahrnehmung von Ent-Mächtigung. Auch hierfür steht, wieder stark überzeichnet, die Figur des Dirty Harry Pate: Im Kontrast zu seiner (aus Harrys Sicht moralisch notwendigen) Regelübertretung, die zweifellos eine Selbst-Ermächtigung ist, steht die Ohnmacht vor dem Staatsanwalt, der nicht kooperiert und ihn – anstatt sich beeindruckt zu zeigen ob Harrys Erfolg, den Täter zu stellen – herunterputzt und anschnauzt, sich nicht an das Recht gehalten zu haben. Ergo: der Killer kommt frei, das Recht behindert Gerechtigkeit. Auch im richtigen Leben äußern Polizisten oft Frustration über Gerichte, die Strafprozesse häufig einstellen. Die empfundene fehlende Wertschätzung und Degradierung ihrer Arbeit nimmt viele Formen an, seien es Beleidigungen, Respektlosigkeiten, »Widerstandshandlungen«, aber auch Instrumentalisierung durch lokale Eliten (und deren Nähe zur Politik). Ein basales Gefühl von Ohnmacht rührt von dem Unvermögen, eine perfekte soziale Ordnung zu realisieren, her. Die eingangs eingeführten theoretischen Ideen Benjamins, die Polizei sei stets hyper-ermächtigt durch eine statische Machtposition, die es ihr ermögliche »Recht zu setzen«, könnte vom Alltagserleben der Beamten kaum weiter entfernt sein. Die verbreitete Annahme, dass nämlich polizeiliche Gewalt eine negative Progression sei, und es einen jederzeit konsensfähigen Punkt der Übertretung zwischen vertretbarer »maßvoller Autorität« zu unverhältnismäßigem Exzess gebe, ist aus emischer Perspektive ein abstrakter Nebenschauplatz (Bayley 1996: 277). In der Praxis gibt es keine vertikale Leiter, auf der Polizisten gelegentlich zu tief hinabsteigen. Vielmehr kann man von

einem Kontinuum sprechen und dem ständigen Überschreiten einer Vielzahl (kulturell konstruierter als auch normativ gesetzter) Grenzen.

5 Forschungsethische Probleme in der Polizeiethnografie – und Vorschläge

Seit den 2000er Jahren hat sich anthropologische Forschung verstärkt kollaborativen Ansätzen zugewandt. Sozialanthropologen

> »assisted victims of Argentina's dirty war in identifying the remains of loved ones [or] became resources for tribal elders, woman's groups, and Aboriginal communities […] worked as political allies with activist groups, […] had assimilated into the culture of occupational therapy […] They had dropped the positivist pretense that an ethnographer can be a neutral, detached, objective observer […] Their motives were many, but most were doing so *for ethical and political reasons*« (Foley 2007: 217–18, Hervorh. NM).

Obgleich epistemologisch folgenreich, gilt es seit wenigen Jahren als relativ unbedenklich, Forschungsinteressen und politische Bestrebungen zu kombinieren – jedenfalls solange »engagierte« Forschung »auf der richtigen Seite« steht (vgl. auch Pauschinger zu dieser Problematik in diesem Band). *Advocacy* für eine indigene Gruppe, die sich gegen einen Ölkonzern zur Wehr setzt, ist per se »wertvoll« (Schaumberg 2010) – wohingegen die Nähe zu Akteuren, die die Autorität und/oder Handlungsmacht für Gewalt haben, ethisch problematisiert wird (Bourgois 2001: 29). Anthropologische Forschung im Sicherheitssektor wird – oft zu Recht (González 2012; Hagberg, Ouattara 2012) – mit Skepsis betrachtet hinsichtlich ihrer Unabhängigkeit, der Finanzierung, der Methodik, und ihrer ethischen Integrität und die Darlegung der Bewerkstelligung einer aktiven kritischen Distanzierung gefordert. In Extremfällen (das jedoch nur außerhalb akademischer Diskurse) wird Gefühllosigkeit gegenüber von Polizeigewalt Betroffenen oder das Kompromittieren der eigenen Moral gegenüber einer angenommenen machtvollen Position der Beforschten unterstellt.[16]

---

16 In der Geschichtswissenschaft war die NS-Täterforschung anfangs mit denselben Vorbehalten konfrontiert. Auch Journalisten in Kriegsregionen, »embedded journalists«, stehen vor ähnlich gelagerten Schwierigkeiten.

Der Argwohn einiger Kollegen ist ebenso nachvollziehbar wie simpel erklärt: Erstens entsteht durch die Methoden der Ethnografie – im Prozess der stationären Feldforschung, Teilnahme und Beobachtung – soziale Nähe. Zweitens ist das Erkenntnisinteresse das Verstehen der Handlungen und Sinngebungen der beforschten Gruppe »von innen heraus.« – Ein oft eintretender (und gewünschter!) Effekt bei Forschenden ist, dass sie Empathie mit ihren Gesprächspartnern im Feld entwickeln: *»Good ethnography requires almost total immersion […] to try and see the culture in the same frame of reference as those living it – the emic view, the humanistic tradition«* (Kania 1983: 501). Eine distanzierte Ethnografie wäre mithin ein epistemisches Paradox. Der Begriff der »kritischen Distanz« gründet auf der Annahme, dass eine selbige wissenschaftlichen Aussagen automatisch Objektivität verleihe. Implizit wird mit der Forderung nach »kritischer Distanz« eine Opposition zwischen Empathie, offenem Austausch, emischer Sichtweise, und Verstehen einerseits und andererseits kritischen Fragen und Objektivität aufgemacht – als ob beides nur exklusiv möglich sei. Und als ob eine produktive Arbeitsbeziehung etwas sei, das frei von Spannungen, und (gegenseitigem) kritischem Hinterfragen wäre. Nicht zuletzt stellt sich eine Distanz zu situativen Kontexten beim Schreiben ein. Wenn, wie hier, Rahmenbrüche und nicht-gelungene Interaktionen ablaufen, haben Beschreibungsversuche, die auf Rahmen abheben, immer etwas von Verfremdung, Distanz und manchmal Ironie an sich. Nach meiner Erfahrung ist etwas sehr viel Verwickelteres und ethisch Motivierteres auf beiden Seiten – meiner und auch der meiner Gesprächspartner – im Gange als moralische Rückgratlosigkeit oder Apathie, wenn Moralität, Bedeutung, Sinnstiftung und Motivation (auch und gerade beim Thema Gewalt!) zur Sprache kommen.[17]

Wie nun mit dem ethischen Dilemma umgehen? Polizeiliche Interaktionen mit Bürgern, das wurde bisher erläutert, sind für Polizisten epistemisch

17 In früheren Feldforschungen (mit militanten Opponenten des nordirischen Friedensprozesses, Anhängern der Liberation Tigers of Tamil Eelam, oder Veteranen in Bosnien-Herzegowina) beobachtete ich mit Sorge meine sich mit der Zeit verändernde Reaktion auf deren Gewalt. Es dauerte, bis ich realisierte, dass die Idee, ich sei korrumpiert oder gar verroht und unempfindsam geworden, und damit auch forschungsethisch auf schwankendem Grund, an Konzepte wie »acceptable level of violence« (Feldman 1991) oder die (widerlegte) Mosse'sche Brutalisierungsthese (Mosse 1990) anknüpfte und genauso konstruiert und unhaltbar war wie die statische (normative) Dichotomie legitime versus rechtswidrige Gewalt. Für einen ersten Überblick, wie Anthropologen als Zeugen von Gewalt mit dem Erlebten umgehen, siehe Nordstrom und Robben, 1995.

und moralisch stark verflochtene Handlungen. Fest steht auch: Um (Gewalt-)Phänomene sinnvoll zu erforschen, muss man die Perspektive der handelnden Akteure verstehen (Krohn-Hansen 1994: 367). Dies wiederum kann nur durch die Erforschung von Praktiken in Situationskontext gelingen. Forschungsethische Leitlinien anthropologischer Verbände erweisen sich leider als überhaupt nicht hilfreich.[18] Ein fruchtbarerer Ansatz bzw. bislang nur gedanklicher Startpunkt für eine ethisch engagierte Forschung in Gruppen, die anderen Schaden zufügen können, könnte George Marcus' (1997) Konzept der Komplizenschaft sein. Marcus beschreibt die kognitive Affinität zwischen Ethnografen und Gesprächspartnern als gegenseitige Aufmerksamkeit und Neugier *»in a pursuit of knowledge with resemblances in form and context that they can [both] recognize«* (1997: 97). Gemeint ist der gemeinsame Prozess des Erkennens, Benennens, Aushandelns und Verortens gemeinsamer und gegensätzlicher Diskurse und Positionen. Mit Blick auf die Verschränkung zwischen Wissensproduktion und Forschungsethik/Moral weisen polizeiliches und ethnografisches Arbeiten einige Parallelen und Gemeinsamkeiten auf. Zum einen müssen ständig neue Situationen gemanagt und verschiedene moralische sowie (sub-)kulturelle Codes, die in Situationen aufeinandertreffen, navigiert und miteinander in Einklang gebracht werden. Zum anderen konstruieren beide Realität auf der Basis lückenhaften, situativen und oft ungesicherten Wissens und repräsentieren diese in Berichten bzw. Texten. Für die Polizei findet sich diese Feststellung in der Popkultur: *»The temptation to form premature theories upon insufficient data is the bane of our profession«* (Sherlock Holmes zu Inspector MacDonald in *The Valley of Fear*, Baring-Gould 1967).

18 Zwar wurden diese parallel zur geschilderten Entwicklung von Applied, Engaged, Advocacy-orientierten Forschungen angepasst, kommen aber aus einer ausschließlich deontologischen Tradition: »Do no Harm« war jahrelang der ethische Königsweg, es sollte lediglich möglichst kein Schaden angerichtet werden: »Avoid causing direct and immediate harm« (American Anthropological Association), »Endeavour to ensure the physical, social and psychological well-being of those with whom they conduct their study« (Association of Social Anthropologists), »owe respect for their dignity, integrity, and worth« (Society for Applied Anthropology). »Respekt zeigen […] Schutzbedürfnis wahren« (Frankfurter Erklärung zur Ethik in der Ethnologie). Deontologie bezeichnet ethische Theorien, die den moralischen Status einer Handlung nicht anhand ihrer Konsequenzen bestimmen. Bestimmte Handlungen an sich (oder deren Unterlassen) können danach als intrinsisch »gut oder schlecht« bezeichnet werden. Entscheidend ist nur, ob die Handlung einer verpflichtenden Regel gemäß ist. Konsequentialistische Theorien hingegen sehen ausschließlich die Konsequenzen einer Handlung für moralisch relevant an (Castañeda 2006: 126; Hodge 2013: 292).

Für die Anthropologie kann ergänzt werden: »*Even the best ethnographic texts – serious, true fictions – are systems, or economies, of truth*« (Clifford 1986: 7). Erwähnenswert ist vielleicht noch eine dritte Gemeinsamkeit: Die Wahrnehmung von »Differenz« – nicht nur die Differenz zwischen ihnen beiden, sondern die Differenz in Relation zu einem außenstehenden »Dritten« (s.a. Koschorke 2010). Anthropologen im Feld sind als Beobachter immer »*marginal figures [...] everpresent markers of ›outsideness‹*« (Marcus 1997: 97). Dasselbe trifft in gewisser Weise auch auf die Polizei zu, deren Eintreffen nicht nur die Präsenz des »Rechtsstaats« markiert, sondern dort, wo sie eintreffen, immer auch die Anwesenheit eines »Anderen«.

Wenn Forschungspartner aufgrund ihrer sozialen Rolle die Grenzen Anderer überschreiten (nichts anderes sind Aufenthaltsverweise oder gar freiheitsentziehende Maßnahmen); Situationsdeutungen vornehmen der Art, wer Täter und wer Opfer ist; was legitim und was illegitim ist; wer »randständig« und wer »normal« ist – zumeist werden hier eigene Normvorstellungen auf die Mehrheitsbevölkerung projiziert –. Wenn diese Forschungspartner überdies selbst in ständigen Aushandlungsprozessen zwischen Ermächtigung und Entmächtigung befindlich sind und deren Handeln Recht, aber nicht Gerechtigkeit durchsetzen soll – dann muss man als Ethnologin *mit ihnen* diese Grenzen überschreiten und sich in einem beträchtlichen Ausmaß auf Interpretationsschemata einlassen. Ebenso wie in der Polizeiarbeit gibt es kein »reines« Handeln – nicht im Beobachten, Fragen und Schreiben – auch nicht mit den besten Absichten. Ein weiteres gewichtiges, aber oft unterschlagenes forschungsethisches Problem der Polizeiethnografie ist die Gewährleistung von Vertraulichkeit und Anonymität. Ethnografen sind ungewöhnlich exponiert hinsichtlich der Nähe zu ihren Forschungspartnern, auch was ihre Versprechen (und deren Nichteinhaltbarkeit) von Vertraulichkeit und Anonymität anbetrifft. Erhebungsmethoden anderer Disziplinen, so wie sozialpsychologische (Labor-)Experimente, kriminologische Surveys, historische komparative Studien, oder die Auswertung andernorts erhobener Daten (Zensus, Statistiken oder andere Datensätze) setzen vielfältige Puffer zwischen Forscher und Forschungssubjekt. Ethnografien beschreiben entweder das Beziehungsgeflecht zwischen einer kleinen Anzahl von Akteuren; Zeit und Ort sind oft transparent und Forschungspartner mühelos zu identifizieren (Katz 2018). Beiden Problemen, den gemeinsamen ›Grenzgängen‹ wie dem Schutz der Vertraulichkeit für Forscherin und Forschungspartner, kann Rechnung getragen werden, wenn in jeder Phase der Forschung nach Wegen gesucht wird, ethische und persönliche Risiken für alle an der Forschung Beteiligten

zu minimieren. Für die Phase der Feldforschung hat ein situationistischer Ansatz überdies noch den Vorteil, dass die Beschreibung von Personen minimiert wird. Mit der phänomenologischen Erforschung von Interaktionen werden »Situationen und ihre Menschen, nicht Menschen und ihre Situationen«, frei nach Erving Goffman, in den Fokus genommen; die handelnden Personen sind austauschbarer (Katz 2018). Weil Daten, Ethik und Methode nie getrennt voneinander existieren (Pettigrew, Shneiderman, Harper 2004: 25; Brun-Cottan 2009; Hodge 2013: 289f.), sollten ethnografische Forschungen in der Polizei darlegen, wie ethische und methodologische Probleme die Daten und die Forschungsergebnisse konditioniert haben. In institutionellen Kontexten sind beispielsweise Zugangsbeschränkungen eine häufige Hürde. Anstelle einer »Ich-weiß-es-besser-als-ihr-Haltung« sollten Forschende ihre Forschungspartner in der Polizei (unabhängig von Hierarchie-und Funktionsebene) in die Entscheidungsfindung und Risikobewertung einbeziehen, d.h. eine »entkolonialisierte« Ethik formuliert werden, die das Wissen der Forschungspartner wertschätzt und aus der eine kollektive Verantwortung erwächst (s.a. Field und Fox 2007). Dazu gehört seitens der Polizei die Bereitschaft, sich gesellschaftspolitischen und unbequemen Themen zu stellen und seitens der Forschenden verstärkte Bemühungen, transdisziplinär Debatten zu öffnen und dabei noch mehr die Sichtweise von Polizisten zu integrieren.

6 Schluss

Ethnografieren in der Polizei bedeutet die Komplizenschaft mit Menschen, die dazu autorisiert sind und für die es Teil ihrer beruflichen Aufgabe ist, routinemäßig Gewalt in Form unmittelbaren Zwangs anzuwenden. Wie geht man damit um, wenn Handlungen der beforschten Gruppe zuweilen Betroffenheit und Verlegenheit auslösen, wenn professionelle ethische Standards ins Schlingern geraten, wenn man sich auf Forschungspartner einlässt und diese repräsentiert, die Gewalt verkörpern und ausüben?

Müsste ein konsensfähiges Ziel formuliert werden, dem sich die Polizei, ihre Kritiker und die Polizeiforschung verschreiben können, könnte es etwa so lauten: Jeder Mensch darf eine professionelle, neutrale Polizei beanspruchen. Dieser Aufsatz behandelte »ausgehakte Interaktionen«, ein im Vergleich zu Polizeigewalt und eindeutig rechtswidrigem Verhalten häufiges, vielleicht sogar alltägliches Phänomen. Wenn Situationen entgleisen, und Fehlverhalten und Unverhältnismäßigkeit vorgehalten werden können, dann, so meine ich,

liegt das nicht an Strukturen und nicht nur an Einstellungen, Intentionen und Motiven, sondern an Nicht-Erfahrungen (im Unterschied zu Unerfahrenheit!) – wenn Situationsdeutungen fehlschlagen, werden sie ausgeblendet, um das Deutungs- und Interpretationsarrangement, das ja im Großen und Ganzen brauchbar ist – nicht zu gefährden. (Fehl-)Verhalten entsteht in der Intersektion von unbestimmten Emotionen, fragmentarischem Wissen über die vorliegende Situation (und deren Entwicklungs- bzw. Eskalationspotenzial) und hinzukommenden »ausgehakten« Situationsdeutungen, weil Rahmungen von Recht, Moral, Ordnung mit Affekten konfligieren. Die gute Nachricht: Ereignisse in sozialen Bezugssystemen sind modulationsfähig.

Im zweiten Teil habe ich forschungsethische Problematiken der Polizeiethnografie aufgezeigt. Diese sind auch auf disziplininterne Entwicklungen zurückzuführen, die (konsequentialistische) ethische Positionierungen erforderlich machen. Die Richtlinien anthropologischer Verbände thematisieren konkrete ethische Dilemmata wie die hier beschriebenen nicht. Ausgehend von dem Konzept der Komplizenschaft habe ich deshalb einige der Gemeinsamkeiten und Hürden der Zusammenarbeit skizziert, die Forschung in der Polizei konditionieren.

Literatur

Abu-Lughod, Laila (1991): Writing against culture. In: Moore, Henrietta; Sanders, Todd (2006): Anthropology in Theory. Issues in Epistemology. Oxford, Blackwell Publishing.

Alpert, Geoffrey; Dunham, Roger (2004): Understanding Police Use of Force: Officers, Suspects, and Reciprocity. Cambridge: Cambridge University Press.

Bayley, David (1996): Police brutality abroad. In: Geller, William; Toch, Hans (Eds): Police Violence: Understanding and Controlling Police Abuse of Force. New Haven: Yale University Press, pp. 273–291.

Beek, Jan; Göpfert, Mirco (2013): Police violence in West Africa: Perpetrators' and ethnographers' dilemmas. In: Ethnography 14 (4), 477–500.

Behr, Rafael (2019): Gewalt und Polizei. Ambivalenzen des innerstaatlichen Gewaltmonopols. In: APuZ (Aus Politik und Zeitgeschichte), Bundeszentrale für politische Bildung.

Behr, Rafael (2018): Polizei. Kultur. Gewalt. Polizeiarbeit in der »offenen Gesellschaft«. Studienbrief, Akademie der Polizei Hamburg. S. 63f.

Behr, Rafael (2000): Cop Culture – der Alltag des Gewaltmonopols: Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei. Opladen: Leske und Budrich.

Belur, Jyoti (2010): Why do the police use deadly force? Explaining police encounters in Mumbai. In: The British Journal of Criminology 50(2): 320–341.

Benjamin, Walter (2019 [1965]): Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Frankfurt a.M., Suhrkamp.

Bittner, Egon (1978): The functions of the police in modern society. In: Manning, Peter; Van Maanen, John (Eds) Policing: A View from the Street. Santa Monica: Goodyear Publishing, pp. 32–50.

Blattberg, Charles (2015): Dirty Hands. In: LaFollette, Hugh (Ed.): International Encyclopedia of Ethics. Oxford, Wiley-Blackwell.

Bourgois, Philippe (2001): The power of violence in war and peace: Post-cold war lessons from El Salvador. Ethnography 2(1): 5–34.

Brun-Cottan, Francoise (2009): The Anthropologist as Ontological Choreographer. In: Cefkin, Melissa (Ed.) Ethnography and the corporate encounter: reflections on research in and of corporations. Berghahn, New York.

Castañeda, Quetzil E. (2006): Ethnography in the Forest: An Analysis of Ethics in the Morals of Anthropology. In: *Cultural Anthropology* 21: 121–145.

Chan, Janet (1997): Changing Police Culture: Policing in a Multicultural Society. Cambridge, Cambridge University Press.

Clifford, James (1986): Writing Culture: The Poetics and Politics of Ethnography. Berkeley, CA, University of California Press.

Cockcroft, Tom (2013): Police culture: Themes and concepts. London, Routledge.

Collins, Randall (2008): Violence: A Micro-Sociological Theory. Princeton: Princeton University Press.

Collins, Randall (2009): Micro and Macro Causes of Violence. In: International Journal of Conflict and Violence. H. 1, S. 9–22.

Das, Veena; Poole, Deborah (2004): The State and its Margins: Comparative Ethnographies. In: Dies. (Eds.): Anthropology in the Margins of the State. Santa Fe, School of American Research Press.

Das, Veena (2004): The Signature of the State: The Paradox of Illegibility. In: Das, Veena; Poole, Deborah (Eds.): Anthropology in the Margins of the State. Santa Fe, School of American Research Press.

Derin, Benjamin; Singelnstein, Tobias (2022): Die Polizei. Helfer, Gegner, Staatsgewalt. Inspektion einer mächtigen Organisation. Ullstein, Berlin.

Derrida, Jacques (1991): Gesetzeskraft. Der mystische Grund der Autorität. Frankfurt a.M., Suhrkamp.

Elwert, Georg (1997): Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt. In: Von Trotha, Trutz (Ed.): Soziologie der Gewalt. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 37, (86–101), Opladen, Westdeutscher Verlag.

Elwert, Georg; Feuchtwang, Stephan; Neubert, Dieter (Eds) (1999): Dynamics of Violence: Processes of Escalation and De-Escalation in Violent Group Conflicts. Sociologus (Supplement 1).

Feest, Johannes; Blankenburg, Erhard (1972): Die Definitionsmacht der Polizei: Strategien der Strafverfolgung und soziale Selektion. Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag.

Fekjær, Silje Bringsrud; Petersson, Otto (2019): Producing legalists or dirty Harrys? Police education and field training. In: Policing and Society 29 (8), 936–950.

Fekjær, Silje Bringsrud; Petersson, Otto; Thomassen, Gunnar (2014): From legalist to Dirty Harry: Police recruits attitudes towards non-legalistic practice. In: European Journal of Criminology 11 (6), 745–759.

Feldman, Allen (1991): Formations of Violence: The Narrative of the Body and Political Terror in Northern Ireland. Chicago, University of Chicago Press.

Field, Les W.; Fox, Richard G. (Eds.) (2007): Anthropology put to Work. Oxford, Berg.

Foley, Douglas E. (2007): Reflections on the Symposium. In: Field, Les W.; Fox, Richard G. (Eds.): Anthropology put to Work. Oxford, Berg.

Goffman, Erving (2021 [1974]): Rahmen-Analyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen. Frankfurt a.M., Suhrkamp.

Goldsmith, Andrew (2000): An impotent conceit: Law, culture and the regulation of police violence. In: Coady, Tony; James, Steven; Miller, Seumas; O'Keefe, Michael (Eds): Violence and Police Culture. Melbourne: Melbourne University Press, pp. 109–139.

González, Roberto J. (2012): »Human Terrain«: Past, Present and Future Applications. In: Robben, Antonius C.G.M.; Sluka, Jeffrey A. (Eds.): Ethnographic Fieldwork. An Anthropological Reader. 2nd Ed. Wiley Blackwell, Chichester.

Hagberg, Sten; Ouattara, Fatoumata (Eds.) (2012): Engaging anthropology for development and social change. Euro-African Association for the Anthropology of Social Change and Development. Lit Verlag, Wien.

Hodge, G. Derrick (2013): The Problem with Ethics. In: PoLAR: Political and Legal Anthropology Review 36, 2, pp. 286–297.
Hoebel, Thomas; Knöbl, Wolfgang (2019): Gewalt erklären! Plädoyer für eine entdeckende Prozesssoziologie. Hamburg, Hamburger Edition.
Holmes, Stephen (2007): The Matador's Cape: America's Reckless Response to Terror. Cambridge, Cambridge University Press.
Holzinger, Markus (2015): Nicht normale Organisationen. Kritische Anmerkungen zu Stefan Kühls »Soziologie des Holocaust«. In: Soziopolis: https://www.soziopolis.de/nicht-normale-organisationen.html#footnote_88
Jauregui, Beatrice (2013): Dirty Anthropology: Epistemologies of Violence and Ethical Entanglements in Police Ethnography. In: Garriott, William (Ed.) (2013): Policing and Contemporary Governance. The Anthropology of Police in Practice. Basingstoke, Palgrave Macmillan.
Kalyvas, Stathis (2006): The logic of violence in civil war. Cambridge, Cambridge University Press.
Kania, Richard (1983): Joining Anthropology and Law Enforcement. In: Journal of Criminal Justice 11 (6), 495–504.
Katz, Jack (2018): Armor for Ethnographers. In: Sociological Forum 34 (1), 264–275.
Katz, Jack (1988): Seductions of Crime. New York, Basic Books.
Keil, Geert (2000): Handeln und Verursachen. Frankfurt a.M., Klostermann.
Klockars, Carl B. (1980): The Dirty Harry Problem. In: Annals of the American Academy of Political and Social Science 452, pp. 33–47.
Koschorke, Albrecht (2010): Ein neues Paradigma der Kulturwissenschaften. In: Eßlinger, Eva; Schlechtriemen, Tobias; Schweitzer, Doris; Zons, Alexander: Die Figur des Dritten. Frankfurt a.M., Suhrkamp.
Krohn-Hansen, Christian (1994): The anthropology of violent interaction. In: Journal of Anthropological Research 50(4): 367–381.
Kühl, Stefan (2021): Mal wieder ein neuer »Turn« in der Gewaltforschung. Zu den Möglichkeiten und Grenzen eines prozesssoziologischen Zugangs zur Gewalt. In: Berliner Journal für Soziologie 31, 505–530.
Lentz, Carola (2009): Der Kampf um die Kultur. Zur Ent- und Re-Soziologisierung eines ethnologischen Konzepts. In: Soziale Welt 60: 305–324.
Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
Marcus, George E. (1997): The Uses of Complicity in the Changing Mise-en-Scène of Anthropological Fieldwork. In: Representations. Special Issue: The Fate of »Culture«: Geertz and Beyond 59: 85–108.

Maurer, Nadja (2016): Sicherheitsgemeinschaften. Die Formation des Sozialen im nordirischen Friedensprozess. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.

Maurer, Nadja (2019): Enigmas attract me. Interview with Jack Katz (Part 1/3). https://criminologia.de/2019/08/interview-with-jack-katz-part-1-3-enigmas-attract-me/

Maurer, Nadja (2021): *Sozialraumbezogene Multi-Stakeholder-Konfliktanalyse »Balduintreppe«.* FOSPOL-Forschungsbericht Nr.1, Hamburg. (https://criminologia.de/blog/wp-content/uploads/2021/12/Report_Balduintreppe_FosPol_Maurer.pdf)

Monjardet, Dominique (1994): La culture professionnelle des policiers. In: Revue Française de Sociologie 35(3): 393–411.

Mosse, George (1990): Fallen Soldiers. Reshaping the Memory of the World Wars. New York, Oxford University Press.

Muir, William K. (1977): Police: Streetcorner Politicians. Chicago, University of Chicago Press.

Nedelmann, Birgitta (1995): Schwierigkeiten soziologischer Gewaltanalyse. Mittelweg 36, 4 (3), 8–17.

Nordstrom, Carolyn; Robben, Antonius (Eds) (1995): Fieldwork under Fire. Contemporary Studies of Violence and Survival. Berkeley, University of California Press.

Pettigrew, J; Shneiderman, S.; Harper, I. (2004): Ethics of Research in Conflict Zones. In: Anthropology Today 20 (1), 20–25.

Popitz, Heinrich (1992): Phänomene der Macht. Tübingen, J.C.B. Mohr.

Reemtsma, Jan Philipp (2013): Vertrauen und Gewalt. Versuch über eine besondere Konstellation der Moderne. Hamburger Edition, Hamburg.

Reemtsma, Jan Philipp (2003): Organisationen mit Gewaltlizenz – ein zivilisatorisches Grundproblem. In: Herrnkind, Martin; Scheerer, Sebastian (Eds): Die Polizei als Organisation mit Gewaltlizenz. Möglichkeiten und Grenzen der Kontrolle. Hamburger Studien zur Kriminologie und Kriminalpolitik Band 31, S. 7–23, Münster, LIT.

Schaumberg, Heike (2010): »Taking Sides in the Oilfields: For a Politically Engaged Anthropology.« *Taking Sides: Ethics, Politics, and Fieldwork in Anthropology*, edited by Heidi Armbruster and Anna Lærke, 1st ed., Berghahn Books, pp. 199–216.

Schinkel, Willem (2004): The will to violence. In: Theoretical Criminology 8(1): 5–31.

Silver, Alan (2005): The Demand for Order in Civil Society. In: Newburn, Tim (2005): Policing: Key Readings. Portland, Willan Publishing.

Sklansky, David (2007): Seeing blue: Police reform, occupational culture, and cognitive burn-in. In: O'Neill, Megan; Marks, Monique; Singh, Anne-Marie (Eds): Police Occupational Culture: New Debates and Directions. (Sociology of Crime, Law and Evidence Bd. 8) Elsevier, pp. 19–45.

Skolnick, Jerome; Fyfe, James (1993): Above the Law. Police and the Excessive Use of Force. Macmillan, New York.

Sluka, Jeffrey (1999): Death Squad: The Anthropology of State Terror. Philadelphia, University of Pennsylvania Press.

Sutterlüty, Ferdinand (2015): Kollektive Gewalt und urbane Riots. Was erklärt die Situation? In: Paul, Axel P.; Schwalb, Benjamin (Eds): Gewaltmassen. Über Eigendynamik und Selbstorganisation kollektiver Gewalt. (S. 231–256). Hamburg, Hamburger Edition.

Staller, Mario; Koerner, Swen (2022): »Auf den Krieg vorbereiten, wenn du Frieden willst« – eine Analyse des polizeilichen Gefahrennarrativs. In: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 16, 245–258.

Staudigl, Michael (2007): Towards a phenomenological theory of violence: Reflections following Merleau-Ponty and Schutz. In: Human Studies 30: 233–253.

Trotha, Trutz von (1997): Zur Soziologie der Gewalt. In: Ders. (Ed.) Soziologie der Gewalt. Opladen: Westdt. Verl. (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 37), pp. 9–56.

Van Maanen, J (1978): The asshole. In: Manning, P K; Van Maanen, J (Eds): Policing: A View from the Street. Santa Monica, Goodyear Publishing, 221–238.

Waddington, P.A.J. (1999): Police (canteen) sub-culture: An appreciation. In: The British Journal of Criminology 39(2): 287–309.

Weber, Max (1980 [1921]): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie. 5. rev. Aufl. Besorgt von Johannes Winckelmann. Tübingen, Mohr Siebeck.

Worden, Robert (1996): The causes of police brutality: Theory and evidence on police use of force. In: Geller, William; Toch, Hans (Eds): Police Violence: Understanding and Controlling Police Abuse of Force. New Haven: Yale University Press, pp. 23–51.

Ethnography in an Olympic City

Doing Research with the Police in Rio de Janeiro

Dennis Pauschinger

On an early afternoon of Rio's Olympic summer in August 2016 where I was doing my fieldwork during the city's mega-event cycle, I was sitting in the Special Forces' sleeping and locker room in Cidade da Políca (Police City), one of the two Civil Police headquarters in Rio de Janeiro[1]. The police officers, all dressed in black, were watching TV, training at the gym, or just waking up from a nap. The room featured some simply equipped bunk beds where the men rest between their deployments during their 24-hour shifts. Rio had prepared to host the world's largest sport mega-event by adopting globally standardised security measures to transform the city in a fortress. The Special Forces were scheduled for possible missions in the many favelas or mega-event-related operations. We engaged in a conversation about the Olympic security arrangements. "They besiege the city now so that the world doesn't see Rio de Janeiro's true reality. But after that, everything will turn back to normal: lots of shootouts, lots of dead, and lots of missions," one of the officers told me. "You see these military forces at the airport highway?" he said, nodding his head in its direction.

> "They cannot move from there. They cannot do anything. They are here for those who come from outside to feel safe. But you know what, that is of no use. Near where these military forces are deployed, the drug traffic controls it all."

1 Das Kapitel ist in der Zeit der Promotion im Doktorandenprogramm Doctorate in Cultural and Global Criminology (DCGC) und ab 2017 als Postdoc und Associate Researcher am Institut für Geografie der Université de Neuchâtel entstanden. Der Autor hat für diese Arbeit Forschungsmittel durch das Doktorandenprogramm von der EACEA als Erasmus+ Fellow erhalten. Der Beitrag wurde in Teilen bereits im Buch des Autors veröffentlicht: Pauschinger, (2024 im Erscheinen): *Policing Sport Mega-Events: Security, Spectacle and Camouflage in Rio de Janeiro, Oxford: Oxford University Press.*

In this ethnographic vignette, the officer talks about a process that is best described as the production of camouflaging that made specific aspects of security visible and, simultaneously, rendered invisible the routinised politics of death in the city's favelas and suburbs (Pauschinger 2020). Most characteristic of these routines is that vicious circle of attack and response in which Special Forces, equipped with armoured vehicles, assault rifles, and helicopters, invade communities causing immediate reactions by drug traffickers, equally well equipped with heavy weaponry, claiming numerous victims among the local residents, the drug traffickers and the police officers (Andreoni and Ernesto Londoño 2020). Everyday life for the nonwhite and poor populations in these territories is commonly interrupted by most violent forms of police controls, killings, and stigmatization (Barnes 2021; Grillo 2013; Alves and Evanson 2011).

Thus, these so-called security politics in Rio de Janeiro follow specific socio-spatial patterns along lines of social inequalities such as class and race. The sport mega-event security architecture was inserted into these scenarios to, on the one hand, secure the Olympic Games, but on the other, to hide the class and racial inequalities that define the city's bloody urban conflict from global audiences and local elites, and to uphold a façade of a safe Olympic city. The very ways in which the mega-event security provisions were organised merely repeated, and at times even intensified, Rio's long-standing urban conflict.

And indeed, years later in early May 2021, I was reading the news feed of Rio de Janeiro's newspapers that reported how a police operation unfolded. This time in the favela Jacarezinho, in which the civil police and their Special Forces entered to arrest drug traffickers. It raised my attention because I read the name of a police officer whom I had accompanied for my fieldwork and who was shot in his head the moment he stepped out of the armoured vehicle that morning. What unfolded moments later, was the most lethal police operation in the history of Rio de Janeiro and cost 27 lives. Outlets all over the world covered the story, showing the bloodshed in terrible photographs (e.g., Franzen 2021; Phillips 2021). The suffering and trauma of those who witnessed the scenes, among them children, of how police officers raid houses and kill, is endless. The scenes of yet another funeral, accompanied by many in uniform and the killed police officer's 11-year-old son who cries on his father's coffin, are scenes from a senseless conflict.

Rio de Janeiro's police fundamentally shapes and is shaped by these ongoing experiences at the city's manifold edges. Much has been written on the accountability of the police for these processes within Rio's favelas from the perspectives of the drug traffickers and the community's residents (e.g.

Larkins, 2015; Richmond, 2019; Zaluar, 2004). However, very little is known about how the police officers themselves live with and engage in the urban conflict, and how they deal with being in the epicentre of these everyday urban uncertainties. The conditions of Rio's urban conflict, in which police officers try to establish urban order, produce emotional states that actively generate experiences of insecurity in the city. In my work on the mega-event security, I was able to dive into the world of Rio de Janeiro's police officers. More particularly I had privileged access to different divisions of the civil police and the mega-event security architecture. Whilst I have written about these experiences more extensively elsewhere (Pauschinger, 2023, 2020, 2019), I here highlight the very research experience with the police as such and write about common issues in ethnographic studies such as access, moral ambiguities and danger. The remainder of this chapter therefore sets out in four steps. First, the chapter puts forth the epistemological and methodological basis of my research, grounded in notions of ethnography embedded within a cultural criminological approach. Second, the chapter further highlights the research operationalisation as well as where and when the fieldwork was carried out. Third, the chapter sets out to examine issues of access, trust and objectivity and how I have dealt with them in the setting of the police in Rio. Fourth, the chapter assesses the moral ambiguities of ethnography. More particularly I write about specific situations in which I was confronted with violence during my research and how I was trapped in the decision of writing about these situations or not, how to react within the very moment and if I would then commit betrayal towards my research participants. In a short conclusion I reflect upon the importance of research with and within the police.

1 Ethnography at Brazil's Sport Mega-Events: Theory and Action

My overall interest in my research was to understand how global security models associated with mega-events are deployed and adapted to local security conditions in Rio de Janeiro. In particular I wanted to gather knowledge from the ground to situate the official claims that these mega-event security efforts improve the Brazilian public security system. This entailed a twofold approach. On the one hand, understanding the wider dynamics of the technical implementation of mega-event security from the perspective of policy-makers and senior officers. On the other, elucidating the meaning of those parachuted actions on the ground for Rio's civil police. In other words, how those efforts were

interpreted, adapted and embraced by street officers – both by those directly involved in FIFA-related perimeter policing and those responsible for the ordinary security affairs in the city. As my project dealt with meanings and practices in these different fields, I adopted an ethnographic approach grounded in cultural criminology.

The research project therefore was embedded in the spheres of the cultural criminological project that has emerged as an alternative way of making sense of crime and crime control in contrast to rather positivistic criminological theories (Hayward 2015). Cultural criminology proposes a new approach that

> "places criminality and its control in the context of culture; that is, it views crime and the agencies and institutions of crime control as cultural products – as creative constructs. As such they must be read in terms of the meanings they carry" (Hayward 2008: 119).

Within this phenomenological frame, cultural criminology has extensively criticised positivistic methods (Ferrell et al. 2008; Young 2011; Hayward 2012).[2] As today's late modern societal conditions are always in motion, orthodox methods can hardly bring to light the meaning of the "lives, actions, and words of those studied" (Ferrell 2013: 266). Ferrell notes that "if we understand that many forms of criminality are grounded in the immediate experiences of excitement, pleasure and fear, we must also imagine methods that can explore these experiences" (1998: 32).

Hence cultural criminology has built a tradition to work with ethnography as a core method to better perceive these "theatres of meaning" (Ferrell 2013: 258). Thus, cultural criminology defines ethnography not as a single method but as a methodological approach to study human agency (Ferrell et al. 2008: 178). Typical situations of the construction of meaning can possibly not only be found in the emotional rush and in the excitement of criminal transaction, but also appear in the deployment of crime control strategies which are integrated in the experience of the everyday (Ferrell 2013: 260).

The core of a cultural criminological art of ethnography is what Ferrell (1998) has conceptualised as *criminological verstehen*. Borrowing from Max Weber (1949; 1978), Ferrell (1998: 27) conceptualises *verstehen* as a rather subjective interpretation and compassion with the research subjects, whilst embedding

---

2 However, cultural criminology is yet not totally rejecting numbers or technologies. There is e.g. interest in socio-spatial methods like GIS and maps (see Hayward 2015).

this into wider sociological and rational understandings of "various rational understandings of social action and social meaning." *Criminological verstehen* in cultural criminology is then the very subjective understanding of crime and crime control much centred in the situational and emotional meaning that is mostly grasped through participant observation (Ferrell 1998: 27).

In relation to my research with police officers, it was this idea within cultural criminology that interested me most. Its take on emotions, to be able to grasp what the experience of police officers themselves was about. An inspirational source for cultural criminology's focus on emotions derives from Jack Katz (1988, 1999), who argues that we must assess the foreground of social performance in order to make sense of other explaining background structures. Katz (1999: 5–6) differentiates between three distinct emotional states and reactions where (1) emotional outburst means to react to and engage with directly and beyond a given situation, (2) the emotional states of a person regarding the reaction and interpretation of others onto these conditions, and (3) how persons move from one emotional state into another that drives the sense of emotions as a bodily experience ("sensual metamorphoses"). This three-dimensional concept orients us to emotions as "self-reflective actions and experiences" that are "corporal metaphors that operate implicitly at the foundations of all of our conduct" (Katz, 1999: 7).

I have therefore considered police officers as edgeworkers (Pauschinger, 2019; Lyng, 1990, 2005a, 2005b). Embedded in the Katzian conception of emotions and combined with the sociology of risk taking, the notion of edgework focuses on those who perform highly risky endeavours at the verge of legality, criminality and/or between life and death, and thus assesses the boundaries between "order and disorder" (Lyng, 1990: 585). This is strongly connected to cultural criminology's take on the act of transgression, which in itself "contains distinct emotions, attractions and compensations" (Ferrell et al., 2015: 73). In late modern living conditions, social inequality, monotonous everyday working routines and unsuccessful attempts at self-realisation are often felt as dull, humiliating and as losses of identity and control. By engaging in edgework, the protagonists seek to regain a bit of that lost control and to compensate for emotional humiliation by developing specific skills through activities such as sky diving or extreme motorcycling. Edgeworkers try to follow a mechanism that makes them take voluntary risks and push themselves to the edge, in search of a rush of adrenaline through constant exposure to risk and the permanent possibility of sudden death or severe injury (Lyng, 1990: 857–859). Many transgressive acts in urban environments can be seen as edgework and attempts at re-

taking control in ontologically insecure worlds (Hayward, 2004: 165). Typically, police officers or combat soldiers, who possess very specific skills, have jobs that carry the possibility of such risk-full moments, where adrenaline rushes can serve as an escape from the humiliating experiences of not being able to do what they are trained to do, or to control what they are supposed to control (Lyng, 1990: 857). In my research I have therefore argued that police officers' emotions contribute fundamentally to the ways in which urban order is produced in Rio de Janeiro and that considering their emotional worlds can help to understand how conflict and violence unfold in the city. With this theoretical layout of my research, I will proceed to highlight the fieldwork itself.

2 The Field and the Research Strategies

Empirically, this chapter draws on data collected during approximately nine months of fieldwork in Rio de Janeiro between 2013 and 2019 and many years of working and living experience in Brazil. During the fieldwork period, I had privileged access to the city's security forces, specifically civil police officers in police stations and in their Special Forces' headquarters. In total I conducted 62 open and unstructured interviews. The participants covered a wide range of different positions within the mega-event security architecture. Among them were ministers and secretaries from high offices, planning staff, street police officers as well as FIFA and IOC local organising committee security officers. To enrich my knowledge and to furnish the content of this work I also interviewed public security experts such as university professors, security consultants and activists. This sample gave me the opportunity to investigate the insights of those who planned, managed, executed and generally worked with the mega-event security.

Michel de Certeau (1984: 91–3) has powerfully argued that there are two ways of understanding the city. One that is imagined in the spheres of the planners which he denoted as the *concept city* and adopts a view from above, and one that is the city experienced by those who walk the streets. For the aims of this research I needed to apply a mixed methods approach in order to grasp both the official security imagination of those who planned and implemented the mega-event security strategies and the lived experience of those on street level. To develop an account of both the concept and the experienced city, I adopted participant observation and ethnographic interviews as the best methods for undertaking the present work.

Moreover, I had to face the problem that the events related to the World Cup and the Olympics were spatially distributed across the whole city and took place simultaneously. Therefore it has been important to find a way to apply "instant ethnography" to register certain moments of "chaos and confusion" (Ferrell et al. 2008: 180), that can arise suddenly and spontaneously. Following Fassin these observation dynamics lie at the core of the ethnographer's activity, i.e.

> "a presence both involved and detached, inscribed in the instant and over time, allowing precise descriptions and multiple perspectives, thus providing a distinctive understanding of the world that deserves to be shared" (2013: 642).

During the fieldwork I frequented mainly four research localities. First, I spent a significant amount of time in a civil police station where I accompanied the officers in their distinct daily routines. Second, I spent all seven World Cup games in Rio at the mobile civil police station within the public security perimeter around the Maracanã stadium accompanying the police officers' shifts. I also passed some time there before the Olympic inauguration and closing ceremony. In addition, I several times visited the Mobile Integrated Command and Control Centre (CICC-M) within the World Cup security cordon. Third, I frequently observed the dynamics within the Integrated Command and Control Centre (CICC) in Rio de Janeiro during the World Cup and the Olympics.[3] Fourth, I spent substantial time in the *Police City*, the 2013 inaugurated civil police headquarters and home to most of the specialised police departments. There I carried out a series of ethnographic interviews with the members of the civil police Special Forces and observed wider police activities.

With the above-described instant "ethnographic sensibility" (Ferrell 2013: 265), I understood Rio de Janeiro as one entire fieldwork locality. In order to breathe in the SME atmosphere ambience I opted to walk the city, talk to people in the streets and *experience* the city from below in the way de Certeau (1984: 93) had imagined it: "The ordinary practitioners of the city live 'down below', below the thresholds at which visibility begins." To furnish my arguments with a

3 I also visited the integrated command and control facilities of the armed forces and local organising committee (LOC). Furthermore I several times visited Rio's Smart City centre and once the integrated command and control centre in São Paulo.

cultural criminological "thoroughgoing consideration and appreciation of the visual" (Hayward 2010: 4), and to make sense of the meanings on display, I used these *strolls* around the Olympic city to photograph the mega-event security spectacle.

The police officers I mostly accompanied are from the civil police, one of two main forces within the Brazilian state and the backbone of the country's public security system (alongside the federal police that operates across state boundaries). Whereas the military police patrol the streets, civil police officers investigate crimes, interrogate suspects and file cases with the judiciary, and can be seen as an agency of surveillance and an auxiliary branch of the juridical system (Kant de Lima, 1995: 85). Although the civil police as an organisation has a clear civilian character, it is anchored in Brazil's militaristic past (Zaverucha, 2000: 9). This past still resonates today in its hierarchical, military and hypermasculine everyday working environments. This is especially obvious in Rio's civil police Special Forces CORE, with one of its members stating the following:

> "Here in Rio de Janeiro we use rifles, war equipment like helmets, bulletproof vests against rifles. [...] This is military equipment, which for us has become a routine. The CORE is exactly this: Within the civil police, we are a paramilitary force."

Although included in a civilian organisation, the CORE unit uses AR 10 and M4 battle rifles and their uniforms and cars are all black. The CORE is the militarised special resources department and consists of a bomb detection unit, a dogs squad and a helicopter service team. The most important sector in the CORE is a relatively small group of approximately 40 men that work in 24-hour shifts (called SOTE). Their main task is to support the specialised or normal district police stations in dangerous circumstances or in territories dominated by armed drug traffickers. All members are specially trained civil police officers who are selected by physical and psychological assessment and often internalise a hypermasculine and militaristic way of perceiving police work.

Although the police are such an important player in the field, we know relatively little about how police officers themselves deal with doing police work in a city like Rio. Only a few studies have focussed on the civil police officers themselves, including Guaracy Mingardi's (1992) ethnography with civil police officers and Graham Denyer Willis' (2015) ethnographic account of homicide detectives in São Paulo and Roberto Kant de Lima's (1995) and Flavia Medeiros' (2018) brilliant work with Rio's civil police. Being a police officer in Rio also

means to be entangled with, participate in, and suffer physically and mentally from the working conditions in a hierarchical organisation and a most deadly police routine (Cano and Magaloni, 2016).

3 Access, Trust and Objectivity

3.1 Choosing Sides, Getting In and Earning Trust

Starting my fieldwork in Rio de Janeiro I still held the belief that I could cover the police and the side of favela residents. Rapidly I realised that this was too dangerous and complicated. How could I do research being on both sides at the same time? Howard S. Becker (1966: 239) famously reminds us that it is impossible to stay neutral: "the question is not whether we should take sides, since we inevitably will, but rather whose side are we on." So I chose to be on the side of the state security forces. However, just because I was on their side, this does not imply that I was blind to the respective other side.

Becker (1966: 242) takes a clear stance towards the political project of research in the social sciences when he suggests that the researcher should be on the side of the powerless in order to swing the power balance towards the weaker. Instead, I tried to approach it like Didier Fassin (2013: 641) who tried not to choose *any* side when he *did* and *wrote* his ethnography on police work and the youth of the Parisian periphery. Instead, he aimed "to combine interactionist and structuralist approaches" by first, exposing the ways in which the police treat the youth, second, relating that to more "sociological characteristics" of those who carry out these actions, and third, placing these situations into the wider picture of public security policies directed to the *banlieus* (Fassin 2013: 641). Bearing this approach in mind, I tried to deal with ethically complicated situations during the research and writing process as I will show in this article.

Mitchell Duneier (2001: 336) describes in his ethnography about Afro-American street vendors how it is a difficult matter of *getting in*. The *getting in* is not so much a matter of obtaining formal authority (if this is at all possible/necessary) to access a given research field, it is more a matter of earning the trust of those we want to study. To get into the field is therefore not a reference to just the locality or a territory, but rather it is about how we possibly can get close enough to those under investigation in order to participate in their activity.

Through conversations with research colleagues I rapidly realised that my access to my field of study was extraordinarily good and provided me with a way into normally rather restricted areas. Thus, it is worth shedding light on how this access was guaranteed, and how I was able to open so many important doors. To put it bluntly: my initial contact with the civil police was a coincidence. When I was on a family visit in São Paulo 2013 before the PhD started, I was already looking for possible subjects and research sites. I visited several NGOs in São Paulo and participated in meetings of the committee that was founded to oppose the ways in which the World Cup and the Olympics were organised in Brazil. At that time I was not yet sure which city – São Paulo or Rio de Janeiro – would be better suited to carry out my research plans. My inclination was toward São Paulo as I knew the city from the years I lived there, and as all eyes would be on Rio for the mega-events, I thought it more interesting to write about São Paulo. However, I also knew that Rio de Janeiro would be more compelling due to its specific security conditions and because not only would the important World Cup games take place there, but also the Olympics.

A retired friend of mine in Rio de Janeiro worked for many years at a Brazilian bank and one of her clients was the civil police chief in Rio de Janeiro in 2013 when I initiated this research project. My friend suggested that she could arrange a meeting for me with the police chief. First, I was not that enthusiastic, because I knew that the civil police would only have a minor role in the World Cup security. Nonetheless, I knew that this could be a good contact to come closer to Brazil's security authorities, so I decided to go for a three-day trip to Rio.

The meeting with the civil police chief was pretty short. She asked me straightforward "what can we do for you?" After I had briefly explained the purpose of my research, she brought me to the office of the civil police operational sub chief who was the one who was in charge for the whole World Cup security strategy for the civil police. After I waited for a while in his office, he came in and greeted me. I presented my project and he told me that I could have access to whatever I wanted. The short Rio trip had been worth it.

I went back to Europe to start the PhD programme in September 2013. Since the visit in Rio I had hoped to accompany the sub chief in his work directly during his daily activities. Some weeks before I would return to Rio to initiate my fieldwork in April 2014, I wrote the operational sub chief to announce my arrival. To my shock, he told me that the police chief had left her position to run for the state parliament elections and that he now had to wait for whoever would be announced as the new chief of the civil police. I already saw my whole

plan collapsing just like a house of cards. The only thing I could do in that situation was to wait. Then I learned that he himself was appointed as the new civil police chief and I thought it could probably not get better than that, and that I had a lot of luck.

Once in Rio, however, it took a long time until I could actually start. It took at least two weeks until he responded. The World Cup was approaching and as he was new in his office, it was difficult to get through. Once I could reach his office they directed me to the civil police academy to meet with the police official in charge there. Luckily, I already knew a policeman who worked in the academy, who had created a security and safety course, which trained a lot of police officers across different institutions for the mega-events. I had skyped with him before coming to Rio. It helped a lot that he was sitting in the office just beside the police academy chief. He showed me around while I needed to wait for the chief. Later, we would all go together for lunch and I could already place my research interests among those working in the academy.

In the conversation with the police academy chief I realised that my disappointment having being directed towards her school was unnecessary. The police chief had just delegated me to someone else to take care of me. Luckily the police academy chief brought me into contact with a policeman who was responsible for the civil police in the Integrated Command and Control Centre (CICC), the heart of the World Cup security. I met him the very same day and could record an interview with him. He directed me to the Special Forces and the police station where I would later spend many day and night shifts. He wrote a recommendation letter with which he authorised from the highest police levels that I could do research, but explained: "It is totally up to them if they want you to be around or not. We have this policy that we authorise you, but they decide if it is all right for them." The letter worked at the Special Forces headquarters and they allowed me to come and go whenever I wanted. The same happened with the police station. The station chief granted me access to her station and suddenly I was in. Nonetheless, it was one thing to have the official authorisation of the station chief and another one to be accepted by the many police officers that work there. This was maybe the hardest part.

To get more familiar with the security structures and to get to know the who-is-who of the security hierarchies, I always tried to interview people immediately. In this way, the conversations did not stay with the usual small talk and the "later I'll call you", but we could engage in very interesting subjects. Usually one interviewee would say: "you know this is an area I am not familiar with, but talk to this guy, he knows more about that." In this way, I went from

one person to the next and could always say: "It was your friend who told me to talk to you and he sends greetings." It seemed that every other interview provided me with an additional two other people I should interview too. As I was sent by someone they knew, the access was easier and the conversation came smoothly. Almost always when I obtained a contact through a public relations spokesman or had to be satisfied with the spokesman himself (as in the case of the military command structure in Rio), the interview did not go beyond what one could also read in press releases. To the advantage of this research these occasions were very rare.

At the same time this brought me into the security structure not only of the civil police, but of various other institutions. For example, I was presented to the main person responsible within the CICC. He was a totally open person who was easy to engage with. He was even more important for me two years later, when the Olympics took place and he personally granted me access to the CICC and I could come and leave whenever I wanted.

Throughout my time with the police I also recognised how they liked that someone was interested in their work and their side of the story. They seem to suffer a lot from the ways in which they are portrayed in the media and feel a lack of respect for them and their work from the people in general. There is no need to discuss that this has to do with the long list and history of human rights violations and power abuse by the police; still, my insistence to stay with them at the station and show real interest, gave me the possibility of access too.

Once in the civil police station or its mobile version within the Maracanã security cordon, trust was a completely different matter. At the beginning it was very difficult to relieve the suspicion against me. The World Cup was a crucial trust building dynamic when chaos and confusion erupted and I started to help the police as a translator. These circumstances brought me closer to the police officers. Trust grew substantially due to my regular visits and late night research shifts. I started to go for dinners with small groups of police officers, ride within their police cars and developed friendly relationships with some of them. When I arrived at the station, some would say such things like "come on in, you are already one of us here." However, this was not the case with all of the police officers, as some had serious reservations towards me. My presence at *their* work place seemed to bother them and restricted my access within certain situations.

Another important aspect to guarantee access and to gather data during the fieldwork was insistence. I once waited several hours in front of Rio de Janeiro's security secretary's office. Mr. Beltrame's personal assistant had al-

ready rescheduled the interview three times. That day he had to attend several emergency meetings. I waited patiently and got my one-hour interview with him.

I also had to learn to take advantage of every opportunity that arose immediately. At a party I got to know someone who worked in the local organising team of the World Cup for the security section. He said to me: "the only chance you have to visit me is tomorrow morning." I was in Barra da Tijuca and was supposed to sleep there too, as it was too far away from where I lived. He told me to come to Rio Centre in the morning. I knew that would require me to get up really early to go home and then go to the centre of the city. That morning it rained heavily and there were no buses, so I had to take a cab. The problem was that Barra da Tijuca is a neighbourhood in Rio's West and I was living in Rio's South. It took me over an hour. And then I realised: Rio Centro is actually the name of a centre where fairs or conferences happen and where the local organising team had its headquarters, and it is located in the neighbourhood I just had left. So I had to go all the way back. But I made it, and it was important as all my official requests to interview FIFA people proved fruitless.

There were many obstacles I had to overcome. Maybe one of the biggest was that I was a one-man show who could not be at the same time in different places. So sometimes it was very hard to decide what kind of event to attend. The day the World Cup started I was expelled from the CICC. This signified a major setback for me, but I could transform that the very same day into something really fascinating, which was the access to another unexpected research locality – the mobile police station. Instead of giving up I went straight to the special forces and – once again – waited patiently for a respondent. What happened was that I told my story to the secretary who was staffing the phone that day, just sitting in front of me while I was waiting. She gave me the number of a friend of hers who was the driver and engineer for the mobile police station. I called him, told him my story and he invited me to accompany him the very next morning at five in the morning to participate with the mobile station at a last safety exercise in the Maracanã borough. This opened doors for the whole World Cup period and beyond.

The data selection was a difficult but also very exciting process. I spent a approximately nine months in Rio in my fieldwork localities. Within this process – and if we take ethnographic methods seriously – these fieldwork months implied an awful lot of taking fieldnotes. Normally, these fieldnotes should be transformed in longer memos. What I mostly did is that whenever it was possible I wrote the memos the next morning or that same night.

However, due to the intensive schedule with interviews and participant observation I did not always succeed in doing that. I worked with two different styles. I had physical paper notebooks where I wrote my jottings. However, I also realised for example that it would make sense to take notes on my cell phone as all the police officers constantly were looking at their own devices to access chatting platforms like WhatsApp. So I could do the same and write things down and send them to myself via email in several updates during one evening for example.

When I came back from the fieldwork and looked at my data I realised that I could simply change the subject of my work. I could have written a book about my ethnography within the civil police station alone. However, this was not the aim of the research. It was not just about the police. It was also about other themes and connections, so I included as much data as possible from the police ethnography. However, there were limits to doing so. The data that fed into the written text were chosen according to the situations that appeared during the fieldwork and started to form the structure of the written text.

3.2 Objectivity and My Position within the Field

The trust and confidence I earned during my stays in the station and other fieldwork localities, raises a series of serious issues of objectivity and my position within the field. The cultural criminological *ethnographic sensibility* requires that the researcher cross boundaries that other disciplines would consider as *no go areas* of scientific objectivity. The *criminological verstehen* explained above is an effort to rupture such borders as an attempt to immerse oneself within the culture under study. Yet, much criticism is directed towards ethnographic accounts, as being simple descriptions and uncritical adaptations of what the researcher has experienced within the field (e.g. Salzman 2002). Duneier (2001: 343) reminds us of the "Ethnographic Fallacy" put forth by Stephen Steinberg in a conference paper about Gans' (1982) *Urban Villagers*. Steinberg alerts us that ethnography sometimes tends to take reality with all its details for granted without making the effort of interpretation and situating findings within wider structures that are hidden in the backgrounds of the observed. Following Duneier (2001: 343–4) there is no easy way to escape this problematic: it requires both some confidence from the reader towards the ethnographic writer, and the ethnographer's effort to situate the observed into wider political and social-economic backgrounds.

Young (2011: 133) approaches this problematic in a similar way: "We have to be constantly aware, then, of the underlying narrative about the subjects which the ethnographer is communicating to the outside world." He suggests adopting an "ethnographic lens" that is marked by a twofold layer of narratives. A first narrative is the ethnographic text or the "subjects' story." A second one is a "meta-narrative", that is shaped and influenced by the personal history of the ethnographer where he provides the "interpretative structure, the discourse within which the narrator interprets the story" (Young 2011: 134). Such a process can lead to a problematic "ethnographic othering" within which the ethnographer tends to depict the studied group and culture through his own lens and may not do justice to those portrayed (Young 2011: 153–73).

Another pressing issue for ethnographies is whether respondents hide their real self away, whilst we are doing the research. A police officer once told me, that he behaved differently when I was present. Again, Duneier (2001: 338) helpfully relies on what he calls the "Becker Principle" which consists of the dynamic that "most social processes have a structure that comes close to insuring that a certain set of situations will arise over time." In other words, the police officer may have behaved differently during some encounters, but could not have done that in each of the situations I witnessed during the whole fieldwork period.

Thus, ethnography requires reflexivity about the researcher's position within the field. It is important to know the ethnographer's social position and political stance and *how* the researcher relates to the field. Moreover, this research adopts Ferrell's (1998: 24–5) principle that while ethnographic methods move beyond the normal boundaries of scientific objectivity, they do so in a conscious way: the research performance as such is a deeply political activity. Said differently, there is no such thing as a classical scientific objectivity that many positivistic researchers claim for themselves.

The present research is truly influenced by my aversion against the ways in which mega-events and especially the FIFA World Cup and the Olympics are organised. I engaged in the Hamburg *NOlympia* campaign and together with a group of colleagues released a position paper that asked for a more holistic approach within the bidding process that assesses openly and honestly the risks and dangers for a city that hosts the Olympics.[4] Yet, this does not free me from a thorough analysis of my fieldwork findings – also if they do not cover my own political opinion. Therefore, Ferrell's (1998: 25) argument holds some truth for

4 See: http://www.olympiakritik-aus-der-wissenschaft.de/

my own position and for this present work: "These perspectives further emphasize that methodologies inevitably intertwine with theoretical stances, political choices, and the social situations in which they are practiced." Furthermore, the striving for total objectivity and research without bias is not possible. As Becker (1966: 247) put it we "can never have a "balanced picture" until we have studied all of society simultaneously."

Reflexivity extends to the researcher's own social status. I am certain that my good access to the field has also to do with the fact of being a white, European male who holds a degree from a German University and whose joint UK-German PhD research has been financed by the European Union. In other words, I am part of what one would probably call the European educational elite. At the same time, however, I might have had an advantage over someone who had never been in Brazil before. I worked and lived in São Paulo for three years in a social organisation that develops social activities in three favelas. Through the marriage with my wife who comes from that very place, Brazilian culture and Brazilian Portuguese was part of my everyday life for the last 20 years. This had a crucial influence of my position in the field. On the one side, it helped me to *get in* at ease in the sense that I was able to participate in conversations, narrate jokes and to laugh at the right time. It even got to the point that some of the police officers thought that I would be a Brazilian *from the South*.[5] As the civil police mostly works in plain clothes, I was confused for a police officer in numerous situations (also Denyer Willis 2015: 14).

These personal conditions, paired with the plain clothes narrative above, enabled me to witness situations that otherwise I would not have been able to access. It was also of advantage to be *visibly* alien to the societal conflicts in Rio de Janeiro. Many respondents were eager to explain circumstances they would have hardly done if I had been a Brazilian.

On the other side, the advantage I had in terms of language and basic understandings of Brazilian culture did not free me from learning the language, codes and practices of the field (Van Maanen 2011: 13).[6] My NGO work in a favela had marked me profoundly. The topic of violence, criminal networks and the

5 Many Brazilians of German descent live in the South of Brazil and may speak Brazilian Portuguese with a slightly different accent.

6 Language was a major issue for this work. As a native speaking German, writing in English with data in Brazilian Portuguese was challenging. See also Maclean (2007) and Caldeira (2000a: 17).

police started to interest me when I witnessed the attacks of the criminal network *Primeiro Comando da Capital (PCC)* [First Command of the Capital] in São Paulo. The *crime talk (Caldeira 2000b)* in São Paulo's periphery and my own experience of police violence marked me tremendously and let me adopt a certain view and a certain cultural and linguistic vocabulary alien to the world of police. When I initiated the research I first decided to *choose the sides* of the urban poor as I was totally immersed in the fight against the "poverty of rights" (Fischer 2008). In other words, I had to learn the language and codes that predominated among the people in my field: the Brazilian public security agents (see also Goffman 2014: 230). However, this experience challenged my pre-existing opinions on Brazilian police officers and Rio's urban conflict.

4 Moral Ambiguities in Doing Ethnography

Doing ethnography implies being aware of ethical questions that will arise during the research. It is important to state that I have not done covert research (see e.g. Norris 1993; Blackman 2007) or hidden the research questions from any of my respondents. All interviewees have signed consent forms and read an information sheet with my research aims, approved beforehand by the University of Kent ethics committee. Nevertheless, two ethical questions have marked me during the research. The first one refers to what Norris (1993: 123) mentions as "the dilemmas posed when the researcher is faced with direct evidence of misconduct by those he or she is researching." Beyond that, what happens when the researcher himself participates in situations that are ethically and morally questionable? The second issue refers to an internal conflict and a feeling of *betrayal* towards my respondents during the research process. I will approach both questions by presenting one situation from the field.

One given day I went to the registration room within the back of the police station with one of the police officers who had to take the fingerprints of four black boys. After the humiliating registration procedure, the police officer hit the boys violently in the face and kicked their legs brutally. The boys wept and cried (for a detailed description of the situation see Pauschinger 2019). My first thoughts when I witnessed the incident were blinded by rage: *What an asshole. What a jerk, hitting little boys. This is all senseless*. However, after I came home very late that night, I started to process the experience reflecting on writing about the ethical questions related to the two topics anticipated above.

The following few paragraphs will deal with the first issue of the involvement in morally ambiguous circumstances. The above scene has provoked at least three issues that are summarised in the following topics: *reaction*, *intervention* and *complicity*. Addressing the first issue, it presents the dilemma of how I should have reacted. Did I react in the right way? Is there any correct way to react? Basically I watched the incident without a lot of reaction at all. It happened quickly and did not last more than 15 to 25 seconds. If, and I am sure about that, the officer would have continued the beating I would have said something to stop him. The incident provoked me to think, until when do we need to remain in our *neutral* observer position? Is this at all possible? When do we need to step up? Is there any need to do so? To what extent are we crossing a moral line when we let things happen, and who is it that sets this line? All these questions can be narrowed down to our own moral standards that may vary from those who read the ethnography and can expose the work to heavy criticism. The following and second issue may provide some answers.

The question of *intervening* involves a series of issues. Once the situation was over I asked myself several times: What's next? Should I go to his superior to report what he had done in order that he cannot do it again? But what about the trust I gained from the officer? Can I violate it? To whom do I owe loyalty in this case, the boys or the officer? An intervention could have provoked a series of totally unknown and may be dangerous consequences for the research process, the access and myself. As an answer to some of the questions above, I decided not to intervene in the situation as I stood on the police officers' side – I was *with him* in that moment. I evaluated that my task was to make sense of the situation later within my writing. Furthermore, Polsky's (1967) notion of "guilty knowledge" helps to assess some of the questions. If we study criminal behaviour we have to be morally prepared to witness, accept, and sometimes even to participate within criminal activity. Polsky asserts that we,

> "will not be enabled to discern some vital aspects of criminal lifestyles and subcultures unless he [the researcher] (1) makes such a moral decision, (2) makes the criminals believe him, and (3) convinces them of his ability to act in accord with his decision" (1967: 140).

This notion of *guilty knowledge* is related to what was laid out earlier in terms of the *criminological verstehen* put forward by Jeff Ferrell (1998) and cultural criminological research methods that pledge for a direct involvement within the immediacy of the research field.

Finally, there is the concern of *complicity*. What responsibility did I have in the whole situation? Did he do it because I was there? Did he want to show off? Did he feel the necessity to demonstrate power? Alice Goffman (2014: 236) refers to this kind of question in her own ethnography *On the Run*. She asks herself if she would augment the risk of her participants being stopped and frisked by the police, because they walk around the neighbourhood with a white girl, as she had read in older policing literature. Through her own experience she realised that even without her, the police stopped her participants equally frequently: "In order to understand whether one's words or actions are creating something strange and foreign, one must first learn what is normal" (Goffman 2014: 236). In this sense, it was reassuring that I had witnessed the same officer beat another boy in a different situation where he was unaware of my presence.[7]

The ethical question of *betrayal* is directly connected to the question of trust and a current problem for ethnographic research within security forces. The issue accompanied me during the whole fieldwork period. Again, Duneier (2001: 336) helpfully writes, "Fieldwork can be a morally ambiguous enterprise." During the whole fieldwork in Rio de Janeiro I felt such a moral ambiguity that is directly connected to my own biography. As I had always been on the other side and not with police officers, I had continuously criticised the Brazilian police for their violent actions in favelas. During the fieldwork I learned that the police themselves are sometimes trapped in the complexities of the Brazilian public security system and are rather the *powerless* than the powerful. However, to earn the trust of the police I needed to show clearly on whose side I stood. In order to do that, I was not forced to lie, nevertheless I had omitted some aspects of my personal background, always maintaining a respectful treatment and bearing in mind that there is no such full transparency or sincerity in the research process (Duneier (2001: 336).

Yet, my fieldwork was accompanied by a constant preoccupation that some of my respondents would discover what I had said in newspaper articles and conference talks before my research: that the Brazilian police has a racist violence problem. I did not want to appear as one of those "idiots from the human rights movement" as this could have closed my access. After a few months however, I engaged in vivid discussions with some officers on such topics and

7 There can also arise a series of legal questions involving ethnography. Principally Alice Goffman's (2014) book has been the subject of massive controversy. See Steve Lubet (2015a, 2015b) and Lewis-Kraus (2016).

defended my standpoints, as the intimacy was greater than the political differences. Furthermore I experienced several situations where I got engaged in more or less humiliating action towards suspects myself. I witnessed interrogations and sometimes asked the prisoners things that made the police officers laugh out loud and made me earn respect. Nonetheless, this made me realise how quickly one can be overwhelmed with and immersed in certain situations.

The question of *betrayal* and *trust* re-appears again when it comes to writing up the research. It is then when we have to decide what details from the field observations can furnish the narrative of the ethnography without betraying the trust of the respondents (Fielding 2006: 287). After the scene from the field narrated above, the officer had said to me: "Better you don't put this into your book." However, the scene with the boys appeared to be crucial for my thesis as it touches on some of the most pressing research questions. I decided to use the scene within my work.

Still, there is something that bothers me profoundly with that decision. Again, it comes back to the question of trust and betrayal. During the whole fieldwork on numerous occasions my respondents would make jokes and more or less serious comments about my motives, my status and my research aims. They sometimes even joked that I was an *X-9*, a popular expression for a spy that would write a report criticising their actions. I sensed two things. On the one side I can imagine that my respondents would not like to see some episodes published I describe within the research. On the other side many of them were happy to know that someone would write about *their* positions and *their* working conditions. Denyer Willis (2015: 134–8) explains how he was positively surprised when he exposed the grievances about police work in São Paulo in an article for the *New York Times*. It was massively criticised by officials high up in the ministries and very much welcomed by the police officers he had worked with. Almost all of my respondents were committed to doing the right thing and that it was impossible to always stick to the legal rules "as this is the only way to do the job." The police officer from the scene above gave me the reason why I should not describe the scene in my book: "It could be bad for my superior." The reason was not because he had felt uncomfortable with what he had just done, but that it would not be good for the police's reputation.

Two further reasons helped to decide what to do. First, I do not reveal the time, place and identity of anyone involved in illegal action. Second, I have never withheld from the participants that I would *describe everything what I see*. As said above, I presented the scene not to blame or denigrate anyone. The scene serves purely to *understand* the *circumstances* that lead to such incidents

from *the viewpoint of the police*. For me it is important that what I report within my research is not meant to condemn or to accuse any of those I have studied. On the contrary, I am aware of the nuances and complexities of Rio's public security sector within which the police officers and the high ranked authorities must constantly improvise how to act, are themselves in danger or have no adequate answers for the reality they face. Yet, it is also clear that police work in Brazil is deeply entrenched in what I have elsewhere described as a politics of death (Pauschinger 2023).

This exemplifies the difficult circumstances within which police work is done in Brazil. During my fieldwork these realities of violence materialised. One of my respondents was killed in an armed assault, another one was shot on duty and several others reported about the psychological and physical scars they carry from being police officers exposed to highly dangerous situations. Not least because of these realties, it is an endeavour to do justice to the research subjects. Fassin (2013: 640) puts this fear of betraying one's own research subjects into context by saying: "Carrying on an ethnography is cumulating debt." Writing it, is then a form of "repaying" this debt. We therefore owe most to those we have worked with. However, for Fassin (2013: 640) there is a second dimension: we also owe to those "primarily concerned by the issues on which we conduct research." This relates back to what I have pointed out in the beginning of this section, namely that it is not only a matter of *choosing sides* but to put what we observe into context and try to understand why things happen and people act as they act. In other words, I will and have to segue my conviction to portray the world I saw, as the world I saw. This includes without doubt my *ethnographic lens* – my personal filter – of what I want to transmit within my research which first and foremost serves to answer my research questions. As an endeavour, a cultural criminological sense of ethnography is presenting what stays hidden and is considered as "dangerous knowledge" (Ferrell et al. 2008: 191; Young 2011: 174). At the core of this research lies a central question expressed by Ferrell et al.:

> "Cultural criminology's goal is to expose that presence [of structures of inequality and injustice in everyday life and crime] to those who might not see it, thereby helping ourselves and others to understand and confront the everyday reality of injustice [...] And for cultural criminology that's just the question: How best can we endanger existing arrangements of predatory crime, punitive criminal justice, and pervasive late modern exclusion?" (Ferrell et al. 2008: 192)

The ways in which mega-events are organised these days, produce a series of losers. The inequalities and injustices may not only be on the side of the urban poor or those deprived of civil rights, but they also may be found on the sides of those acting within the Brazilian public security spheres.

5 Conclusion

This chapter has exposed the epistemological and methodological foundations of my research with police officers in Rio de Janeiro, the ways in which I have dealt with issues of access, objectivity and the moral ambiguities of being in the field. Taking a step back and reflecting upon my reasoning in this chapter we clearly have to ask ourselves if in the times we are living in, such a position that I am defending here is still justified. In times in which the Brazilian police brutally assassinates black people in thousands per year, there is almost no other space as to understand these dynamics as rooted in a modern Brazilian state project that has historically aimed at erasing the black Brazilian culture from the nation by both a politics of miscegenation that has sought to whiten the population, and a security apparatus that spreads death and destruction in the favelas (Alves 2018; C. Cardoso 2014; Nascimento 1989; Vargas 2012). In times in which police brutality makes the news globally and in which those considered "other" in society are in its vast majority the victims of such policing strategies. A recent and important paper by Jaime Amparo Alves (2021) rightly questions the approach that I have justified in this chapter and if it is actually still coherent with increased racist police brutality, that we take a position of neutrality and look at the police with the ethnographic curiosity to understand *their* side. I have not yet answered this question for me entirely, but what I have written here, reflects the reasoning I had when I did my research and analysis of my material. What stands out for me is that I am still persuaded that if we want to understand why they are doing what they are doing we have to get close, into the immediacy of police practices and into the structures of police organisations. Yet, it is, of course, easier to say that if I have never, and will never be able to experience the same level of policing power upon my body, than those who are under constant police and societal surveillance. I concur with Beatrice Jauregui (2013: 148), who has powerfully described writing ethnography as an "ethical process", and as a "dirty job", but who believes "that somebody has got to do it".

References

Alves, J.A. 2021. 'F*ck the Police!: Antiblack Statecraft, the Myth of Cops' Fragility, and the Fierce Urgency of an Insurgent Anthropology of Policing', *Focaal* 2021(91): 100–14.

Alves, M.H.M., and P. Evanson. 2011. *Living in the Crossfire: Favela Residents, Drug Dealers, and Police Violence in Rio de Janeiro*, (C. Pedroza de Faria & J.V. Palacios Vilches, eds), Voices of Latin American Life. Philadelphia, Pa.: Temple Univ. Press.

Barnes, N. 2021. 'The Logic of Criminal Territorial Control: Military Intervention in Rio de Janeiro', *Comparative Political Studies* 55(5): 789–831.

Becker, H.S. 1966. 'Whose Side Are We On', *Social Problems* 14(3): 239–247.

Blackman, S. J. 2007. 'Hidden ethnography': crossing emotional borders in qualitative accounts of young people's lives', *Sociology*, 41(4), 699–716.

Caldeira, T.P.R. 2000b. *City of Walls: Crime, Segregation, and Citizenship in São Paulo*. Berkeley; Los Angeles; London: University of California Press.

Cano, I., and B. Magaloni. 2016. *Determinantes do Uso da Força Policial no Rio de Janeiro*. Rio de Janeiro, RJ: Editora UFRJ.

de Certeau, M. 1984. *The Practice of Everyday Life*. Berkley, Los Angeles, CA; London: University of California Press.

Denyer Willis, G. 2015. *The Killing Consensus: Police, Organized Crime and Death in Urban Brazil*. Oakland, California: University of California Press.

Duneier, M. 2001. *Sidewalk*, (O. Carter, ed.) (1st paperback ed.). New York: Farrar, Straus and Giroux.

Fassin, D. 2013. 'WHY ETHNOGRAPHY MATTERS: On Anthropology and Its Publics', *Cultural Anthropology* 28(4): 621–46.

Ferrell, J. 1998. 'Criminological Verstehen: Inside the Immediacy of Crime', in J. Ferrell and M.S. Hamm (eds), *Ethnography at the Edge: Crime, Deviance, and Field Research*. Boston: Northeastern University Press, pp. 20–42.

Ferrell, J. 2008. *Cultural Criminology: An Invitation*. London; Thousand Oaks, CA: SAGE.

Ferrell, J. 2013. 'Cultural Criminology and the Politics of Meaning', *Critical Criminology* 21(3): 257–71.

Ferrell, J. et al. 2015. *Cultural Criminology: An Invitation* (2nd ed.). London [u.a.]: Sage Publications.

Fielding, N. 2006. 'Fieldwork and Policework', in D. Hobbs and R. Wright (eds), *The SAGE Handbook of Fieldwork*. London; Thousand Oaks, CA: SAGE, pp. 277–91.

Fischer, B. 2008. *A Poverty of Rights: Citizenship and Inequality in Twentieth-Century Rio de Janeiro*. Stanford, Calif: Stanford University Press.

Franzen, N. 2021, May 7. 'Anti-Drogen-Einsatz in Brasilien: Blutbad in der Favela', *Die Tageszeitung: taz*.

Gans, H.J. 1982. *Urban Villagers: Group and Class in the Life of Italian-Americans*. London; New York, NY: The Free Press.

Goffman, A. 2014. *On the Run: Fugitive Life in an American City*, Fieldwork Encounters and Discoveries. Chicago [u.a.]: Univ. of Chicago Press.

Grillo, C.C. 2013. Coisas da Vida no Crime: Tráfico e Roubo em Favelas Cariocas.

Hayward, K. J. 2004. City Limits: Crime, Consumer Culture and the Urban Experience. London; Portland, OR: Glass House Press.

Hayward, K. J. 2010. 'Opening the lens: cultural criminology and the image', in: K.J. Hayward and M. Presdee, eds. Framing Crime: Cultural Criminology and the Image. Abingdon; New York, NY: Routledge, pp. 1–16.

Hayward, K. J. 2012. 'A response to Farrell', Social Policy & Administration, 46(1), 21–34.

Hayward, K. J. 2015. 'Cultural criminology: script rewrites', Theoretical Criminology, 20(3), 297–321.

Jauregui, B. 2013. 'Dirty anthropology: Epistemologies of violence and ethical entanglements in police ethnography', in: W. Garriot, (ed) Policing and Contemporary Governance: The Anthropology of Policing in Practice. New York: Palgrave Macmillan, pp.125–143.

Kant de Lima, R. 1995. A Policia da Cidade do Rio de Janeiro. Seus Dilemas e Paradoxos. Rio de Janeiro: Editora Forense.

Katz, J. 1988. Seductions of Crime: Moral and Sensual Attractions in Doing Evil. New York, NY: Basic Books.

Katz, J. 1999. How Emotions Work. Chicago: University of Chicago Press.

Larkins, E.R. 2015. The Spectacular Favela: Violence in Modern Brazil. Oakland, CA: University of California Press.

Londoño, E., and M. Andreoni. 2019, May 28. '"They Came to Kill" Almost 5 Die Daily at Hands of Rio Police', The New York Times.

Lyng, S. 1990. 'Edgework: A Social Psychological Analysis of Voluntary Risk Taking', *The American Journal of Sociology* 95(5): 851–86.

Lyng, S. 1998. 'Dangerous Methods: Risk Taking and the Research Process', in J. Ferrell and M.S. Hamm (eds), *Ethnography at the Edge: Crime, Deviance, and Field Research*. Boston: Northeastern University Press, pp. 221–51.

Lyng, S. 2005a. 'Sociology at the Edge: Social Theory and Voluntary Risk Taking', in S. Lyng (ed.), *Edgework: The Sociology of Risk-Taking*. New York, NY; Abingdon: Routledge, pp. 17–49.

Lyng, S. 2005b. 'Edgework and the Risk-Taking Experience', in S. Lyng (ed.), *Edgework: The Sociology of Risk-Taking*. New York, NY; Abingdon: Routledge, pp. 3–14.

Medeiros, F. 2018. *Linhas de Investigação: Uma Etnografia das Técnicas e Moralidades numa Divisão de Homicídios da Polícia Civil do Rio de Janeiro*. Rio de Janeiro, RJ: Editora Autografia.

Mingardi, G. 1992. *Tiras, Gansos e Trutas: Cotidiano e Reforma na Policia Civil em São Paulo (1983–1990)*. São Paulo, SP: Editora Corag.

Norris, C. 1993. 'Some Ethical Considerations on Field-Work with the Police', in D. Hobbs and T. May (eds), *Interpreting the Field: Accounts of Ethnography*. Oxford: Oxford University Press, pp. 123–43.

Pauschinger, D. 2023. 'The triangle fo security governance: Sovereignty, discipline and the 'governance of things' in Rio de Janeiro', *Security Dialogue* 54(1): 94–111.

Pauschinger, D. 2020. 'The Permeable Olympic Fortress: Mega-Event Security as Camouflage in Rio de Janeiro', *Conflict and Society: Advances in Research* 6(1): 108–27.

Pauschinger, D. 2019. 'Working at the Edge: Police, Emotions and Space in Rio de Janeiro', Environment and Planning D: Society and Space 38(3): 510–527.

Phillips, T. 2021, May 11. '"They Came to Kill": Rio's Deadliest Favela Police Raid Sparks Calls for Change', *The Guardian*.

Polsky, N. 1967. *Hustlers, Beats, and Others*. Chicago, IL: Aldine Publishing Company.

Richmond, M.A. 2019. '"Hostages to Both Sides": Favela Pacification as Dual Security Assemblage', *Geoforum* 104: 71–80.

Salzman, P.C. 2002. 'On Reflexivity', *American Anthropologist* 104(3): 805–13.

Thomas, J. 1993. *Doing Critical Ethnography*, Qualitative Research Methods. Vol. 26. London; New Delhi; Newbury Park, CA: Sage Publications.

Van Maanen, J. 2011. *Tales of the Field: On Writing Ethnography*, Chicago Guides to Writing, Editing, and Publishing. (2nd ed.). Chicago, IL: University of Chicago Press.

Weber, M. 1949. *The Methodology of the Social Science*. New York, NY: Free Press.

Weber, M. 1978. *Economy and Society*. Berkley, CA: University of California Press.

Young, J. 2011. *The Criminological Imagination*. Cambridge; Malden, MA: Polity Press.

Zaluar, A. 2004. *Integração Perversa: Pobreza e Tráfico de Drogas*. Rio de Janeiro: Editora FGV.

Zaverucha, J. 2000. 'Fragile Democracy and the Militarization of Public Safety in Brazil', *Latin American Perspectives* 27(3): 8–31.

»Soll das hier ein Verhör werden?«
Ein Erfahrungsbericht aus der empirischen Polizeiforschung in Hamburg und Berlin

Annelie Molapisi

1 Einleitung

Wenngleich man feststellen darf, dass die Polizeiforschung sich in den letzten Jahrzehnten in Deutschland vom »Mauerblümchendasein« hin zu einer etablierten Wissenschaft gemausert hat (vgl. Liebl 2008: 59), wird noch heute in Fachkreisen immer wieder die Notwendigkeit betont, dass die Polizei als Institution des Gewaltmonopols sich empirischer Polizeiforschung gegenüber *mehr* öffnen müsse (vgl. z.B. Rose et al. 2021). Die Polizei selbst scheint dies durchaus erkannt zu haben: so haben viele Länderpolizeien mittlerweile eigene Forschungsstellen[1] und die Polizeiführung vielerorts zeigt sich auch Forschungsgesuchen externer wissenschaftlicher Institutionen gegenüber durchaus offen (vgl. Theriault 2013: 38, Bergmann 2019: 159, Jacobsen 2005: 50, Fn. 46). Unsere Erfahrung in der praktischen Umsetzung eines kooperativen Forschungsvorhabens zeichnet diesbezüglich jedoch ein sehr ambivalentes Bild. So wurde zwar von den polizeilichen Kooperationspartnern zunächst Offenheit demonstriert, es zeigte sich jedoch während der Forschungstätigkeit immer wieder ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber wissenschaftlicher Forschung und den Forschenden selbst. Dies macht deutlich, warum die genannte Forderung noch heute sehr aktuell ist. In den öffentlichen Debatten wird wissenschaftliche Forschung von Politiker:innen und Medien als eine Art Kontroll- oder gar Interventionsinstrument dargestellt. Das zeugt allerdings von einem schiefen Verständnis davon, was Wissenschaft ist und welchem

1 Vgl. z.B. FOSPol in Hamburg und das ISIP in Sachsen, siehe hierzu auch Meißelbach 2022: 160, 164.

Zweck sie dient. Schlimmer noch: es schürt bzw. verschärft das Misstrauen der Polizei gegenüber wissenschaftlicher Forschung (vgl. Weiß et al. 2022: 14).

Bei empirischer Sozialforschung, zu der auch die Polizeiforschung zählt, geht es stets um einen Erkenntnisgewinn, um das Annähern an eine Realität. Es geht darum, unter Zuhilfenahme wissenschaftlicher Methodiken Fragestellungen zu entwickeln, Phänomene zu beschreiben und zu erklären sowie Sinnzusammenhänge zu erörtern. So kann neues Wissen generiert oder bestehendes Wissen vertieft werden (vgl. Grutzpalk et.al. 2018). Die so gewonnenen Erkenntnisse können gesellschaftlichen Akteuren, wie zum Beispiel der Polizei, wiederum dazu dienen, sich und ihre Arbeit zu reflektieren und neue Ansätze zu entwickeln. Was jedoch nicht heißt, dass dem häufig von Seiten der Polizei formulierten Wunsch einer direkten Praxisrelevanz der Forschung mit dem Ziel der Produktion konkreter Handlungsempfehlungen und Leitfäden für die Polizeiarbeit (Gatzke 2015: 49) von Seiten der Wissenschaft immer auch Folge geleistet werden muss.

Externe Forschung geht unserer Erfahrung nach für die Polizei bisweilen mit Kontrollverlust- und Diffamationsbefürchtungen einher, dennoch sind insbesondere die wissenschaftliche Unabhängigkeit und das Verlassen der Innenperspektive zentrale Faktoren zur objektiven Erhebung valider Daten (vgl. Reichertz 2015). Dies galt es für uns es immer wieder zu erklären um deutlich zu machen, dass es nicht um externe Kontrolle oder gar voreingenommene Anklage geht.

Erschwerend kam hinzu, dass unser Forschungsansatz ein explorativer, rein qualitativer Ansatz war. Während man die quantitative Sozialforschung und deren Ansatz der Zählbarmachung von Eigenschaften und ihrer statistischen Auswertung als wissenschaftlicher Laie oft noch nachvollziehen kann und die Ergebnisse methodisch und graphisch darzulegen sind, sind die Ansätze und Vorgehensweisen der qualitativen Sozialforschung aufgrund ihrer eher explorativen, verstehenden und interpretierenden Herangehensweise schwerer zu vermitteln. Dieser Aspekt wird besonders deutlich, wenn man narrative Interviews durchführt und es mit gestandenen Polizist:innen zu tun bekommt: Menschen, die polizeilich-analytischen Denkstrukturen und einer Logik von Verdacht und Schuld folgen und hinter jeder Frage eine Art Falle vermuten und sich bei Gesprächen und Interviews mit Forschenden gar in Verhörsituationen wähnen.

Während unserer Forschungstätigkeit in Zusammenarbeit mit der Hamburger sowie der Berliner Polizei zeigte sich, dass zwar initial von den oberen Führungsebenen und spezialisierten Stabsstellen Interesse, Offenheit und

Kooperationswille demonstriert wurde, uns aber in der praktischen Umsetzung innerhalb der Organisation eher Desinteresse und Misstrauen entgegengebracht wurde. Wenngleich angemerkt werden muss, dass nicht alle Forschungspartner:innen dieses Verbundprojektes die gleichen Erfahrungen diesbezüglich machten[2]. Dieser Erfahrungsbericht bezieht sich ausdrücklich auf ein spezifisches Teilprojekt, für welches sich festhalten lässt, dass sich der Zugang zum Feld eher schwierig gestaltete. Damit ist nicht nur der physische Zugang zu den Polizeidienststellen und ihren Mitarbeitenden gemeint, sondern vor allem die zu Beginn deutlich spürbare Ablehnung und die Verschlossenheit der Gesprächspartner:innen. So wurde meine Anwesenheit bei teilnehmenden Beobachtungen zunächst kritisch gesehen und die Fragen in qualitativen Interviews oftmals argwöhnisch und sehr vorsichtig beantwortet. Die Gegenfragen, ob ich *sowas wie ein Verhör* durchführe oder worauf ich mit meinen Fragen *hinauswolle*, stehen dabei exemplarisch dafür, dass mein eigenes Selbstverständnis als Wissenschaftlerin in diesem Kontext nicht immer auch von meinem Gegenüber geteilt wurde. Obwohl dies sicher nicht die Aufgabe wissenschaftlich Forschender ist, habe ich immer wieder die Notwendigkeit empfunden, mich und meine Arbeit zu rechtfertigen und vor allem erklären zu müssen, um eine vertrauensvolle Basis für ehrliche Gespräche zu schaffen. Während mir dies bei vielen Gesprächspartner:innen und an einigen Dienststellen auch gelang, so bleibt das Fazit, dass ein Verständnis dafür, was (Polizei-)Wissenschaftler:innen tun und warum, leider in der Polizei größtenteils missverstanden wird. Dies kann sich letztlich auch negativ auf die Qualität der zu gewinnenden Daten auswirken.

2 Zum Hintergrund

Das den hier präsentierten Erfahrungen und Beobachtungen zugrundeliegende Forschungsprojekt MIGRATE (2018–2020) wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert und war an der Akademie der Polizei Hamburg (AdP) verortet. Als Drittmittelprojekt beschäftigte es sich mit der Frage, wie die deutsche Polizei auf die gesellschaftlichen Veränderungen und Herausforderungen im Zusammenhang mit zunehmender Migration reagiert und inwiefern sie sich selbst verändert hat bzw. verändern wird (Weiß et al.

2 Für Näheres zum Forschungsprojekt und den vielfältigen Erfahrungen der beteiligten Forscher:innen: Graevskaia et al. (2021), Weiß et al. (2022).

2022: 8–9). Forschungspartnerinnen waren die Deutsche Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster, die Universität Duisburg-Essen und die Akademie der Polizei Hamburg. Geleitet wurde es von Prof. Dr. Antonio Vera von der DHPol.

Obwohl die Institution Polizei sowohl gesellschaftlich als auch in der kriminologischen/polizeiwissenschaftlichen Forschung von zentraler Bedeutung ist, ist der Zugang zum Forschungsfeld Polizei für extern Forschende grundsätzlich sehr limitiert (vgl. Reichertz 2003, S. 415 f). So standen die Initiator:innen des Projektes schon bei der Antragstellung vor der Herausforderung, Länderpolizeien zu finden, die als Kooperationspartnerinnen fungieren und das Forschungsvorhaben aktiv unterstützen würden. Während die meisten der angefragten Länderpolizeien dieses Gesuch gar nicht beantworteten oder kategorisch ablehnten, ließen sich mehrere Länderpolizeien bei der Antragstellung schließlich als assoziierte Partnerinnen listen, dazu gehörten die Polizei Nordrhein-Westfalen, die Polizei Berlin, die Polizei Baden-Württemberg sowie die Polizei Hamburg.

Die Projektstruktur umfasste insgesamt 6 Teilprojekte mit unterschiedlichen Schwerpunkten, wie die Organisationsgestaltung, das Personal- und Diversitätsmanagement, die Bürger-Polizei-Interaktion sowie die Organisationskultur der Polizei. Ein Teilprojekt wurde direkt an der AdP in Hamburg unter der Leitung von Prof. Dr. Rafael Behr bearbeitet. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin konnte ich an der Konzeption und Durchführung dieses Arbeitspakets mitwirken. Unser Teilprojekt mit dem Arbeitstitel *Interkulturalität und Organisationskultur der Polizei* untersuchte die organisationskulturellen Wirkungen von Fremdheit in der Polizei. Zur Erhebung empirischer Daten aus dem Feld nutzten wir qualitative Forschungsmethoden, wie teilnehmende Beobachtungen und teilnarrative Interviews. Unser Fokus lag auf der Analyse der migrant:innenspezifischen Werbe- und Einstellungsmaßnahmen seitens der Polizei, sowie auf der Untersuchung der beruflichen Sozialisationserfahrungen junger Polizeianwärter:innen mit Migrationsgeschichte und der Alltagserfahrungen in ethnisch-diversen Teams an verschiedenen Dienststellen[3]. Beforscht wurden die Länderpolizeien Berlin und Hamburg, zwei Großstadtpolizeien, die sich Diversität und Offenheit laut ihrer damaligen Werbekampagnen groß auf die Fahnen geschrieben und zuvor, wie bereits erwähnt, ihre Bereitschaft zur Kooperation und zur Öffnung eines Feldzugangs signalisiert hatten.

3 Näheres zum konkreten Forschungsdesign siehe Molapisi &Behr 2019, Behr & Molapisi 2022.

3 Der Feldzugang

Unsere Forschung stellte eine Art Sonderform dar. Während wir in Berlin klar als externe Forschende auftraten, war unsere Stellung in Hamburg diesbezüglich oftmals unklar, da es sich nicht um eine interne Forschung im engeren Sinne handelte, die Forschenden als Angestellte der Akademie der Polizei Hamburg jedoch als *irgendwie zugehörig* angesehen wurden. Externe Forschung führte in der Vergangenheit oftmals eher zu Abwehrreflexen, insbesondere beim Thema Feldzugang (vgl. z.B. Bettermann 2015). Uns signalisierte man jedoch in ersten Gesprächen mit der polizeilichen Führung, sowohl in Hamburg als auch in Berlin, grundsätzliche Kooperationsbereitschaft und betonte stets die Wichtigkeit der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, weshalb man uns entsprechende Feldzugänge zusagte. Auch die uns im ersten Schritt zugewiesenen geschulten bzw. spezialisierten Mitarbeiter:innen auf entsprechenden Stabsstellen und einzelne Beamt:innen mit eigener Migrationsgeschichte äußerten sich sehr wohlwollend und begrüßten die Forschungsinitiative nach eigenen Aussagen sehr. Jedoch begegneten uns, je weiter wir in die Organisation selbst, d.h. in den normalen Dienst jenseits der hohen Führungsebenen, vordrangen, immer mehr Zurückhaltung und spürbare Vorbehalte. So äußerte man uns gegenüber des Öfteren Skepsis bezüglich der Relevanz des Themas. Man bezeichnete es unter Hinweis auf den in der Polizei elementaren Gleichheitsgrundsatz als »*Modethema*«, mit dem man innerhalb der Organisation keine Probleme habe, da grundsätzlich alle Mitarbeitenden gleichbehandelt würden und niemand eine Sonderrolle innehabe. Vielmehr würden die öffentlichen Debatten das Thema »*künstlich aufblähen*«. Auch die Auswahl der Gesprächspartner:innen sowie die konkreten Fragestellungen wurden kritisch hinterfragt.

Im ersten Schritt stellten wir uns im Sommer 2018 die Frage, wie man junge Auszubildende und Studierende mit Migrationsgeschichte in Hamburg und Berlin dafür gewinnen könnte, an mehreren teilnarrativen Interviews während ihrer dreijährigen Polizeiausbildung teilzunehmen und über ihre individuellen Erfahrungen und Eindrücke zu berichten. Nach mehreren Vorgesprächen erklärte man sich bei der Berliner Polizei dazu bereit, diesbezüglich einen konkreten Aufruf per E-Mail vom *Diversity-Büro* der Polizei Berlin über die Leiter:innen der Ausbildungsstätten an alle zu diesem Zeitpunkt registrierten Anwärter:innen aller Laufbahnabschnitte verschicken zu lassen. In dieser E-Mail wurde das Forschungsvorhaben kurz erläutert und die migrantischen Empfänger:innen ausdrücklich darum gebeten, auf freiwilliger Basis

an den Interviews teilzunehmen und anonym von ihren Erfahrungen zu berichten. Diesem Aufruf folgten 25 Personen, wovon schließlich 16 an den Interviews teilnahmen. In Hamburg lief der Zugang aufgrund der örtlichen Nähe etwas anders. Wir wollten die Polizeianwärter:innen persönlich ansprechen und uns und unser Forschungsprojekt vorstellen. Bei diesem Vorhaben waren wir jedoch unter anderem auf die Unterstützung der Ausbildungsleiter:innen des Jahrgangs 2018 angewiesen, uns die Möglichkeit zur direkten Ansprache der Klassen des Laufbahnabschnitts 1 zu geben. Das Projekt und unser Anliegen wurden zunächst in einer internen Dienstbesprechung den Ausbildungsleiter:innen erläutert. Alle Anwesenden waren auch grundsätzlich bereit, uns zu unterstützen, wenngleich in dieser Besprechung bereits deutlich wurde, dass das Forschungsthema und das geplante Vorgehen nicht bei allen Ausbildungsleiter:innen Anklang fand. So gab es viele kritische Nachfragen, beispielsweise danach, wie man sicherstellen könne, dass man nicht »*die falschen Personen*« interviewe und es keine verzerrenden Effekte durch Ausreißer gäbe. Auch wurde die Sorge geäußert, man könne durch die wiederholte Befragung von Auszubildenen auch »*Probleme schaffen, wo vorher keine waren*«, indem man durch suggestiv formulierte Fragen Personen »*übersensibilisiere*« und so Ereignisse und Erfahrungen im Nachhinein umgedeutet werden könnten. Hieraus lässt sich die Vermutung bzw. die Sorge ablesen, die Forschenden verfolgten a priori eine bestimmte Agenda. Selbst nach ausführlichen Erläuterungen zu den konkreten Fragestellungen und elementaren wissenschaftlichen Grundsätzen, auch in zusätzlichen Einzelgesprächen, konnten bis zuletzt nicht alle Lehrenden vollends überzeugt werden. Eine Lehrkraft riet uns in einem persönlichen Gespräch davon ab, eine bestimmte Person zu interviewen, da diese *»keine repräsentativen Aussagen«* tätigen würde und *»persönliche Ressentiments«* hege, woraufhin erklärt werden musste, dass niemand prophylaktisch ausgeschlossen werden kann. Es konnten letztlich alle Ausbildungsklassen besucht werden und es gab keine uns bekannte Vorauswahl durch die Vorgesetzten. Letztlich waren jedoch nur 4 Auszubildende aus diesen Klassen bereit, an den Interviews teilzunehmen, wovon 3 tatsächlich teilnahmen. Ob diese relativ geringe Anzahl im Zusammenhang mit der spürbaren (oder sogar explizit geäußerten) abwehrenden Haltung einzelner Ausbilder:innen stand, bleibt Spekulation.

Auch die Studierenden des Jahrgangs 2018 mit eigener Migrationsgeschichte wurden im Rahmen einer persönlichen Vorstellung in verschiedenen Kursen und Studiengruppen zu Beginn ihres Studiums um Teilnahme gebeten. Zugang zu diesen Gruppen erhielten wir durch persönlichen Kontakt zu

zwei Lehrenden an der Akademie. Infolgedessen nahmen schließlich sieben Studierende an den Interviews teil. Ob des hohen Anteils neueingestellter Polizeianwärter:innen mit Migrationshintergrund von insgesamt knapp 20 % im Ausbildungsjahr 2018 (Mediendienst Integration 2021), hatten wir auf eine höhere Teilnahmebereitschaft gehofft. Nichtsdestotrotz wollten wir nunmehr mit der Durchführung der Interviews beginnen. Jedoch wurden wir im nächsten Schritt von Bedenken des Personalrates in Hamburg im Herbst 2018 vorerst gestoppt. Uns gegenüber wurden vor allem Bedenken bezüglich des Schutzes der Mitarbeiter:innen als Grund genannt. Wieder waren die Zusendung der konkreten Interviewleitfäden sowie ausführliche Erläuterungen zur Anonymisierung der Interviews und persönliche Überzeugungsarbeit durch den Teilprojektleiter nötig, um unser Vorgehen verständlich zu machen.

Im Laufe des Projektes gab es schließlich immer wieder migrantisch-gelesene Polizist:innen in Berlin und Hamburg, die von unserem Forschungsprojekt Notiz nahmen und autark auf uns zukamen, um sich zum Thema des Teilprojektes zu äußern. Bezüglich ihrer intrinsischen Motivation gaben sie verschiedene Begründungen: zum einen waren es öffentliche Debatten zu vermeintlich rassistischer Polizeiarbeit, die sie dazu animierten ihre eigenen Ansichten und Erfahrungen einbringen zu wollen und zum anderen gaben Gesprächspartner:innen an, nicht zu wissen, an wen sie sich sonst mit ihrem Anliegen wenden könnten, ohne als »*Unruhestifter*« zu gelten.

Auch der für die teilnehmenden Beobachtungen notwendige Zugang zu verschiedenen Dienststellen in Hamburg gestaltete sich zunächst schwierig. Offizielle Anfragen bei verschiedenen Dienststellen führten Anfangs nicht zum Erfolg. Als Begründung wurde häufig die hohe Arbeitsbelastung genannt. Jedoch fanden sich schließlich über intensives Netzwerken und persönlichen Austausch wirkungsreiche Fürsprecher:innen aus den Reihen der Polizei, die über berufliche Kontakte Zugänge zu einzelnen Dienststellen ermöglichten. Nach mehreren kürzeren teilnehmenden Beobachtungen stellte sich heraus, dass die Tatsache, dass zuvor bereits andere Dienststellen beforscht wurden, einen Vertrauensbonus an den folgenden Dienststellen mit sich zu bringen schien. Dies galt vor allem dann, wenn sich eine (leitende) Person der zuvor beforschten Dienststelle bei befreundeten Kolleg:innen anderer Dienststellen für einen weiteren Zugang einsetzte. Es kam sogar dazu, dass während einer teilnehmenden Beobachtung an einem Polizeikommissariat in Hamburg ein Dienstgruppenleiter persönlich bei Kolleg:innen von der Kriminalpolizei nachfragte, ob auch dort eine teilnehmende Beobachtung möglich wäre, um auch diesen Bereich in die Betrachtung einbeziehen zu können. So waren im

Zuge eines Schneeballverfahrens über die Dauer des Projektes Beobachtungen an verschiedenen Dienststellen in Hamburg möglich.

Die Länge und Qualität der teilnehmenden Beobachtungen stellten sich im Zuge dessen als weitere wichtige Faktoren heraus. An Dienststellen, an denen ich mehrere Wochen am Stück hospitieren konnte, wurde ich nach einiger Zeit nicht mehr als Fremdkörper, sondern nach Aussagen der Polizist:innen eher als eine Art Praktikantin, die viele Fragen stellt, wahrgenommen. Die Gespräche wurden deutlich offener und die Skepsis der Beamt:innen lies spürbar nach. Dies galt besonders dann, wenn ich während eines mehrwöchigen Hospitationszeitraumes die gesamte Schichtzeit begleiten konnte. Generell lässt sich ein bestimmter Gewöhnungseffekt bei teilnehmenden Beobachtungen auch in anderen Organisationen und Gruppen beobachten dennoch schien hier ein darüberhinausgehendes Gefühl der Vertrautheit insbesondere nach langwierigen oder schwierigen Einsatzerfahrungen und Nachtschichten deutlich zu werden.

Was bereits der Einstieg in die Forschung und der Zugang zum Forschungsfeld deutlich macht, ist eine prävalente organisationsinhärente Skepsis gegenüber wissenschaftlicher Forschung verbunden mit der Vermutung eines grundsätzlich polizeikritischen Ansatzes selbiger. Die Hoffnung, die Befürwortung der Forschungstätigkeit durch die oberste Leitungsebene würde als Türöffner reichen, wurde schnell enttäuscht. Vielmehr ließen einige Kommentare darauf schließen, dass man unsere Forschungstätigkeit mitunter auch als Kontrollmaßnahme von oben missinterpretiert haben könnte.

Häufiger wurden jedoch Aussagen getätigt, die darauf schließen ließen, dass man unser Gesuch als externe Einmischung in interne Belange auffasste. Wenn man von außen drauf schaue, könne man viele Sachen nicht richtig bewerten, erklärten mehrere Polizist:innen im informellen Gespräch. Die Annahme, eine Innensicht sei Grundvoraussetzung für die »richtige« Analyse polizeilichen Arbeitens, zeigt deutlich den Widerspruch zu einer wissenschaftlichen Herangehensweise, bei der es gerade um diese Distanzierung vom Forschungsgegenstand und den Perspektivwechsel geht. Die Befürchtung, missverstanden zu werden und sich aufgrund von Forschungsergebnissen öffentlich rechtfertigen zu müssen, wurde auf Nachfragen wiederholt zum Ausdruck gebracht.

Das Thema der hier beschriebenen Forschung mit Bezug zu Migration und gesellschaftlichem und organisationalem Wandel schien überdies als besonders sensibel bewertet zu werden: ein Themenkomplex, der aufgrund aktueller öffentlicher Debatten um institutionellen Rassismus und Diskriminierung

durch die Polizei eher eine Abwehrhaltung als eine tatsächliche Offenheit dem Thema oder den Forschungsfragen gegenüber provozierte.

4 Misstrauen und Missverständnisse

Es kam immer wieder vor, dass Polizeibeamt:innen sich Gesprächen im Rahmen der Untersuchung gänzlich verweigerten. Man unterstellte uns häufig eine Voreingenommenheit gegenüber der Polizei und vermutete eine gesellschaftspolitische Agenda, gar eine bestimmte Ideologie, hinter der Forschungsinitiative und der damit verbundenen Fragestellung. Diese Erwartungshaltung wurde in der polizeiwissenschaftlichen Literatur schon häufig beschrieben (vgl. z.B. Reichertz 2003, Ullrich 2019). Die Polizei würde *»ungerechtfertigt in ein schlechtes Licht gerückt«*, Aussagen würden *»verdreht«* und auf eine bestimmte (negative) Art interpretiert, so der häufige Vorwurf. Diese Bedenken wurden oft unter Verweis auf Medienberichte und vorherige wissenschaftliche Publikationen geäußert. Auch persönliche Erfahrungen mit Wissenschaftler:innen und wissenschaftlicher Forschung oder interne Erzählungen über solche Erfahrungen wurden als Begründung herangeführt. So wurde an einer Dienststelle davon berichtet, dass sich Forschende bei einer vorangegangenen teilnehmenden Beobachtung sehr herablassend verhalten und ihnen bzw. ihren Kolleg:innen die Worte im Munde verdreht und eine klare aktivistische Motivation gezeigt hätten. Die Beamt:innen gaben an eine klare Voreingenommenheit wahrgenommen und aufgrund dessen starke Antipathien den Forschenden gegenüber entwickelt zu haben. Dies habe auch damit zu tun gehabt, dass die Forschenden von vornherein *»eine überhebliche und sehr belehrende Art«* an den Tag gelegt hätten. An einigen Dienststellen kam es aber auch zu Grundsatzdiskussionen zum Verständnis von Wissenschaft und ihrem Nutzen für die Polizei, bei der unter anderem deutlich wurde, dass Missverständnisse und Kontrollbefürchtungen vor allem darauf zurückzuführen sind, dass ein Bewusstsein dafür fehlt, dass die der Wissenschaft zugrundeliegende Logik eine grundsätzlich andere ist als die einer polizeilichen Vorgehensweise bei Ermittlungen oder ähnlichem. Bei letzterem gilt es, einen Sachverhalt aufzuklären, Verdachtsmomenten nachzugehen, Beweise und Indizien zu sammeln, um am Ende die konkrete Tat einem oder mehreren Beschuldigten nachweisen zu können. Diese Herangehensweise ist Polizeibeamt:innen vertraut. Indes bei wissenschaftlicher Erkenntnissuche Muster und Phänomene beschrieben und Sinnzusammenhänge erörtert werden,

während die Frage von Täterschaft und Schuld keine Rolle spielt bzw. spielen sollte. Problematisch scheint, dass nicht selten die berufstypische Logik auf Gesprächssituationen mit Forschenden übertragen wird.

Auffällig war, dass viele Gesprächspartner:innen in informellen Gesprächen bereit waren, deutlich mehr preiszugeben als in den Interviews selbst. Oft hatten sie Sorge, sie könnten für bestimmte Aussagen *»Probleme kriegen«*, wollten nichts *»Falsches«* oder *»politisch Unerwünschtes«* sagen oder der offiziellen Linie der Polizeiführung widersprechen. Keinesfalls wollten sie der Reputation der Organisation schaden. In Berlin zeigte man sich in den Interviews jedoch generell etwas kritischer der eigenen Organisation und Kolleg:innen bzw. Vorgesetzten gegenüber. Dies könnte im externen Status der Forschenden begründet liegen oder in den zu diesem Zeitpunkt noch sehr aktuellen öffentlichen Debatten über die steigende Diversität und den damit angeblich einhergehenden Problemen in den Ausbildungseinrichtungen der Berliner Polizei, ausgelöst durch die Veröffentlichung einer Sprachnachricht[4]. Dieser medial vielbeachtete Vorfall sorgte auch intern für eine große Kontroverse, wie mehrere Berliner Polizist:innen erklärten.

5 Wenn sich Befragte wie Verhörte fühlen

Nicht nur das Erkenntnisinteresse wissenschaftlicher Forschung unterscheidet sich grundsätzlich von polizeilicher Praxis auch Gesprächssituationen könnten fehlinterpretiert werden. Zurückkommend auf die in ähnlicher Form häufig gestellte Frage, ob das qualitative Interview eine Art Verhör darstelle, sollten die Befragungssituation und der Erfahrungshintergrund der involvierten Personen an dieser Stelle etwas näher beleuchtet werden. Während eines sozialwissenschaftlichen Studiums wird das Interview in unterschiedlichen Formen als Standardmethode zur Datengewinnung gelehrt. Dabei geht es grundsätzlich um die Erforschung eines bestimmten Sonderwissens. In dieser Situation kann, vor allem dann, wenn die interviewende Person wie im vorliegenden Kontext als Laie wahrgenommen wird, tendenziell ein hierarchisches Gefälle zugunsten des Interviewten bestehen (Vogel 1995: 80),

4 Siehe Medienberichte, wie z.B.: https://www.tagesspiegel.de/berlin/ausbilder-klagt-uber-zustande-an-berliner-polizeiakademie-5176528.html, https://www.welt.de/politik/deutschland/article170317122/Jetzt-sprechen-Berliner-Polizeischueler-ueber-die-Skandal-Akademie.html.

worüber sich die interviewende Person jedoch im Vorfeld klar sein sollte und dies auch für ein möglichst produktives Outcome nutzen kann (Abels/Behrens 1998: 86).

Im polizeilichen Kontext gehören Befragungssituationen ebenfalls zum Berufsalltag. Sowohl im Bereich Gefahrenabwehr als auch bei der Kriminalitätsbekämpfung werden durch Befragungen Sachverhalte und Zusammenhänge *erforscht*. Diese Art der Befragungssituation fußt in der Regel ebenfalls auf einer gewissen Hierarchie hier jedoch eher zugunsten der fragenden Person aufgrund der formal-strukturellen Rahmenbedingungen und ihres professionellen Wissens. Dieser spezifische Erfahrungshorizont könnte auch bei der Durchführung von Interviews mit Polizist:innen eine Rolle spielen. Schließlich wird die Befragungssituation im Zuge wissenschaftlicher Erhebungen aus der Perspektive der befragten Polizist:innen umgekehrt. Nunmehr könnten bestimmte Rollenerwartungen darin resultieren, dass sich Polizist:innen nicht in der vermeintlich stärkeren Position der fragenden, sondern in der aus ihrer Sicht vermeintlich schwächeren Position der befragten Person wähnen. Dies könnte zusätzlich Abwehrreaktionen und Handlungsunsicherheiten verstärken. Wenn man dies jedoch bei der Konzeption der Interviews mitdenkt, könnte dem vorgebeugt werden. Im Rahmen der hier beschriebenen Forschung konnte die Erfahrung gewonnen werden, dass ein oder sogar mehrere informelle Vorabgespräche mit Erklärungen zu Ablauf, Inhalt und Hintergrund des Gesprächs, sowie die Wahl neutraler Orte und die Herstellung einer möglichst natürlichen und symmetrischen Gesprächssituation hilfreich sein können.

6 Fazit

Während dieser sehr intensiven dreijährigen Forschungstätigkeit wurde immer wieder deutlich, dass viele Polizist:innen Forschung grundsätzlich kritisch gegenüberstehen. Die Annahme, Außenstehende könnten routinierte Abläufe, Aussagen und Handlungen missverstehen oder gar voreingenommen sein, ist allgegenwärtig.

Aus den Erfahrungen unseres Forschungsprojektes lassen sich jedoch einige Faktoren ableiten, die dem zumindest teilweise entgegenwirken können.

Insbesondere die Dauer der von uns durchgeführten Forschung stellte sich als großer Vorteil für die Qualität der Ergebnisse heraus. So konnten teilnehmende Beobachtungen über mehrere Wochen in einem Schichtverbund

durchgeführt werden, was einen starken Akzeptanz- und Vertrauenseffekt an den beforschten Dienststellen bewirkte und einen unverstellten Einblick und offene Gespräche ermöglichte. Ebenso führte die Tatsache, dass mit vielen Gesprächspartner:innen mehrere Interviews und informelle Gespräche stattfinden konnten, zu einer sehr förderlichen Vertrautheitsbasis. Der Faktor Zeit sollte deshalb bei zukünftigen polizeiwissenschaftlichen Forschungsvorhaben berücksichtigt werden. Zeitintensive erklärende Vorgespräche sowie informelle Einzel- und Gruppendiskussionen zum Forschungsthema selbst oder zum Sinn und Zweck von Forschung allgemein erwiesen sich als gute Tools für den Zugang zu internen Narrativen und persönlichen Befürchtungen. Auch ein unvoreingenommenes, offenes Auftreten der Forschenden im Feld ist elementar, um interpersonelle Zugänge zu eröffnen. Es kann sich lohnen das eigene Rollenverständnis und die wissenschaftliche Motivation darzulegen und so Vorurteilen und Bedrohungsgefühlen aktiv entgegenzuwirken.

Die Einsichten dieses Forschungsprojektes zeigen, dass gerade die ethnographische Feldforschung obwohl sie zunächst auf große polizeiinterne Skepsis stößt, es vermag Vertrauen aufzubauen und Kooperation zu fördern. Mehr noch: das aufrichtige Interesse am Arbeitsalltag der Polizist:innen, insbesondere ihrer Anliegen, Motive und Narrative sowie den Gründen für etwaige Unzufriedenheit und Frust, schaffte eine gute Basis für offene Gespräche. So konnte die Qualität der Forschungsdaten beträchtlich erhöht werden.

Letztlich ist aber auch die öffentliche und interne Kommunikation darüber, was Forschung ist und wozu sie dient bzw. nicht dient, ausschlaggebend für das Gelingen zukünftiger empirischer Erforschung der Polizei und ihrer Arbeit. Der Grund für die große Skepsis liegt aus meiner Sicht auch in einem fehlgeleiteten Verständnis von wissenschaftlicher Forschung. Dieses speist sich einerseits aus der Projektion eigener berufstypischer Logiken und andererseits aus der von Politiker:innen, Medienvertreter:innen, Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen selbst öffentlich kommunizierten Annahme, Wissenschaft könne bezüglich vermeintlicher struktureller Probleme in der Polizei als Instanz zur Kontrolle und gesellschaftspolitischer Intervention dienen und somit als Schlüssel zur Reformierung der Polizei beitragen. Auch die Polizei selbst äußert immer wieder die Forderung, Polizeiforschung müsse Praxisrelevanz entfalten und konkrete Handlungsempfehlungen produzieren und so auch aktiv zur Entwicklung der Organisation beitragen. Diese Haltung führt wie beschrieben einerseits zu Abwehrhaltungen der Beforschten die sich von »oben« oder von außen kontrolliert fühlen und andererseits macht es wis-

senschaftliche Forschung zum Machtinstrument. Aus unseren Erfahrungen lässt sich schließen, dass die Befürwortung der Polizeiführung als Türöffner deshalb längst keinen Automatismus darstellt. Vielmehr waren es einzelne Führsprecher in Form von Schlüsselfiguren aus den eigenen Reihen die initiale Feldzugänge öffneten. Diese ließen sich wiederrum durch »*Bewährung*« in Form von neutralen oder positiven Begegnungen und daraus resultierenden Weiterempfehlungen noch deutlich ausweiten.

Die Rolle wissenschaftlicher Forschung als mögliche Unterstützung bei polizeilichen Reflexions- und Wandelprozessen sollte aus meiner Sicht klarer herausgearbeitet werden.

Ein intensivierter Austausch zwischen Forschenden und Praktiker:innen über Möglichkeiten und Grenzen wissenschaftlicher Forschung insbesondere in Bezug auf organisationales Lernen und Weiterentwicklung sollte dringend weiter gefördert werden.

Literatur

Abels, Gabrielel/Behrens, Maria (1998): ExpertInnen-Interviews in der Politikwissenschaft. Das Beispiel der Biotechnologie. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Jg. 27, H. 1, S. 79–92.

Behr, Rafael (2006): Polizeikultur: Routinen – Rituale – Reflexionen. Bausteine zu einer Theorie der Praxis der Polizei. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Behr, Rafael (2008): Cop Culture. Der Alltag des Gewaltmonopols: Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei. 2. Auflage. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Behr, Rafael/Molapisi, Annelie (2022): »In der Polizei sind wir uns eigentlich sehr ähnlich«: Eine hermeneutische Rekonstruktion der Hoffnungen, Erwartungen und Realitäten im Kontext einer Integration von Personen mit Migrationsgeschichte in die Polizei. In: In: Vera/Behr/Brussig/Weiß (Hg.): Migration und Polizei. Auswirkungen der Zuwanderung auf die Organisation und Diversität der deutschen Polizei. Sicherheit. Polizeiwissenschaft und Sicherheitsforschung im Kontext/11, Nomos Verlag, Baden-Baden.

Behr, Rafael/Molapisi, Annelie (2022): Im Scharnier. Migrantische Polizist:innen als Vermittler zwischen den Kulturen. In: Dr. Omar Khaled Sahrai (Hg.): Diversität für die Polizei. Polizei. Wissen. Themen polizeilicher Bildung, Jahrgang 5, Ausgabe 2/2021, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2022.

Bergmann, Jens (2019): Polizeiliche Transparenztaktiken und die Flexibilität einer Normim organisatorischen Alltag. In: August/Osrecki (Hg.): Der Transparenz-Imperativ. Normen-Praktiken-Strukturen. Springer VS, Wiesbaden, S. 141–169.

Bettermann, Ulf (2015): »Lässig bleiben?« Respektlosigkeiten und Autoritätsverlust im Erleben von uniformierten Streifenpolizistinnen und -polizisten. In: Frevel/Behr (Hg.): Die kritisierte Polizei. Empirische Polizeiforschung XVII, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt.

Jacobsen, Astrid (2005): Die gesellschaftliche Wirklichkeit der Polizei. Eine empirische Untersuchung zur Rationalität polizeilichen Handelns. Dissertation, Bielefeld.

Jacobsen, Astrid/Bergmann, Jens (2022): Vor der Erhebung. Ein Essay über Forschungszugänge in die Polizei. In: Die Polizei. Fachzeitschrift für die Öffentliche Sicherheit mit Beiträgen aus der Deutschen Hochschule der Polizei. 2/2022, S. 52–53.

Graevskaia, Alexandra et al. (2021): Polizei und Migration: Jenseits von Rekrutierung und Weiterbildung. In: IAQ-Report. Online unter: https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:464-20210406-090948-5.

Grutzpalk, Jonas et.al. (2018): Polizei und Wissenschaft – eine kritische Standortbestimmung. Initiative Polizei in der Wissenschaft. In: Lange, Hans-Jürgen/Wendekamm, Michaela (Hg.). Die Verwaltung der Sicherheit. Theorie und Praxis der Öffentlichen Sicherheitsverwaltung, VS, Wiesbaden, S. 257–274.

Howe, Christiane (2019): Lobbyieren polizeiinterner Veränderungsprozesse. Skizzen einer ethnografischen Praxisforschung bürgernaher, präventiver Polizeiarbeit. In Howe/Ostermeier (Hg.): Polizei und Gesellschaft: Transdisziplinäre Perspektiven zu Methoden, Theorie und Empirie reflexiver Polizeiforschung, Springer Fachmedien, Wiesbaden, S. 131–153.

Kühne, Eberhard/Liebl, Karlhans (Hg.) (2021): Polizeiwissenschaft: Fiktion, Option oder Notwendigkeit? Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M.

Liebl, Karlhans (2008). Die Polizeiforschung in Deutschland. Ein Forschungsüberblick, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2), S. 59–70.

Mediendienst Integration (2021): Mehr Vielfalt bei der Polizei. Online verfügbar: https://mediendienst-integration.de/artikel/mehr-vielfalt-bei-der-polizei.html (letzter Zugriff: 26.09.2022)

Meißelbach, Christoph (2022): Vorzüge und Herausforderungen von eingebetteter Polizeiforschung. In: Polizeiakademie Niedersachsen (Hg.), Tagungsband Kongress Netzwerk Demokratische Polizei: Forschung, Bildung, Praxis im gesellschaftlichen Diskurs, S. 160–175.

Mokros, Reinhard (2015): Kriminologisch-polizeiwissenschaftliche Arbeitspapiere der Ruhr-Universität Bochum: Polizeiwissenschaft und Polizeiforschung in Deutschland. Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme. 3. Auflage, Felix-Verlag, Holzkirchen/Obb.

Mokros, Reinhard (2009): Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie. Band 11: Polizeiforschung für Studium und Praxis. VDP, Hilden.

Molapisi, Annelie/Behr, Rafael (2019): Polizeibeamt*innen mit Migrationsgeschichte in der Phase der beruflichen Sozialisation – aktuelle Befunde. In: Groß/Schmidt (Hg.): Empirische Polizeiforschung XXIII. Polizei und Migration. Bnd. 26, Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 160–178.

Nägel, Christof/Vera, Antonio (2020): Police science as an emerging scientific discipline. International Journal of Police Science & Management 22, S. 242–252.

Ohlemacher, Thomas (2015): Mehr Polizeiforschung – weniger Polizeiwis- senschaft. In: Polizei & Wissenschaft, Heft 1, S. 42–46.

Ohlemacher, Thomas (2010): Empirische Polizeiforschung 1999–2009: Einfach klasse, schlicht Masse oder marginal erfolgreich. In: Groß, Hermann et al. (Hg.): Polizei – Polizist – Polizieren? Überlegungen zur Polizeiforschung; Festschrift für Hans-Joachim Asmus, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M. S. 1–14.

Reichertz, Jo (2013): Hermeneutische Polizeiforschung, in: Möllers, Martin/van Ooyen, Robert (Hg.): Polizeiwissenschaft. Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M, S. 69–101.

Reichertz, Jo (2003): Empirisch-wissensoziologische Polizeiforschung in Deutschland. In: Hans-Jürgen Lange (Hrsg): Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der Inneren Sicherheit (Studien zur Inneren Sicherheit 4), Leskre & Budrich, Opladen, S. 413–425.

Rose, Carsten/Schönrock, Sabrina/Durben, Friedl (2021): Kongress Netzwerk Demokratische Polizei. Forschung, Bildung, Praxis im gesellschaftlichen Dialog. Polizeiakademie Niedersachsen, Hannover.

Theriault, Barbara (2013): The Cop and the Socialist. Investigating Diversity In German Police Forces. transcript Verlag, Bielefeld.

Ullrich, Peter (2019): Polizei im/unter Protest erforschen: Polizeiforschung als Entdeckungsreise mit Hindernissen. In: Howe/Ostermeier (Hg.): Polizei und Gesellschaft. Springer Fachmedien, Wiesbaden, S. 155–189

Vogel, Berthold (1995): »Wenn der Eisberg zu schmelzen beginnt…« – Einige Reflexionen über den Stellenwert und die Probleme des Experteninterviews in der Praxis der empirischen Sozialforschung. In: Christian Brinkmann, Axel Deeke & Brigitte Volkel, (Hg.): Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. S. 73–84.

Weiß, Anja, Antonio Vera, Martin Brussig & Rafael Behr (2022): Auswirkungen von Migration auf die Organisation und Diversität der Polizei: Eine Einführung. In: Vera/Behr/Brussig/Weiß (Hg.): Migration und Polizei. Auswirkungen der Zuwanderung auf die Organisation und Diversität der deutschen Polizei. Sicherheit. Polizeiwissenschaft und Sicherheitsforschung im Kontext/11, Nomos Verlag, Baden- Baden.

›Interkulturelle Kompetenz‹ in der Polizei erforschen

Von Zugängen und Hürden, ›kurzen‹ und ›langen‹ Dienstwegen‹

Kristin Weber

1 Einführung

Die Erforschung der Institution Polizei und auch der Zugang zu dieser wird von Vertreter:innen der Wissenschaft mitunter noch immer als komplex, hürdenhaft, limitiert und von Skepsis begleitet (vgl. Ullrich, 2019, 155) oder gar »forschungsfeindlich« (Behr 2002) beschrieben. Der Polizei werden u.a. »hohe Zugangsbarrieren« (Ullrich, 2019, 156), ein »Misstrauen gegenüber der Forschung« (ebd. 156) oder eine sog. »Wissenschafts-Firewall« (Herrnkind & Schöne 2021) zugeschrieben. Andere Wissenschaftler sprachen in der Vergangenheit von der Polizei als eine für die Forschung »hermetische Institution« (Busch et al., 1988, 35). Dieser sogenannte ›verschlossene Zustand‹ hat sich im Laufe der Jahrzehnte verändert und die Polizei ist »inzwischen in vielen Bereichen wissenschaftsoffener« (Kemme et al., 2022, 140) geworden. Dennoch wird der Zugang von Externen weiterhin als »mühsam« (Kreissl 2021, 366) empfunden. Zurückzuführen ist dieser Öffnungsprozess gegenüber diversen Themen u.a. auf die Entwicklung der Empirischen Polizeiforschung[1] und dem Wechselspiel zwischen der Forschung *über* und *für* die Polizei im Spiegel der Zeit (vgl. Ohlemacher, 1999, 2). Diese Öffnung ist aber auch das Resultat von »Akademisierung und [...] Reform der Polizeiausbildung« (Kemme et al., 2022, 140). Diese beiden Aspekte lassen sich u.a. auch in der Entstehungsgeschichte der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) sowie dem Aufbau

1 Polizeiforschung widmet sich sowohl der Erforschung von polizeirelevanten Themen, als auch der Polizei »*als Untersuchungsgegenstand*« (Kemme et al. 2022, 141).

und der Weiterentwicklung des Masterstudiengangs »Police Management« und der Möglichkeit für Polizist:innen zur dortigen Promotion wiederfinden.[2]

Dennoch ist dieser Prozess noch nicht abgeschlossen: So sprach Behr (2002) vor 21 Jahren der Polizei zu, sich zwar gegenüber des Erforscht Werdens geöffnet zu haben, doch sich dem »ungehinderten sozialwissenschaftlichen Durchdringungswunsch« (Behr 2002) noch verwehrt zu haben (vgl. ebd.). Trotz der Öffnung der Polizei gegenüber der Forschung haben es Anfragen, die sensible Themen behandeln, noch immer schwer, nicht von der Polizei abgewiesen zu werden (vgl. Behr, 2006, 17). Dieses bezieht sich insbesondere auf »Themen, die wenig prestigesteigernd oder gar als das Betriebsklima gefährdend empfunden werden« (Behr, 2006, 17) oder »das Bild bzw. den Ruf der Organisation in Frage« (Kemme et al., 2022, 140) stellen könnten. Nichts desto trotz ist das Interesse an der Polizei als Forschungsgegenstand, gleich ihrer Zugangshürden, groß. Dieses zeigt sich z.B. an der Etablierung des interdisziplinären Arbeitskreises Empirische Polizeiforschung im Jahr 2012, oder der Entstehung wissenschaftlicher Zeitschriften, wie z.B. Polizei & Wissenschaft (vgl. Reicherts, 2003, 48). Aber auch an der Zunahme von Forschungsprojekten aus dem Bereich der kritischen Polizeiforschung, wie bspw. »MEGAVO: Motivation, Einstellung & Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten«[3] und »KViAPOL: Körperverletzungen im Amt durch Polizist*innen«[4]

---

2 Zur Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der DHPol wird auf die Homepage der DHPol verwiesen: https://www.dhpol.de/die_ hochschule/wir_ueber_uns/entwicklung-der-dhpol.php. Die DHPol versteht sich u.a. als »das wichtigste Forum zwischen Wissenschaft und Praxis zur Diskussion polizeilicher Fragen in Deutschland […] [wirkt] maßgeblich an der systematischen Entwicklung der Polizeiwissenschaft in Forschung, Lehre und Studium […] [mit]« (https://www.dhpol.de/die_ hochschule/wir_ ueber_uns/leitbild.php) und legt großen Wert auf die »Verzahnung von Praxis und Theorie« (ebd.).

3 Forschungsprojekt der DHPol. Gefördert vom BMI (2021–2024).

4 Forschungsprojekt des DFG und der Ruhr-Universität Bochum. Im Rahmen dieses Projektes ist es sowohl innerhalb der Polizeien, Politik als auch der Wissenschaft zu kontroversen Diskussionen gekommen. Insbesondere seitens der Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz kam es zu einer ablehnenden Kampagne gegen diese Studie. Darauf folgten diverse Reaktionen u.a. eine Stellungnahme des Arbeitskreises Empirische Polizeiforschung. Für weitere Informationen siehe: https://kviapol.rub.de/images/pdf/KviAPOL_Stellungnahme_final.pdf und https://empirische-polizeiforschung.de/wp/wp-content/uploads/2021/02/Stellungnahme_des_Arbeitskreises_Empirische_Polizeiforschung_zur_Kritik_der_Hochschule_der_Polizei_Rheinland-Pfalz_am_Forschungsprojekt_KViAPol1.pdf.

aufzeigen. Auch ist das »Reflexionsniveau der forschungsbasierten Selbstbeobachtung innerhalb der Polizei gewachsen« (Kreissl 2021, 366). Gemäß Kreissl (2021) hat sich die Polizei durch »Professionalisierung, Spezialisierung und Differenzierung [...] verändert und es sind neue Fragen und Themen der Polizeiforschung auf der Agenda nachgerückt« (ebd., 366). Auch das Projekt »ZuRecht: Die Polizei in der offenen Gesellschaft«[5], welches seinen Fokus in einem Teilarbeitsbereich auf die Erforschung von ›Interkultureller Kompetenz‹[6] (›IK‹) in der Aus- und Fortbildung der Polizeien von Bund und Ländern legt, zeigt dass das Interesse an der Forschung *über* und *mit* der Polizei[7] nach wie vor groß ist. Im Rahmen letztgenannter Forschung sind Expert:inneneninterviews mit Verantwortlichen, Trainer:innen und Teilnehmer:innen von ›IK‹-Seminaren, teilnehmende Beobachtungen von ›IK‹-Lehrmaßnahmen, Konzeptanalysen von Lehrplänen, Modulhandbüchern, Lehrmaterialien und ›IK‹-Konzepten sowie eine Fragebogenerhebung[8] bei Teilnehmenden von ›IK‹-Seminaren durchgeführt worden. Ziel dieser Forschung ist eine Bestandsaufnahme, wie ›IK‹ in die polizeiliche Aus- und Fortbildung eingebaut wird und welchen Weiterentwicklungsbedarf es an dieser Stelle gibt, um anschließend Handlungsempfehlungen für die Praxis herauszugeben.

Der Zugang von Wissenschaftler:innen zur Institution Polizei ist mitunter nicht einfach gestaltet, insbesondere, da die Polizei vom Föderalismus geprägt ist. Dieser schlägt sich auch auf den Zugang zu den Polizeien von Bund und Ländern nieder. Er erzeugt heterogene Voraussetzungen und Hürden für Forscher:innen: bspw. das erneute Herantragen von Forschungsanfragen über zentrale Forschungsstellen oder das Durchlaufen mehrerer Hierarchieebenen bis eine positive oder negative Entscheidung bezüglich des Forschungsvorhabens gefallen ist. Als Forscher:in bewegt man sich zudem in der Institution Polizei stets – und nicht nur beim Thema ›IK‹ – in einem

---

5 Gefördert durch die Stiftung Mercator.

6 Der Begriff ›Interkulturelle Kompetenz‹ wird innerhalb der Polizeien von Bund und Ländern als Arbeitsbegriff verwendet.

7 Die Frage danach, ob Polizeiforschung *für* oder *über* die Polizei arbeite, behandelte u.a. Reicherts (2003) ausführlich. Da ein Schwerpunkt des Projektes die Aufstellung von Best Practice-Ansätzen und die Weiterentwicklung von ›IK‹-Lehrmaßnahmen ist, handelt es sich bei diesen Teilarbeitsbereich des Projektes sowohl um die Forschung *über*, als auch *für* die Polizei.

8 Die Fragebogenerhebung fand zu drei Zeitpunkten statt: Vor Beginn und nach Beendigung der ›IK‹-Schulung, sowie sechs Monate nach der ›IK‹-Lehrmaßnahme, wenn die Teilnehmenden Praxiserfahrungen machen konnten.

sensiblen Spannungsfeld von Neugier und Skepsis, Kooperationsbemühen und Kooperationshürden, sogenannten ›langen‹ und ›kurzen‹ Dienstwegen, bürokratischen Vorgängen und der Wahrung von Hierarchien. Oftmals gleicht der Weg in die Institution Polizei einer Berg- und Talfahrt, wenn es darum geht überhaupt Zugang zu erhalten. Nicht jede Anfrage ist von Erfolg gekrönt; je sensibler das Thema, desto schleppender können Antwortresonanzen u.U. ausfallen. Sensible Forschungsthemen können einerseits bei der Polizei Unsicherheiten und andererseits auch Ablehnung, oder gar die »Abschottung des Feldes Polizei gegenüber [der] Wissenschaft« (Herrnkind & Schöne, 2021, 201) hervorrufen. Ablehnung insbesondere dann, wenn Themen bereits medial negativ konnotiert sind, wie bspw. Racial Profiling[9]. Auch das Thema ›IK‹ ist kein einfaches, sondern ein sensibles Thema. ›Interkulturelle Kompetenz‹ ist u.a. eng mit Sensibilisierung, Prävention und dem Abbau von Stereotypen, Vorurteilen, Diskriminierung und Rassismus, aber auch mit dem Verständnis für die Diversität der Gesellschaft, sowie Selbst- und Fremdreflexion verbunden, um nur einige Eckpunkte von ›IK‹ zu benennen.

Während der Forschungsanfragen ist das Thema ›Rassismus in der Polizei‹ sowie ›rassistische Chatgruppen‹ medial diskutiert worden und rief z.T. heterogene Resonanzen auf die Anfrage des Projektes hervor. Man kann also sagen, dass Forschungsanfragen zu sensiblen Themen einerseits Dilemmata für die Forschung hervorrufen. Andererseits birgt die Erforschung solcher Themen für die Polizei aber auch Potenziale. Sie bergen somit die Möglichkeiten zur Optimierung und der Weiterentwicklung des Status quo. Insbesondere der Blick von externen Forscher:innen und die Teilnahme an Evaluationen kann für die Polizei fruchtbare Ergebnisse produzieren. Dadurch können Defizite aufgedeckt und Verbesserungsmöglichkeiten eröffnet werden. Sie können den Anspruch der Professionalisierung, die Akademisierung, sowie die Öffnung der Polizei gegenüber der Diversität der Bevölkerung noch weiter vorantreiben. Letzteres kann dann zu Veränderungsprozessen der Polizei(en) von Bund und Ländern führen.

Von diesen heterogenen Forschungserfahrungen, Hürden und Potenzialen bei der Forschung *über*, *für* und auch *mit* Polizei(en) möchte dieser Beitrag

---

9 Bundesinnenminister Seehofer lehnte die Initiierung einer solchen Studie ab, da »es kein strukturelles Problem« (Nabert/Bewarder 20.08.2021) in dieser Hinsicht gebe. Sowohl das Projekt »DeWePol« als auch »MEGAVO« haben innerhalb der Polizeien und auch der Gewerkschaften Kritik und Ablehnung erfahren (siehe Stellungnahme des Forscher:innenteams DeWePol, 22.12.2021).

berichten. Nächstfolgend soll ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Polizeiforschung in Deutschland gegeben werden.

2 Empirische Polizeiforschung in Deutschland im Spiegel der Zeit

Die Polizeiforschung in Deutschland ist, gemäß Ohlemacher (1999), eine junge Forschungsdisziplin (vgl. Ohlemacher, 1999, 5). Der Auftakt dieser Forschung fand in den 1960er Jahren statt, in denen Wissenschaftler:innen »polizeiliches Handeln und dessen Folgen« (ebd., 5) erforschen wollten (vgl. ebd. S. 5). Insbesondere Feest/Blankenburg (1972) widmeten sich in ihrer kritischen Forschung, welche heute als ›Klassiker‹ der empirischen Polizeiforschung gilt (vgl. Ohlemacher, 1999, 5), der Deutungsmacht der Polizei, sowie der Selektivität polizeilichen Handelns bei der Strafverfolgung (Feest, 2020, 2). Zuvor haben sich Forscher:innen hauptsächlich mit der »Optimierung der Verbrechensbekämpfung« (Ohlemacher, 1999, 2) beschäftigt. Durchgeführt sind diese Forschungen vermehrt von polizeiinternen Wissenschaftler:innen oder von der Polizei beauftragten externen Forscher:innen (vgl. ebd. 2). Bei den zuletzt erwähnten handelte es sich um ein Forschen »für die Polizei« (Reichertz, 2002, 30). Grundsätzlich ist die Institution Polizei zu dieser Zeit für Sozialwissenschaftler:innen sog. unbekanntes Terrain gewesen (vgl. Reichertz, 2002, 29. Funk, 1990, 105). Funk erläutert »von 624 in der Dokumentation des Informationszentrums Sozialwissenschaften und der kriminologischen Zentralstelle erfaßten Forschungsprojekte für die Jahre 1980 bis 86 auf dem Gebiet der Kriminologie bezogen sich gerade sechs direkt auf die Polizei« (ebd. S. 106. Sowie Informationszentrum Sozialwissenschaften 1988) und zwei davon taten dieses im Auftrag des BKA (vgl. Funk 1990., 106. Vgl. Kemme et al. 2022, 143). Die Dokumentation von kriminologischer Forschung des Informationszentrum Sozialwissenschaften bestätigt die Aussage von Funk, dass die Polizei einst »terra incognita« (Funk, 1990, 105) gewesen ist. Hinzu kommt, dass es »die Polizei […] [zu dieser Zeit] immer wieder verstanden [hat], sich die vermeintlich schlecht gesonnenen Sozialwissenschaftler vom Leibe zu halten« (Reichertz, 2002). War der Zugang zur Polizei (als Forschungsobjekt) für externe Wissenschaftler:innen möglich, so mussten sie zumeist mit veralteten Daten arbeiten, oder sind mit »offiziellen Verlautbarungen (Interviews), simulierten polizeilichen Handeln [und/oder] mit einer Fülle von Statistiken abgespeist« (ebd. 30) worden. Interne Forscher:innen hatten es dagegen leichter Informationen zu erhalten oder Daten bereitgestellt zu bekommen (vgl. ebd. 30).

Im Nachgang kritischer Polizeiforschung wie Feest/Lautmann (1971)[10] und Brusten/Feest/Lautmann (1975) feststellten, zeigte sich, dass sich die Polizei zum einen von diesen Forschungen distanzierte, sie sogar ablehnten und zum anderen der Zugang zur Polizei als Forschungsobjekt weiter erschwert wurde (vgl. Ohlemacher, 1999, 7). Ergebnis dieser ist die Entwicklung eines Forschungsmisstrauens (vgl. Mokros 2009, 26). Doch eher könnte man von einem gegenseitigen Misstrauen sprechen, dass zwischen Polizei und Wissenschaft vorgeherrscht hat und so sei der Polizei vorgeworfen worden »Einfluss auf die Wissenschaft gewinnen und sie benutzen« (Schenk, 1998, 139) zu wollen. Das gestörte Verhältnis zwischen Wissenschaft und Polizei wieder herzustellen, hat anschließend 20 Jahre gedauert (vgl. Feltes, 2005, 1). Ab Ende der 80er Jahre verlagerte sich die Erforschung der Institution Polizei wieder verstärkt in den Mittelpunkt (vgl. Ohlemacher, 1999, 2). Unter anderem ist dabei der Themenschwerpunkt »neue empirische Polizeiforschung« (ebd., 2) entstanden. Zu einer »Etablierung externer Forschung« (Kemme et al., 2022, 143) ist es bis zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht gekommen (vgl. ebd. 143). Dominierend im Bereich der empirischen Polizeiforschung ist, dass im Jahr 1973 gegründete, Kriminalistische Institut des BKA gewesen (vgl. ebd. 143). Bis Anfang der 90er Jahre beschränkte sich die Forschung somit auf »Kriminalitätsbekämpfung« (Ohlemacher et al., 2003, 381) durch »Angestellte der polizeilichen Forschungsstellen« (ebd. 381), die hauptsächlich mit polizeilichen Sekundärdaten arbeiteten (vgl. ebd., 381). Liebl (2008) konstatiert, dass es ab »Mitte der 90er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland zu einer neuen Renaissance [der Polizeiforschung]« (Liebl 2008, 59) gekommen ist, in deren Nachgang bspw. die Universität Essen die (hermeneutische[11]) Polizei-

10 Brusten stellte in dem Sammelband fest, dass Personen aus schwächeren gesellschaftlichen Schichten aufgrund von »polizeilichen Selektionsmechanismen systematisch benachteiligt würden« (Brusten,1971 nach: Ohlemacher, 1999, 7). Ebenso würden Beamte unter einer sogenannten Statusunzufriedenheit (ebd.) leiden, da der Polizeiberuf »im Ansehen der Öffentlichkeit im allgemeinen (sic!) deutlich niedriger eingestuft [würde] als dies nach Ansicht der Beamten gerechtfertigt erscheint« (Brusten, 1971, 51).

11 Jo Reichertz initiierte die hermeneutisch-wissenssoziologische Polizeiforschung an der Universität Essen, deren Schwerpunkte in aller Kürze wie folgt zusammenfassen lassen: Es handelt sich um eine »Rekonstruktion der strukturellen Probleme, die alle Polizisten ›lösen‹ müssen, wenn sie in einem bestimmten Feld als Polizisten handeln (im Übrigen unabhängig davon, ob sie von diesen Problemen wissen), und […] es geht um die durch diesen Handlungsrahmen eröffneten (aber auch verschlossenen) Handlungsmöglichkeiten zur ›Lösung‹ dieser Probleme« (Reichertz & Schröer, 2003, 23).

forschung als einen Schwerpunkt ihrer Forschung ausgebaut hat (vgl. ebd., 59). Eine Entwicklung der 90er Jahre ist auch die Initiierung von interner und »institutionskritische[r]« (Ohlemacher, 1999, 2) Forschung in polizeilichen Bildungseinrichtungen und Forschungsstellen gewesen (vgl. ebd. 2). Interessant ist, dass es in den 90er Jahren zu einer Umkehr, der in den 60er Jahren festgestellten Forschungsschwerpunkten und Zuständigkeiten gekommen ist: Der interne Blick richtete sich auf die eigene Organisation, sowie das »[Verhältnis von] Polizei [und] Öffentlichkeit« (Ohlemacher et al., 2003, 381). Während sich externe Forscher:innen dem Feld der »Verbrechensbekämpfung […] unter anderen Fragestellungen« (ebd. 381) angenommen haben (vgl. ebd. 381). Ebenfalls wurde vermehrt die Auftragsforschung kritischer Themen[12], wie bspw. die »Arbeitszufriedenheit« (ebd., 2) von Polizeibeamt:innen betrieben (vgl. ebd.,2). Lange (2003) konstatiert, dass es im Laufe der 90er Jahre zu einer weiteren Öffnung der Polizeien gegenüber der sozialwissenschaftlichen Forschung gekommen ist (vgl. Lange, 2003, 428). Er sieht diese Veränderung sowohl in einer sog. Unbefangenheit einer neuen Forscher:innengeneration als auch in den Veränderungen des »(ohnehin übertriebenen) Abschottungsdenken« (ebd., 428) der Polizeien begründet (vgl. ebd., 428). Erst seit Ende der 90er Jahre kann man »von dem Beginn einer sich institutionalisierenden Forschung über die Polizei sprechen« (Ohlemacher et al., 2003, 36). Zuvor hat es sich eher um die Versuche einer systematischen Analyse der Polizei gehandelt (ebd., 378). Insbesondere die Initiierung des *Arbeitskreises Empirische Polizeiforschung* (AKIS) hat die »bisher andauernde und weitgreifende Diskussion der polizeiwissenschaftlichen Forschung« (Liebl, 2008, 59) weiter vorangetrieben (vgl. ebd., 59). Viele Jahrzehnte später konstatieren Herrnkind & Schöne (2021), dass die Polizei nicht mehr »terra incognita der Sozialforschung« (Herrnkind & Schöne, 2021, 202) ist, es aber unter der Öffnung der Polizei für die Forschung und die Diversität der initiierten Forschungsprojekte noch immer Themen gibt, die von der Polizei als ›heikel‹ deklariert werden und den Zugang zum Forschungsfeld erschweren, wenn nicht versperren würden (vgl. ebd., 202–203). Im nächstfolgenden Abschnitt soll erläutert werden, wie sich der Zugang zur Polizei für das Projekt »ZuRecht« gestaltet hat.

---

12 Sowie weiterer Themen u.a. Ermittlungsarbeit (z.B. Reichertz 1991 und Stock & Kreuzer 1996), Fremdenfeindlichkeit (z.B. Eckert et al. 1996, Polizei-Führungsakademie 1996) und Konfliktbewältigung (z.B. Walter & Wagner 1996, für einen Überblick vgl. Ohlenmacher et al., 2003, 382–386).

3 Zugänge zur Polizei: Strategien und der Faktor Zeit

Der Zugang als Wissenschaftler:in zur Institution Polizei ist mitunter komplex gestaltet: Polizei ist föderalistisch geprägt. Das bedeutet: »Jedes Land hat seine Kompetenzen zur Ausgestaltung der Polizei, die sich auf die Organisation beziehen oder auch die inhaltliche Aufgabenstellung bestimmen« (Frevel & Groß, 2016, 64). Der Föderalismus zeigt sich auch in der Vielgestalt der »unterschiedlichen Polizeiphilosophien und Vorstellungen zur politischen Führung und Organisation« (ebd. 67), sowie in den differenzierten Polizeigesetzen von Bund und Ländern (vgl. ebd. 83). All dieses schlägt sich auch auf den Zugang zu den Polizeien nieder und erzeugt für die Forschung heterogen gestaltete Voraussetzungen und Hürden, manchmal sogar auch Barrieren, wie beispielsweise das (erneute) Stellen einer Forschungsanfrage aufgrund der hierarchischen Struktur der Polizeien und den damit verbundenen diversen bürokratischen Arbeitsprozessen. Auch Forschungsanfragen werden in den Polizeien hierarchisch bearbeitet. Spezifiziert bedeutet dies, dass stets die nächsthöhere Institution (Innenministerien/Innensenator:innen des Bundeslandes) und die Leitung der Institution über die geplante Forschung in Kenntnis gesetzt werden müssen. Dieses Vorgehen bezeichnet den sogenannten *›langen Dienstweg‹*, da sich die Informationen über das Forschungsvorhaben hierarchisch vertikal durch die Organisation(en) bewegen. Lang sind diese Dienstwege vor allem deswegen, da jede Behörde ihre eigene Bearbeitungsgeschwindigkeit aufweist und bürokratische Informationsketten, Genehmigungs- und Prüfprozesse in Gang gesetzt werden, die mehrere hierarchische Ebenen durchlaufen. Dieses Vorgehen verwundert nicht, denn »(d)ie Polizei fand ihren historischen Ursprung in der Bürokratie und entspricht dieser bis heute par excellence« (Herrnkind & Schöne, 2021, 210). Im Projekt »ZuRecht« zeigte sich, dass die Bearbeitungszeiten von Forschungsanfragen variieren. Dieses lässt sich auf heterogene Gründe, wie u.a. Arbeitsauslastung, Leitungs- und Priorisierungsentscheidungen, der Erwünschtheit des Forschungsthemas, sowie des Mehrwerts dieser Forschung für die Polizei, zurückführen. Grundsätzlich gilt, je detaillierter die gestellte Forschungsanfrage, desto besser kann sie seitens der Institutionen bearbeitet werden. Es gilt stets zu bedenken, dass die zeitlichen Ressourcen der Leser:innen im Rahmen ihres alltäglichen Arbeitspensums mitunter limitiert sind. Die Erfahrung zeigt, dass es sich positiv auf die Forschungsanfrage und dessen Bearbeitung durch die Behörde auswirkt, wenn ein gut ausgearbeitetes Datenschutzkonzept angefügt wird. In diesem sollte erläutert werden, wie Daten erhoben und anschließend auf-

bewahrt werden, welche Personen Zugang zu den Forschungsdaten erhalten und wie mit diesen Daten nach Beendigung des Forschungsprojektes verfahren wird. In Bezug auf »ZuRecht« kann an dieser Stelle gesagt werden, dass die Ministerien mit der Genehmigung der Forschung reagiert haben, sodass zum nächsten Schritt übergegangen werden konnte: dem Anschreiben von Behördenleiter:innen mit der Bitte um Unterstützung und Benennung von Ansprechpartner:innen, die Auskunft über den Forschungsgegenstand geben können. Während des weiteren Anfrageprozesses kam es anschließend zum Austausch, zwischen Leiter:innen/Mitarbeiter:innen der Behörden und Forscher:innen, um zu spezifizieren, wie die Forschung im Detail unterstützt werden kann. Grundsätzlich werden seitens der Behördenleitung aber entweder direkt Ansprechpartner:innen (zumeist Abteilungs- und Referatsleiter:innen) benannt, sodass man sich direkt mit diesen in Verbindung setzen kann. Oder es wird auf die hierarchische Informierung von Referats-/Abteilungsleiter:innen, die wiederum Mitarbeiter:innen aus ihrer Abteilung über das Forschungsvorhaben in Kenntnis setzen, verwiesen, sodass sich diese persönlich bei den Forscher:innen melden können. Zu jedem Zeitpunkt von Forschungsanfragen ist Geduld und Beharrlichkeit eine leitende Tugend. Je nach Arbeitspensum und Auslastung, Bearbeitungsstrategie und Prioritätensetzung kann die Resonanz der Polizeien Zeit in Anspruch nehmen. Davon sollte man sich aber keineswegs beirren lassen und nach einer Wartezeit selbst die Initiative ergreifen und sich bei den jeweiligen Ansprechpartner:innen melden. Sollte diese Strategie nicht erfolgversprechend sein und seitens der Behörde oder genannter Ansprechpartner:innen keine Reaktion erfolgen, so lohnt es sich, von sogenannten ›*kurzen Dienstwegen*‹ Gebrauch zu machen. ›Kurze Dienstwege‹ bezeichnen das Kontaktieren von Personen mit denen man entweder persönlich zuvor in Kontakt gestanden hat oder die einem Mitglied des Forscher:innenteams bekannt sind. Persönliche Kontakte und Netzwerke können innerhalb der zu untersuchenden polizeilichen Organisation auf die Durchführung des Forschungsprojekts unterstützend einwirken. Herrnkind & Schöne (2021) beschreiben den Weg zum Forschungsfeld als »Beziehungsarbeit« (ebd. 215). Auch ist es möglich über ›kurze Dienstwege‹ in Erfahrung zu bringen, wie der Stand der Bearbeitung innerhalb der Behörde ist. Unter Umständen können sich die genutzten ›kurzen Dienstwege‹ positiv auf den Bearbeitungsprozess der Anfrage auswirken und diesen ggfs. auch beschleunigen. Auch wenn ›kurze Dienstwege‹ von Vorteil sein können, so müssen an dieser Stelle auch die Grenzen dieser Kontakte respektiert werden. Sie können sich nur bis zu einem gewissen Grad für die Forschungskooperati-

on einsetzen. Über ›kurze Dienstwege‹ und den Informationsaustausch, sowie das publik werden des Forschungsprojektes innerhalb der Behörden, können sich auch weitere Kontakt-, Vernetzungs- oder Kooperationsmöglichkeiten ergeben, die sich als für das Projekt gewinnbringend herausstellen können.

Leiter:innen der polizeilichen Behörden wurden seitens des Projektes, sofern eine Kooperation zustande gekommen ist, als entgegenkommend wahrgenommen. Nachdem ›IK‹ im Nachgang der Aufarbeitung des sog. ›NSU-Prozesses‹ in die polizeiliche Aus- und Fortbildung implementiert wurde, haben sich die Leiter:innen über eine Evaluation der ›IK‹-Lehrmaßnahmen erfreut gezeigt. Sie sind zudem besonders daran interessiert, zu erfahren, wie die eigene Behörde im bundesweiten Vergleich abschneidet und was an den eigenen ›IK‹-Seminaren optimiert werden könnte. Ebenso hat sich die Aussicht darauf, Zugang zu den geplanten Handlungsempfehlungen, die als Ergebnisse der Forschung generiert werden sollen, zu erhalten, positiv auf die Kooperationsbereitschaft ausgewirkt. Ein weiterer Motivator für die Teilnahme, ist die Aussicht darauf auch Einblicke in das Vorgehen der anderen Polizeien der Bundesländer zu erlangen, gewesen – denn wie sich zeigt, stehen die Polizeien diesbezüglich nicht in jedem Bundesland (und auch über Bundesländergrenzen hinaus) miteinander im aktiven Austausch. Seitens der Leiter:innen ist in Telefongesprächen verdeutlicht worden, dass sie neben den Optimierungsmöglichkeiten der ›Interkulturellen Kompetenztrainings‹ daran interessiert sind, zu erfahren, wie wirksam die derzeit angebotenen Seminare sind. Somit hat sich das Feld Polizei, bis auf wenige Ausnahmen[13], für die Forschung von »ZuRecht« geöffnet. Eine Kombination aus sog. ›langen und kurzen Dienstwegen‹ hat sich positiv auf das Gewinnen von benötigten Forschungsinformationen und den Weg ins Feld ausgewirkt. Während des Anfrageprozesses ist, bei erfolgreichen Kooperationen, seitens der Leitung anfänglich weder ein größeres Maß an Misstrauen noch Skepsis bezüglich der Forschung festgestellt worden, wenn auch Unsicherheiten mit der thematischen Eingrenzung und eines möglichen Bezugs zum Themenfeld Rassismus spürbar gewesen sind. An dieser Stelle gab es klärende Nachfragen zum Forschungsgegenstand des Projektes, sodass sich Kooperationspartner:innen[14] gewinnen ließen. Nachdem die

---

13 Dazu mehr bei der Benennung von festgestellten Hürden im nächsten Kapitel.

14 Expert:inneninterviews: 45 Interviews mit Expert:innen der Polizeien von Bund und Ländern. Sechs Interviews mit Teilnehmer:innen von ›IK‹-Seminaren. Durchführung von Teilnehmenden Beobachtungen von ›IK‹-Seminaren in vier Bundesländern. Durchführung einer Fragebogenstudie zu drei unterschiedlichen Zeitpunkten: t1 – vor

Forschungsanfrage und der Zugang zum Feld seitens der Behörde genehmigt wurden, ist der nächste Schritt der Weg ins Feld.

4 Der Feldzugang: Heterogenität und Angstkultur

Der Zugang zum Feld hat sich heterogen gestaltet. Insgesamt konnten polizeiliche Bildungseinrichtungen aus 12[15] Bundesländern, sowie eine Bundesbehörde für die Forschung gewonnen werden.[16] Seitens der teilnehmenden Behörden lag die Zustimmung zur Forschung vor und auch Ansprechpersonen sowie potenzielle Interviewpartner:innen sind benannt worden. Diese Personen haben Interesse an der Forschung und insbesondere der Evaluation von ›IK‹ gezeigt und sind bereit gewesen für Interviews zur Verfügung zu stehen und Materialien[17] zuzusenden. Während der Projektlaufzeit hat sich gezeigt: auch wenn ein Forschungsprojekt Zuspruch seitens der Ministerien erhält ist dieses kein Garant dafür, auch Unterstützung seitens der Polizeien zu erhalten. Im Bereich des Feldzugangs zeigten sich folgende Hürden, die z.T. darauf hindeuten können, dass themenspezifische Hürden bestehen.

Nicht Beantworten von Forschungsanfragen: Als eine Barriere für den Zugang stellte sich das Forschungsthema ›IK‹ heraus, dass seitens einiger polizeilichen Bildungsbehörden als sensibel erachtet worden ist, wie ausbleibende Rückmeldungen zur Forschungsanfrage gezeigt haben. In der Anfrage ist der thematische Schwerpunkt der Studie erläutert sowie eine Projektskizze angefügt worden, dennoch ist es zu keiner Rückmeldung seitens einiger Bildungseinrichtungen von Bund und Ländern gekommen. Intransparent bleibt an die-

---

Beginn des ›IK‹-Seminars, t2 – nach Abschluss des ›IK‹-Seminars, t3 – 3 bis 6 Monate nach Absolvierung des ›IK‹-Seminars, wenn (angehende) Polizist:innen entweder praktische Einsatzerfahrungen gesammelt haben, oder wenn die Teilnehmenden wieder in ihrem Berufsalltag zurückkehren. N = 1349 bereinigte Fragebögen aus drei unterschiedlichen Bundesländern.

15 Ein Bundesland hat die Kooperation im Nachgang für Interviews zurückgezogen, sodass an dieser Stelle nur Konzeptmaterialien vorliegen.

16 Auf die Resonanz von vier Bundesländern, sowie einer Bundesbehörde wird im Abschnitt Hürden näher eingegangen.

17 Eigenständige ›IK‹-Konzepte für die Aus- und Fortbildung, sowie Lehrmaterialien, Modulhandbücher, Seminarpläne, Curricula, Präsentationen, Übungsbeschreibungen u.v.m. Diese Materialien geben Aufschluss darüber, wie ›IK‹ in die Aus- und Fortbildung eingebaut wird.

ser Stelle, warum das Thema als sensibel erachtet worden ist und Skepsis und Misstrauen erfährt und auch warum keine Kooperation zustande gekommen ist. Es konnten weder lange, noch kurze Dienstwege genutzt werden, um eine Kooperationszustimmung oder den Zugang zum Feld zu ermöglichen.

Kooperationsverweigerungen: Einerseits hat es polizeiliche Behörden gegeben, die vorerst eine Kooperation zugesagt und im Rahmen dessen auch Ansprechpartner:innen benannt haben, doch mit diesen Personen konnte keine erfolgreiche Zusammenarbeit initiiert werden. Die benannten Ansprechpersonen erwiderten die Kommunikation nicht und die Kommunikationsversuche sind anschließend seitens des Projektes eingestellt worden. Eine ähnliche Reaktion zeigte sich auch bei Personen, mit denen bereits ein Interview durchgeführt wurde: Sie reagierten nicht auf die Bitte zur Durchsicht des Transkriptes und der Freigabe dieses zu Forschungszwecken. Wiederholte Nachfragen wurden ignoriert und die bereits geführten/transkribierten Interviews mussten aus der Forschung ausgeschlossen werden. Die Beweggründe der Gesprächspartner:innen für dieses Vorgehen bleiben unbekannt und intransparent. Es wird nicht deutlich, ob die Interviewpartner:innen oder deren Vorgesetzte diese Entscheidung getroffen haben.

Kooperationsabbrüche und zurückgezogene Kooperationen stellten sich als weitere Hürde in der Zusammenarbeit mit polizeilichen Behörden heraus, ohne das ersichtlich wurde, was sie zu diesem Schritt erwogen hat. Für die Forschung bedeutet dies, bereits geführte Interviews, die wertvolle Erkenntnisse enthalten, wieder zu löschen.

Je nach Bundesland ist es möglich, dass *Anfragen über zentrale Forschungs- oder Koordinationsstellen* erneut gestellt, oder gesonderte Formulare ausgefüllt werden müssen, die speziell für Forschungsanfragen konzipiert worden sind. In diesen Formularen soll erläutert werden, um welche Art der Anfrage es sich handelt (Interview, teilnehmende Beobachtung u.a.) und was das Forschungsanliegen ist. Entsprechend der Auslastung der Forschungsstelle kann die Bearbeitung der Anfrage Zeit in Anspruch nehmen und möglicherweise auch nicht zum Ziel führen, wie Erfahrungen zeigen. Das Projekt »ZuRecht« hat eine solche Überprüfung durch mehrmaliges Ausfüllen von Formularen durch eine Forschungsstelle eines Bundeslandes erfolglos durchlaufen. Zu Beginn des Projektes sind diese Formulare bereits ausgefüllt worden, ohne dass sich daraus eine Kooperation ergeben hat. Auf Nachfrage zum Stand der Anfrage musste diese wiederholt gestellt und die Formulare erneut ausgefüllt werden. Auch Auskünfte zum Stand der Bearbeitung des Forschungsantrages und der Benennung möglicher Kontaktpersonen lieferten keine positiven

Rückmeldungen und die Forschungskooperation konnte an dieser Stelle nicht umgesetzt werden. Aufgrund des mehrmaligen Ausfüllens der Formulare erweckte es den Anschein, dass die angefragte Behörde kein Interesse an der Evaluation von ›IK‹ zu haben schien oder die thematische Erforschung nicht gewünscht gewesen ist. Wohingegen Projektpartner:innen mit anders gesetzten Forschungsschwerpunkt der Zugang zu Materialien und Kontaktpersonen gewährt worden ist. Es ist an dieser Stelle nicht nachvollziehbar, ob sich die missglückte Kooperation mit dem gewählten Schwerpunkt der Forschung (›IK‹) oder der Bearbeitungsstrategie der zentralen Forschungsstelle erklären lässt.

Die *Heterogenität der Polizeien* stellte sich ebenfalls als eine Herausforderung für die Forschung dar. Es zeigt sich im Rahmen des Forschungsprojektes »ZuRecht«, dass die Bundesländer unterschiedliche Bearbeitungsgeschwindigkeiten von Forschungsanfragen aufweisen und ebenso heterogen auf Beharrlichkeit und Nachfragen reagieren. Es gab auch durchaus Kontakte zu polizeilichen Behörden, wo sich der Verdacht aufgrund gänzlich ausbleibender Rückmeldung erhärtete, dass eine Erforschung des Bereichs ›IK‹ nicht erwünscht gewesen ist. So ließ sich auf keinem Dienstweg Kontakt herstellen, ganz gleich der Zustimmung der Ministerien, und die Forschungsanfrage blieb letztendlich unbeantwortet.

Es zeigt sich im Forschungsprozess, dass ›IK‹ als ein *sensibles Thema* wahrgenommen wird. Die politische Forderung zur Teilnahme an ›IK‹-Seminaren hat im Laufe des Initiierungsprozesses zu heterogenen Reaktionen bei den Beamt:innen geführt. Diese haben sich z.T. in (Lern)Widerständen, Skepsis, Unverständnis, Unsicherheiten oder Abwehr- bzw. Rechtfertigungshaltungen oder der Ablehnung des Themas als eine für die Polizei unwichtige Kompetenz, wie die Expert:innen in Interviews erläuterten, geäußert. Fragen nach der Anzahl von in ›IK‹-Fortbildungsseminare abgeordneten Personen[18], ebenso wie die Möglichkeit eine Teilnahme an diesen Seminaren zur Verpflichtung zu machen sind zögerlich beantwortet worden. Es zeigt sich, dass die Polizei hier vor einem Dilemma steht: Freiwillige Teilnahmen locken nur Interessierte an und führen damit nur in geringem Maße zu einer sogenannten ›interkulturell kompetenten‹ Polizei, wie von der Politik gewünscht. Verpflichtende

---

18 Unter abgeordnet wird die verpflichtende Teilnahme von Beamt:innen verstanden. Die Abordnung wird durch die Leitung ausgesprochen. Die Gründe für eine Abordnung können vielfältig sein, z.B. Weiterbildung, Vorbereitung auf ein neues Einsatzfeld, aber auch Fehlverhalten gegenüber anderen Personen.

Teilnahmen können zu Widerständen in den Seminaren führen. Bei diesen Widerständen kann es sich beispielsweise um das Unverständnis der verpflichtenden Teilnahme an einem ›IK‹-Seminar handeln, da sich Beamt:innen bereits als interkulturell kompetent einstufen und daher keinen weiteren Nutzen in dieser Teilnahme sehen. Auch können sich Widerstände durch eine Abwehrhaltung gegenüber der aktiven Teilnahme ausdrücken und das Gefühl aufkommen lassen, sich von Trainer:innen unnötig belehren zu lassen oder auch sich gegen einen Rassismusvorwurf wehren oder sich rechtfertigen zu müssen.

Ein weiterer Aspekt ist die Anwendungen von diversen didaktischen Übungen[19], die für die Polizeien neue (und auch untypische) Lern- und Lehrformen darstellen. Diese Übungen werden vorrangig in ›IK‹-Seminaren angeboten und von Polizist:innen u.U. mit Skepsis betrachtet, sodass auch hier (Lern)widerständen oder sogar die Verweigerung der aktiven Teilnahme auftreten können. Diese Widerstände erschweren die Arbeit der Trainer:innen, die erst Vertrauen zu den Beamt:innen aufbauen müssen, damit sie sich dem Thema gegenüber öffnen, und dieses lässt sich kaum an einem Tag erreichen. Und damit befindet man sich bereits im nächsten Dilemma, den *heterogenen Parametern*[20] von ›IK‹-Seminaren den Polizeien von Bund und Ländern. Die Spannweite in der zeitlichen Durchführung von ›IK‹-Lehrmaßnahmen ist sowohl in der Ausbildung, als auch in der Fortbildung sehr heterogen. Einige Bundesländer thematisieren ›IK‹ in Rahmen anderer Lehrveranstaltungen in geringem Ausmaß. Andere Bundesländer sind bereits dazu übergegangen, eigenständige ›IK‹-Seminare anzubieten. Dieses geschieht hauptsächlich als Wahlmodul, seltener als Pflichtmodul. Im Rahmen von Pflichtmodulen werden ›IK‹ nahe Themen bereits in die Ausbildung eingebaut. Im Bereich der Wahlmodule herrschen unterschiedliche Seminaransätze vor: Grund- oder Basiskurse, auf die später Vertiefungskurse folgen. Diese Wahlmodule haben einen zeitlichen Rahmen von minimal einem Tag bis maximal 4–5 Tagen. Einige Bundesländer haben frühzeitig erkannt, dass das Thema ›IK‹ eine wichtige Handlungskompetenz für Polizist:innen ist und haben es bereits früh in Aus- und Fortbildung aufgenommen. Andere Bundesländer beginnen sich noch an das Thema ›IK‹ anzunähern und befinden sich noch in einem

---

19 U.a. diverse Gruppen- und Einzelübungen, welche die Selbst- und Fremdreflexion, sowie das Verständnis für die diverse Bevölkerung, aber auch die eigene polizeiliche Kultur, Subkulturen und Randgruppen sowie Stereotype und Vorurteile behandeln.

20 Siehe auch Weber 2023, 335 ff.

Entwicklungsprozess. Des Weiteren konnte identifiziert werden, dass ›IK‹ in einigen wenigen Bundesländern einen *zu geringen Stellenwert* besitzt und unter minimalem Aufwand betrieben wird. So wird ›IK‹ zwar rudimentär in der Aus- und Fortbildung behandelt, fristet aber ansonsten ein untergeordnetes Dasein. Auf Nachfrage, warum der Stellenwert von ›IK‹ gering ist, hoben die Interviewpartner:innen hervor, dass dieses durch Leitungsentscheidungen begründet sei, oder mit der Priorisierung anderer Themen, wie z.B. demografischem Wandel, u.a. zusammenhängen würde. Einige Expert:innen weisen darauf hin, dass es eine Diskrepanz zwischen Soll und dem Stellenwert von ›IK‹ in ihren Organisationen geben würde. Neben den Leitungsentscheidungen stellt sich auch die hohe Arbeitsauslastung des Personals und der Personalmangel als Hürde für den Ausbau von ›IK‹ heraus (vgl. ebd. S. 335). Ebenso zeigt sich, dass es Konkurrenzen zwischen Ausbildungslehrthemen bei gleichbleibender Ausbildungszeit gibt. Somit entsteht das Dilemma der Leitung entscheiden zu müssen, welche anderen Lehrinhalte gekürzt werden müssten, wenn das Thema ›IK‹ ausgebaut werden soll. Gleichzeitig herrscht weder bei Kürzungen von Lehrinhalten, noch bei dem Stellenwert von ›IK‹ beim (Lehr)Personal Einigung vor. Sollen Lehrinhalte gekürzt werden, entstehen Widerstände bei den Trainer:innen betroffener Seminare (vgl. ebd., 335).

Die Meinungen, dass die Polizei ›IK‹ nicht bräuchte, da der Polizeiberuf an sich schon ein großes Repertoire an sozialen und kommunikativen Kompetenzen beinhalte, sind, wie die Expert:innen erläutern, noch immer vorhanden. Besonders häufig werden hier Bärenführer:innen[21] und berufserfahrene Beamt:innen genannt, die diese Einstellung an berufsunerfahrene Kolleg:innen weitergeben können. Dieses *negative Erfahrungswissen* kann auch dazu beitragen Stereotype, diskriminierende und auch rassistische Verhaltensweise an (noch) berufsunerfahrene Beamt:innen weiterzugeben, welche sich später in Racial Profiling ausdrücken könnten (vgl. ebd., 336). Die Behandlung von ›IK‹-Themen versucht bspw. diesen Verhaltens- und Denkweisen entgegenzusteuern. Andere Ausbildungsthemen (z.B. Schießen, Recht u.a.) werden von Bärenführer:innen dagegen als notwendiger erachtet. Somit kommt es zu einer Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Lehrthemen und der Stellenwert von ›IK‹-Seminaren kann durch derart eingestellte Lehrkräfte unterminiert werden (vgl. ebd., 335). Eine negative Beeinflussung von Teilnehmenden von ›IK‹-

21 Darunter sind Ausbilder:innen zu verstehen, die innerhalb der Polizei als sog. Bärenführer:innen bezeichnet werden.

Seminaren durch andere Lehrkräfte, wie bspw. durch die Herausgabe von sog. Checklisten[22] oder den Wünschen der Teilnehmer:innen nach eben solchen sowie der Aufbau von Lernwiderständen sind nur in wenigen Ausnahmen von Expert:innen benannt worden (vgl. ebd., 335).

Ein weiterer Aspekt, der den Ausbau von ›IK‹-Seminaren verhindert ist die *Heterogenität der finanziellen und personellen Mittel*: Nicht jeder polizeilichen Bildungseinrichtung von Bund und Ländern stehen die gleichen personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung, um ›IK‹ thematisch, zeitlich und personell auszubauen. Bundesländerübergreifend konnte kaum Vernetzung der Leitungsebenen festgestellt werden (vgl. Weber 2023a, 37). Es besteht kein genauer Kenntnisstand darüber, wie ›IK‹ in den anderen Bundesländern in die Aus- und Fortbildung eingebaut oder betrieben wird. Lediglich ›IK‹-Trainer:innen sind in Eigeninitiative über die AG ›IK‹ des BKA miteinander vernetzt. Ein Blick in die ›Republik‹ lohnt sich jedoch, da jedes Bundesland andere Konzepte, didaktische Methoden[23] und Vorgehensweisen bei ›IK‹-Seminaren verwendet.

Ebenso fehlt es an der kritischen Auseinandersetzung mit dem in der Wissenschaft umstrittenen Begriff der ›Interkulturellen Kompetenz‹, welcher innerhalb der Polizeien hauptsächlich noch als Arbeitsbegriff verwendet wird.[24] Jüngst ist es im Rahmen der bundesweiten AG IK des BKA zu einem Umdenken bezüglich des Begriffs gekommen, sodass für das Netzwerk ein neuer Name gewählt wurde: Netzwerk der Polizei für Diversität und Demokratie – Demo-Polis. In Bezug auf ›IK‹ zeigt sich, dass die Polizeien den Findungs- und Wandlungsprozess noch immer nicht abgeschlossen haben und an dieser Stelle Weiterentwicklungsbedarf besteht (vgl. ebd., 36).

Und auch bei den Expert:inneninterviews haben sich im Prozess *Forschungseinschränkungen und Herausforderungen*, wie Unsicherheiten bezüglich des Forschungsthemas gezeigt: Einige Expert:innen sind besorgt gewesen, ob

22 Sogenannte Checklisten für den Umgang mit verschiedenen Personen, die aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes einer Ethnie zugeordnet werden könnten. Die Verwendung von sog. Checklisten wird von ›IK‹-Trainer:innen abgelehnt, da sie allem widersprechen, wofür ›IK‹ steht. Checklisten führen zur Bildung von Vorurteilen und Handlungen, die zu Racial Profiling führen.

23 Unter didaktische Methoden werden sowohl didaktische Übungen (Rollenspiele u.a.) und methodische Seminarinhalte, als auch Lehrmodelle und Definitionen subsummiert. Für eine tiefere Auseinandersetzung mit didaktischen Übungen siehe u.a. Leenen (2019).

24 Mitunter wird der Begriff ›IK‹ als veraltet, kritisch u.a. betrachtet.

Fragen zum medial stark behandelten Thema des Rassismus oder radikaler Chatgruppen in den Interviews gestellt werden würden. Es zeigt sich, dass gegenüber diesen Themen Unsicherheit und Zurückhaltung vorgeherrscht hat. Doch trotz dessen, dass der Fragebogen[25] auch diese Themenbereiche anschneidet, haben sich die Expert:innen bereit erklärt, dazu Auskunft zu geben.

Seitens der Gesprächspartner:innen bestand der Wunsch, vorher *Zugriff auf die Interviewfragen* zu bekommen, um sich entsprechend auf die (für die Arbeit der Polizei eher untypische und unsichere) Interviewsituation vorzubereiten. Einige Interviewpartner:innen gaben an, sich in der Rolle des/r Befragten unwohl zu fühlen und baten darum, Einsicht in die Fragen zu erhalten, um das Gefühl von Sicherheit und Kontrolle wiederzuerlangen. Andere Gesprächspartner:innen forderten Einsicht in den Interviewleitfaden ein, ohne die die Führung eines Interviews nicht möglich gewesen wäre. Einige wenige berichteten in klärenden Telefongesprächen davon, dass sie den Fragekatalog ihren Vorgesetzten zur Durchsicht vorlegen wollten. An dieser Stelle ist positiv hervorzuheben, dass es zu keiner Streichung von Fragen gekommen ist. Wieder andere Expert:innen sahen keine Notwendigkeit darin, Einblicke in die Fragen zu erhalten, oder sie informierten sich am Telefon darüber, welche Art von Fragen, in der Interviewsituation aufkommen würden. Ein kleiner Teil der Expert:innen gab an, bereits Erfahrungen mit Interviews zu besitzen, oder im Laufe ihrer Ausbildung selbst einmal Interviews geführt zu haben und somit auch Verständnis für den Ablauf von Forschung zu besitzen.

Zwei andere Interviewpartner:innen aus unterschiedlichen Bundesländern äußerten den Wunsch, die *Interviewfragen schriftlich zu beantworten*. Die Begründung dafür ist das hohe Arbeitspensum der Expert:innen und Rücksprachen mit Vorgesetz:innen gewesen. Die Beantwortung der Fragen ist in diesen Fällen sehr ausführlich ausgefallen, sodass keine Nachfragen nötig waren. Auch wenn die Fragen alle beantworten worden sind, wäre eine Interviewsituation an dieser Stelle auch gewinnbringend gewesen, ebenso um situationsbedingte Nachfragen stellen zu können. Ohne das Einverständnis zur schriftlichen Bearbeitung des Interviewleitfadens, wäre es nicht möglich gewesen, diese Expert:innen zur Teilnahme an der Evaluation zu bewegen, was den Datenpool verkleinert hätte.

---

25 Es werden u.a. Fragen zum persönlichen Empfinden zur medialen Berichterstattung und aufgedeckten rassistischen Vorfällen (z.B. rassistische Chatgruppen) gestellt.

Die Interviews sind auf Wunsch der Gesprächspartner:innen mit der Auflage um eine komplette *Anonymisierung* durchgeführt worden. Innerhalb der Gesprächssituation des Interviews sollte ein sogenannter ›sicherer Raum‹ gestaltet werden, in dem die Expert:innen und Teilnehmer:innen offen kommunizieren konnten. Der Wunsch nach Anonymität rührte aus der Sorge vor möglichen persönlichen und beruflichen Konsequenzen für getätigte (kritische) Aussagen. Um den Feldzugang nicht zu gefährden, die Evaluation und deren Ergebnisse auf eine solide Datengrundlage zu stützen, sowie auch die Grundlagen guter empirischer Forschung zu erfüllen, wurde eine Anonymisierungsstrategie[26] für die komplette Evaluation umgesetzt.

Auch herrschten anfänglich Unsicherheiten und Skepsis der Befragten bezüglich der *Aufnahme des Gespräches zu Forschungszwecken*, insbesondere bei einer teilnehmenden Bundesbehörde, vor. Hier galt es Aufnahmen des gesprochenen Wortes zu vermeiden. Nach Erläuterung der Anonymisierungsstrategie (und Rücksprache seitens einiger weniger Expert:innen mit ihren Vorgesetzten) konnte die Skepsis für das Vorgehen der Forschung aus dem Weg geräumt werden. Die Interviews durften aufgezeichnet und anschließend transkribiert werden. Grundsätzlich haben sich die Expert:innen in der Beantwortung der Interviewfragen kooperativ gezeigt. Nur in sehr wenigen Ausnahmen wurden Bedenken geäußert oder der Hinweis seitens Interviewpartner:innen gegeben, dass eben jene zuvor getätigte Äußerung nicht verwendet werden dürfte, da die Gesprächspartner:innen durch die Aussage negative Folgen durch (ehemalige) Kolleg:innen, Leiter:innen oder zukünftige Teilnehmende von ›IK‹-Seminaren befürchteten. Durch die Anonymisierungsstrategie konnte Vertrauen aufgebaut und die Befürchtungen vor negativen Folgen ausgeschlossen werden konnten.

Im Nachgespräch der Interviews zeigte sich, dass fast alle Expert:innen das *Interviewtranskript zur Durchsicht* verlangten, um es entweder selbst zu lesen, korrigieren, bearbeiten oder Aussagen richten oder spezifizieren zu können. Oder, um es ihren Vorgesetzten zur Durchsicht und Freigabe auszuhändigen. Ohne die Herausgabe der Transkripte wäre die Forschungsgrundlage der Interviewdaten erneut bedroht gewesen, sodass der Heraus-

---

26 Gesprächspartner:innen, Institutionen und Bundesländer sind auf Wunsch der Expert:innen und teilweise auch der Institutionen komplett anonymisiert, um so Rückschlüsse auf die Teilnehmenden der Evaluationsstudie zu vermeiden. Die Forscherin teilt die Bundesländer in Nord-, Ost-, Mittel, West- und Süddeutsch und ordnet die Expert:innen und Teilnehmer:innen diesem Vorgehen zu.

gabe zugestimmt wurde. An dieser Stelle konnten stärkere Bedenken seitens der Gesprächspartner:innen wahrgenommen werden, etwas ›Falsches‹, ›Kritisches‹ oder ggfs. auch ›Unerwünschtes‹ während des Interviews gesagt zu haben, dass negativ auf sie, ihre Abteilung oder die Behörde selbst, zurückfallen könnte. Somit gab es durch die Durchsicht des Vorgesetzten die Rückversicherung, dass das Interview entweder mit oder ohne Bearbeitung für Forschungszwecke verwendet werden durfte. Ein marginaler Anteil von Expert:innen verzichtete auf die Zusendung und Durchsicht der Transkripte und teilte mit, dass sie der Forschung und der angewandten Anonymisierung an dieser Stelle vertrauen würden. Die Durchsicht der Interviewtranskripte hat unterschiedliche Zeitfenster in Anspruch genommen, die hauptsächlich auf das hohe Arbeitspensum der Befragten zurückzuführen gewesen sind. Mit Blick auf die bearbeiteten Transkripte zeigt sich, dass Aussagen gestrichen und/oder umgeschrieben worden sind. Einige Expert:innen versuchten Unklarheiten zu erläutern, waren bereit Auskunft über bestimme Begrifflichkeiten zu geben oder auch Unverständliches während des Transkriptionsvorgangs zu korrigieren. Auch sind Textpassagen mit Erläuterungen zum besseren Verständnis des Gesagten beigesteuert worden, was für die Forschung hilfreich gewesen ist. Grundsätzlich konnten Streichungen, also Aussagen, die nicht verwendet werden durften, nur in einem sehr geringen Maße festgestellt werden. Streichungen erfolgten u.a. bei zu ungenauen, unverständlichen Aussagen, aber auch zu Aussagen, die retrospektiv als zu kritisch empfunden worden sind und damit zu Kontroversen oder negativen Auswirkungen hätten führen können. Anhand dieser Bearbeitungsstrategie der Mitarbeiter:innen der Behörden zeigt sich, dass der Aussage von Herrnkind & Schöne (2021) zum Teil zugestimmt werden kann und hier der »Wunsch der Polizei, Kontrolle über Forschungsprozesse und Daten zu wahren […]« (Herrnkind & Schöne, 2021, 212) vorliegt. Allerdings begründet sich dieses in einem Missverständnis im zugrundeliegenden Verständnis der Polizeien, was Forschung möchte bzw. nicht möchte. Oftmals liegt an dieser Stelle auch kein Verständnis und keine Kenntnis für die Arbeitsvorgänge und Abläufe von (externer) Forschung vor, oder dass die Identitäten der Gesprächspartner via Anonymisierung schützt werden. Oder es liegen »Unsicherheiten oder sogar [Ängste] – beispielsweise vor Kontrollverlust« (Herrnkind & Schöne, 2021, 215) bezüglich der Forschungsergebnisse vor. Auch können Themen als sensibel oder ›hochbrisant‹ angesehen werden. Ullrich konstatiert in diesem Zusammenhang, dass es der Institution Polizei »widerstrebt […] selbst nicht steuerbare Einblicke in ihre Arbeit zu gewähren« (Ullrich, 2019, 159). Und die

Polizei somit in die Rolle des zu kritisierenden falle (vgl. Frevel & Behr, 2015). Die oben genannten Punkte sind zwar Eingriffe in den Forschungsprozess, sind jedoch zur Erreichung des Forschungsziels tolerierbar gewesen, um die geplante Forschung fortführen zu können.

Des Weiteren sind auch *positive Auswirkungen der Coronapandemie* auf die Teilnahmebereitschaft im Forschungsprozess festgestellt worden. Corona brachte den Vorteil hervor, dass sich die Menschen nach Abwechslung von ihrem Home-Office-Alltag sehnten und damit ist die Bereitschaft, als Gesprächspartner:in für ein Interview zur Verfügung zu stehen, gern angenommen worden. Erfreulich ist auch die Heterogenität der interviewten Personen. Es handelt sich um berufserfahrene (ehemalige) Polizist:innen, die von externen Anbietern zu ›IK‹-Trainer:innen ausgebildet wurden, Trainer:innen, die sich das Wissen bezüglich ›IK‹ als Autodidakt:innen[27] angeeignet haben, Trainer:innen unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen[28], aber auch angehende Polizist:innen, sowie hierarchisch höher gestellte Abteilungs- und Referatsleiter:innen, die bereit waren, Auskunft über das Thema zu geben.

Es zeigten sich auch *Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Corona*, sowohl beim Feldzugang bei der teilnehmenden Beobachtung als auch bei der Fragebogenerhebung. Gewohnte Bearbeitungszeiträume haben sich durch Kontaktbeschränkungen deutlich verlängert. Geplante Untersuchungen mussten entweder ausgesetzt, auf einen späteren Zeitpunkt verlegt oder ganz aufgegeben werden. Auch die Bereitschaft, zur Teilnahme an einer Evaluation der Lehrsituation vor Ort oder das Aushändigen der Fragebögen an Teilnehmer:innen von ›IK‹-Seminaren hat sich als schwierig erwiesen. Insbesondere da einige Bildungseinrichtungen nicht einschätzen konnten, wann sie den ausgesetzten Lehr- und Fortbildungsbetrieb für den Bereich ›IK‹ wieder aufnehmen konnten. Während ›IK‹-Seminare in der Ausbildung entweder zeitweise pausiert haben oder digital angeboten worden sind, sind diese Seminare in der Fortbildung z.T. vorerst gänzlich zum Ruhen gekommen. Andere (ggfs. auch prüfungsrelevante) Ausbildungsschwerpunkte, die zwingend

---

27 An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass die Polizeien im Laufe der Zeit nicht immer genügend finanzielle Ressourcen zur Verfügung hatten, um Zusatzausbildungen zu unterstützen, besonders zu den Zeitpunkten, als ›IK‹ ein noch ganz neues Thema war und seitens der Politik gefordert wurde, dieses Thema zu implementieren. Die ersten Schritte dieser Personen erfolgen aus Eigeninitiative, wurden durch Erfahrungen ausgebaut und durch spätere Fortbildungen zusätzlich unterstützt.

28 Z.B. Psycholog:innen, Politikwissenschaftler:innen, Sozialwissenschaftler:innen u.a.

eine Anwesenheit vor Ort verlangten (z.B. Schießtraining) oder aufgrund sensibler Inhalte (NfD – Nur für den Dienstgebrauch) sind in Kleingruppen (im Wechsel in Präsenz) weiter durchgeführt worden. Andere Ausbildungsinhalte sind auf Onlinelehre umgestellt worden. Die Entscheidung für die Weiterführung oder das Aussetzen von Aus- und Fortbildungsseminaren oblag der Institutions- und Behördenleitung. Insbesondere die Umstellung auf die Onlinelehre hat die polizeilichen Bildungseinrichtungen vor Herausforderungen gestellt. Erschwerend bei der Umgestaltung sind u.a. auch Fragen nach sicheren Programmen[29], Datenschutzbedenken, der technischne Umsetzung auf Onlineformaten und möglichen aufkommenden Schwierigkeiten[30], dem damit verbundenen Mehraufwand für Lehrkräfte und den Gestaltungsmöglichkeiten der Lehre innerhalb dieser Programme gewesen. Durch die Coronapandemie und seine Folgen verengten sich zudem auch die Auswahlmöglichkeiten Teilnehmer:innen für die Evaluation zu finden. Es kam aufgrund des Ausfalls von ›IK‹-Seminaren zu Absagen bezüglich der Teilnahme an einer Evaluation. Diese Absagen stehen in Zusammenhang mit dem Ausfall von ›IK‹-Veranstaltungen, der Ungewissheit, wann diese wieder aufgenommen werden konnten, dem hohen Arbeitspensum in den polizeilichen Bildungseinrichtungen, sowie der Herausforderung der Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs in Zeiten einer Pandemie. Letztendlich ist es nicht möglich gewesen, wie geplant jeweils eine Bildungseinrichtung aus einem nord-, ost-, süd- und westdeutschen Bundesland in die Evaluation aufzunehmen. Vier[31] Bildungseinrichtungen unterschiedlicher Bundesländer

29 Im Fokus stand die Beantwortung der Frage, welches Programm seitens der Polizei zur Vermittlung der Lehre genutzt werden darf – Befindet sich ein Server beispielsweise im Ausland, so eignet sich dieses Medium aus Datenschutzbedenken keineswegs für die Polizei, sondern macht sie ggfs. angreifbar (Spionage, Datenschutzwahrung u.a.), ebenso greift an dieser Stelle das Datenschutzgesetz auch nicht.

30 Darunter schlechte Übertragungsraten, Standbild, Verzerrungen in Bild und Ton, Einstellung und Funktionalität von Webcam und Mikrophone, unerwartetes Beenden der Übertragung u.v.m.

31 Ein Bundesland stellte auf digitale Lehre um. Dieses erwies sich im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung als nicht zielführend, da die Beobachtung der Lehrsituation digital sehr eingeschränkt war und auch keine didaktischen Übungen angewendet werden konnten. Dieses Bundesland wird als Pretest in der Studie aufgeführt. In dem anderen norddeutschen Bundesland konnte die teilnehmende Beobachtung ein Jahr später vor Ort unter strengen Coronaschutzauflagen durchgeführt werden.

stimmten der Teilnahme an der teilnehmenden Beobachtung und drei an der Fragebogenstudie zu.

5 Erfahrungen im Feld: Fingerspitzengefühl

Nach der Lockerung von Kontaktbeschränkungen ist es möglich gewesen vor Ort an ›IK‹-Seminaren in drei Bundesländern teilzunehmen. Bei der Durchführung der Evaluation ist es zu Auffälligkeiten gekommen. Von diesen persönlichen Forschungserfahrungen im Feld soll an dieser Stelle berichtet werden. Es zeigt sich, dass man im Feld als Forscherin einer polizeilichen Hochschule vermehrt als ›interne‹ und ›Kollegin‹ und von angehenden Polizist:innen als mit den Trainer:innen hierarchisch gleichgestellt wahrgenommen und behandelt worden ist. Diese Wahrnehmung hat sich sowohl positiv auf das Beobachtungssetting als auch die Interviewführung[32] und dessen Atmosphäre ausgewirkt. Berufserfahrene Polizist:innen als Fortbildungsteilnehmer:innen haben dagegen ein vermehrtes Interesse daran gezeigt zu erfahren, was das Ziel der Forschung ist. Der gemeinsame Arbeitgeber ›Polizei‹ und das Wissen wie Polizei ›funktioniere‹ ist während des Feldaufenthaltes eine verbindende Konstante gewesen. Es ist zudem auffällig gewesen, dass andere Wissenschaftler:innen des Projektes mit einem universitären Arbeitgeber beispielsweise Ablehnung oder sogar Feindseligkeit in der Feldphase in den Polizeien erfahren haben.

Kommunikative Hemmschwellen oder Bedenken gegenüber dem Gesagten[33] oder der Person der Interviewerin sind während des Feldaufenthalts nicht vermehrt wahrgenommen worden. Die Verbindung der Polizei als Arbeitgeber stellte sich als vertrauensstiftend heraus. Es sind somit auch kritische Fragen zu Wahrnehmung, dem Ausbau und dem Stellenwert von ›IK‹ innerhalb der untersuchten Institution, ebenso zum persönlichen Empfinden zur medialen Bearbeitung des Themas des Rassismus innerhalb der Polizei[34] von den Gesprächspartner:innen beantwortet worden. Auch ist auf

32 Nur sehr wenige Interviews konnten in Präsenz durchgeführt werden. Grundsätzlich wurde die Forscherin aber auch in digitalen oder telefonischen Interviews als ›Kollegin‹ angesehen.

33 Dieses ist erst retrospektiv bei den Interviews geschehen.

34 Darunter Fragen zur Black Lives Matter-Bewegung, dem Vorfall des George Floyd, der Aufdeckung rassistische Gruppenchats von Polizist:innen u.a.

Missstände im Bereich von ›IK‹ hingewiesen worden, gleich dessen, dass ggfs. Vorgesetzte das Interviewtranskript zur Durchsicht erhalten haben. Dennoch bewegen sich die Antworten der Expert:innen und Teilnehmer:innen zwischen sozial erwünschten und kritischen Aussagen.

Es zeigt sich, dass man sich als Wissenschaftler:in in einem Spannungsfeld aus Nähe und Distanz zum Forschungsfeld bewegt. Es geht zumeist um *Fingerspitzengefühl, dem Einlassen auf Situationen* und Personen. Es geht darum *Vertrauen aufzubauen,* sich in die Situation zu begeben, Anwesende vergessen zu lassen, dass man als Beobachter:in in einer teilnehmenden Beobachtung unterschiedliche Situationen aus einer Forschungsperspektive observiert – es geht also auch darum nicht als Fremdkörper in der Forschungssituation wahrgenommen zu werden. Aber zugleich geht es auch darum Auffälligkeiten und Missstände wahrzunehmen und zu benennen. Einen Schritt aus dem Forschungsfeld herauszutreten und mit Distanz auf die Forschungsmaterialien und das Forschungsfeld zu blicken. Nur durch Distanz können Auffälligkeiten erkannt und anschließend Weiterentwicklungen angestoßen werden.

6 Fazit

Insgesamt zeigt sich, dass Forscher:innen, die Zugang zur Polizei erhalten, zu Eingeständnissen, Kompromissen und Eingriffen in den Forschungsprozess bereit sein müssen. Forschungseinrichtungen, die der Polizei nahestehen, sind davon nicht ausgeschlossen. Nicht immer ist die sogenannte ›Nähe‹ zur Polizei auch ein Erfolgsgarant für den Zugang zu ihr als Forschungsgegenstand, wie erlebte Kooperationsverweigerungen gezeigt haben. Die Heterogenität der Polizeien von Bund und Ländern bestätigt sich immer wieder an diversen Stellen und erweist sich als ein Aspekt, der Forschungsvorhaben deutlich erschweren oder sogar verhindern kann. Forschung *mit, über* und *in* der Polizei erweist sich auf vielen Wegen als herausfordernd. Insbesondere, da die Polizeien dem Föderalismus unterliegen und somit diverse Hindernisse für Forscher:innen bereithalten, die u.U. auch nicht überwunden werden können. Die Polizeien besitzen zudem die Entscheidungsmacht darüber, wem sie Einblicke in die Institution gewähren, welche Themen erwünscht sind und welche Forschungen ggfs. auch blockiert werden können. Letzteres besonders bei Themen, die von der Polizei als kritisch und sensibel erachtet und mit Skepsis betrachtet werden. Das Thema ›IK‹ stellt sich hier als gutes Beispiel heraus, betrachtet man die zeitliche Komponente der politischen For-

derungen. Die politische Forderung ›Interkulturelle Kompetenz‹ (›IK‹) in die Aus- und Fortbildung der Polizeien von Bund und Ländern einzubauen, ist im Jahr 2013 als Ergebnis des NSU-Untersuchungsausschusses aufgestellt worden (vgl. Weber, 2023, 334). Im Jahr 2023 wird deutlich, dass dieser Forderung zwar zum großen Teil nachgekommen ist, doch das noch nicht alle polizeilichen Bildungseinrichtungen von Bund und Ländern diese Forderungen mit einem höheren Stellenwert umgesetzt haben. Dieses zeigt sich in der festgestellten Heterogenität und den unterschiedlichen Parameter, mit denen ›IK‹ in die polizeiliche Aus- und Fortbildung eingebaut wird. Zugleich wird deutlich, dass ›IK‹ kein einfach umzusetzendes Thema ist, besonders, da sich die Polizeien das Thema selbst erschließen und herausfinden mussten, wie ›IK‹ anwendungsorientiert und praxisnah in die Aus- und Fortbildung eingebaut werden kann (vgl. Weber, 2023a, 34). Es zeigt sich, dass es bisher eine zu unkritische Auseinandersetzung mit dem Begriff ›IK‹ gibt. Der Arbeitsbegriff ›IK‹ ist im Nachgang der politischen Forderungen übernommen worden und wird (weiterhin) als Titel für die Seminare verwendet. Daneben zeichnet sich aber auch ein Namensfindungsprozess ab, der in einigen Bundesländern stattfindet. Neben dem Begriff ›IK‹ wird nach Alternativen (u.a. transkulturelle, diversitäts- oder soziale Kompetenz) gesucht, was sich jedoch in der Praxis als Herausforderung darstellt, sodass auch Zusatzbezeichnungen für Seminartitel existieren, wie bspw. ›Interkulturelle Kommunikation‹ oder -Einsichten, Konfliktbewältigung, um nur eine Auswahl an dieser Stelle zu benennen. Dennoch sind keine Indizien für eine tiefere Auseinandersetzung mit dem Begriff festgestellt worden. Es ist zu vermuten, dass die Kritik, die der Begriff ›Interkulturelle Kompetenz‹ erfährt, bisher noch nicht in den Polizeien angekommen ist und an dieser Stelle auch das Bewusstsein dafür fehlt. Die Distanzierung von dem Begriff ›IK‹ kann als einen weiteren Schritt zur Optimierung der Polizei beitragen, auch um sich sowohl der diversen Bevölkerung gegenüber weiter zu öffnen, als auch die negative Konnotation des Begriffs ›IK‹ hinter sich zu lassen. Grundsätzlich zeigt sich, dass (externe) Forschung und insbesondere die Verzahnung von Forschung und Praxis einen Mehrwert für die Polizeien darstellt. Von Forschungsergebnissen kann die Polizeien also auch partizipieren, besonders wenn es um Optimierungspotenziale, die Weiterentwicklung und die weitere Öffnung der Polizei geht.

Literatur

Akademie der Polizei Hamburg. Projekt DeWePol (22.12.2021). Stellungnahme des Forscher:innenteams DeWePol vom 22.12.2021. Abgerufen von: https://akademie-der-polizei.hamburg.de/resource/blob/490024/e7a7b3b8c1cd5b4da3a202dacb91aa3f/projekt-dewepol-do-data.pdf.

Atali-Timmer, Fatoş. Interkulturelle Kompetenz bei der Polizei: Eine rassismuskritische Studie (German Edition). Budrich Academic Press. Kindle-Version.

Behr, R. (2002). Lebenswelt Polizei. Ein ethnografischer Zugang zur Berufsidentität von

Polizeibeamten [69 Absätze]. In: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 3 (1), Art. 13. Abgerufen von: http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs020113.

Brusten, M., Feest, J. Lautmann, R. (Hg.) (1975). Die Polizei. Eine Institution öffentlicher Gewalt. Analysen, Kritik, empirische Daten. Neuwied: Luchterhand.

Eckert, R., Jungbauer, J., Willems, H. (1996). Zur Feindschaft verdammt? Belastungssituationen der Polizei im Umgang mit ausländischen Tatverdächtigen und ihre Konsequenzen. In: Polizei-Führungsakademie (Hg.) (1996): Fremdenfeindlichkeit in der Polizei? Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie. Schriftenreihe der Polizei-Führungsakademie (1–2). 88–108.

Feest, J. & Lautmann, R. (1971). Die Polizei. Soziologische Studien und Forschungsbericht. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Feest, J.& Blankenburg, E. (1972). Die Definitionsmacht der Polizei. Strategien der Strafverfolgung und soziale Selektion. Düsseldorf: Bertelsmann Univ.-Verlag.

Feest, J. (2020). Definitionsmacht, Renitenz und Abolitionismus. Texte rund um das Strafvollzugsarchiv. Wiesbaden: Springer Verlag.

Frevel, B. & Groß, H. (2016). »Polizei ist Ländersache!« – Polizeipolitik unter den Bedingungen des deutschen Föderalismus. In: Frieder, W. & Hildebrandt, A. (Hg.) (2016): Die Politik der Bundesländer. Zwischen Föderalismusreform und Schuldenbremse. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: Springer VS. 61–86.

Funk, A. (1990). Polizeiforschung in der BRD. In: Kriminologisches Journal 22. 105–119.

Herrnkind, M. & Schöne, M. (2022). Wessen Gebiet es ist, der bestimmt die Religion? Die Wissenschafts-Firewall des Feldes Polizei. In: Jukschat, N.,

Leimbach, K., Neubert, C. (Hg.) (2022): Qualitative Kriminologie, quo vadis? Stand, Herausforderungen und Perspektiven qualitativer Forschung in der Kriminologie. Weinheim: Beltz Juventa Verlagsgruppe. 200–218.

Informationszentrum Sozialwissenschaften. Kriminologische Zentralstelle (Hg.) (1988). Kriminologie. Forschungsdokumentation 180–86. S. 217ff.

Ullrich, P. (2019): Polizei im/unter Protest erforschen. In: Howe, C. & Ostermeier, L. (Hg.) (2019): Polizei und Gesellschaft. Transdisziplinäre Perspektiven zu Methoden, Theorie und Empirie reflexiver Polizeiforschung. Wiesbaden: Springer VS. 155–190.

Kemme, S., Clasen, J., Groß, E., Häfele, J., Kammigan, I., Taefi, A., Zähringer, U. (2022). Auf steinigen Wegen oder wie das empirische Forschen über die Polizei erschwert wird. In: NK. Neue Kriminalpolitik 2022 (2). 34. Jg. S. 140–158.

Kreissl, R. (2021). Polizeiforschung zwischen den (Lehr-)Stühlen. In: Singelnstein, T. & Ruch, A. (Hg.) (2021). Auf neuen Wegen. Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft aus interdisziplinärer Perspektive: Festschrift für Thomas Feltes zum 70. Geburtstag. Duncker & Humblot. S. 363–369.

Lange, H.-J. (2003). Polizeiforschung, Polizeiwissenschaft oder Forschung zur Inneren Sicherheit? – Über die Etablierung eines schwierigen Gegenstands als Wissenschaftsdisziplin. In: Lange, H.-J. (Hg.). Die Polizei der Gesellschaft. Zur Soziologie der Inneren Sicherheit. Opladen: Leske & Budrich. S. 427–453.

Leenen, W., R. (2019). Handbuch Methoden interkultureller Weiterbildung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Leenen, W. R., Groß, A., Grosch, H. (2002). Interkulturelle Kompetenz in der Polizei: Qualifizierungsstrategien. In: Gruppendynamik und Organisationsberatung. Heft 1. Leverkusen: Leske + Budrich. 97–112.

Liebl, K. (2008). Die Polizeiforschung in Deutschland. Ein Forschungsüberblick. In: SIAK Journal – Zeitschrift fü Polizeiwissenschaften und polizeiliche Praxis (2008) (2). S. 59–70. http://dx.doi.org/10.7396/2008_2_F.

Nabert, A. & Bewarder, M. (20.08.2021). Die Rassismus-Studie, die Seehofer aus politischen Gründen stoppte. Abgerufen von: https://www.welt.de/politik/deutschland/article233265189/Polizei-Seehofer-hielt-Rassismus-Studie-fuer-politisch-nicht-opportun.html.

Ohlemacher, T. (1999). Empirische Polizeiforschung in der Bundesrepublik Deutschland – Versuch einer Bestandsaufnahme. Forschungsbericht Nr. 75. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e. V. (KFN).

Reichertz, J. (1991). Aufklärungsarbeit. Kriminalpolizisten und Feldforscher bei der Arbeit. Stuttgart.

Reichertz, J. (2002). Prämissen einer hermeneutisch wissenssoziologischen Polizeiforschung [77 Absätze]. Forum Qualitative Sozialforschung. Forum: Qualitative Social Research, 3 (1), Art. 17. Abgerufen von: https://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/download/881/1920?inline=1#g1.

Reichertz, J. (2003). Hermeneutische Polizeiforschung. In: Möllers, M. H. & Ooyen, C. V. (Hg.) (2003). Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/2003. Frankfurt a.M. S. 29–56.

Reichertz. J. & Schröer, N. (Hg.) (2003). Hermeneutische Polizeiforschung. Opladen: Leske + Budrich.

Schenk, D. (1998). Der Chef. Horst Herold und das BKA. Hamburg: Hoffmann und Campe. S. 139

Stock, J. & Kreuzer, A. (1996). Drogen und Polizei. Eine kriminologische Untersuchung polizeilicher Rechtsanwendungen. Bonn: Forum Verlag

Walter M. & Wagner A., (1996). Alltägliches Krisenmanagement von Polizisten. Die Beseitigung des Öffentlichkeitsbezugs. Erste Befunde aus teilnehmender Beobachtung. In: Forschung in Köln. Berichte aus der Universität (1996) 2. 8–15.

Weber, K. (2023): Interkulturelle Kompetenztrainings in der Polizei – Handlungsempfehlungen für die Praxis. In: Kriminalistik 06/2023. 77. JG. S. 334–339.

Weber, K. (2023a): Handlungsempfehlung Polizeipraxis – Interkulturelle Kompetenz Trainings. In: DP – Die Polizei 07/2023. S. 34–37.

Forschung und Macht

Polizei und Bundeswehr als empirische Felder – ein Gespräch über Feldzugänge, Forschungsansätze, Problemstellungen

Marion Näser-Lather, Nils Zurawski

Marion Näser-Lather und Nils Zurawski haben sich bei verschiedenen Gelegenheiten über ihre Forschung ausgetauscht und sind dabei auf Ähnlichkeiten und Unterschiede ihrer jeweiligen Felder gestoßen. Das Vorhaben, einen gemeinsamen Beitrag zu diesem Sammelband beizusteuern, mündete in der Idee, ein weiteres Gespräch zu führen und es mitzuschneiden, da sich so die vielfältigen Bezüge im gedanklichen Austausch am besten zeigen lassen. In Anlehnung an Klenk (2020, 2021[1]) wäre dieses eine Form des sprechenden Denkens, wie er es für Podcasts beschrieben hat. Und da das hier wiedergegebene Gespräch eine bearbeitete und redigierte Fassung einer Unterhaltung war, die auch gut in einem gemeinsamen Podcast hätte veröffentlicht werden können, geht es den beiden Autor:innen vor allem um die Dynamik, die sich aus dem gedanklichen Austausch ergeben haben. Thematisch geht es vor allem darum, dass nicht die Polizei allein spezielles Feld darstellt, sondern eben auch das Militär. Beide halten sowohl als Feld, aber vor allem für die Forscher:innen besondere Bedingungen bereit, über die es sich in einem Sammelband zu Polizei zu sprechen lohnt. Das Militär, hier vor allem die Bundeswehr, ist in einem ethnografischen Kontext nahezu unsichtbar, wahrscheinlich auch aus dem Fokus geraten, was für die Polizei ganz und gar nicht gilt. Umso dringlicher erschien Marion Näser-Lather und Nils Zurawski der hier wiedergegebene Austausch.

---

1 Klenk, M. (2020).Sprechendes Denken: Essays zu einer experimentellen Kulturwissenschaft (Edition Kulturwissenschaft). Bielefeld: transcript; und Klenk, M. (2020). Stimme, Sprechen, Hören: Von der sinnlich-sinnhaften Verfertigung wissenschaftlicher Erkenntnis beim Sprechen und Hören. *kommunikation@gesellschaft*, *21*(2). https://doi.org/10.15460/kommges.2020.21.2.623

Das Gespräch fand im Sommer 2022 per Videochat statt und wurde im Anschluss von beiden editiert.

Die Leser:innen mögen den Text daher wie ein Gespräch lesen, dem Fluss (Flow) folgen und weniger wie einen rein schriftlichen Aufsatztext.

Nils Was verbindet unsere Forschungsgebiete Polizei und Bundeswehr? Beide haben einen eher schwierigen Feldzugang, aber was ist es noch?

Marion Ich würde mit einem Gedanken zu Gewalt starten wollen. Es scheint mir ja so, als hätte die Frage, wie weit Gewalt in Gesellschaften tabuisiert wird, natürlich auch etwas mit Entfremdung von Gewalt im zivilen Raum zu tun – was durchaus positiv zu betrachten ist. Mit Entfremdung meine ich zum Beispiel, dass Dinge wie Tiere schlachten, sehr stark ausgelagert und reglementiert sind. Dass – Gott sei Dank – Eltern ihre Kinder nicht mehr schlagen sollen und so weiter. Und das könnte dann möglicherweise auch zu einer noch stärkeren Tabuisierung von Gewalt beitragen, was dann wiederum mit noch stärkerer Entfremdung von solchen Sicherheitsinstitutionen wie Polizei und Militär einhergehen könnte. Das ist ein erster Gedanke.

Nils In den 2000ern gab es in einer Bundeswehrkaserne in Coesfeld bekanntgewordene Initiationsriten, die sehr grenzwertig, eher über die Grenze waren. In einem damaligen Artikel bei Telepolis[2] habe ich mich dagegen gewehrt als es hieß, dass seien alles nur Einzelfälle. Mein Argument war damals und wäre es auch heute: »Ihr seid bei der Bundeswehr, ihr müsst euch mal auch dazu bekennen. Ihr könnt nicht den ganzen Tag mit Waffen rumlaufen und üben und dann sagen: Ne, das hat mit uns eigentlich nichts zu tun.« Die jungen Menschen, damals wohl hauptsächlich junge Männer, konnten das doch gar nicht genug reflektieren, das war eine Überforderung und wäre es auch heute noch. So etwas gibt es bei der Polizei auch, und ist dort auch durchaus immer mal wieder ein Thema. Dort von Einzelfällen zu sprechen, also das Verhalten nach Außen zu verschieben und damit zu sagen Gewalt seien die Barbaren, die über uns herfallen, hilft nur für den Moment, aber nicht um mit solchen Situationen um adäquat und nachhaltig umzugehen. Vielmehr müsste man sich als Institution und Gesellschaft eingestehen: Gewalt ist in der Gesellschaft, aber wir haben folgende gute Gründe und folgende gute Mechanismen, sie einzuhegen

2 Folter in Coesfeld? 26.11.2004, https://www.telepolis.de/features/Folter-in-Coesfeld-3437459.html

und es gibt auch gute Gründe sie einzuhegen. Aber das ist natürlich enorm schwierig in Institutionen, für die auch Gewalt konstitutiv ist.

Marion Ja, absolut.

Nils Und diese Gewalt ist auch konstitutiv für manche Männerbilder und dennoch in der Gesellschaft tabuisiert. Und auch dort wieder diese Externalisierung, dass Gewalt, das Böse nichts mit uns zu tun habe. Es hat mit der Nichtanerkennung bestimmter Phänomene zu tun. So hört man bei Eltern und Schulen häufig, dass alles immer schlimmer würde. Ich denke eher nicht, dass das stimmt. Ich würde sagen, dass die Rate der Eltern, die ihre Kinder schlagen, zurückgegangen ist. Die Aufmerksamkeit dafür ist andererseits hochgegangen. Meine These ist, dass der Umgang ein anderer war und Gesellschaft heutzutage viel empfindlicher geworden ist und Gewalt dann erscheint als wäre sie nicht mehr von oder gar bei uns.

Marion Ja, die ist nicht mehr bei uns. Und gerade eben bei der Bundeswehr ist es ja so, dass es nach dem zweiten Weltkrieg diesen sehr krassen Umbruch gab in der Wahrnehmung und in der Bewertung. Also dieses »von Deutschland soll nie wieder Krieg ausgehen« und dass natürlich auch die Nazi-Ideologie sehr stark und auch zurecht mit so etwas wie autoritärer Erziehung verbunden wurde und auch mit Gewalt. Und das wollte man eben auch vermeiden. Daraus entstanden ja die Initiativen der antiautoritären Erziehung und es gab diesen starken Vorbehalt gegenüber allem, was irgendwie mit Militär zu tun hatte. Und das hat auch dazu geführt, dass die Bundeswehr sich unglaublich schwer damit mit so etwas tut, wie mit eigenen Traditionen umzugehen. Was sind denn eigene Traditionen? Also die Wehrmacht darf es nicht sein, im neuen Traditionserlass distanziert man sich explizit davon. Aber anscheinend wurde zumindest in der Vergangenheit da eine Leerstelle empfunden, die dann eben gefüllt wird durch solche Initiationsrituale.

Nils Das ist eine gute Erklärung finde ich.

Marion Oder eben durch einen inoffiziellen Bezug auf die Wehrmacht, den es teilweise doch noch gibt oder gab. Dass da dann Traditionsräume existiert haben, wo bestimmte Symbole doch irgendwie wieder aufbewahrt wurden beziehungsweise bei bestimmten Gelegenheiten wieder hervorgeholt wurden, ist nachvollziehbar. Das betrifft dann eben natürlich auch den Umgang mit

Gewalt, auch innerhalb der Bundeswehr. Also dieses Leitbild des Soldaten als Staatsbürger in Uniform, dieses Konzept der Inneren Führung, das ja sehr stark auf eine unglaubliche Einhegung von Gewalt abzielt und darauf, dass eigentlich vor allem Charaktereigenschaften gefördert werden sollen, die so gar nicht zum Bild des Kämpfers passen.

Es wird dabei viel Wert gelegt auf das Demokratieverständnis, Verständnis für gesellschaftliche Vielfalt und lauter solche Sachen, die aber eigentlich auch im Bewusstsein vieler Soldatinnen und Soldatenso ein bisschen abgekoppelt sind von der Realität, wie sie dann in den Einsätzen erlebt wird oder von den Erfordernissen, die dort wahrgenommen werden oder die in der praktischen Ausbildung dann doch wiederum vermittelt werden. Wozu natürlich auch Gewaltausübung und natürlich auch eine Desensibilisierung gehört, die erfolgen muss, damit Gewalt überhaupt ausgeübt werden kann. Mit einer Desensibilisierung meine ich so etwas wie Schießhemmungen überwinden oder ähnliches.

Nils Wäre es beim Militär die Konzentration auf Verteidigung, die als Krücke dient, das so durchzuführen? Das Militär verteidigt sich nur, was bestimmte Taten und gewaltvolle Handlungen beinhaltet, und dann können sie auch demokratisch sein. Und bei der Polizei ist es der Diskurs »der Guten, der Neutralen.« Beides trifft irgendwie zu und auch nicht und natürlich ist die bundesdeutsche Armee 1955 bei Gründung als Verteidigungsarmee gegen den Warschauer Pakt gegründet worden. Da aber wehte ja noch ganz stark der Geist des Dritten Reiches durch die deutschen Wohnstuben und wahrscheinlich auch durch die begeisterten Militärs.

Marion Die Ausbilder, die hatten sich damals ja nicht verändert. Die Ausbilder waren teilweise noch diejenigen, die an der Front gewesen sind und die dann auch bestimmte Traditionen trotzdem weitergetragen haben. Das hat sich dann geändert, spätestens mit den Auslandseinsätzen. Da ist dann das positive Bild entstanden, der sogenannte *Miles protector*, also derjenige, der humanitär die Bevölkerung in den Einsatzländern beschützt und der dazu beitragen soll, dass Frieden wieder hergestellt wird. Das ist sozusagen das Selbstbild, was dann dazu führen soll, dass die Ausübung von Gewalt gesellschaftlich wieder legitimiert wird.

Nils Bei der Polizei ist es ja auch der »Freund und Helfer«, den die Polizei allerdings ungern hört. Einige sagen, wir sind ja nicht Freund und Helfer, wir

sind Polizei. Das machen sie auch immer wieder deutlich. Aber sie sind ganz generell gesehen auch dazu da, Bürgerrechte durchzusetzen, als neutrale Institution. Nun kann man natürlich immer fragen, was diese Neutralität bedeutet. Warum sind sie nicht Team A, wenn es doch auch ein Team B gibt, wie z.B. bei so mancher Demonstration. Dort ist »neutral sein« problematischer, als bei häuslicher Gewalt oder bei anderen Streitigkeiten. Anders als die Kriminalpolizei hat die uniformierte Polizei, vielmehr mit Militär zu tun, ohne das jetzt zu übertreiben. Aber sie ist sichtbar, sie ist uniformiert, bewaffnet bis hin zu ihrer oft kritisierten Militarisierung. Und jetzt haben wir diese beiden Organisationen, die von sich behaupten, ein fester Teil der Gesellschaft zu sein, aber nicht wollen, dass man ihnen zu nahe kommt. Woran liegt das? Haben sie eine Ahnung, dass unsere Forschung irgendwas zeigt, was ihrem Selbstbild widerspricht, dass sie nicht in Ruhe Dinge machen können, von denen keiner wissen sollte oder fühlen sie sich von Anfang an falsch verstanden?

Marion Ich glaube, bei der Bundeswehr ist es vor allem Letzteres. Also gerade verbunden mit der Perzeption, dass das Wesen wissenschaftlicher Institute und sozialwissenschaftlicher Forschung in Deutschland vor allem irgendwie Links ist. Das sind diese langhaarigen Bombenleger, sagte man früher ja zu den jungen Männern, die den Wehrdienst verweigert haben, aber das sind eben genau diese Leute, die dann irgendwie die Bundeswehr in den Schmutz ziehen wollen, die dann irgendwie nachweisen wollen, dass Bundeswehr aus den verschiedensten Gründen keine positive Institution ist, also autoritär, rechts und so weiter. Und dann die Geheimhaltung. Obwohl, bei der sozialwissenschaftlichen Forschung kann ich mir jetzt gar nicht so richtig vorstellen, dass da wirklich die Befürchtung ist, dass militärische Geheimnisse ausgeplaudert werden. Ich glaube, die wichtigste Befürchtung ist in der Tat diese falsche Repräsentation, in ihren Augen also die ungünstige Außendarstellung.

Nils In der Polizei gibt es dieses Phänomen der Geheimhaltung auch. Wobei es da oft um banale Dinge geht, wie ein Leitfaden für ein Kommunikationstraining oder andere Lehrmanuale. Das Schlimmste, was rauskommen könnte bei vielen Forschungen ist, dass die Forschenden sagen: Das Problem ist bearbeitungswürdig, wir hätten da eine neue Idee.

Marion Das Schlimmste, was passieren könnte, wäre, dass die Medien davon Wind bekommen und dann einen Skandal daraus machen könnten. Bei der Bundeswehr ist es ähnlich, gerade wenn es um das Thema Geschlecht geht –

meinem Forschungsschwerpunkt dort. Also gerade bei Themen, die intern Aufregung verursachen und umstritten sind. Migration wäre so ein Thema, wobei Geschlecht noch schlimmer ist. Migration ist nicht »schlimm«, das habe ich jetzt bei Befragungen von Studierenden der Bundeswehr-Universität Hamburg schon ein bisschen rausgehört und von Lehrenden, die eben mit diesen Studierenden zu tun haben. In den Lehrveranstaltungen sitzen Kameraden, die nicht weiß sind, die können sich trotzdem als »vollwertige Soldaten« beweisen – aber es gibt bei einigen immer noch die Vorstellung, Frauen könnten nie richtige Soldaten sein. Das scheint mir hier der Unterschied zu sein.

Nils Ich glaube, das Problem ist bei der Polizei auch vorhanden, wenn auch in nicht so prominenter Form, zumal ca. 50 % der Anwärter:innen Frauen sind. Auch Migrant:innen oder Menschen mit migrantischer Herkunft, welcher Generation auch immer, die sich bei der Polizei bewerben, wollen ja dahin. Diese sind dann wahrscheinlich auch eher strukturkonservativere Menschen. Die haben sich entschieden, zur Polizei zu gehen, die sind ja nicht gezwungen worden. Was sie nicht wollen, ist der »Alibitürke« zu sein. Ich glaube, dass sie manchmal ein bisschen kämpfen müssen, aber wenn sie dann das vertreten, was Polizei vertritt, dann sind sie in dieser Gemeinschaft als Polizist:innen vollkommen anerkannt. Nach meiner Wahrnehmung gilt das auch unter Polizeischüler:innen. Es gibt Gründe, warum sie hinwollen, die vielleicht andere sind, als bei »Biodeutschen« – es besser machen oder andere Erfahrungen –, aber sie haben sich dafür entschieden. Bei Frauen scheint es mir ähnlich wie bei der Bundeswehr zu sein – die bekommen Kinder, können manches nicht richtig, so in diese Richtung. Wenn ich an so manche Bemerkung denke, die ich auch schon überhört habe, inoffiziell natürlich, auch von Führungskräften, dann frage ich mich doch manchmal in welchem Jahrhundert wir leben. Geschlechterfragen sind auch hier immer noch nicht vollkommen ausdiskutiert und ein Thema, das bearbeitet werden muss.

Marion Genau, Frauen können es im Prinzip nie schaffen. Wenn sie sich anpassen, dann sind sie keine Frauen mehr und wenn sie es nicht tun, wenn sie sich extrem weiblich verhalten, dann sind sie in dem Fall keine Soldatinnen, also keine vollwertigen Team-Mitglieder. Und wenn jemand das jetzt unter dieser Geschlechterforschungsperspektive untersuchen möchte, dann ist natürlich von vornherein schon mal ein zusätzlicher Widerwillen vorhanden, gerade weil das so umstritten ist. Bei der Bundeswehr ist es ja zumindest so, dass

sie im Durchschnitt konservativer ist als der Rest der Gesellschaft. Es gibt da durchaus viele Menschen, die kritisch sind und für Genderthemen offen, bei denen dann durchaus die Alarmglocken läuten innerlich. Und auch das trägt, neben diesem allgemeinen Misstrauen, was ich beschrieben habe, bei solchen internen, sehr umstrittenen Themen auch noch zu weiterer Skepsis gegenüber Forschung bei.

Nils Haben die keine Angst sich dadurch noch mehr abzuschotten oder ist denen das eigentlich dann ganz recht, dass sie ein bisschen so ein Haufen für sich sind, ähnlich wie die Polizei? Da kommt ja auch nicht selten der Spruch »ach, du weißt nicht, wovon wir reden«, oder »wenn du wüsstest«.

Marion »Wenn du wüsstest«, kommt dann zwar nicht, aber es wird ganz klar diese Unterscheidung gemacht zwischen drinnen und draußen, auch sprachlich. Also »draußen ist das so und so«. Dann denke ich immer: Draußen? Warum sagt der das so? Oder die zum Teil bei einsatzerfahrenen Soldat:innen vorhandene Selbstwahrnehmung als elitär, als diejenigen, die sich von der hedonistischen Zivilgesellschaft abheben, die sozusagen die Held:innen sind, in der eigenen Wahrnehmung, die wirklich wissen, was der Ernst des Lebens bedeutet. Aufgrund von Grenzerfahrungen, die sie gemacht haben. Diese Grenzerfahrungen sind etwas, was sie abhebt vom Rest der Gesellschaft. Ich denke schon, dass es denen teilweise ganz recht ist, wenn sie sich nicht so sehr von Wissenschaftler:innen in die Karten gucken lassen und so ein bisschen abgeschottet sind.

Nils Wenn dem so ist und diese Zugänge schwierig sind, aber ja nicht unmöglich, wie wir und andere es ja zeigen, würdest Du sagen, dass unsere Gesprächspartner:innen offener wären, wenn sie wüssten, dass das alles nicht öffentlich wäre? Wenn es nur für den Zweck einer inneren Reflexion wäre?

Marion Also, ich kann es mir gut vorstellen. Wenn man denen wirklich zusichern würde, dass man die Ergebnisse nicht veröffentlicht, dass sie dann schon wesentlich aufgeschlossener wären, wobei auch nicht hundertprozentig. Denn das zweite Problem, was es dann dabei gibt, ist die, wie ich finde, sehr problematische Fehlerkultur, die es in der Bundeswehr teilweise gibt. Es gibt so ein paar Erlebnisse, die mich da sensibilisiert haben. Ich habe als Reserveoffizier mal eine Wehrübung gemacht und sollte dabei in einer sogenannten Morgenlage eine Studie, eine Meinungsumfrage über Afghanistan vorstellen. Ich habe

dann, so wie ich es gewohnt bin und wie ich es auch als redlich empfinde, gesagt: »Okay, die Ergebnisse, die ich jetzt vorstelle, da muss man folgende Einschränkungen machen, die gelten nur für die und die Bereiche und die gelten nur in dem Zeitraum und es wurde so und so erhoben und deswegen muss man das. [...]« Und dann ist nachher jemand aus dem Kreis der Offiziere zu mir gekommen und hat gesagt: »Ja, aber Frau Näser, das hätten Sie doch nicht sagen dürfen, dass das jetzt nicht praktisch [...] Sie hätten doch Ihre eigene Aussage nicht so abschwächen dürfen.«

Das ist eine völlig andere Herangehensweise. Bei der Bundeswehr ist die Haltung: »Ich erfülle einen Auftrag, egal, ob man es wirklich kann oder nicht.« Wirklich nur wenige Leute trauen sich, dann zu sagen: »Nein, kann ich nicht, weil, das und das ist gerade an Ressourcen nicht vorhanden oder so.« Das traut sich fast niemand. Deshalb tun die sich so schwer so etwas wie Lessons Learned zu machen. Kritik üben und dann etwas zu ändern, könnte ja die eigene Karriere gefährden. So etwas könnte ja irgendwie negativ wirken.

Nils Dieser Karriereaspekt ist in der Polizei auch sehr stark. Auf einer Tagung sagte einer der Teilnehmer, ein Polizist, dass es nach oben immer dünner würde und ganz unten in der Breite man auch mal über Fehler sprechen könne, je nachdem welche Rolle und Aufstiegsmöglichkeiten bestehen. Aber sobald man mehr Sterne auf der Schuler hat und sobald die golden würden, im höheren Dienst, da wird es dann schon sehr schwierig und man versucht das zu vermeiden. Das führt zu ängstlichem oder zu vorsichtigem Verhalten und zu Tausenden von Absicherungen. Vielleicht wird dann nicht alles immer delegiert, man macht alles selbst. Für das Führungsverhalten sei das nicht gut. Man hoffe so Fehler zu vermeiden, anstatt mit Fehlern gut umzugehen. Es gibt einen Begriff der Fehlerkultur, aber niemand weiß genau, was mit dieser Fehlerkultur gemeint sein soll. Fehler absolut zu vermeiden oder was genau?

Marion Genau und bei denen gilt jeder Fehler, jede Einschränkung der eigenen Aussagen, wie das Wissenschaftler:innen oft tun, als Schwäche. Es wird viel Wert auf so etwas wie Handlungsempfehlungen gelegt, was nicht mal richtige Empfehlungen sind, sondern eigentlich sollte man es eher fertige Lösungen nennen. Am Anfang habe ich oft gedacht, okay, ich habe das jetzt analysiert und dachte damit sei es ja gut. Ich habe es analysiert und präsentiere dann die Analyse. Aber was ist denn jetzt die Lösung, wurde dann gefragt. Ich dachte mir dann, wieso soll ich jetzt die Lösung auch noch finden? Was soll das denn? Aber das ist deren sehr starke Fokussierung.

Nils Das ähnelt der Polizei in vielem. Wir hatten eine Vorstellung einer kleinen Studie zur polizeilichen Kommunikation mit psychisch kranken Menschen im Rahmen einer Masterarbeit. Die beiden Autorinnen haben das vorgestellt und es kam sofort die Frage nach einer Umsetzung, nach einem Leitfaden und Handlungsempfehlungen? Die Autorinnen waren ein wenig verunsichert. Ich habe dann vorgeschlagen, dass wir ihnen vor allem Training geben können, wie sie ihre Kreativmöglichkeiten für Situationen erhöhen können. Das können wir, aber genauer können wir das jetzt nicht zeigen. Es gibt nicht den Satz, und den und den, sondern nur so eine Art Erhöhung-der-Möglichkeiten-Training. Die Polizist:innen wollten eher so eine Bullet Point-Liste, eine Art algorithmische Anleitung.

Marion Ja, exakt dieses Denken habe ich beim Militär eben auch häufig gefunden bis hin zu den berühmten Taschenkarten. Das sind so kleine, DIN A6 große Karten, die man eben in die Tasche stecken kann. Wo eben für unterschiedliche Situationen und Anwendungsbereiche genaue Anweisungen in Form von Bullet Points enthalten sind. Das betrifft zum Beispiel die sogenannten Rules of Engagement, also wann man im Einsatz auf Leute schießen darf und wann nicht und auf welche Leute man wann schießen darf. Das ist jeweils unterschiedlich und hängt vom Einsatz, Ziel der Mission und so weiter ab. Das gibt es auch für andere Sachen, für den Umgang mit interkultureller Kommunikation zum Beispiel,und da stehen dann holzschnittartig wirklich Sachen drin, wo sich mir als Ethnologin die Haare sträuben. Aber das ist genau das, was da anscheinend gefordert ist: einfache Rezepte, um dann handlungsfähig zu sein.

Nils Und dann haben sie andersherum immer Angst, irgendwas an Journalist:innen rauszugeben. Ja, Journalist:innen wittern manchmal auch Skandale, wo keine sind. Das ist auch Teil ihres Geschäfts, oft ist es aber auch nur heiße Luft, wenn der Innensenator auf einem Pferd fotografiert wird bei einem Event, wozu er kostenlose Reitstunden genommen haben soll und dann wedelt jemand lauwarme Luft durch die Gegend. Aber manchmal ist ja auch etwas dran und fast immer war der Skandal nicht das, was vorgefallen ist, sondern der Umgang damit. Es sind Sätze wie diese: »Nein, das hat nicht stattgefunden. Nein, das waren nur Einzelne, die das eigentliche Problem darstellen.« Das umständliche Erklären eines offensichtlichen Fehlers, warum etwas doch rechtmäßig und eigentlich gar kein Fehler war, das war und ist immer der größere Skandal. Stattdessen würde ich gern mal hören: »Ja, haben wir und Folgendes sind unsere Punkte zur Aufklärung und zum Umgang.« Polizei

und Verantwortliche in der Politik meinen, die Entdeckung ist das Schlimme und sehen nicht, dass das peinliche Rumlavieren viel schlimmer ist. Ein Rassist in der Polizei scheint für die Polizei nicht so schlimm zu sein wie zu sagen: »Ja, wir haben einen Rassisten und morgen verkauft der Mann Pizza am Bahnhof, und zwar nicht für uns.« Ich bin überzeugt, das würde der Öffentlichkeit signalisieren, dass durchgegriffen wird. Das wäre ein Signal an alle, aber davor schrecken sie immer wieder zurück und erklären, verdecken oder jagen die Whistleblower.

Marion Ja. Das ist in der Bundeswehr auch ähnlich und ich glaube, das hat auch viel mit der Tatsache zu tun, dass sowohl Polizei als auch Militär im Nationalsozialismus eine bestimmte Rolle gespielt haben, und dass die Furcht davor, mit solchen Dingen identifiziert zu werden, gerade wenn es um rechte rassistische Ansichten geht, dann immens groß ist. Und man kann sich natürlich wirklich auch fragen, so wie du das jetzt eben geschildert hast, warum reagiert man dann kommunikationstechnisch eigentlich so ungeschickt. Auch wenn die Furcht so groß ist, könnte man trotzdem genauso so reagieren wie du das vorschlägst, was ja eigentlich viel produktiver wäre. Aber man macht es nicht, also wird es irgendwie runtergespielt. In der Bundeswehr gibt es dann noch den Wehrbeauftragten oder momentan die Wehrbeauftragte und ihre jährlichen Berichte. Also insofern gibt es da eine gewisse Kontrolle.

Nils Und an den kann man sich wenden?

Marion Ja. Das ist die oberste Instanz, an die man sich als Soldat:in wenden kann. Man braucht dabei den Dienstweg nicht zu gehen, wenn irgendwas passiert ist, sei es sexuelle Belästigung oder irgendeine ungerechte Behandlung oder irgendwas. Man kann sich direkt an die wenden. Ansonsten gäbe es natürlich auch noch viele andere Personen, wie Vertrauenspersonen, Gleichstellungsbeauftragte, bei Mannschaften gäbe es den Spieß, also der Unteroffizier, der für die inneren Angelegenheiten zuständig ist, meistens ein Feldwebel-Dienstgrad. Und dann gibt es noch den Disziplinarvorgesetzten und es gibt je nach Dienststelle auch noch einen Betriebsrat. Aber der Wehrbeauftragte ist die höchste Eskalationsstufe, insofern als das dann ja auch in diesem Bericht der Wehrbeauftragten aufgenommen wird. Dann gibt es schon eine gewisse Öffentlichkeit oder zumindest ein gewisses Herstellen von Öffentlichkeit, das durch die Mechanismen der Politik, also der Kontrolle des Militärs

durch das Parlament, letztlich auch etabliert worden ist. Das ist vielleicht ein Unterschied zur Polizei.

Nils Nun gibt ja keine Wehrpflicht mehr bzw. sie ist ausgesetzt. Bestand früher ein Mehr an Öffentlichkeit durch die Wehrpflichtigen? Trotz des Zivildienstes, den zu meiner Zeit etwa die Hälfte wählte, war die Armee dennoch präsent. Junge Männer hatten sich was zu erzählen und man erfuhr was daraus, man erfuhr wie viel Quatsch passierte, wie blöd die Zeit war, man erfuhr lustige Kameradschaftsgeschichten und, und, und. Wie üblicherweise natürlich nur all das, was man so erzählt. Die richtig schlimmen Sachen hat man wahrscheinlich nicht erfahren oder die Leute, die gelitten haben, haben das selten erzählt. Aber das ist alles vorbei. Aus der Armee kommt nichts zurück am Wochenende, nichts zu den Freunden, die da nicht sind. Verändert das auch eine Bindung und die Wahrnehmung der Armee? Durch die Wehrpflichtigen aus allen Lebenslagen und Schichten war das doch schon eine andere Öffentlichkeit als das heute noch der Fall ist, oder?

Marion Ja, Ich sehe da wirklich einen graduellen Wandel. In den letzten Jahren, in denen es die Wehrpflicht noch gab, gab es die sogenannte Wehrgerechtigkeit schon gar nicht mehr. Das heißt, selbst von denjenigen, die sich gemeldet haben, wurde nur ein Teil wirklich zum Wehrdienst herangezogen, nämlich diejenigen, die wirklich T1 gemustert worden sind, also die wirklich körperlich fit waren. Das hatte auch finanzielle Gründe, da man nicht mehr so viele Wehrpflichtige bezahlen wollte und konnte. Im Zuge der zunehmenden Professionalisierung und Ausdifferenzierung und des Wandels zur Einsatzarmee wusste man auch gar nicht mehr so richtig, was man mit den Leuten überhaupt machen soll. Die kosten eigentlich nur Geld und sind zu nichts zu gebrauchen. Die kannst du nirgendwo hinschicken, die müssten sich dann schon für längere Zeit verpflichten, für zwei Jahre zumindest, damit man das machen kann. Auf jeden Fall weiß ich gar nicht, ob die Bundeswehr so stark präsent noch war.

Ich bin ja jetzt weniger mit jungen Männern früher unterwegs gewesen. Deswegen weiß ich natürlich nicht, was da so gesprochen worden ist. Aber von meinen Schulkamerad:innen sind ganz, ganz wenige nur zum Militär gegangen und in der Gegend, wo ich aufgewachsen bin, in Marburg, da war Militär überhaupt nicht präsent, denn es gab keine Kasernen mehr. Ich kann an einer Hand abzählen, dass ich mal in der Kindheit irgendwie Militär gesehen habe.

Nils Das gilt ähnlich für meine Erfahrung in Hamburg, was die Sichtbarkeit angeht.

Marion Das ist eben sehr unterschiedlich in ländlichen Gebieten in Bayern, da gehörte die Bundeswehr zum Alltag. Besonders in kleinen Städten, wo die Bundeswehr dann ein maßgeblicher Arbeitgeber war oder ist und auch ein großer wirtschaftlicher Faktor. Da gehört sie viel eher dazu, auch im Bewusstsein und währenddessen gibt es andere Gegenden, wo man damit fast überhaupt nicht in Kontakt kommt. Ich habe bis ich mich für das Forschungsprojekt entschieden habe, keinen einzigen Soldaten gekannt.

Nils Ich auch nicht, außer Wehrdienstleistende und Leute aus der britischen Armee, mit denen ich Kontakt hatte, das war in Münster und später in Nordirland.

Marion Es hat sich durch das Ende der Wehrpflicht bestimmt noch einmal verstärkt und die innere Homogenität ist größer geworden. Es gehen in noch größerem Maße als es früher schon der Fall war, eher die unterprivilegierten Personen zur Bundeswehr und eher Leute, die irgendwie konservativer sind. Das war dann natürlich früher bei der Wehrpflicht anders. Da hat sich jedem jungen Mann diese Frage zumindest mal gestellt und der hat das zumindest für sich selbst durchgespielt und entschieden, ob er das möchte oder nicht und das fällt natürlich jetzt weg.

Nils Das stimmt. Und das drängt das Thema noch weiter weg. Ich musste mich wenigstens noch damit auseinandersetzen, dass ich da nicht hinwollte – und musste noch einen Aufsatz schreiben, der wahrscheinlich grauslich war, wenn ich es recht bedenke aus heutiger Sicht. Aber warum sollten wir jetzt darüber forschen, wenn dem so ist.

Marion Gerade deswegen.

Nils Weil die Soldaten so weit weg sind?!?

Marion Ja.

Nils Wenn ich es recht bedenke, sind aber, außer der Polizei, andere Verwaltungs-Bürokratien noch viel weniger erforscht, wie z.B. die Aus-

länderbehörden, die Arbeitsämter oder der Gesundheitsbereich. Und auch da geht es doch um den Umgang mit Menschen, um Themen wie Ethnisierung, Rassismus und so weiter, die gerade dort natürlich auch stattfinden. Nun haben wir bei der Polizei eine Bürokratie, die bewaffnet ist und die jede Menge mehr Eingriffsrechte hat als andere. Ist das also schon der alleinige Grund, warum man sie beforschen sollte?

Marion Ja schon. Allein schon deshalb, weil die Gefahr besteht, dass hier eine Parallelgesellschaft entsteht. In Bezug auf das Militär gab es den Begriff des »Staat im Staate«. Baudissin[3] und andere, welche die Innere Führung entwickelt haben, haben versucht, genau das zu vermeiden, nach dem zweiten Weltkrieg. Durch die Einsätze und durch diese zunehmende Abkoppelung kommen wir da jetzt vielleicht so ein bisschen wieder hin. Es ist zumindest die Gefahr auch durch die Veteranen-Verbände, die sich dann bilden. Ich finde, da muss man ein Auge draufhaben. Das muss man beobachten, wo das hinläuft und abgesehen davon, finde ich es natürlich einfach auch faszinierend. Gerade weil das Institutionen sind, sowohl Polizei als auch das Militär, die die Einzigen sind, die Gewalt einsetzen. Mich interessiert wie sie damit eigentlich umgehen? Was macht das mit den Menschen, welche Organisationskultur entsteht, das ist, wofür ich mich interessiert habe. Und darin dann auch der Geschlechteraspekt, wobei das vor allem ein persönliches Interesse ist, weniger ein rationaler Grund.

Nils Wir wollen also wissen, wie die Soldat:innen oder Polizist:innen diese Rolle und Lage erleben, wie sie damit umgehen und dann schauen uns nicht selten unsere Kollegen an und sagen: »Ne, so nahe wollten wir das ja auch nicht. Wenn ihr da reingeht, dann seid ihr kontaminiert im wahrsten Sinne des Wortes.« Kennst Du das?

Marion Ja. Ich habe da die unterschiedlichsten Rückmeldungen erlebt. In meinem speziellen Fall ist es natürlich auch das methodologische Vorgehen,

---

3 Wolf Graf von Baudissin (1907–1993) war ein deutscher Offizier und Militärtheoretiker, der nach dem zweiten Weltkrieg am Aufbau der Bundeswehr beteiligt war und das Konzept der Inneren Führung maßgeblich mitentwickelt hat. Die Innere Führung ist die Organisationsphilosophie der Bundeswehr, die vom Leitbild des Soldaten als »Staatsbürger in Uniform« ausgeht.

was besonders ist. Wenn man das mit einer klassisch ethnographischen teilnehmenden Beobachtung macht, dann ist das schon erklärungsbedürftig. Wenn man sagt, ich möchte phänomenologisch erforschen, was diese militärischen Tätigkeiten auch mit dem eigenen Körper machen, dann stellen einem die anderen natürlich auch die Frage, fast nie offen, aber sie schwebt im Raum – inwiefern man sich dann als Forscherin selbst irgendwie an der Ausübung von Gewalt beteiligt. Und – wie gesagt – es gibt eine Reihe an Personen, die eher pazifistisch eingestellt sind, die das gesamte Forschungsfeld von vornherein überhaupt nicht nachvollziehen können. Es gibt natürlich auch Leute, die das differenzierter betrachten und es gibt auch eine Fraktion, die sagt, wir bewundern das. »Hey, das ist toll, dass sich jemand diesem Feld mal widmet und gerade eben so mutig ist und das auf diese Art und Weise tut«. Es gibt all diese Rückmeldungen, diese ganze Bandbreite habe ich dann eben auch erlebt. Ich glaube, das ist aus historischen Gründen in Deutschland noch ein bisschen prekärer als in anderen Ländern, wie zum Beispiel in den USA, wo das Militär wesentlich angesehener ist.

Nils Ist das auch eine intellektuelle Erhebung über Armeen?

Marion Ja, natürlich. Die Armee, so klingt das oft auch, das seien eben nicht die hellsten, die sind irgendwie unterbelichtet, so ist häufig die Wahrnehmung. Auf der anderen Seite hat mir einmal ein Kollege von der Kultur- und Sozialanthropologie vorgeworfen, dass ich mich nicht fair gegenüber dem Feld verhalten habe.

Grund war, dass ich in einem Vortrag dargestellt hatte, dass ich mich den Vorgaben des Verteidigungsministeriums, meinen Text, meine Veröffentlichungen – in dem Fall die Dissertation – vorzulegen und zensieren zu lassen, widersetzt habe. Er meinte, dass ich damit praktisch das Feld für andere Ethnolog:innen unzugänglich gemacht hätte. Ich hätte den anderen letztlich die Möglichkeit genommen, auch dort zu forschen. Worauf ich dann entgegnet habe, dass ich die Interessen eines anderen Teils meines Feldes durchaus vertreten hätte, nämlich derjenigen Soldatinnen und Soldaten, die mir da ihre konkreten Probleme geschildert haben und die eben genau wollten, dass das eben mal öffentlich wird, weil eben das Verteidigungsministerium nichts daran ändert. Also in dem Fall war es Vereinbarkeit von Elternschaft und Soldatinnenberuf. Aus meiner Sicht konnte ich auch nicht anders handeln, da es eine Qualifikationsarbeit war. Ich lasse mir nicht meine Dissertation zensieren.

Nils Zumal du ja nicht Geheimnisse verraten hast, sondern eher innere Gefühle und atmosphärische Aspekte des Militärs.

Marion Es ging nicht um militärische Geheimnisse, die ein Feind nutzen könnte gegen die Bundeswehr, sondern es ging nur um die Frage, wie sich die Menschen fühlen, wenn sie Eltern sind und welche Probleme sie haben.

Nils Glaubst Du, dass Du verbrannte Erde hinterlassen hast oder ist diese Gefahr eigentlich gar nicht eingetreten?

Marion Ich glaube eigentlich nicht, dass ich verbrannte Erde hinterlassen habe. Zwei Sachen sprechen dagegen. Die eine Sache ist, dass die Beauftragte für Familie und Dienst des Verteidigungsministeriums mein Buch, wie sie mir gesagt hat, häufiger auch als Argumentationshilfe herangezogen hat, wenn sie versucht hat, Dinge im Verteidigungsministerium durchzusetzen. Und das andere Indiz ist, dass ich vor kurzem auch Gastwissenschaftlerin an der Bundeswehr-Universität Hamburg war und beim Verteidigungsministerium eine Untersuchung über Diversity bei der Bundeswehr beantragt habe und dieser Untersuchung stattgegeben wurde. Corona hat leider dafür gesorgt, dass die Untersuchung auf Eis gelegt wurde. Jetzt bin ich in Innsbruck und habe ganz andere Sachen zu tun. Es ist leider nie dazu gekommen.

Nils Ich möchte nochmal auf den Punkt des Verratens kommen – das Feld verraten oder uns selbst als Wissenschaftler:innen – den Du eben angesprochen hast in dem Vorwurf an Dich. Ich hatte einen Studenten, der betreibt eine Art studentisches Polizei-Recherche-Netzwerk, vieles davon Aktivisten-Recherche im Sinne von *Watching the Watchers*. Das ist ja auch alles edel und gut und das muss es auch geben. Der hat mich im Zuge seiner Arbeit gefragt, ob ich ihm Infos besorgen könnte, die so nicht zugänglich seien. Für diese Infos hätte ich quasi meine Rolle als Wissenschaftler missbrauchen müssen und habe es daher abgelehnt. Sein Herangehen war zu sagen, wenn die Polizei das nicht beantwortet, dann würde er öffentlich machen, dass die Polizei sich einer demokratischen Kontrolle durch Forschung entziehen würde. Das war mir ehrlich gesagt zu kühn. Warum ist die Geschichte wichtig? Ich kann nur als Forscher auftreten und dafür muss meinen Gegenübern ein paar Versprechen abgeben. Das betrifft den Datenschutz generell. Bei qualitativer Forschung bedeutet das auch, dass ich die Informationen meiner Informanten nutze, über sie als Personen schreibe, über das schreibe, was sie mir erzählen, ich sie aber

nicht verrate. Das ist das Versprechen, sie nicht zu hintergehen. Und ich zeige, was ich habe. Ich schreibe über Menschen. Ein Beispiel: Ich habe über Zivilfahnder geschrieben, die im Einsatz alle Spitznamen tragen. Ich habe die Spitznamen noch einmal geändert, soweit, dass ich nachher nicht mehr wusste, wer wer ist. Ich bin aber immer Forscher, ich bin immer offen, ich bin immer transparent. Ich kann nicht als Forscher das versprechen und dann als Aktivist arbeiten. Ein Student fragte mich kürzlich, was ich sei: Aktivist oder Forscher? Meine Antwort: In allem, was ich tue, bin ich Forscher, meine Grundlage ist meine Recherche, meine Empirie und meine Argumentation. Ich bin vor allem ein Forscher mit einer klaren Haltung, aber kein Aktivist. Mit dem Vermischen dieser Grenzen, würde ich das Feld tatsächlich verbrennen für mich und andere Forscher:innen, die dann nämlich kein Vertrauen mehr bekommen von ihrem Feld, in meinem Fall der Polizei. Das Feld kann sagen: »Ich bin vollkommen anderer Meinung. Was du da hast, ist alles Quatsch – methodisch und so weiter.« Aber was sie mir nicht vorwerfen können, ist, dass ich sie verraten habe. Das versuche ich auch Studierenden beizubringen. Es gibt mitunter in der kritischen Kriminologie den Impuls, zu forschen um nachzuweisen, z.B. beim Thema Polizei und Rassismus, vor allem zu zeigen, dass die Polizei rassistisch ist. Und da kann es dann schwierig werden. Man muss sich irgendwann entscheiden. Und wenn man sich entschieden hat, das als Forscher zu machen, dann muss man als Forscher agieren, dann gelten bestimmte Regeln. Und wenn man das anders macht, als Aktivist, dann gelten andere Regeln, man hat andere Möglichkeiten und einige Möglichkeiten eben nicht.

Marion Meinst Du mit verraten eine gegenstandsinadäquate und wertende Darstellung. Wäre das der Verrat?

Nils Genau. Meine Interviewpartner:innen sagen mir Dinge im Vertrauen und ich plaudere aus, wer es war und wo und mache einen Skandal draus. Diese Befürchtung gibt es durchaus. Das ist aber nicht was ich mache. Ich berichte und ich schreibe kritisch. Das mache ich im Prozess auch transparent und verhökere das nicht irgendwie anders, z.B. an die Presse. Forscher oder Aktivist, beides ist redlich, aber man hat verschiedene Möglichkeiten, die ich nicht vermischen will. Es bestünde immer die Gefahr, dass man sonst keiner Seite gerecht werden würde. Es gab da mal einen Fall intransparenter Vermischung, wenn auch anders gelagert. Da haben zwei Fanforscher für den

Verfassungsschutz gearbeitet[4]. Außer der Bodenlosigkeit der Intransparenz, haben sie das Feld für die Fanforschung damit verdorben. Welche Fanszene würde dann noch glauben, dass Forscher ein rein wissenschaftliches Interesse haben. Das gilt auch in die andere Richtung, also in Bezug zu Polizei, was nicht heißt, dass ich alles gutheiße, was Polizei macht oder sagt. Aber es bedeutet, dass ich mit einem bestimmten Blick da drangehe, was bisweilen außerhalb von Forschung schwer zu verstehen ist, sowohl im Apparat als auch von denen, die kritisch anders agieren wollen.

Marion Das stimmt. Es könnte auch sein, dass ein Teil des Misstrauens eben daraus rührt, dass Forscher:innen mit Journalist:innen verwechselt werden, in der Außenwirkung oder in dem Resultat.

Nils Weil unsere Technik häufig die gleiche ist, vor allem als Feldforscher und teilnehmende Beobachter:in?

Marion Ja. Wir führen Interviews, das tun Journalisten auch und das könnte dazu führen. Es hat dann gleich so einen Bild-Zeitungs-Charakter, wenn wir dann etwas veröffentlichen.

Nils Dabei abstrahieren wir ja, machen daraus Erzählungen 2. oder 3. Ordnung. Wir heben das auf solche Ebenen, dass dann die Polizei oder auch das Militär, die Beforschten selbst, häufig sagen: »Nein, das hat ja mit mir nichts mehr zu tun.« Hier gibt es ein Missverständnis. Speziell Polizei ist immer an den Personen interessiert, denen sie etwas nachweisen wollen. Das Missverständnis ist, dass auch uns unterstellt wird, wir würden einzelnen Personen oder der »der Polizei« etwas nachweisen wollen, konkret dann immer irgendein Fehlverhalten. Die Abstraktion wird nicht verstanden. Der Glaube ist häufig, dass was gesagt wird, auch so ist. Und das produziert so unheimlich viele Missverständnisse, die schwer aufzulösen sind. Ich weiß gar nicht, wie man die auflösen kann, außer immer wieder zu sagen: Vertraut uns!

Marion Ja, das ist schwierig. Ich meine so einen Weg hat beispielsweise Patrick Wielowiejski gewählt, ein Ethnologe, der zur AfD geforscht hat. Der ist den Weg gegangen, dass er von vornherein einfach deutlich und authentisch war, auch in seinen Ansichten und auf die Gefahr hin, dass er abgelehnt wird,

---

4 www.interpool.tv/component/tags/tag/martin-thein.html

gesagt hat: »Ich habe völlig andere Ansichten als ihr, aber ich möchte euch besser verstehen und ich möchte mich mit euch austauschen.« Der ist dann in den Interviews auch mal in die Konfrontation gegangen. Der also wirklich an den entsprechenden Stellen gesagt hat: »Nein, das sehe ich ganz anders!« Ein wichtiger Punkt ist eben genau diese Transparenz von vornherein und dass man einfach genauer deutlich macht, wie man selbst arbeitet, was die Bedingungen der Veröffentlichung und die Art und Weise der Darstellung sind. Was genau wissenschaftliche Darstellung eigentlich heißt. Ich selbst habe, das gilt jetzt vor allem für diese Gender-Themen, eine Sprache gewählt, die die auch verstehen. Also wenn man da irgendwie ankommt mit heteronormativ intersektional Zwangsheterosexualität und sonstigen Sachen, die für uns ganz normal sind – das sollte man vielleicht dann doch nicht tun, sondern man sollte es so erklären, dass das ein bisschen anschlussfähig wird, ohne es zu verfälschen.

Nils Aber warum ist es in diesen Feldern, Militär oder Polizei, so, dass der Vorwurf an uns dann lautet: »Ihr seid jetzt für die oder ihr seid für die anderen.« Das gibt es bei anderer Forschung auch, z.B. im Bereich Menschenhandel oder Sexarbeit. Selbstverständlich ist man dann nicht bei den Händlern oder Zuhältern. Eine Absolventin von mir hat vor Jahren eine Milieu-Studie über Zuhälter und Sexarbeit gemacht. Sie hing dann in den Puffs rum. Sie war ja dann auch nicht für die Zuhälter, aber sie wollte eben deren Milieu und auch ihr Leben weiter erforschen. Aber bei der Polizei wird dann unterstellt, wir seien gleich ein Teil unseres Forschungsgegenstandes, insbesondere wenn man wie ich dort arbeite. Hat das etwas mit diesem Machtgefälle zu tun? Hat einen die Macht, sobald man sie erforscht?

Marion In unserem Fach hat das wirklich damit zu tun, dass sich unser Fach sehr stark schuldig gemacht hat, vor allem nach dem zweiten Weltkrieg, aber auch im Nationalsozialismus. Die Stichworte hier sind Rassifizierung, die Verbreitung entsprechender Stereotype, die Konstruktion einer germanischen Identität und Geschichte und alles was daraus folgte. Nach dem zweiten Weltkrieg waren dann die gleichen Professoren teilweise noch im Amt, oder sind zumindest dort groß geworden. In den 1960ern, 1970ern fing das so langsam an, dass man sich damit beschäftigt, es aufgearbeitet und dann eine 180 Grad-Wende vollführt hat nach dem Motto: Wir wollen nur oder vor allem den Marginalisierten eine Stimme geben und wir wollen nicht mehr mit der Macht gemeinsame Sache machen, sondern gegen die Macht. Und wir verstehen uns implizit oder teilweise auch explizit eher als Links. Wir wollen als Fach, so

ein Postulat auf der berühmt gewordenen Konferenz von Falkenstein 1970, an der Lösung soziokultureller Probleme mitwirken. Damit wurde ein Impetus der Humanisierung der Gesellschaft verbunden. Und deswegen sind einige Bereiche dann doch irgendwie bis vor kurzem unter-erforscht geblieben, zum Beispiel das Kleinbürgertum, oder Rechte, oder auch Privilegierte.

Nils Mit Privilegierten meinst Du Reiche und eine Reichtumsforschung? Diese Gruppe macht eher die Türen zu und sagt: Nein, hier ist privat.

Marion Ja, das ist noch einmal eine zusätzliche Schwierigkeit, aber eben auch allein auf den Gedanken zu kommen, die mal zu erforschen. Man beschäftigt sich lieber mit Sinti und Roma, mit Drogenabhängigen, mit Arbeiter:innen sowieso. Ja, mit allen Leuten, die in irgendeiner Form zu den sogenannten unterbürgerlichen Schichten gehören.

Nils Könnte man uns den Vorwurf machen, wir stricken da so eine koloniale Haltung fort? Bei der Ethnologie, der Völkerkunde war es ja gerade der koloniale Entstehungskontext, der schwierig war, wenn man z.B. die Völkerschauen betrachtet. Wenn wir dann jetzt »denen« helfen wollen, dabei selbst etwas gesellschaftlich lösen wollen. Wo stehen wir dann selbst dabei?

Marion Aber klar. Natürlich tun wir da auch etwas von einer privilegierten Perspektive aus. Wir gehören ja zu den Privilegierten, das kann man in diesem Fall so sagen. Wir beide jetzt schon. Andere, die teilbeschäftigt sind in der Wissenschaft vielleicht weniger, aber dennoch sind sie auf eine gewisse Art und Weise trotzdem privilegiert, weil sie Teil des Wissenschaftssystems sind und daher auf eine besondere Art und Weise sprechfähig. Natürlich kann man dazu auch sagen, dass wir so eigentlich insofern Kolonialismus irgendwie fortschreiben. Es gibt diesbezüglich noch große Diskussionen mit der *Action Anthropology:* Was soll, kann, darf diese oder soll diese überhaupt gar nicht mehr sein? Und was heißt es eigentlich, maßen wir uns da nicht was an, wenn wir den Leuten helfen wollen, sind die nicht selbst Expert:innen für ihre eigenen Leben und diese ganzen Fragen, die dann kommen? Ich glaube, wenn wir über die Polizei forschen und über die Bundeswehr, dann setzen wir uns eben diesem Verdacht aus, dass wir irgendwie auf der dunklen Seite der Macht gelandet sind.

Nils Was mir dann aber auffällt ist, dass es schwierig ist, so etwas wie eine partizipative Forschung zu machen. Bei der Polizei habe ich eher den Eindruck, die wollen das gar nicht. Die wollen das gesagt kriegen, wobei hier ein interessanter Widerspruch entsteht. Einerseits verstehe ich ihren Job nicht, das ist mitunter ein Vorwurf oder könnte ein Vorwurf sein. Wenn ich dann sage »dann erzählt mir mal, wer ihr seid. Ich will das lernen und helft mir dabei, dann finden wir das raus«, dann heißt es eher »ne, der Forscher bist doch du« Ich versuche das aufzubrechen und das ist gar nicht so einfach.

Marion Das habe ich ein bisschen anders erlebt, aber es hat vielleicht etwas mit Geschlecht und mit Alter zu tun auch. Mich haben sie natürlich von vornherein als unerfahren wahrgenommen, vielleicht auch in gewisser Weise berechtigt-

Nils Obwohl du eine militärische Ausbildung hattest?

Marion Ja. Dann später nicht mehr, aber ganz am Anfang schon. Ich habe mich ja erst zwei Jahre nach Feldeintritt als Reserveoffizier beworben. Ganz am Anfang hatte ich wirklich keine Ahnung. Und so wurde ich dann auch wahrgenommen. Da kommt so ein junges Mädel, frisch von der Uni, was den Vorteil hatte, dass man mir ganz viel erklärt hat. Es gab dann eher nicht diese Reaktion, ich sei doch die Forscherin, sondern es gab eher so einen Erklärmodus: »Okay, jetzt erklären wir der das mal, wie das ist hier.« Und teilweise hat das natürlich auch dazu geführt, dass man mich dann nicht so ernst genommen hat, was aber wiederum auch in einigen Kontexten ein Vorteil war. Leute haben mir auch Sachen erzählt, von denen sie eigentlich nichts sagen wollten. Einer hat mal wörtlich zu mir gesagt; »Jetzt habe ich Ihnen aber so viel erzählt, das wollte ich eigentlich alles gar nicht erzählen«. Die haben sich dann bei mir so gefühlt, und ich habe auch versucht, in Gesprächen so eine gewisse Atmosphäre zu erzeugen und das ist mir – glaube ich – gut gelungen.

Marion Später als Reserveoffizier, da habe ich das natürlich auch erwähnt, selbst wenn ich Interviews in Zivil durchgeführt habe und dann war das eine andere Basis. Sie können dann mit mir so sprechen, wie sie es eben mit Leuten nicht tun können, die von außerhalb sind, das hat dann schon Vertrauen erzeugt. Also beispielsweise Gefechtserfahrungen. So was kann man ja, jedenfalls im Bewusstsein der Leute, der Soldaten, kann man das einfach kaum Leuten vermitteln, die so was nie erlebt haben, die mit Militär bisher nichts zu

tun hatten, aber jemand, der auch selbst im Einsatz war, da ist es schon eine andere Sache.

Nils Ja, da ist etwas dran. Was wäre dein Plädoyer für diese Art von Forschung – sowohl in die jeweilige untersuchte Organisation, als auch in unsere Communities hinein.

Marion Also in unsere Communitys hinein ganz eindeutig, dass ich mir die Offenheit, die es für andere soziale Gruppen gibt, dass ich mir die natürlich auch wünsche im Hinblick auf so was wie Militär und auch vielleicht Polizei. Es geht um das, was wir uns eigentlich immer auf die Fahnen schreiben, dass wir kulturelle Lebensäußerungen erforschen wollen und das eigentlich möglichst durch eine dichte Beschreibung und möglichst umfassend. Und dass man das eben auch in Bezug auf diese Forschungsfelder machen und auch zulassen sollte, dass es gemacht wird. Zulassen hieße, es nicht subtil negativ zu sanktionieren. Wenn das jemand tut, wenn er oder sie dabei natürlich den Grundsätzen redlichen Forschens auch folgt. Das ist ganz klar.

Nils Wie kann ich darin meine Loyalitäten verteilen – zu meinem Feld und gleichzeitig dazu die notwendige Distanz haben. Das ist ja dann oft genau die Schwierigkeit, die uns a) zum Verhängnis werden kann, b) die das, was wir tun, so ertragreich macht. Und manchmal kann ich auch die Polizei nicht mehr sehen und denke, dass ich heute keine Polizei brauche. Dann lese ich ein anderes Buch. Wenn ich dann wieder drin bin, denke ich andererseits: Ja, das ist so reich. Ich bin quasi da, wo es passiert und spreche mit den Leuten, die es angeht und ich kann auch dazu beitragen, dass Veränderungen möglich werden und dann denke ich wieder, dass genau das gut ist.

Marion Man kann so viel umsetzen. Das wäre vielleicht auch die Botschaft an das Feld selbst, dass das Feld selbst doch einfach die Chance nutzen kann, mit uns zusammenzuarbeiten, auch zur Verbesserung ihrer eigenen Arbeit. Da wünsche ich mir ein bisschen mehr Mut.

Nils Das hat viel mit Reflexion und der Fähigkeit zu tun. Das ist nicht das, was unsere Felder auszeichnet, aber was sie besser machen könnten, als sie selbst immer glauben.

Marion Ja, das kann sein. Es sind ja nicht alle in der Bundeswehr konservativ und negativ eingestellt gegenüber Wissenschaft, sondern da gibt es eine unglaubliche Bandbreite an Einstellungen zum Beruf und auch politische Einstellungen. Und das ist etwas, was die Öffentlichkeit nicht weiß und was vielleicht auch die Chance wäre, für die Bundeswehr oder auch für die Polizei, der Öffentlichkeit sich auf diese Art und Weise ein bisschen differenzierter zu präsentieren durch unsere Arbeit.

Polizei vs. Forschung?

Ein *spezifisches* Forum für Polizeiforschung als Missing Link und als Fallbeispiel für Wissenschaftskommunikation im polizeilichen Kontext

Esther Jarchow und Martin Kagel

1 Einführung, Ausgangslage und Problemaufriss

Forschung und Polizei stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander (siehe bspw. Herrnkind & Schöne 2022, Kreissl 2021). Für diese Feststellung gibt es zahlreiche Anhaltspunkte. So werden Forschung und Wissenschaft von der Polizei misstrauisch beäugt oder zumindest skeptisch betrachtet. Umgekehrt hat die Wissenschaft mitunter einen besonders kritischen Blick auf die Polizei als staatliche Institution, die der Bevölkerung – direkt und mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet – gegenübertritt. Jedoch verbinden beide ›Sphären‹ – die polizeiliche wie die wissenschaftliche – interessanterweise nicht wenige Parallelen in der Herangehensweise: Sowohl der Forschung als auch der Polizei geht es darum, neue Erkenntnisse zutage zu fördern, gesicherte Informationen zusammenzutragen, eine übergeordnete Fragestellung – hier die Forschungsfrage, dort meist die nach den Täter:innen und der Aufklärung der Tathandlung – zu verfolgen. Dabei bedienen sich beide noch dazu ähnlicher Methoden wie Expert:inneninterviews auf der einen Seite, Vernehmungen auf der anderen Seite. Diese faktenorientierte Vorgehensweise wird in der Wissenschaft evidenzbasiert genannt, die Polizei muss – vielleicht vergleichbar – rechtssichere Beweise zutage fördern. In nicht wenigen Fällen bedient sich die Polizei bei ihren Ermittlungen explizit wissenschaftlicher Methoden und greift auf die in der eigenen Organisation vorhandene multidisziplinäre wissenschaftliche Expertise (bspw. Naturwissenschaften wie Biologie und Chemie in der Kriminaltechnik, Politik- und Islamwissenschaften beim Staatsschutz) zurück.

Mit Blick auf die Polizeiarbeit kann eine steigende Komplexität u.a. durch die Digitalisierung, den demografischen Wandel und die Entwicklung zur 24 Stunden-Gesellschaft sowie neue Formen des Protests konstatiert werden, die zunehmende Forschungsbedarfe, aber auch Notwendigkeiten des Forschungstransfers begründet (Gut 2020, 80 sowie Frei & Salathe & Gut 2021, 471). Nicht zuletzt stellte die Covid19-Pandemie die Polizei vor ganz neuartige Herausforderungen (z.B. die Durchsetzung von Eindämmungsverordnungen) und verdeutlichte komplexer werdende polizeiliche Einsatzlagen sowie Kommunikations- und Handlungserfordernisse.

Forschung in der, für die und über die Polizei, die dem Anspruch der Anwendungsorientierung folgt, sollte so angelegt sein, dass die Organisation Polizei daraus Erkenntnisse für ihr eigenes polizeiliches Handeln gewinnen kann ebenso wie auch für die eigene Organisationsstruktur und -kultur. Dieses Wissen gilt es zu erschließen und fruchtbar zu machen, und es keinesfalls brachliegen zu lassen. Forschung in, über und für die Polizei gewinnt – bundesweit, aber auch in Hamburg – zunehmend an Relevanz. Insbesondere zur Weiterentwicklung der Organisation Polizei unter der Maßgabe evidenzbasierter Polizeiarbeit (siehe Hauber & Jarchow 2018) ist es unerlässlich, Polizeiforschung zu nutzen. So bietet die polizeiliche Arbeit selbst viele interessante und relevante Anknüpfungspunkte sowie Einsatzfelder für Polizeiforschung, weist dabei aber auch aus sich heraus zwingende Forschungsnotwendigkeiten auf. Dabei stoßen die jeweiligen Akteur:innen (Polizeiforschende, aber auch Bedarfsträger:innen) auf Schwierigkeiten, durch die die Theorie-Praxis-Verzahnung u.a. auch aufgrund der organisatorischen bzw. strukturellen Hürden, nicht immer gelingt. Mitunter existieren Barrieren, die die Forschung sogar grundsätzlich in Frage stellen.

Auch wenn sich beide Seiten in den vergangenen Jahren bereits durchaus aufeinander zubewegt haben, überrascht die nach wie vor vorhandene wechselseitige Skepsis bzw. der »Argwohn« (Herrnkind & Schöne 2022, 209). Mehr Offenheit und Öffnung wären für beide ›Welten‹ vorteilhaft. Ausgehend von diesem Hintergrund, haben sich jüngst in der Polizei Hamburg verschiedene Bereiche mit der Intention, Polizei und Wissenschaft auf neue Art und Weise miteinander ins Gespräch zu bringen, vernetzt. Mit der Etablierung einer Plattform für Forschung mit Polizeibezug sollen nun bei der Polizei Hamburg zukünftig gegenwärtig noch bestehende Hemmnisse und Hürden für Forschung und Forschungsnutzen überwunden werden. Darüber hinaus soll eine Basis für systematische Forschung zu den großen Themenfeldern und Fragestellungen wie Rassismus(-verdacht) bei der Polizei oder polizeiliche

»Personalrekrutierung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, Diversität, Gewalt durch Polizeibeamt:innen, Organisationsstrukturen im Hinblick auf besondere Kriminalitätsphänomene (z.B. Cyber-Crime) Arbeits- und Berufszufriedenheit oder Polizeibeamt:innen mit Migrationshintergrund (vgl. Heidorn 2011, 44f.)« (Keller 2020, 30f.) geschaffen werden. Mit der Covid19-Pandemie und dem Phänomen der sogenannten ›Fake News‹, die sich z.B. in Aufzügen von Verschwörungsideolog:innen, Impfgegner:innen und Coronaleugner:innen auf der Straße manifestieren, sowie der sogenannten Reichsbürgerszene hat polizeiliches Handeln auch in jüngerer Zeit neue Herausforderungen zu meistern, die auch im Hinblick auf polizeiliche Herangehensweisen forschungsseitig auszuleuchten sind.

Dieser Beitrag stellt nun die Gründung dieser Plattform in Form des ›Hamburger Initiativkreises Polizeiforschung (HIP)‹ vor den Hintergründen der translationalen Forschung und der Wissenschaftskommunikation vor und reflektiert diese Konzeption unter einer organisationssoziologischen und institutionsspezifischen Perspektive. Er befasst sich zunächst mit den (strukturellen) Schwierigkeiten und Herausforderungen der Polizeiforschung (Abschnitt II), ordnet die Thematik in die Theorie der translationalen Forschung ein (Abschnitt III), um dann den neuen Hamburger Ansatz mit seinem spezifischen und bewusst angelegten Geflecht der diversen Akteur:innen als Fallbeispiel näher auszuführen (Abschnitt IV). Der letzte inhaltliche Abschnitt widmet sich der Bedeutung von Wissenschaftskommunikation auch im polizeilichen Kontext (Abschnitt V), während der Abschnitt VI ein Fazit zieht und einen Ausblick wagt, welche Rolle das Hamburger Forum für Polizeiforschung bei der Etablierung der Organisationsstrategie der evidenzbasierten Polizeiarbeit einnehmen kann.

2 Gegenwärtige Hemmnisse und Hürden der Polizeiforschung

Praktizierte Polizeiforschung (also Forschung mit explizitem Polizeibezug, unabhängig davon, aus welcher Richtung kommend, intern oder extern) stellt keine Selbstverständlichkeit dar. Im folgenden Abschnitt wird aufgezeigt, vor welchen organisationsspezifischen Hürden die Forschung steht, was u.a. auch mit einer Unterschätzung mikropolitischer Mechanismen einhergehen kann.

2.1 Fehlendes Wissen von- und übereinander

Immer wieder zeigt sich, dass Akteur:innen vor allem dann erst miteinander ins Gespräch kommen, wenn ein Forschungsvorhaben konkret ansteht. Wären alle relevante Akteur:innen wie die für (datenschutz)rechtliche Fragestellungen zuständigen Stellen, der Personalrat und Forschende auch ohne Anlass eines Anliegens bzw. Forschungsvorhabens bereits frühzeitig im regelhaften Dialog, würden die Anbahnung, Konzeption sowie Durchführung von Forschung vermutlich erheblich erleichtert werden können. Organisatorisch fehlt aber auch in Teilen das Bewusstsein der Relevanz möglicher gewinnbringender Nutzbarkeit von Forschung für die Polizei und damit die Kenntnis über relevante Forschungsakteur:innen, aber auch ›Abnehmer:innen‹ von Forschungserkenntnissen (also polizeiliche Stakeholder). Ein erster durch die Hamburger Forschungsstelle für Strategische Polizeiforschung (FOSPOL) organisierter Workshop im Oktober 2021 hat sich der Thematik der Polizeiforschung und damit zusammenhängender Probleme und Potentiale gewidmet und eindrucksvoll aufgezeigt, wie sinnhaft und konstruktiv ein Austausch sein kann (vgl. FOSPOL Protokoll 2021). Der Hamburger Initiativkreis Polizeiforschung wird daran anknüpfend und darauf aufbauend die Thematik in größerer Breite einem internen Netzwerk zugänglich machen.

2.2 Unterschiedliche Systeme und Organisationsformen

Auch wenn sich – wie eingangs skizziert – die Methoden von Polizei und wissenschaftlicher Forschung in Teilen nicht nur ähneln und Parallelen aufweisen, sondern sogar miteinander verschmelzen, so unterscheiden sich doch die Organisationsformen grundlegend. Handelt es sich bei der Polizei um eine hierarchisch aufgestellte Organisation mit operativer Ausrichtung und klarem Auftrag (die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten), ist die akademische Welt in ihrer Zielsetzung deutlich freier und intrinsisch geprägt (»Schließung erkannter Forschungslücken«), weist weniger Hierarchieebenen auf und kann sich theoretischen Fragestellungen in der entsprechenden Tiefe und Breite widmen. Polizei hingegen muss oft unter Zeitdruck und stets lösungsorientiert agieren – Wissenschaft kann sich auch Zeit lassen, um überhaupt die ›richtigen‹ Fragen zu stellen. Die Erarbeitung von forschungsbasierten Antworten nimmt oftmals Jahre in Anspruch. Die Polizei verrichtet ihre Tätigkeit immer auch unter den Augen der (kritischen) Öffentlichkeit und Medien, während Forschende sich eher einer Fachöffentlichkeit bzw. der Scientific

Community stellen. Schließlich unterscheiden sich auch die Anerkennungs- und Erfolgslogiken: Orientiert sich die Polizei an Ermittlungserfolgen, gestiegener Aufklärungsquote und sinkenden Fallzahlen, wie sie in der Polizeilichen Kriminalstatistik erfasst werden, gelten in der Wissenschaft die Anzahl der Publikationen in renommierten Journalen, Zitationen und eingeworbene Drittmittel als ›harte Währung‹ zur Messung des wissenschaftlichen Erfolgs. Aus diesen Beschreibungen wird rasch erkennbar, dass es sich bei Polizei und Wissenschaft um unterschiedliche Systeme mit je spezifischen Merkmalen, Erfolgsindikatoren und Eigenheiten handelt.

Die polizeiliche Erwartungshaltung gegenüber der Wissenschaft besteht darüber hinaus explizit darin, Forschungsergebnisse für die polizeiliche Praxis handhabbar zu machen, also bereits eine Übersetzungsleistung mitzuliefern. Dies entspricht vermutlich nicht immer dem Selbstverständnis der Wissenschaft, die sich ohne eine praktische Zweckorientierung auch auf die Analyse – ohne unmittelbar umsetzbare Lösungen – beschränken kann und dies aus guten Gründen auch häufig tut.

2.3 Zugangsmöglichkeiten – intern vs. extern

Eine weitere, mit Blick auf den Forschungsprozess sehr relevante Schwierigkeit besteht in der Schaffung von Feldzugängen für Forschende. Die Möglichkeit, Zugang zu polizeiintern vorhandenen Daten zu erhalten bzw. neue Daten zu generieren, ist mitnichten ein Automatismus, selbst wenn die Forschenden an Polizeihochschulen bzw. -akademien tätig sind. Meißelbach verweist mit Blick auf die Forschungsmöglichkeiten auf das offenkundige »strukturelle Dilemma im Spannungsfeld zwischen interner und externer Polizeiforschung« (2021, 162). Interne Forschungsstellen verfügten oft über den besseren Zugang zu Daten und Informationen, könnten ihrerseits aber nur schwer unabhängige Perspektiven auf ihren Gegenstand entwickeln, wohingegen sich (polizei)externe Forschende unabhängig und kritisch Forschungsfragen nähern können, jedoch Schwierigkeiten hätten, an wirklich belastbare Informationen über die Polizei zu gelangen (vgl. ebd.).

Neben datenschutzrechtlichen Prüferfordernissen spielen in diesem Kontext bei Befragungen von Polizeibeamt:innen auch Beteiligungsvorgaben hinsichtlich der Personalvertretungen eine tragende Rolle (Stichwort: gelebte personalrätliche Mitbestimmungspflicht). Neben den ohnehin in der Forschung üblichen infrastrukturellen Anforderungen wie Räumlichkeiten, Ausstattung, Finanz- und Sachmittel sowie Personal, sind mit dem Daten-

schutzrecht, der Verschwiegenheitspflicht über polizeitaktische Interna (VS-NfD, meint Verschlusssache – nur für den Dienstgebrauch) sowie den personalrätlichen Mitbestimmungspflichten potentiell weitere polizeispezifische Hürden für die Umsetzung von Forschungsvorhaben gegeben, die den Forschungsprozess im Kern berühren und Forschungsvorhaben in Frage stellen können.

3 Der Hamburger Ansatz HIP

Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen und Herausforderungen entstand die Idee, das Forum HIP im Sinne eines verstetigten Dialogs zu gründen. Mit diesem soll unter Einbindung aller relevanten Akteur:innen im Kontext der hiesigen Polizeiforschung (siehe nachstehende Abbildung) ein gemeinsames Leitziel ausgestaltet werden:

Das konstruktive Voranbringen der Forschung in, mit und über die Polizei, einschließlich des zielführenden Ergebnistransfers. Die grundlegende Idee und Zielstellung lautet, bei den entscheidenden Akteur:innen ein größeres Verständnis für die jeweiligen Perspektiven zu erzeugen, zum Austausch anzuregen und auf diese Weise Forschungsvorhaben mit weniger Friktionen voranzubringen.

Damit wäre eine Plattform geschaffen, welche die verschiedenen Stakeholder aus Polizeivollzug, Wissenschaft, Führungsebene und Verwaltung zusammenführt. Zunächst soll ein gemeinsames Verständnis von Forschung generell und von Forschung in der und über die Polizei entwickelt werden. Auch Fragen der Ermöglichung und praktischen Durchführbarkeit von Forschungsvorhaben (Forschungs-Governance), der Nutzung von Forschungsergebnissen in der polizeilichen Praxis (Stichwort: Forschungstransfer) sowie der Kommunikation von Forschung sollen in verschiedenen Veranstaltungsformaten thematisiert werden. Dabei soll der Initiativkreis Polizeiforschung auch durch polizeipraktische und wissenschaftliche Impulse von nicht im polizeilichen Kontext befindlichen Expert:innen profitieren. Ausdrücklich handelt es sich also nicht um eine abstrakte Erörterung theoretischer Themen, sondern um konkrete, praxisrelevante Themen- und Fragestellungen. Mit dem gewonnenen oder im besten Fall auch von der Polizei proaktiv eingefordertem Reflexionswissen, kann die Polizei, wenn sie sich dahingehend transformiert, zu einer noch stärker wissensorientierten Organisation werden, in der Forschung und Analyse zum selbstverständlichen ›Handwerkszeug‹ gehören. In Prozessen der Entwicklung von Forschungsvorhaben im polizeilichen Kontext

spielen verschiedene Akteur:innen aus unterschiedlichsten Bereichen der Polizei eine Rolle, die mit dem Forum HIP angesprochen werden sollen. An Bedeutung für die Polizeiführung, für weitere Entscheidungsträger:innen aus dem Bereich der Inneren Sicherheit sowie für die Organisation Polizei Hamburg insgesamt gewinnt der HIP durch seine konkreten, praxisrelevanten Themen- und Fragestellungen, die im Zuge der Entwicklung von Forschungsvorhaben virulent werden. Grundsätzlich richtet sich das Forum an Forschende aller Disziplinen, insbesondere der Kriminologie, Sozialwissenschaften, Polizeiwissenschaften (einschließlich naturwissenschaftlicher und technischer Forschung), Psychologie, Rechtswissenschaften und Informatik und gleichermaßen an die polizeilichen Bedarfsträger:innen für Forschungserkenntnisse. So ist ein inter- und transdisziplinärer Austausch gewährleistet. Das Forum HIP soll in Form einer Veranstaltungsreihe umgesetzt werden.

3.1 Zielgruppen und Akteur:innengeflecht

Je nach Perspektive sind für Polizeiforschung folgende Arten zu unterscheiden (Innes 2010, 128)[1]:

- Research on the police: Polizei als Forschungsobjekt
- Research for the police: Forschung im Auftrag der Polizei
- Research with the police: Forschungspartnerschaft zwischen Polizei und Wissenschaft

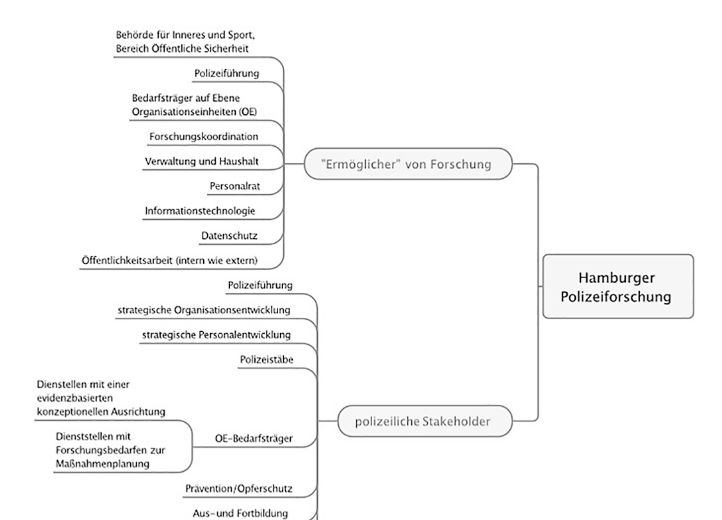
Somit kommt im Forschungsprozess ein unterschiedliches Rollenverständnis zum Tragen. Es bedeutet einen großen Unterschied, ob sich die Polizei lediglich als Forschungsobjekt (›Fisch, der geangelt wird‹) wahrnimmt oder aber Forschung auf Augenhöhe im Rahmen einer Partnerschaft stattfindet (›mehr Angler als Fisch‹). Die jeweils dahinterliegenden Interessenslagen sind dann ursächlich für die von Herrnkind und Schöne proklamierten Spannungsfelder der Feldforschung (vgl. 2022, 212ff., vgl. dazu auch Meißelbach 2021). Kontroversen im Feld der Polizeiforschung sollten jedoch nicht nur negativ wahrgenommen werden, sondern als Chance für eine Institutionalisierung dieses Forschungsgebietes. Die Gründung des Forschungsforums HIP verdeutlicht

---

1 Hinzu kommt jedoch noch Research by the police, hier ist die Polizei in der Rolle der Analytiker:in, um operative Entscheidungen und strategische Planung zu unterstützen, ohne dass Wissenschaftler:innen direkt einbezogen werden.

dies beispielhaft. Forschende und Stakeholder sollen zusammen mit den ›Ermöglicher:innen‹ von Forschung in einen verstehenden Dialog treten, der sich idealerweise verstetigt. Folgende Zielgruppen lassen sich identifizieren (vgl. Abbildung).

Abbildung: Akteur:innengeflecht Polizeiforschung Polizei Hamburg



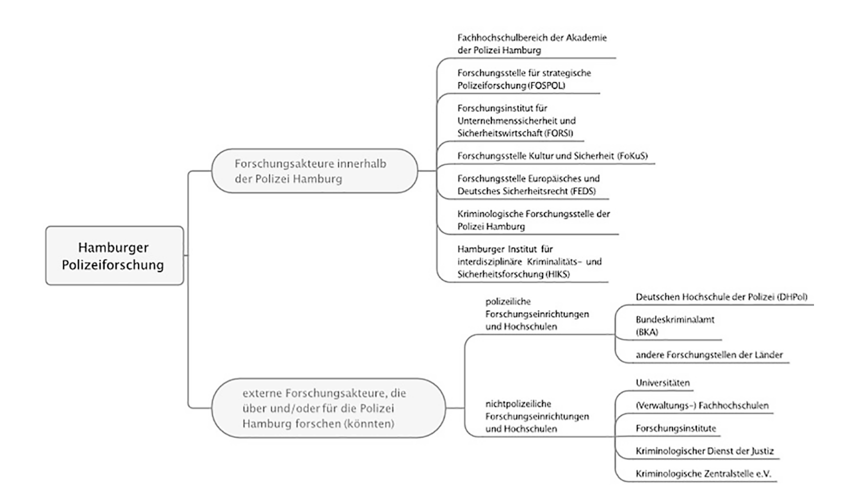
Es wird davon ausgegangen, dass es zwischen den einzelnen Akteur:innen Konfliktlinien, aber auch bereits bestehende Akteur:innenkoalitionen gibt. Eine Zunahme der Interaktion zwischen den einzelnen Akteur:innen ist erklärtes Ziel des Forums HIP, denn, um mit dem Leitbild des Hamburger Polizeivereins zu sprechen: »Verständnis wächst aus Kenntnis«[2]. Notwendig ist ein gegenseitiges Verständnis der internen Funktionslogik beider Bereiche – Polizei und Wissenschaft.

Seit November 2021 hat sich eine heterogen zusammengesetzte Vorbereitungsgruppe[3] mit Vertreter:innen aus der Polizei Hamburg und der Akademie

2 [online] www.polizeiverein-hamburg.de/ [zuletzt aufgerufen: 05.10.2022]

3 Dieser setzt sich aus Vertreter:innen unterschiedlicher Dienststellen und Organisationseinheiten der Polizei Hamburg zusammen. Hier sind ebenso Kolleg:innen mit polizeilichem wie wissenschaftlichem Hintergrund vertreten. Zu den verschiedenen be-

der Polizei Hamburg mit der Konzeption und Ausgestaltung des neuen Polizeiforschungsforums auseinandergesetzt.



Dies ist ein bemerkenswert vielfältiger Personenkreis, der widerspiegelt, worum es im Kern des Forums auch geht: um den Zusammenschluss von und die Kommunikation zwischen sehr verschiedenen Bereichen der Polizei. Neben der Entwicklung inhaltlicher Vorschläge wurden folgende wesentliche Erfordernisse erkannt, um die Rahmenbedingungen für das neue Format zu schaffen: Unterstützung und Bewerbung durch die Polizeiführung und Anerken-

teiligten Bereichen zählen die Forschungsstelle Strategische Polizeiforschung (FOSPOL), die Institute für Transkulturelle Kompetenz (ITK) und für Führungskompetenz (IFK), das Dekanat und Professor:innen des Fachhochschulbereichs, der Leitungsstab der Polizei Hamburg, die Grundsatzabteilung der Schutzpolizei sowie die Personalabteilung und für die Geschäftsführung HIP die Kriminologische Forschungsstelle der Polizei Hamburg und der Bereich Akademieentwicklung der Akademie der Polizei Hamburg.

nung der Veranstaltungsteilnahme als Dienstzeit sowie infrastrukturelle und finanzielle Ressourcen für die Durchführung.

Zum Jahresende 2022 fand die Auftaktveranstaltung des HIP im Hamburger Polizeipräsidium mit über 70 Teilnehmenden aus sehr verschiedenen Bereichen der Polizei Hamburg statt. Drei wissenschaftliche Vortragende aus externen Einrichtungen beschäftigten sich mit Fragen von Forschung und Wissenschaftskommunikation, der erfolgreichen Beantragung und Umsetzung europäischer Forschungsvorhaben sowie dem Nähe-Distanz-Verhältnis von Polizei und Wissenschaft zueinander. Anschließend öffneten sich Räume für Diskussion, Austausch und Networking. Nach dem sehr erfolgreichen Auftakt und entsprechendem Feedback sind Folgeveranstaltungen für 2023 geplant.

Perspektivisch soll bei einer Verstetigung des Forums HIP als etabliertes Veranstaltungsformat der Polizei Hamburg zusätzlich eine digitale Plattform das ›Zuhause‹ des Forums bilden. In einer gemeinsamen digitalen Anwendung könnten dann Interessierte – unabhängig vom Besuch der Veranstaltungen – Zugriff auf die besprochenen Inhalte und Kontakte erhalten, also digitale Informationsangebote zu Veranstaltungen, Forschungseinrichtungen, Fördermöglichkeiten etc.

Kenyon et al. weisen auch auf die Notwendigkeit gemeinsamer Arbeitsräume hin (vgl. 2022, 6), denn diese können informelle Kommunikationskanäle öffnen und die Mitverantwortung für die Forschung und ihre Ergebnisse im Rahmen der Partnerschaft stärken.

3.2 *Exkurs:* Translationale Forschung

Die Gründung des Forums HIP steht in Anlehnung zur translationalen Forschung. Bei dieser geht es, verkürzt gesagt, um die erfolgreiche Übersetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und deren Transfer in die Praxis (siehe Laub 2012). Übertragen wurde dieser Ansatz in die Translationale Kriminologie, die sich als moderne Form der Kriminologie versteht, welche die Übersetzung wissenschaftlicher Forschung bzw. wissenschaftlicher Erkenntnisse in angewandte, geeignete und praktikable politische Initiativen, Maßnahmen und Strategien anstrebt (vgl. Schmalleger 2017, 15). Spezifiziert wurde dies durch die translational Criminology in Policing (Weisburd 2022).

Um eine systematische Übersetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse und ihre erfolgreiche Verbreitung zu erreichen, muss translationale Kriminologie zunächst einige Schwierigkeiten überwinden. So können beispielsweise die

Unverständlichkeit wissenschaftlicher Produkte und die Gegensätzlichkeit zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und bestehenden Vorannahmen und Überzeugungen für polizeiliche Anwender:innen Gründe sein, eher zu staatlichen als zu akademischen Veröffentlichungen zu greifen (vgl. Pesta et al. 2019, 500, 501, 510). Zusätzlich dazu scheint auch eine gewisse Abwehrhaltung bei der polizeilichen Führung gegenüber der Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse vorzuherrschen (vgl. ebd.: 500). Zur Erreichung des Ziels translationaler Kriminologie, eine systematisierte Wissensdissemination und die erfolgreiche Umsetzung dieses Wissens, bedarf es dementsprechend unterschiedlicher Strategien (vgl. Gallagher & Dobrin 2012).

Damit eine Übersetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse erfolgreich sein kann, erfolgt translationale Forschung meist in mehreren Teilschritten. Dabei steht vor allem die Schaffung eines dynamischen Austausches (interface) zwischen Forschenden und »Praktiker:innen« im Vordergrund: Letztere beschreiben die Herausforderungen, die ihnen im Arbeitsalltag begegnen – Forscher:innen schaffen neue Instrumente und Ideen, um diese zu bewältigen bzw. zu evaluieren (vgl. National Institute of Justice 2021). In diesem Zusammenhang sind ein Aufeinandertreffen der Akteur:innen auf Augenhöhe sowie gegenseitiges Vertrauen besonders wichtig (vgl. Laub 2012). Translationale Forschung funktioniert nie nur in eine Richtung, sondern lebt von zirkulären Prozessen.

Researcher-Practitioner Partnerships (Kenyon et al. 2022, 4) stehen im Mittelpunkt der Prämisse der translationalen Kriminologie. Kenyon et al. führen dazu aus, dass erfolgreiche Partnerschaften darauf abzielen, potenzielle Forschungs- oder Praxispartner:innen zu identifizieren und Argumente für eine für beide Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit zu liefern. Das in der Gründung befindliche Forum HIP kann bei den erheblichen Anstrengungen und Planungen für eine erfolgreiche Partnerschaft von Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen eine merkliche Unterstützung sein. Kooperationsstrategien müssen mit der Anerkennung der individuellen Motivation jeder Partner:in beginnen, die bei der Formulierung produktiver und nachhaltiger Partnerschaften berücksichtigt werden müssen (siehe Kenyon et al. 2022, 7). Darüber hinaus existiert bei der Polizei Hamburg seit mehr als 30 Jahren eine Kriminologische Forschungsstelle[4], und die Akademie der Polizei Hamburg erhöht seit Jahren das Potential zum Ausbau ihrer Forschungsaktivitäten: »[D]amit wird

4 https://www.polizei.hamburg/service/6808228/kriminologische-forschungsstelle-a/ [zuletzt aufgerufen: 06.10.2022]

ermöglicht, die Polizeiarbeit wissenschaftlich zu reflektieren und zu ihrer stetigen Verbesserung beizutragen« (Akademie der Polizei Hamburg 2021, 3).

Ein weiteres Beispiel liefert die Schweiz: Die Kantonspolizei Basel-Stadt beispielsweise erschließt die Ressource Forschung für die Polizeiarbeit institutionell mit der Schaffung eines Fachreferates, welches seit 2018 den Gesamtauftrag verfolgt, »in den strategischen Entscheidungsprozess der Polizeileitung mehr Wissenschaft und Wissenschaftlichkeit einzubringen« (Gut 2020, 77).

4 Wissenschaftskommunikation als zentraler Hebel

Die beschriebene Entwicklung bei der Polizei Hamburg und das in der Gründung befindliche Forum HIP sind auch ein Ausdruck von Wissenschaftskommunikation, deren Funktion das vielfältige Setzen von Bezugspunkten ist (siehe WR 2021). Konstatiert wird zudem ein Bedeutungszuwachs der Wissenschaftskommunikation, wie als jüngstes Beispiel die Covid19-Pandemie eindrucksvoll gezeigt hat. Der gezielte Einsatz von Wissenschaftskommunikation kann »[d]ie Brücke schlagen zwischen Wissenschaft und Praxis« (Gut 2020, 77). Der Wissenschaftsrat verweist auf die Notwendigkeit einer Dialogorientierung und zielgruppengerechten Wissenschaftskommunikation. *»Eine starke Wissenschaftskommunikation lebt vom Austausch«* (BMBF 2022).

Die weitere Ausgestaltung des Forums HIP deckt sich mit den nachfolgend aufgeführten Funktionen und Zielen von Wissenschaftskommunikation:

a) Informieren und aufklären »Information und Aufklärung über Erkenntnisse der Forschung gelten als eine zentrale Aufgabe von Wissenschaftskommunikation. Im Sinne des Public Understanding of Science and Humanities sollen wissenschaftliche Inhalte in allgemeinverständlicher Weise für fachfremde Personen zugänglich gemacht werden« (WR 2021, 9). Ziel des Initiativkreises für Polizeiforschung ist es daher auch, eine Plattform zu bieten, auf der relevante Erkenntnisse der Polizeiforschung für die Praxis anschlussfähig vermittelt werden.

b) Dialog und Partizipation ermöglichen »Demnach gelten solche Kommunikationsformate als besonders wertvoll, die nicht nur auf Wissensvermittlung zielen, sondern Foren für einen dialogischen Austausch mit Laien schaffen […]« (ebd., 10). Dialoge zu ermöglichen hat auch immer eine »gruppenthe-

rapeutische Funktion«, wie Meißelbach treffend konstatiert (2022, 166): »Der Erfahrungstausch über das Manövrieren im für Wissenschaftler doch recht ungewohnten Gelände der Polizei« soll über das Forum auch eine interne Vernetzung der innerhalb der Polizei Hamburg aktiv Forschenden ermöglichen.

c) Beratung und Problemlösung anbieten »Inhaltlich wird Wissenschaftskommunikation nicht nur durch die Wissenschaft bestimmt, sondern auch durch die hohe Beratungserwartung der Öffentlichkeit und der Politik« (WR 2021, 10). Übertragen auf die Organisation Polizei bedeutet dies, die Erwartungen der Stakeholder fassbar zu machen. Wo wird von wem welche wissenschaftliche Expertise für die evidenzbasierte Polizeiarbeit benötigt? Das Forum bietet auch für diese Bedarfserkennung eine relevante Plattform.

d) Bedeutung von Wissenschaft darstellen »Die Kommunikationspraxis soll dazu beitragen, die Funktionsweisen von Wissenschaft aufzuzeigen, in der Öffentlichkeit Interesse für die Arbeit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu wecken, das grundsätzliche Vertrauen in die Wissenschaft [...] zu stärken und Akzeptanz auch für ihre öffentliche Finanzierung zu schaffen« (WR 2021, 10). Hier kommen die durch das Forum ebenso anzusprechenden ›Ermöglicher:innen‹ von Forschung zum Tragen, denn Forschung ist kein Match, welches lediglich durch Wissenschaftler:innen und Bedarfsträger:innen von Forschung ausgetragen wird. Forschung muss mit den notwenigen Ressourcen ausgestattet und Feldzugänge müssen ermöglicht werden – unter Wahrung des Datenschutzes und der Informationssicherheit, aber auch dem Anspruch der Öffentlichkeit auf Transparenz und Informationsfreiheit genügend.

e) Begeisterung für Wissenschaft wecken Übertragen auf den polizeilichen Kontext bedeutet dies das Erkennen und Anerkennen der Nützlichkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse für das evidenzbasierte Arbeiten. »Nach dem Prinzip des Evidence-based Policing sollte Polizeiarbeit auf wissenschaftlicher Evidenz darüber basieren, was am besten funktioniert [...]. Das beinhaltet konkret

- die Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Wissenserweiterung, Maßnahmenplanung und Entscheidungsfindung,
- die wissenschaftliche Evaluation polizeilicher Maßnahmen zu deren Optimierung und

- die nachvollziehbare und transparente Begründung von polizeilichen Maßnahmen und Entscheidungen.« (Jarchow 2021, 88)

Die Akzeptanz, wenn nicht Begeisterung für Wissenschaft sollte sich jedoch nicht ausschließlich aus dem unmittelbaren Nutzwert wissenschaftlicher Erkenntnisse für die polizeiliche Praxis speisen, sondern auch aus der erkannten Kraftquelle des wissenschaftlichen Denkens. Das von der Wissenschaft gebotene Reflexionswissen kann das eigene Denken einer Organisation wie der Polizei nachhaltig verändern – und damit das operative Handeln, aber auch die Organisationskultur positiv beeinflussen.

f) Aufmerksamkeit schaffen »Institutionell betriebene, manchmal auch individuelle Wissenschaftskommunikation verfolgt darüber hinaus das Ziel, die öffentliche Sichtbarkeit einzelner wissenschaftlicher Einrichtungen zu erhöhen« (WR 2021, 11). Der Hamburger Initiativkreis für Polizeiforschung ermöglicht allen Forschungsakteur:innen, im Kontext der Polizei Hamburg sich und ihre Arbeit zu präsentieren.

5 Fazit und Ausblick

Der Beitrag hat die z.T. strukturellen Herausforderungen für Forschung in der, über und für die Polizei herausgearbeitet, zu denen u.a. auch zu geringe Kenntnisse von Wissenschaft und Polizei von- und übereinander zählen. Die translationale Forschung betont die Anwendungsorientierung von Forschung und die Notwendigkeit von Forschungstransfer in die Praxis. Das Hamburger Forum für Polizeiforschung fokussiert genau dies und stellt einen Ansatz dar, die verschiedenen Akteur:innen und Stakeholder miteinander ins Gespräch zu bringen, Forschung und Wissenschaft zielorientiert zu befördern und so einen Forschungstransfer, der der Gesamtorganisation Polizei zugutekommt, zu unterstützen. Der Wissenschaftskommunikation mit ihren informativen, beratenden, reflexiven und partizipativen Komponenten kommt eine grundlegende Bedeutung zu – wie auch für andere Forschungsgebiete gilt dies ebenso für die Polizeiforschung. Eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Umsetzung von Polizeiforschung bildet das Vertrauen aller Akteur:innen ineinander. Der Hamburger Ansatz über die Vernetzung u.a. im Rahmen des HIP soll eine langfristige, transparente und verlässliche und damit vertrauensbildende Zusammenarbeit fördern. Der HIP selbst stellt

zunächst eine Pilotierung bzw. einen Versuch dar, der ganz maßgeblich auf die Akzeptanz seitens der Stakeholder angewiesen ist. Wünschenswert wäre für die Organisation Polizei die Etablierung der Organisationsstrategie der evidenzbasierten Polizeiarbeit. Derin und Singelnstein (2022, 262) konstatieren bereits jetzt: »Die polizeiliche Praxis hat immer mehr den Anspruch ›evidence-based‹ zu sein, sich also auf wissenschaftliche Befunde zu stützen. Dafür betreibt die Polizei selbst Forschung an den Fachhochschulen, greift bei der Entwicklung von Strategien und Techniken aber ebenso auf externen Sachverstand zurück. Letztlich rüstet sich die Polizei damit auch für die neue gesellschaftliche Bedeutung, die ihr zugedacht wird.« Anzustreben und sicherzustellen ist, dass die Forschung künftig *»[will] have a seat at the table«* (Lum & Koper 2017, 3). In dieser organisationsübergreifenden Strategie kann und soll der Hamburger Initiativkreis für Polizeiforschung ein Baustein sein.

Literatur

Akademie der Polizei Hamburg (2021): Bericht über das Jahr 2021 zu den Forschungsaktivitäten der Hochschule in der Akademie der Polizei Hamburg (Forschungsbericht). [online] https://akademie-der-polizei.hamburg.de/resource/blob/489946/32960b4eea216b7bbaf8e2266c816228/forschungsbericht-2021-do-data.pdf [zuletzt aufgerufen: 06.10.2022].

BMBF (2022): Wissenschaftskommunikation. [online] https://www.bmbf.de/bmbf/de/ueber-uns/wissenschaftskommunikation-und-buergerbeteiligung/wissenschaftskommunikation/wissenschaftskommunikation.html [zuletzt aufgerufen: 09.01.2023].

Derin, Benjamin und Singelnstein, Tobias (2022): Die Polizei – Helfer, Gegner, Staatsgewalt Inspektion einer mächtigen Organisation. Berlin.

FOSPOL-Workshop 2021 »Forschen über und in der Polizei – Ein disziplinärer Austausch über Erfahrungen, Erkenntnisse, Herausforderungen.«, Organisation/Moderation: Prof. Dr. Nils Zurawski et al., Tagungsprotokoll, Hamburg, Oktober 2021 [nicht veröffentlichtes Dokument].

Frei, Bettina, Salathe, Joëlle, Gut, Yara 2021: Effiziente Gewaltbekämpfung dank wissenschaftlicher Führungsunterstützung, in: Die POLIZEI, Jahrgang 112 (11), S. 465–471.

Gallagher, Catherine und Dobrin, Adam: What Criminology and Public Health Bring to the Wrestle with Knowledge Translation, in: Translational Crimi-

nology (Winter 2012), [online] https://cebcp.org/wp-content/uploads/2019/06/TC2-Winter2012.pdf [zuletzt aufgerufen: 09.01.2023].

Gut, Yara (2020): Die Brücke schlagen zwischen Wissenschaft und Praxis. Wie das Fachreferat der Kantonspolizei Basel-Stadt die Ressource »Forschung« für die Polizeiarbeit erschließt. In Format Magazine 10/2020, S. 77–81, [online] https://www.institut-police.ch/06-wissen/Dokumente%20Kolloquium/Plenum/Erg%C3%A4nzende%20Dokumente/Article%20-%20Gut.pdf [zuletzt aufgerufen: 09.01.2023].

Hauber, Judith und Jarchow, Esther (2018): Evidenzbasierte Polizeiarbeit – eine Stütze für behördliche Informations- und Transparenzpolitik. In: Die POLIZEI, Jahrgang 109 (3), S. 79–85.

Herrnkind, Martin und Schöne, Marschel (2022): Wessen Gebiet es ist, der bestimmt die Religion? Die Wissenschafts-Firewall des Feldes Polizei. In: Jukschat, Nadine/Leimbach, Katharina/Neubert, Carolin (Hg.): Qualitative Kriminologie, quo vadis? Weinheim: BELTZ JUVENTA, S. 200–218.

Innes, Martin (2010): A ›Mirror‹ and a ›Motor‹: Researching and Reforming Policing in an Age of Austerity. In: Policing: A Journal of Policy and Practice, Jahrgang 4 (2), S. 127, [online] https://doi.org/10.1093/police/pap058 [zuletzt aufgerufen: 09.01.2023].

Jarchow, Esther (2021): Forschung für und bei der Polizei – Vermittlungsoption zwischen Notwendigkeit und Fiktion. In: Liebl, Karlhans/Kühne, Eberhard (Hg.): Polizeiwissenschaft – Fiktion, Option oder Notwendigkeit? Frankfurt a.M., S. 87–106.

Keller, Christoph (2020): Polizeiwissenschaft im Wandel. Eine kritische Bestandsaufnahme im Rückblick der letzten 10 Jahre. In: Polizei-info-report, Jahrgang 51 (3), S. 27–31.

Kenyon, Jordan; Sean, Wire; Kevin, Petersen; Kiseong, Kuen und Muneeba, Azam (2022): Translational Criminology in Policing. In Weisburd, David: Translational Criminology in Policing. New York, S. 3–12.

Kreissl, Reinhard (2021): Polizeiforschung zwischen den (Lehr-)Stühlen. In: Ruch, Andreas & Singelnstein, Tobias (Hg.): Auf neuen Wegen Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft aus interdisziplinärer Perspektive Festschrift für Thomas Feltes zum 70. Geburtstag, S. 363–369.

Laub, John H. (2012): Translational Criminology, in: Translational Criminology (Herbst 2012), [online] https://www.iadlest.org/Portals/0/Files/Documents/DDACTS/Docs/Evidence/translationalcrimfall2012.pdf [zuletzt aufgerufen: 09.01.2023].

Lum, Cynthia und, Koper, Christopher S. (2017): Evidence-Based Policing: Translating Research into Practice. Oxford.
Meißelbach, Christoph (2021): Vorzüge und Herausforderungen von eingebetteter Polizeiforschung. Beobachtungen anlässlich der Gründung des Sächsischen Instituts für Polizei-und Sicherheitsforschung (SIPS), S. 160–170, in: Tagungsband. Forschung, Bildung, Praxis im gesellschaftlichen Diskurs. Polizeiakademie Niedersachsen, Verlag für Polizeiwissenschaft, Frankfurt a.M.
National Institute of Justice: What is Translational Criminology?, [online] https://nij.ojp.gov/topics/articles/what-translational-criminology [zuletzt aufgerufen: 09.01.2023].
Pesta, George B.; Blomberg, Thomas G.; Ramos, Javier und J. W. Andrew, Ranson (2019): Translational Criminology: Toward Best Practice, [online] https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s12103-018-9467-1.pdf [zuletzt aufgerufen: 09.01.2023].
Schmalleger, Frank (2017): Criminology Today. An Integrative Introduction, [online] https://studydaddy.com/attachment/104664/https___vcampbethel.blob.core.windows.net_public_Courses_MSCJ_5600_Unit_1_read1.pdf [zuletzt aufgerufen: 10.01.2023].
Weisburd, David (2022, Hg.): Translational Criminology in Policing. New York.
WR Wissenschaftsrat (2021): Wissenschaftskommunikation. Positionspapier, [online] https://www.wissenschaftsrat.de/download/2021/9367-21.pdf?__blob=publicationFile&v=9 [zuletzt aufgerufen: 09.01.2023].

Über die Autor:innen

Martin Endreß, Prof. Dr., Professur für Allgemeine Soziologie, Universität Trier. Studium der Philosophie, Katholischen Theologie und Soziologie in Frankfurt a.M. und Tübingen, Promotion 1994, Habilitation 2002. Aktuell Sprecher der DFG-Forschungsgruppe »Resilienz. Gesellschaftliche Umbruchsphasen im Dialog zwischen Mediävistik und Soziologie« sowie Sprecher des Forschungskonsortium der Polizeistudie für das Land Rheinland-Pfalz »INSIDER«. Letzte Veröffentlichung: Resilienz als Prozess (mit B.Rampp), 2022 (VS-Verlag).

Christiane Howe, Soziologin, stellv. Leiterin des Forschungsbereich Sicherheit – Risiko – Kriminologie am Zentrum Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin mit Schwerpunkt Migrations-, Raum-und Sicherheitsforschung. Studium der Soziologie, Psychologie und Politik in Frankfurt a.M., seit 2000 zahlreiche Forschungsprojekte. Letzte Veröffentlichung: Berliner Polizeistudie: eine diskriminierungskritische und qualitative Untersuchung ausgewählter Dienstbereiche der Polizei Berlin. (https://www.tu.berlin/ztg/forschung/projekte/abgeschlossene-projekte-1/berliner-polizei studie).Kontakt: c.howe@tu-berlin.de.

Esther Jarchow, Diplom Soziologin, Leiterin der Kriminologischen Forschungsstelle der Polizei Hamburg. Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Sozialpsychologie und Erziehungswissenschaft in Hamburg. Arbeitsschwerpunkte: Organisationssoziologie und Wissenschaftskommunikation. Beitragsanschließende letzte Veröffentlichung: Forschung für und bei der Polizei, 2021 (Verlag für Polizeiwissenschaft).

Martin Kagel, Dipl.-Pol. M.E.S., Jahrgang 1971, Studium der Politik- und Europawissenschaften, Public Policy sowie Stadtplanung in Hamburg, Bonn und Birmingham (UK). Seit 2013 Leiter der Akademieentwicklung, Akademie der Polizei Hamburg, vorherige Stationen u.a. an der Bauhaus-Universität Weimar und der Leuphana Universität Lüneburg. Letzte Veröffentlichungen: »Unsicherheit durch Lüge: Sicherheitspolitik im postfaktischen Zeitalter« in: Lange & Wendekamm (Hg.): Postfaktische Sicherheitspolitik. Gewährleistung von Sicherheit in unübersichtlichen Zeiten. Springer 2019. »Die Internationalisierung von Polizeihochschulen und -akademien in Deutschland im Kontext der allgemeinen Hochschulentwicklung« in: Lange, Wendekamm & Model (Hg.): Zukunft der Polizei – Trends und Strategien. Springer 2019

Nadja Maurer, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung in Hamburg. Sie ist Sozialanthropologin mit den Forschungsschwerpunkten neuere Gewaltforschung, Konfliktforschung, Prozesse des sozialen Wandels, Policing, (De-)Radikalisierung sowie soziale Bewegungen und Organisationssoziologie.

Annabelle Möhnle, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung (FOSPOL), Akademie der Polizei Hamburg. Studium der Sozialwissenschaften und Kriminologie in Göttingen und Utrecht. Derzeitiges Forschungsprojekt zum Thema Führung in der Polizei.

Annelie Molapisi, Fachreferentin im Projekt »Polizei und Zivilgesellschaft« in Hamburg, Studium der Rechtswissenschaft und Kriminologie in Greifswald und Hamburg, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Drittmittelprojekt MIGRATE an der Akademie der Polizei Hamburg. Letzte Veröffentlichung: »In der Polizei sind wir uns eigentlich sehr ähnlich«: Eine hermeneutische Rekonstruktion der Hoffnungen, Erwartungen und Realitäten im Kontext einer Integration von Personen mit Migrationsgeschichte in die Polizei. In: Vera/Behr/Brussig/Weiß (Hg.): Migration und Polizei. Auswirkungen der Zuwanderung auf die Organisation und Diversität der deutschen Polizei. Sicherheit. Polizeiwissenschaft und Sicherheitsforschung im Kontext. Nomos Verlag, Baden-Baden, 2022.

Silke Müller, Dr., ist Mitarbeiterin der Professur für Allgemeine Soziologie an der Universität Trier, wo sie unter der Leitung von und gemeinsam mit Prof. Martin Endreß das soziologische Teilprojekt der rheinland-pfälzischen

Polizeistudie »INSIDER« durchführt. Sie studierte an der Goethe-Universität in Frankfurt a.M. Soziologie. Ihre Dissertation entstand am Exzellenzcluster »Religion und Politik« an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Arbeitsschwerpunkte sind Religions- und Kultursoziologie, Methodologie und Methoden rekonstruktiv-qualitativer Sozialforschung sowie Polizeiforschung.

Marion Näser-Lather, PD. Dr. ist Assistenzprofessorin am Institut für Geschichtswissenschaften und Europäische Ethnologie der Universität Innsbruck. Sie studierte u.a. Europäische Ethnologie und Philosophie, promovierte zum Thema Soldatenfamilien (Nomos 2010) und habilitierte sich 2019. Zu ihren Schwerpunkten zählen Critical Military Studies, Gender, Protest, Digitalisierung sowie ethnische und methodologische Aspekte des Forschens in sensiblen Feldern.

Detlef Nogala, Dr. phil, im einstweiligen Unruhestand. Zuletzt tätig seit 2003 für CEPOL (Europäische Polizeiakademie/Agentur der Europäischen Union für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung), davor Forschungstätigkeiten am Max-Planck Institut für ausländisches und internationales Strafrecht und an der Universität Hamburg. Diplomabschlüsse in Psychologie und Kriminologie, Promotion 1998 an der FU Berlin. Veröffentlichungen zu Polizeiforschung und Überwachung, Orcid ID: https://orcid.org/0000-0001-9352-1056

Dennis Pauschinger, Dr. Ko-Leiter Legislaturplanung, Briefings in den Politikbereichen Energie, Klima, Umwelt, Raumplanung und Sportpolitik, Sektion für Strategische Führungsunterstützung, Schweizerische Bundeskanzlei. 2017 Promotion im Erasmus+ Doktorandenprogramm Doctorate in Cultural and Global Criminology, University of Kent/Universität Hamburg. Danach Postdoc und Associate Researcher am Institut für Geografie der Université de Neuchâtel. Nächste Veröffentlichung: Monografie Policing Sport Mega-Events: Security, Spectacle and Camouflage in Rio de Janeiro (2024 im Erscheinen). www.dennispauschinger.com

Kristin Weber, wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen e.V., B.A. Soziologie, Universität Bremen. M.A. Internationale Kriminologie, Universität Hamburg. Diverse Projekte an der Deutschen Hochschule der Polizei (2015–03.2023). Letzte Veröffentlichung: Weber, K. (in

Press. 2023): Interkulturelle Kompetenztrainings in der Polizei. Handlungsempfehlungen für die Praxis. In: Kriminalistik 06/2023. S. 351–356. C.F. Müller.

Wolfgang Weidemann, Kriminaldirektor a.D., Polizeilicher Leiter der Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung, Akademie der Polizei Hamburg; ehemaliger Leiter LKA 2, LKA 4, LKA 5, Polizeikommissariat 36 und 15 bei der Polizei Hamburg.

Nils Zurawski, Prof. Dr., Wissenschaftlicher Leiter der Forschungsstelle für strategische Polizeiforschung, Akademie der Polizei Hamburg. Studium der Soziologie, Ethnologie und Geographie in Münster, Promotion 1999, Habilitation 2013 (TU Darmstadt). Diverse Forschungsprojekte im In- und Ausland seit 2001. Er blogt unter surveillance-studies.org. Letzte Veröffentlichung: Überwachen und Konsumieren, 2021 (transcript).